

Verhandlungen
der sechsten Generalversammlung
des Vereins für Socialpolitik
über die Zolltarifvorlagen
am 21. und 22. April 1879
in Frankfurt a.M.

Auf Grund der stenographischen Niederschrift
hrsg. vom Ständigen Ausschuß



Duncker & Humblot *reprints*

Verhandlungen von 1879.

Schriften des Vereins für Socialpolitik.

XVI.

Verhandlungen von 1879.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1879.

Verhandlungen der sechsten Generalversammlung
des
Vereins für Socialpolitik
über die
Bolttarifvorlagen
am 21. und 22. April 1879 in Frankfurt a. M.

Auf Grund der stenographischen Niederschrift
herausgegeben
vom
Ständigen Ausschuß.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1879.

Alle Rechte vorbehalten.

Die Verlagsbuchhandlung.

Erste Sitzung.

Montag, den 21. April 1879.

(Die Sitzung wird um $10\frac{1}{4}$ Uhr eröffnet.)

Professor Dr. Nassau (Bonn): Meine Herren! Der Ausschuß hat die heutige Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik berufen, um vor der Wiedereröffnung des Reichstags Gelegenheit zu geben zu einer Erörterung der Zollvorlage, welche nach so vielen Seiten tief in unser wirtschaftliches Leben eingreift und unser Volk mehr bewegt, als jemals früher irgend eine wirtschaftliche Frage gethan. Bisher hat der Verein die Zollfrage noch nicht in den Kreis seiner Erörterungen gezogen und keine Stellung in derselben genommen.

In der That konnte auch der Verein bei den Bestrebungen und Richtungen, die bisher in ihm vorgewalzt haben, keine principielle Entscheidung treffen und sich weder für das Schutzzoll- noch für das Freihandelsystem im Princip aussprechen. Der Verein bildete sich in den Jahren 1872 und 73, weil nach zwei Seiten hin seine Stifter eine Wirkung auf die öffentliche Meinung für nothwendig hielten. Einmal glaubten sie, daß die Bedeutung der sogenannten socialen Frage mehr hervorgehoben werden müsse. Sie waren durchdrungen davon, daß die vielfach noch so üblichen wirtschaftlichen und sittlichen Zustände in den untern Classen, daß die in denselben um sich greifende Verstimmung und die wachsende Entfremdung der verschiedenen Stände unter einander unsere größte Aufmerksamkeit verdienen, daß für den Politiker und Nationalökonomen zur Zeit keine Frage wichtiger sei als die nach den Mitteln zur Abhülfe dieser Uebel, zur Hebung der unteren Volksklassen, zu allmählicher Heranziehung derselben zu vermehrtem Wohlstand, größerer Bildung und ernster Sittlichkeit.

Dann aber fühlten sich zweitens die Gründer des Vereins in einem Gegensatz zu der Auffassung des Staats, welche in der englischen und französischen Nationalökonomie bis auf den heutigen Tag die vorherrschende ist. Die hervorragendsten und verdienstvollsten Nationalökonomen jener Länder haben mit wenigen Ausnahmen im Staate nur eine von den Individuen zur Erreichung gewisser Zwecke gegründete Gesellschaft gesehen und weil sie so von den Individuen ausgingen und überdies in England eine sehr mangelhaft organisierte Staats-

verwaltung vor Augen hatten, so suchten sie die Aufgaben des Staats auf wirthschaftlichem Gebiete möglichst einzuschränken. Die deutsche Staatslehre hat schon seit geraumer Zeit einen höheren Begriff vom Staate. Sie erkennt in demselben eine über den Individuen stehende Anstalt zur Erziehung des Menschen, zur mannigfachen Förderung seiner sittlichen Lebenszwecke und zur Erhaltung der harmonischen Entwicklung der Gesellschaft.

Wir waren nun der Ansicht, daß in Folge des Ursprungs der national-ökonomischen Theorien in England und Frankreich die denselben eigenthümliche Auffassung des Staats auch in der deutschen Volkswirtschaftslehre zu viel Raum gewonnen und daß die in den 60er Jahren bis nach dem französischen Kriege vorherrschenden wirthschaftlichen Richtungen zu ausschließlich von dem Bestreben nach möglichster Einschränkung der Wirksamkeit des Staats erfüllt seien.

Von diesen Auffassungen ausgehend, konnte der Verein in der Zollfrage keine principielle Stellung einnehmen. Wir älteren Mitglieder sind, wie ich glaube, wohl ohne Ausnahme entfernt davon, dem Staate das Recht zu bestreiten, durch den Zolltarif dem Einen zu geben, dem Andern zu nehmen und so die Vertheilung des Volkseinkommens wesentlich zu ändern, wenn daraus ein überwiegender Nutzen für das gemeine Wohl resultirt, und eben so giebt es, glaube ich, unter den Männern, die bisher an den Arbeiten des Vereins theilgenommen, Niemand, der unter allen Umständen eine staatliche Regulirung des internationalen Handels und eine Beschränkung der ausländischen Concurrenz durch Schutzzölle verlangte.

Es konnte sich daher für den Verein für Socialpolitik, wenn derselbe seiner bisherigen Richtung treu bleiben wollte, nur darum handeln, in jedem einzelnen Falle die Vortheile, welche eine vorgeschlagene Erhöhung des Zolltarifs auf der einen Seite gewährt, abzuwägen gegen die Nachtheile, die auf der andern Seite ebenfalls mit denselben immer mehr oder weniger verbunden sind. Diese Aufgabe ist eine unendlich schwierige, weil die Beziehungen des Verkehrs gegenwärtig außerordentlich complicirter Natur sind, weil es überaus schwer ist, einen Eingriff in die bestehenden wirthschaftlichen Beziehungen, wie ihn jede Änderung des Zolltarifs in sich schließt, in seine letzten Wirkungen zu verfolgen. Deshalb haben wir geglaubt, dem Lande einen Dienst zu leisten, wenn wir die kurze Zeit, die bis zur Wiedereröffnung des Reichstags für die Prüfung der Tarifvorlage noch übrig ist, dazu benützen, um eine Erörterung derselben zu veranlassen. Wir haben sachverständige und erfahrene Männer aus den verschiedensten wirthschaftlichen Lebensstellungen aufgefordert, uns zu berichten über die Folgen, welche ihrer Meinung nach die Zollerhöhungen haben müssen und mit uns zu berathen, ob die Nachtheile oder die Vortheile die überwiegenden sind. Wir haben Referenten aus beiden Hauptlagern zu gewinnen gesucht und einen möglichst neutralen Ort für die Versammlung gewählt. Wir haben nicht gefürchtet den Wortstreit der verschiedenen Interessen, der aus einer Vertretung so verschiedener Richtungen und Interessen entstehen kann. Denn wir sind überzeugt, daß sowohl in unserer Mitte, wie bei unsern verehrten Gästen vom volkswirtschaftlichen Congreß die Rücksicht auf das gemeine Wohl alle Sonderinteressen weit überwiegt und daß diese Stimmung auch der Ausdrucksweise der entgegenstehenden Ansichten maßvolle Beschränkung in der Form auferlegen wird. Es ist ja nur Aufklärung, um die uns Alle hier zu thun ist, und gern hätte

der Ausschuß des Vereins auch in diesem Falle den schwerfälligen, aber gründlichen Weg dazu gewählt, welchen wir sonst eingefüllt haben, und durch Gutachten und Denkschriften die Debatte vorbereitet. Aber die Zeit war dazu nicht ausreichend. Nur den angestrengtesten Bemühungen, namentlich unseres Secretärs, Herrn Professor Held, ist es gelungen, überhaupt die Versammlung innerhalb der kurzen Zeit zu Stande zu bringen. Ich danke Ihnen, meine Herren, im Namen des Ausschusses, daß Sie so zahlreich der Aufforderung gefolgt sind, und bitte Sie nun, zu Ihrer Constituirung schreiten zu wollen. Zunächst bitte ich Sie, einen Präsidenten zu wählen.

(Auf Vorschlag des Generalsecretärs Bueck wird Prof. Dr. Massé [Bonn] durch Acclamation zum ersten Präsidenten gewählt.)

Präsident Prof. Dr. Massé (Bonn): Meine Herren! Ich bin bereit, die Wahl anzunehmen, danke Ihnen für das Vertrauen, welches Sie mir gewähren und hoffe nur auf dieselbe nachsichtige und freundliche Unterstützung, durch welche Sie mir bei den früheren Generalversammlungen die Führung meines Amtes so sehr erleichtert haben.

Nach den Statuten hat der gewählte Präsident die Vicepräsidenten und Secretäre zu ernennen. Ich erlaube mir, als ersten Vicepräsidenten zu ernennen den Präsidenten des Localcomitts, den Vicepräsidenten der Frankfurter Handelskammer, Herrn Commerzienrath Petzsch, ferner den Vicepräsidenten des Ausschusses des Vereins für Socialpolitik, Herrn Staatsminister a. D. Frhrn. von Roggenbach.

(Die Gewählten nehmen die Wahl an.)

Als Secretäre schlage ich vor die Herren Prof. Held (Bonn), Dr. Barrentrapp (Frankfurt a. M.), Dr. Bücher (Frankfurt a. M.) und Dr. Gheberg (Straßburg i. E.).

(Die Gewählten nehmen ebenfalls die Wahl an.)

Der erste Gegenstand unserer Tagesordnung ist:

Die Neuwahl des Ausschusses.

(Es werden Wahlzettel vertheilt und soll das Resultat der Wahl nach der Pause mitgetheilt werden.)

Wir kommen dann zum zweiten Gegenstande unserer Tagesordnung, der Generaldebatte über die Zolltarifvorlage.

Ich gebe zuerst dem Referenten, Herrn Dr. Genzel das Wort.

Referat

vom Handelskammersecretär Dr. jur. J. Genfel (Leipzig)*) über die
Bolltarisvorlage.

~~~~~  
Meine geehrten Herren!

Es ist mir die ehrenvolle Aufgabe geworden, die heutigen Verhandlungen einzuleiten. Ich bin mir der außerordentlichen Schwierigkeit dieser Aufgabe vollkommen bewußt. Noch liegen nicht einmal die Motive für die Vorlage vor, über welche ich zu Ihnen sprechen soll, eine Vorlage, welche die Leidenschaften der wirthschaflichen Parteien mehr erregt hat, als irgend eine Frage seit langer Zeit. Dazu ist die Frist für eine der Sache entsprechende Vorbereitung zu kurz bemessen gewesen. Ich bitte deshalb dringend um Ihre Nachsicht.

Der Ausgangspunkt für die Bolltarisvorlage ist das bekannte Schreiben des Reichskanzlers vom 15. Dec. v. J., welches eine Reform unseres Zollwesens in Aussicht stellt. An dieses Schreiben des Reichskanzlers haben sich vielfache und große, man kann wohl sagen überschwängliche Hoffnungen geknüpft. Und das ist nicht zu verwundern. In schlimmer Zeit, wie sie jetzt seit Jahren auf Handel und Industrie lastet, wird ja gern jede verheizene Aenderung als ein Hoffnungsschimmer begrüßt. Wir Deutsche insbesondere sind noch von der früheren Zeit der Bevormundung her gewöhnt, alle Hoffnungen vorzugswise, auch in den Dingen, in welchen der Staat nichts oder nur wenig thun kann, auf den Staat zu setzen. Und wenn nun ein Mann von der Thatkraft des Fürsten Bismarck, ein Mann, dem Deutschland so unendlich viel verdankt, der mehr als einmal durch seine überlegene Einsicht in politischen Dingen die vermeintliche Weisheit seiner Gegner zu Schanden gemacht hat, wenn ein solcher Mann seine gewaltige Hand zu bieten verspricht, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, um, wie es in seinem Schreiben heißt, „den Volkswohlstand im Ganzen zu heben“: so ist es natürlich, daß Tausende mit Begeisterung diesen Worten lauschen.

Diese Hoffnungen knüpfen sich übrigens nicht, wenigstens nicht hauptsächlich, an dasjenige, was der Reichskanzler als die Hauptsache seines Reformplanes bezeichnet. In erster Linie, sagt der Reichskanzler, steht für mich das Interesse der finanziellen Reform, Verminderung der directen Steuerlast durch Vermehrung der auf indirecten Abgaben beruhenden Einnahmen des

\*) Die Bemerkungen „links“ und „rechts“, die sich bei den Zwischenrufen aus der Versammlung finden, bezeichnen die beiden Hauptparteien derselben, nämlich links die Freihandelspartei, rechts die Schutzzollpartei.

**R e i c h e s.** Den Unterzeichnern der zahlreichen Zustimmungsadressen kommt es viel mehr auf das an, was der Reichskanzler in zweite Linie gestellt hat, auf den Schutzoll; und, meine Herren, im Bezug auf Schutzoll spricht sich das Schreiben des Reichskanzlers, das man mehr nach dem allgemeinen Eindruck als nach seinem Wortlaut zu beurtheilen gewohnt ist, ziemlich bescheiden aus. Er will sich, sagt er, „in der Befriedigung unserer finanziellen Bedürfnisse nicht einschränken lassen durch die Besorgniß, daß die deutschen Producte eine geringe Bevorzugung vor den ausländischen erfahren“. Auf das Wort „geringe“ haben die Unterzeichner der Adressen natürlich den geringsten Werth gelegt.

Allerdings klingt durch das Schreiben des Reichskanzlers die Anschaugung durch, der er anderwärts noch bestimmlteren Ausdruck gegeben hat, daß wir uns mit unserer Finanz- und Handelspolitik auf einer falschen Bahn bewegen. Das ist ja auch ausgesprochen in der jüngsten Thronrede, wo es heißt, unsere Zollgesetzgebung müsse sich den bewährten Grundsätzen des preußischen Zollgesetzes von 1818 wieder mehr nähern, welche in unserer Handelspolitik seit 1865 in wesentlichen Theilen verlassen worden sei; und an diese Auseinandersetzung knüpft sich das sehr einfache, aber sehr inhaltschwere Wort, in Widerspruch mit allen bisherigen Thronreden: „Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben.“

Sie wissen, meine Herren, wie aus dieser Neufassung die Gegner der bisherigen Handelspolitik reiches Capital geschlagen haben, wie sie einen Grund mehr für die Behauptung darin gefunden haben, daß die Hauptschuld an der jetzigen gedrückten Lage der Industrie unserer Handelspolitik beizumessen sei. Wir müssen uns daher wenigstens in großen Umrissen vergegenwärtigen, ob diese neueste Anschaugung den wirklichen Thatsachen entspricht. Ist denn wirklich, meine Herren, seit dem Jahre 1865 — oder eigentlich ist wohl das Jahr 1862 gemeint, wo der französische Handelsvertrag abgeschlossen wurde — ist seitdem, frage ich, eine so wesentliche Änderung in der deutschen Handelspolitik eingetreten? Wenn ich das preußische Zollgesetz von 1818 richtig verstehe, so ist es einer der bedeutungsvollsten Schritte auf dem Wege zu größerer Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung gewesen; es ist ein Ausfluß gewesen jenes Grundsatzes, den unser großer Staatsmann Stein in der classischen Geschäfts-instruction vom 26. December 1808, die er bei seiner Flucht gleichsam als Vermächtnis hinterlassen hat, aufstellte: „einem Jedem innerhalb der gesetzlichen Schranken die möglichst freie Entwicklung und Anwendung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte in moralischer wie physischer Hinsicht zu gestatten und alle dagegen noch obwaltenden Hindernisse baldmöglichst auf eine legale Weise hinwegzuräumen.“ Bis 1818 hatten die einzelnen Provinzen des preußischen Staates mehr oder weniger getrennte Wirtschaftsgebiete gebildet, jetzt wurden sie zu einem einheitlichen Gebiete vereinigt. In den verschiedenen Provinzen hatten Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote für viele Gegenstände bestanden; jetzt wurde der Grundsatz aufgestellt: Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr sind allgemein gestattet. Die Zölle, welche das Gesetz von 1818 aufstellt, waren nach den damaligen Verhältnissen außerordentlich niedrige, 10 Proc. in der Regel als Maximum. Ferner kam das Prinzip der einfachen Gewichtszölle, welches noch nirgends so durchgeführt war, wie in diesem Gesetze, der freien Bewegung außerordentlich zu statthen. Wichtige Rohstoffe, wie Eisen, Steinkohlen, waren

ganz frei gelassen. Meine Herren, ich möchte hieran noch eine sehr bemerkenswerthe Thatſache knüpfen, die wenig bekannt zu sein scheint. Bereits in den 20er Jahren hat Preußen den Versuch gemacht, einen Handelsvertrag mit England abzuschließen, zunächst um seinem Getreide freie Einfuhr nach England zu verschaffen, natürlich gegen entsprechende Gegencioncessionen; die Bestrebungen sind damals an dem Widerwillen der englischen Regierung gescheitert. Und, meine Herren, wenn sie weiter nach dem Wesen des Zollvereins fragen, so liegt es doch ebenfalls in der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, in der Hinwegräumung der Zollschränke, welche bis dahin die einzelnen Staaten von einander getrennt, welche die Industrie der einzelnen Staaten gegen einander „geschützt“ hatten. Was die Entwicklung der Zollverein-Politik anlangt, so ist sie freilich keine gleichmäßige und stetige gewesen. Wie wäre das auch denkbar bei einem so vielförmigen Wesen, wo jeder Kleinstaat eifersüchtig sein Einspruchsrecht geltend mache? Die Befreiung vieler Drogen und Chemikalien, sowie des Kohlfuers, die Ernässigung der Böle auf schwarzes Eisenblech, auf Baumöl, auf Mühlenfabrikate, die wiederholte Herabsetzung des Talgs sind wesentliche Schritte in der Richtung nach größerer Freiheit. Auf der andern Seite sind freilich Rückschritte gemacht, wie die Einführung des Eisenzolles in den 40er Jahren, die aber ausdrücklich nur als eine vorübergehende Maßregel bezeichnet wurde, ferner die Erhöhung des Twist-Zolles von 2 auf 3 Thlr. Aber vergessen wir das Eine nicht: die Politik des Zollvereins würde sich ohne Zweifel mehr in der Richtung nach größerer Freiheit entwickelt haben, wenn Preußen die seiner Macht entsprechende Stimme im Zollverein gehabt hätte, Preußen, wo an der Spitze der Zollverwaltung Männer wie Maassen und Kühne standen. Ich will nur erinnern an den einen Antrag von Preußen im Jahre 1856, die Eisenzölle zu ermäßigen, ein Antrag, der damals an dem Widerspruch der süddeutschen Staaten scheiterte.

Ganz unstreitig ist ja der französische Handelsvertrag der weitaus bedeutendste Schritt auf der bezeichneten Bahn. Aber als eine Abwendung von der bisherigen Handelspolitik des Zollvereins oder von der preußischen Handelspolitik von 1818 ist er nicht zu bezeichnen. Man könnte sogar mit weit mehr Recht behaupten, hier seien die Grundätze von 1818, deren Geltendmachung bis dahin durch die Nörgeleien der kleineren Staaten hintenangehalten war — ich will hier einschalten: das industrielle Sachsen hatte immer auf Seite des Freihandels gestanden —, diese Grundätze seien hier zum ersten Male in umfassender Weise auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse angewandt.

Auf diese Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse müssen wir doch noch einen kurzen Blick werfen. Ich brauche Ihnen nur zu nennen die Entwicklung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Wesens. Die Ein- und Ausfuhr des Zollvereins, 1834 im Betrage von 250 Mill. Thlr. oder 10 Thlr. auf den Kopf der Bevölkerung, hatte sich inzwischen auf 672 Mill. oder 26 Thlr. auf den Kopf der Bevölkerung gehoben. Mehr und mehr hatte der Zollverein sich zu einem Industrie-Staat ausgebildet; zahlreiche Stoffe, die früher bedeutungslos gewesen, waren zu wichtigen Rohstoffen für den Gewerbeleib geworden. Was aber bei einer Vergleichung der Tariffäste von 1865 mit denen von 1818 besonders zu beachten ist: die Preise der wichtigsten Fabrikate waren im Laufe der Zeit so gesunken, daß die Zollsätze eine ganz andere Be-

deutung gewonnen hatten, z. B. für Baumwollenwaaren betrugten sie statt 10 Proc. bereits  $22\frac{1}{2}$ , bzw. 109 Proc., für Wollwaaren 23 Proc., für Winkelteifen 77 Proc. des Durchschnittspreises.

Nach den Darstellungen der Gegner unserer Handelspolitik wären beim Handelsvertrag von 1862 die Vortheile überwiegend auf französischer, die Nachtheile auf deutscher Seite gewesen; man deducirt das einfach aus dem Umstände, daß in Frankreich die Zölle nach demselben meist — nicht durchgängig — höher waren, als im Zollverein; allein zu einer richtigen Beurtheilung dürfen wir doch die Thatsache nicht vergessen, daß bis dahin Frankreich eine stark prohibitive Richtung in seiner Zollpolitik gehabt hatte. Frankreich hat mit dem englischen Handelsvertrage von 1860, dessen Vortheile uns zu statten kamen und durch neue vermehrt wurden, einen ungleich größeren Schritt vom Schutzzoll zum Freihandel gethan, als wir mit dem französischen Handelsvertrage. Der Erfolg ist denn auch gewesen, daß unsere Ausfuhr nach Frankreich, namentlich aber die Ausfuhr von Fabrikaten, in ungleich stärkerem Maße gestiegen ist, als die Einfuhr aus Frankreich. Im Jahre 1863 führten wir, nach der französischen Statistik, nach Frankreich aus für 139 Millionen Francs, 1876 aber für 389 Millionen, fast das Dreifache, während unsere Einfuhr aus Frankreich schon 1863 sich auf 203 Millionen, 1876 aber auf 431 Millionen belief, etwas über das Doppelte. Fabrikate befanden sich unter der deutschen Ausfuhr 1863 für nur 9 Millionen, 1876 aber für 155 Millionen. Rechnet man auch den Anteil von Elsaß-Lothringen ab, so bleibt noch immer ein sehr bedeutender Zuwachs, während die Einfuhr französischer Fabrikate nach Deutschland sich in weit schwächerem Verhältnisse, von 127 auf 181 Millionen, vermehrt hat. Ähnlich steht es mit unserem Verhältniß zu Österreich.

Vor wenigen Jahren war das Urtheil, daß die Handelsverträge segensreich für unsere Entwicklung gewesen seien, ein fast ganz allgemeines. Die Enquête, welche vor einigen Jahren der deutsche Handelstag angestellt hat, zeigt, daß fast alle Handelstümmer der Ansicht waren, es sei dringend die Erneuerung der Handelsverträge zu wünschen. In der That hat sich an die freiere Bewegung, wie wir sie nach dem französischen Handelsvertrag bekommen haben, ein Aufschwung unserer Industrie und unseres Handels geknüpft, wie er früher nicht da gewesen war. Nun hat sich unsere Zollpolitik seit jener Zeit noch mehr entwickelt, doch wird man nicht sagen, daß seitdem eine erhebliche Wendung eingetreten sei. Es sind seitdem, insbesondere 1870 und 1873, die Roheisenzölle allmählich wieder aufgehoben, die übrigen Eisenzölle ebenfalls beseitigt worden; es hat ferner eine Ermäßigung des Zolles auf Soda stattgefunden, man befreite eine Anzahl Drogen zum Gewerbebetrieb; nennen will ich noch die Aufhebung des Lumpenzolles als einen ebenfalls wichtigen Schritt.

Jetzt hat sich freilich das Urtheil sehr geändert. Wir haben seit 1873 jenen Rückschlag in unserer Entwicklung erlebt, die Krise, die nun schon fünf Jahre lang so schwer auf unserem ganzen wirtschaftlichen Leben lastet, und nun sagt man, daran ist unsere Handelspolitik schuld, die einseitig einer Theorie gefolgt ist. Wir sind schutzlos gegen das Ausland, das Ausland überschwemmt uns mit seinen Producten. Wir haben so und so viele Milliarden dem Auslande zahlen müssen, um die Handelsbilanz auszugleichen.

Was zunächst die Neuersetzung anlangt, die deutsche Handelspolitik sei einer

Theorie einseitig gefolgt, so glaube ich, ist diese Ansicht nicht richtig, wir besitzen ja noch eine Menge Schutzzölle und zum Theil recht erhebliche Schutzzölle; also von einseitiger Freihandelstheorie kann nicht die Rede sein. Einer der wichtigsten Schritte, die Befreiung des Eisens, ist im Reichstage zuerst angeregt worden von einem conservativen Abgeordneten im Interesse der Landwirthschaft, und wenn die Regierung darauf eingegangen ist, so ist es im Interesse der Landwirthschaft geschehen, namentlich in dem der östlichen Provinzen, die in anderer Beziehung sehr vernachlässigt worden waren. Ebenso ist die Soda befreit worden wegen ihrer Eigenschaft als ein wichtiger Rohstoff für Glas, Seife, Anilinfarben, Ultramarin u. s. w. Der Grundsatz, die Zölle auf Rohstoffe für unsere Industrie zu beseitigen, ist, glaube ich, ein durchaus gesunder und im Interesse der Industrie gewesen.

Was ferner die Behauptung anlangt, daß Ausland überall schwämm uns mit seinen Producten, so muß ich dieser Behauptung gegenüber einige Zahlen vorführen. Von Stabeisen haben wir 1878 mehr aus= als eingeführt  $1\frac{1}{2}$  Million Centner, Eisenbahnschienen 3,2 Mill. Ctr., Bleche und Platten 386 000 Ctr., Draht über 1 Mill. Ctr., grobe Eisen- und Stahlwaren 1,7 Mill. Ctr., von Ganz- und Halbfabrikaten der Eisenindustrie überhaupt 8 Mill. Ctr. (im Jahre 1877 nur etwas über 6 Mill. Ctr.). Baumwollwaren — in runden Ziffern — eingeführt 40 000 Ctr., ausgeführt 282 000 Ctr., also das 7fache, baumwollene Strumpfwaren — ein im Verhältniß zum Gewicht werthvoller Artikel — eingeführt 1600 Ctr., ausgeführt 40 000 Ctr.; Wollwaren eingeführt 100 000 Ctr., ausgeführt 286 000 Ctr.; Seidenwaren 13 000 Ctr. eingeführt, ausgeführt 48 000 Ctr.; Papier eingeführt 141 000 Ctr., ausgeführt 563 000 Ctr., das 4fache; Leder eingeführt 115 000 Ctr., ausgeführt 136 000 Ctr., wobei noch in Betracht kommt, daß wir vorzugsweise das billige amerikanische Hemlock einführen und weit werthvollereres Oberleder ausführen; von Hohlglas wurden 71 000 Ctr. eingeführt und über 700 000 Ctr. ausgeführt. Meine Herren, wo bleibt da, frage ich, die Ueberschwemmung unseres Marktes mit ausländischen Fabrikaten?

Was ferner die Handels-Bilanz anlangt, so würde ich darauf gar nicht eingehen, wenn nicht das Märchen, daß wir in den letzten Jahren  $7\frac{1}{2}$  Milliarden dem Auslande gezahlt hätten, noch jetzt als eine feststehende That-sache behandelt würde; es ist dies u. A. noch neuerdings geschehen in einer Schrift, die sich selbst als Bauernbrief bezeichnet, meines Erachtens mit Recht. (Heiterkeit.) Wenn unser statistisches Amt gewußt hätte, welcher Missbrauch getrieben werden würde mit seiner Aufstellung über die Handelsbilanz des Jahres 1873, so würde es dieselbe wahrscheinlich unterlassen haben; inzwischen wissen wir, daß die Aufzeichnungen unserer Statistik überhaupt unvollständig sind, ganz besonders ist es die Aufzeichnung über unsere Ausfuhr, welche nicht controlirt wird; wir wissen ferner, daß die Schätzungen der Durchschnittspreise mehr oder weniger willkürlich gewesen sind, namentlich bei der Ausfuhr, wo es an sicheren Anhalten noch viel mehr fehlt, als bei der Einfuhr. Soetbeer hat — für die meisten Leute allerdings vergeblich — nachgewiesen, daß bei der Bilanz noch ganz andere Factoren in Betracht kommen, als bloß die Aus- und Einfuhr an Waaren. Wenn wir wirklich  $7\frac{1}{2}$  Milliarden an das Ausland bezahlt hätten, so müßte doch eine Lücke in unserem Geldumlauf entstanden sein, aber wir haben jetzt

das ist eine offenkundige Thatſache — mehr Metall-Geld als vor einer Reihe von Jahren. Unsere Wechsel-Courſe, die allein ein richtiges Bild zu geben im Stande sind, ſtehen durchaus nicht zu unferen Ungunsten. Und was unſere Forderungen an das Ausland anlangt, meine Herren, so, glaube ich, können wir getroft behaupten, daß dieſe (vom Fall der Effectencourſe abgesehen) in den letzten Jahren nicht gefunken, ſondern geſtiegen ſind. Also die Behauptung von  $7\frac{1}{2}$  Milliarden Verluſt ist in der That als Märchen, als ein Geſpenſt zu bezeichnen, mit welchem man die wirthſchaftlichen Kinder ſchreckt.

Auf die Gründe der Krift kann ich nicht eingehen, aber einen Punkt möchte ich mir doch gestatten hervorzuheben, der meines Erachtens noch nicht genug betont worden ist, ich meine die ungeheure Verschiebung in den Arbeiterverhältniſſen, die zu Anfang der 70er Jahre stattgefunden. Hunderttausende von Arbeitern sind der Landwirthſchaft entzogen und in der Industrie beschäftigt worden. Meine Herren, ich glaube, zum Nachtheil beider Theile; der Landwirthſchaft sind werthvolle Kräfte entzogen worden, bei der Industrie ist in Folge des Heranziehens ungelernter Kräfte ein Heraabdrücken des Maſzes der Leistungsfähigkeit eingetreten und in weiterer Folge Unzufriedenheit unter den Arbeitern, die aus ihren Verhältniſſen herausgerissen waren, Entlaſſungen in groſzem Maſſtabe u. s. w.

Wenn ich das Alles überblühe, dann glaube ich, daß nicht die neu eſte Thronrede Recht hat, welche andeutet, unſere Handelspolitik ſei ſchuld an unferen wirthſchaftlichen Verhältniſſen, ſondern im Gegentheil die früheren Thronreden, in welchen wiederholt ausgesprochen war, der Grund der Krift liege nicht in der Wirthſchaftspolitik, es ſei nicht in der Hand der Regierungen gelegen, ihr abzuheilen, die Handelsverträge hätten ſegensreich gewirkt. Daß wir in der gegenwärtigen Lage nicht daran denken, die principiellen Forderungen des Freihandels verwirklichen zu wollen, das brauche ich nicht zu ſagen, aber ob ein Grund vorliegt, das volle Gegentheil von dem zu thun, das ſcheint mir doch sehr fraglich.

Wenn wir nun nach dieser Einleitung, deren Länge Sie mit der Bedeutung der Sache entſchuldigen wollen, die vom Bundesrath gemachte Vorlage zunächst mit dem Schreiben des Reichskanzlers vergleichen, fo muß uns in jener Vorlage vor allen Dingen auffallen, daß von einer allgemeinen Zollpflicht, wie ſie Fürst Bismarck wollte, durchaus keine Rede ist. Im Verhältniß zu den früheren Zolltarifen vor 1865 enthält die neue Vorlage, das muß ich anerkennen, sogar eine ziemlich geringe Anzahl von Artikeln. Ebenso wenig ist von Durchfuhrzöllen die Rede; darüber will ich kein Wort verlieren, ich glaube, daß das ein unzweiflamer Vorzug ist. Extensiv ist ſonach der Schritt, den die Vorlage thut, verhältnismäßig klein, dagegen intensiv ungleich stärker, als nach dem Brief des Reichskanzlers zu erwarten war. Der Reichskanzler ſagte, es ſei zur Zeit eine Befestigung oder Verminderung der bestehenden Schutzölle nicht rathſam, vielleicht sogar im Interesse einzelner besonders leidender Industriezweige — je nach dem Ergebnis der Enquête — eine Wiederherstellung höherer oder Erhöhung der gegenwärtigen Zollsätze angezeigt. Dann fährt er fort, der Schutz müßte ein gleichmäßiger ſein für die gesammte inländische Production, weil er ſonst ſich als Privilegium darſtelle. Von gleichmäßigem Schutz ist aber nach der Vorlage des Bundesraths ebenfalls

nicht die Rede; an einzelnen Stellen ist der Schutz so faustdick aufgetragen, daß die Zölle in reine Prohibitzölle ausarten.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß Fürst Bismarck den finanziellen Gesichtspunkt in den Vordergrund gestellt hat. Bei der Vorlage ist es nicht ohne Weiteres klar, ob mehr der finanzielle oder mehr der schutzzöllnerische Gesichtspunkt überwiegt. Ich gestehe, mir hat bei der Lectüre des Tarifs immer das Liedchen im Kopf gefunkt: „A Bisselie Lieb, a Bisselie Treu und a Bisselie Falschheit ist allmälig dabei.“ Was die bis jetzt allein bekannt gewordenen Motive für die Getreidezölle anlangt, so sind sie entschieden in schutzzöllnerischem Sinne abgefaßt; es wird da durchaus Gewicht gelegt auf den Schutz unserer Landwirthschaft, und erst ganz zuletzt kommt das finanzielle Interesse.

Nun sagt man, der Gegensatz zwischen Schutzzoll und Finanzzoll ist überhaupt ein rein theoretischer, der gar keine Bedeutung hat. Ja, ich gebe zu, mancher Zoll, der als das eine oder das andere gedacht ist, wirkt zugleich in der anderen Richtung; ein Schutzzoll kann zu gleicher Zeit eine gewisse Einnahme bringen. Aber, meine Herren, wenn man einen Tarif machen will, so muß man sich doch vor allen Dingen darüber klar sein, was man eigentlich will, ob man die Einnahmen erhöhen, oder ob man Schutz für die Industrie schaffen will. Im ersten Falle wird man die Zölle so einrichten, daß sie die Einfuhr möglichst wenig stören, im anderen Falle so, daß sie die Einfuhr möglichst beschränken; denn nur wenn die Einfuhr beschränkt wird, wird die Concurrenz vermindert.

Fürst Bismarck hat gesagt, wir stehen mit unseren indirecten Abgaben sehr hinter dem Ausland zurück, namentlich hinter England, das im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 418 Millionen  $\text{M}$  an Grenzzöllen eingenommen hat, während wir nur 120 Millionen eingenommen haben. Meine Herren, in einer Beziehung können wir uns England allerdings zum Muster nehmen, das hat Fürst Bismarck auch längst mit seinem klaren Blick sehr wohl erkannt, und ich glaube, es ist das auch jetzt noch seine eigentliche Herzensmeinung, nämlich, daß es das richtigste ist, wenige, aber ertragreiche Artikel in den Tarif aufzunehmen. In England bringen bekanntlich sieben Artikel fast die ganze Einnahme, wobei ihm allerdings seine insulare Lage zu statthen kommt. Das Princip, um höhere Einnahmen zu erzielen, sollte auch bei uns sein: wenige Zölle, aber auf Artikel, die einen großen Ertrag bringen können; den Handel möglichst wenig belästigen, noch weniger die Production! Es ist eine alte Regel der Finanzminister, daß man die Henne, welche die goldenen Eier legt, nicht schlachten soll. Nun ist die frühere Belästigung durch die Zölle namentlich dadurch vermindert worden, daß man gestattet hat, die Waaren am Empfangsorte abzufertigen, während an der Grenze abgefertigt werden mußten; sie gehen unter Zollkontrolle ein, und wenn sie unter Controle belassen werden, können sie auch frei wieder ins Ausland ausgeführt werden. Vergegenwärtigen wir uns nun, inwieweit dies bei den Gegenständen des neuen Tarifs möglich sein soll. Glauben Sie z. B., daß es möglich ist, das eingehende Getreide unter Zollkontrolle gehen zu lassen? Die Handelsvorstände von Königsberg, Danzig, Stettin haben überzeugend nachgewiesen, daß ihr Getreidehandel, der zu einem großen Theile aus dem Export deutschen Getreides besteht, fast vernichtet werden würde durch die Getreidezölle, wie sie die

Vorlage vorschlägt. Von Bau- und Nutzholz, das wahlweise nach dem Centner oder nach dem Festmater verzollt werden soll, gehen jährlich etwa 50 bis 60 Millionen Centner ein, davon das meiste in Form von Flößen oder auf gekoppelten Cowries. Denken Sie sich die unendlichen Schwierigkeiten der Abfertigung, wenn diese Massen an der Grenze verwogen oder vermessen werden sollen! Ganz ähnlich verhält es sich mit Schiefer, mit Gerberlohe etc. Ich meine, von Finanzzöllen kann hier durchaus nicht die Rede sein; die Einnahme würde in keinem Verhältniß stehen zu der ungeheueren Belästigung des Verkehrs.

Getreide, wie auch die anderen genannten Stoffe, kommt aber nicht bloß in Betracht als Gegenstand des Handels, sondern auch — und unter diesen Gesichtspunkte wollen wir weiter den Tarif prüfen — als Gegenstand weiterer Verarbeitung. Man hat viel gestritten, ob bei Getreide eine Erhöhung der Preise eintreten werde oder nicht. Ich glaube, die einzige richtige Antwort darauf hat der deutsche Landwirtschaftsrath gegeben: je nachdem; so lange die Ernten günstig sind, hier und auswärts, so lange wir nicht Noth haben an Getreide, so lange wird der Zoll keinen Einfluß auf den Preis haben; sobald wir aber eine schlechte Ernte haben, sobald ausländisches Getreide mehr als gewöhnlich eingeführt werden muß, um den Bedarf zu decken, werden wir nicht bloß den Zoll, sondern noch einen höheren Zuschlag bezahlen müssen. Die Erfahrung lehrt denn auch, daß in solchen Fällen die Getreidezölle immer aufgehoben worden sind. In guten Zeiten nützen sie der Landwirtschaft nicht, und in Zeiten der Theuerung werden sie aufgehoben. Getreide bildet nun, wie gesagt, einen wichtigen Rohstoff für weitere Verarbeitung. Wir consumiren ja das Getreide nicht direct, sondern durch Vermittelung der Mühlenindustrie, und unsere Mühlenindustrie hat im Laufe der letzten Jahre große Bedeutung gewonnen; was an Mühlenfabrikaten nach dem Auslande ausgeführt wird, bezieht sich je nach den Ernteverhältnissen auf Millionen. Nun sagt man den Müllern: wir wollen euch den einheimischen Markt vollständig sichern, dann braucht ihr nicht zu exportiren. Allein, meine Herren, damit ist der Mühlenindustrie nicht gedient, da ihr der Export oft ungleich vortheilhafter ist. Es werden z. B. von Sachsen bedeutende Quantitäten Mehl nach Böhmen ausgeführt; sollen nun die sächsischen Mühlen gezwungen werden, ihr Product statt dessen z. B. an den Rhein zu versenden, so ist der Weg ein viel weiterer, ganz abgesehen von der Verschiedenheit der Qualitäten, die dort verlangt werden, etc. Um nun die Müller über die Schwierigkeiten und Verluste, welche ihnen drohen, zu trösten, hat man wohl von einer Rückvergütung des Zolles beim Export gesprochen. Ich will diesen Punkt hier ganz kurz beiläufig abhun, im Laufe der Verhandlung wird ja vielleicht Veranlassung sein, näher darauf einzugehen. Meine Herren, die Tariffcommision und der Bundesrath haben das Wort Export-Bergütung meines Wissens nicht in den Mund genommen, und ich meine, sie haben wohl gewußt, warum; sie würden damit in ein Wespennest ersten Ranges gestochen haben (Zustimmung). Mit dem Vieh verhält es sich ähnlich wie mit dem Getreide, es ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, ebenfalls Rohstoff für einen wichtigen Erwerbszweig; wir importiren meist mageres Vieh, das gemästet wieder ausgeführt wird. Viehzölle sind damit nicht verträglich.

Wenn ich nun aber weiter eingehen auf die eigentlichen Rohstoffe für die Industrie — abgesehen von dem Roheisen, auf das ich jetzt nicht eingehen

will —, so will die Vorlage besteuern: gewalztes Blei, Zinn und Zink mit 3 M für 100 kg, Pottasche mit 1,50 M, Hartgummi und Gummiplatten — Halbfabrikate für wichtige Exportartikel — mit 3 M, Reis zur Stärkefabrikation, den wir erst vor wenigen Jahren befreit hatten, mit 1,20 M, Halbzeug zur Papierfabrikation mit 1 M, Farbholzextracte, Gelatine, Rüff &c. — eine bunte Reihe von Artikeln — mit 3 M. Der Hopfen für die Bierbrauereien soll von 10 auf 20 M erhöht, unreife Pommeranzen, Pommeranschalen, zur Essenzfabrikation dienend, mit 4 M belegt werden. Alle diese Artikel, mit Ausnahme des Hopfens, waren bisher frei. Ferner Wachs mit 6 M, Menschenhaare mit 100 M — eine Maßregel, mit welcher man ungefähr um 5 bis 6 Jahre zu spät kommt, früher hätte das noch eine Bedeutung gehabt, jetzt fast gar nicht. (Zustimmung.)

Ich möchte Ihnen hier noch an einer Position zeigen, mit welcher Harmlosigkeit anscheinend die Zolltarifcommission vorgegangen ist. Sie hat unter 9 d mit 3 M belegt Anis, Coriander, Fenchel und Kümmel. Ich möchte fast glauben, daß sie sich wenig mehr dabei gedacht hat als: warum sollen diese Artikel nicht auch besteuert werden? Nun, meine Herren, diese Artikel bilden Rohstoffe für eine sehr wichtige Industrie, in der vielleicht 20 bis 25 Millionen M angelegt sind, die Fabrikation ätherischer Oele; die Rohstoffe müssen jetzt, da der Anbau in Deutschland durch die Cultur der Zuckerrübe größtentheils verdrängt worden ist, fast durchgängig aus dem Auslande bezogen werden. Nun geben aber diese Stoffe nur einen kleinen Procentsatz von Del., Coriander z. B.  $\frac{3}{4}$  Proc., Kümmel 5 Proc. Es wird also durch den Zoll von 3 M das Kilo Corianderöl um 4 M, das Kilo Kümmelöl um 60 ₣ vertheuert, dagegen kann Coriander- und Kümmelöl aus dem Auslande als fertiges Fabrikat mit 20 ₣ Zoll für das Kilo eingeführt werden. (Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, diese blühende Industrie wird dadurch mit einem Schlag vernichtet.

Durchgängig ist bei diesen Artikeln eine große Belästigung des Verkehrs zu befürchten ohne irgend einen entsprechenden Nutzen.

Ich komme nun zu den höheren Halbfabrikaten, wo das Bestreben, zu schützen, mehr in den Vordergrund tritt. Da erwähne ich vor Allem den Draht. Meine Herren, ist da ein Bedürfnis, zu schützen, wo von uns 81 000 Centner eingeführt und über 1 Million Centner ausgeführt werden? Weißblech soll mit 5 M besteuert werden; Weißblech bildet ein Halbfabrikat für eine sehr bedeutende Haus-Industrie, namentlich im sächsischen Erzgebirge. Der Zoll auf Soda soll ebenfalls erhöht werden. Auf der anderen Seite hat man Aehntron, ich möchte sagen, als weißen Sperling, ermäßigt, indem man es von 6 auf 4 M setzte; es ist das einer der wenigen erfreulichen Punkte in der Vorlage. Ich will noch erwähnen, als Gegenstände, die bisher frei waren: Drucktücher, künstliches Kratzleder mit 6 M, Preßspähne mit 8 M; Glasperlen, die bisher aus Italien und Böhmen bezogen wurden und, je nachdem die Mode günstig war, einen sehr bedeutenden Artikel für Weber und Posamentiere, sowie für das Confectionsgeschäft bildeten, sollen statt mit 4 mit 24 M besteuert werden. Packleinwand, ein wichtiger Artikel nicht bloß für viele Industriezweige, sondern auch namentlich für die Landwirthschaft, welche die daraus gefertigten Säcke braucht, soll erhöht werden, und zwar scheinbar bloß von 4 auf 5 M, wenn Sie aber

den Tarif näher ansehen, so finden Sie, daß die Commission sagt: was ihr bisher Packleinwand genannt, das nennen wir nicht mehr Packleinwand, Packleinwand nennen wir nur jenes ganz grobe Gewebe, welches der Tapezirer braucht, wo einige wenige Fäden auf 2 Centimeter kommen; was ihr Packleinwand nennt, nennen wir Leinwand und besteuern sie mit 10 M.

Um nun zu den eigentlichen Halbfabrikaten der Textilindustrie zu kommen: gefämmte Wolle, bisher frei, soll mit 2 M besteuert werden; ja, meine Herren, wir haben früher sehr viel gefämmte Wolle eingeführt, neuerdings kämmen wir unsre Wolle fast durchgängig selbst; die Einführ ist, ohne Schutz, auf einen ganz geringen Betrag zurückgegangen. Gesponnene Floretseide, die sogar der österreichische Tarif freiläßt, soll mit 12 M besteuert werden; baumwollene Garne in verschiedenen Staffeln bis auf das  $3\frac{1}{4}$  fache, von 12 bis 39 M, Leinen- und Wollengarn bis auf das 4 fache.

Ich komme sodann zu einem Artikel, der vielleicht nur aus Versehen in dem Maße erhöht worden ist, ich meine gezwirnte Jute-Garne. Das ist selbst dem Bearbeiter der Zusammenstellung, die ich hier vor mir habe und die vielen von Ihnen gewiß bekannt ist, einer sehr fleißigen Arbeit, entgangen; nämlich durch eine kleine Verstellung in der Pos. 22 ist es dahin gekommen, daß gezwirnte Jute-Garne, die bisher 3 M auf 100 kg bezahlt, 36 M bezahlt sollen! Meine Herren, wir produciren ziemlich viel Jute-Garn, die Einführ des Rohstoffes ist auf ungefähr 300 000 Centner ohne Schutz gestiegen, es werden jedoch bisher bei uns nur grobe Jute-Garne gesponnen. Nun hat sich aber eine recht gesunde und in erfreulicher Entwicklung begriffene Industrie gebildet, welche Stoffe aus gezwirntem, gefämmtem Jute-Garn fabricirt, — die bekannten Gardinenstoffe, Tischdecken u. s. w., in Chemnitz und wohl auch an andern Orten. Ja, meine Herren, bisher bezahlte diese Industrie das Jute-Garn, das sie aus England bezog und von dem das Kilo ungefähr 1 M kostet, mit 3 ♂ Zoll aufs Kilo, jetzt soll sie es mit 36 ♂ bezahlen, also 36 Proc. des Wertes! Das ist wiederum die reine Vernichtung eines immerhin wichtigen Industriezweiges.

Daß bei den Garnzöllen von großen Erträgen nicht die Rede sein kann, das scheint mir auf der Hand zu liegen. Der Tarif ist so complicit und, da die Grenzen der Staffeln, bei Baumwollgarnen namentlich, gerade auf die Hauptnummern gelegt sind, von denen am meisten importirt wird, so den Verkehr behindernd, daß eine außerordentliche Zahl von Beamten nothwendig sein wird, um das zu controliren. Man hat diese Schwierigkeiten ja bei den Staffelzöllen in Frankreich, die hier zum Muster gediengt haben, hinreichend kennen gelernt.

Nun, meine Herren, frage ich, hat unsre Spinnerei wirklich den Schutz nöthig gehabt? Es wird ja in der Specialdebatte darüber noch viel gesprochen werden. Gestatten Sie mir nur einen kurzen Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich. Unsere Einführ von Baumwollgarne hat sich, während sie in den 30er Jahren noch ungefähr 70 Proc. des Bedarfes betrug, auf ungefähr 17 Proc. vermindert, dagegen ist die Ausfuhr baumwollener Garne bei uns in den letzten 5 Jahren von 91 000 Centnern — ich nenne hier die auf Netto reducirten Zahlen — gestiegen auf 226 000 Centner. Von Baumwollwaren aber ist die Einführ gefallen in den letzten 5 Jahren von 53 000 auf 40 000

Gentner, dagegen die Ausfuhr gestiegen von 210 000 auf 282 000 Gentner. Nun vergleichen wir damit, welchen Einfluss die hohen und außerordentlich complicirten, nach der Meinung eifriger Schutzbüllner geradezu musterhaften französischen Garnzölle gehabt haben. Meine Herren, die Einfuhr von Baumwollgarnen nach Frankreich ist trotz der hohen Zölle in dem gleichen Zeitraum gestiegen von 22 Millionen  $\text{M}$  auf 36,4 Millionen; dagegen ist die Ausfuhr gefallen — während sie bei uns gestiegen ist — von 4,4 Millionen auf 2,5 Millionen, in ganz allmählichem Abfall; und was die Einfuhr von Baumwollwaren nach Frankreich anlangt, so ist die ebenfalls gestiegen, dagegen die Ausfuhr wiederum gefallen.

Meine Herren, sind solche Verhältnisse etwa ermutigend, um dem Beispiel von Frankreich zu folgen? Ich glaube, durchaus nicht. Man will damit, möchte ich fast sagen, eine neue Industrie bei uns hervorrufen, denn für die groben Nummern, welche bei uns vorzugsweise gesponnen werden, braucht unsere Industrie — das haben mir intelligente Spinner selbst gesagt — keinen Schutz; sie will höheren Schutz haben, um feinere Nummern, um namentlich do ublirte Garne zu produciren, und es soll unserer Webwarenindustrie zugemuthet werden, zu warten, bis die Spinnereien mit ihren Einrichtungen, mit der Anlernung ihrer Arbeiter in einigen Jahren vielleicht so weit sind, daß sie nothdürftig den Bedarf befriedigen können.

Man sagt: der Schutz soll nur die Industrie erziehen. Das Beispiel von Frankreich beweist in dieser Industrie gerade das Gegenteil; die französischen Spinner verlangen noch immer höheren Schutz, trotzdem die Zölle schon so hoch sind. Als das Elsaß noch zu Frankreich gehörte und im Jahre 1869 eine Enquête über diese Verhältnisse angestellt wurde, da verlangten die Elsässer Spinner höhere Zölle, weil sie nicht concurriren könnten mit England. Nun, meine Herren, die elsässische Industrie führt jetzt ungefähr  $1/3$  von dem, was Frankreich von Garnen überhaupt importirt, dorthin ein; sie concurrirt dort also jetzt mit der englischen Industrie, obgleich sie dieselben Zölle bezahlen muß wie England, und früher behaupteten die Herren, sie könnten trotz des hohen Schutzes nicht concurriren!

Nun sind allerdings der Weberei, der Strumpfwirkerei &c. ebenfalls Schutzzölle zugesagt, aber diese Industrien können davon fast keinen Gebrauch machen, mit Ausnahme einiger weniger Artikel. Wie ich vorhin durch Zahlen nachgewiesen habe, exportiren alle diese Industrien in bedeutendem Maßstabe, und auf dem auswärtigen Markte hilft ihnen der Schutz natürlich nichts, während man ihnen andresseits das Rohmaterial künstlich vertheuern will — vertheuern in einem Maße, das weit über das hinausgeht, was in dem autonomen Tarif die Spinner selbst verlangt haben; dort war der höchste Satz 24  $\text{M}$ , jetzt ist er 39  $\text{M}$ . (Hört! links). Und in Österreich, meine Herren, ist ebenfalls der höchste Satz, auch für do ublirte Baumwollgarne, nur 12 Gulden.

Ja, meine Herren, ich frage: was ist wichtiger? eine neue Industrie, oder, wenn Sie wollen, eine neue Richtung in einem Industriezweige erst künstlich heranzuziehen oder die bestehenden Industrien gegen Schädigung zu sichern?! Welche Industrie ist die wichtigste? etwa diejenige, wo die meisten Millionäre, die meisten Actienunternehmungen betheiligt sind? Nein, meine Herren, diejenige, welche die meisten Hände beschäftigt, namentlich die

meisten selbständigen Hände (vielfaches Bravo! links), die am meisten den Charakter der Kleinindustrie bewahrt hat. Meine Herren, ich befindet mich hier in dem Verein für Socialpolitik und ich glaube, ich habe nicht nötig, diesen Satz noch weiter zu begründen. Es liegt meines Erachtens ganz im Sinne dieses Vereins, den Schutz der Kleinindustrie zu fordern gegen die Uebervortheilung, die ihr jetzt angekommen wird durch künstliche Hebung der Großindustrie, welche hauptsächlich durch enorme Gründungen in die jetzige Lage gekommen ist.

Meine Herren, unsere Webwarenindustrie, die viel mehr Hände beschäftigt, als die Spinnerei, sagt mit wenigen Ausnahmen: wir brauchen keinen Schutz, wir wollen keinen Schutz, wir wollen nichts weiter als freie Bewegung, gönnst uns unsere bisherige Lebensluft, — und, meine Herren, ich glaube, diese Industrie hat vollständig Recht!

Meine Herren, wenn ich hiernach den Tarif in seiner Gesamtheit beurtheilen soll, so kann mein Urtheil nicht anders aussfallen — ich sage das mit voller, ruhiger Ueberlegung —: es ist ein nicht genügend, um nicht zu sagen durchaus ungenügend vorbereiteter, nach Grad und Umfang unerhörter Eingriff in die Bedingungen unserer wirthschaftlichen Entwicklung, der in seiner Gesamtheit nur einen schädlichen, ja auf viele Industriezweige einen geradezu verderblichen Einfluß haben wird. Meine Herren, ich sagte: ein nicht genügend vorbereiteter Eingriff. Ja, man hat eine Anzahl Enquêtes angestellt über einzelne Industriezweige, deren Ergebnisse nur theilweise, durch Indiscretion, in die Öffentlichkeit gedrungen sind, man hat sie uns vorenthalten. Die Zolltarifcommission hat dann noch während ihrer Arbeiten in aller Eile hier und da Informationen zusammengerafft. Ja, meine Herren, wenn man gründliche Informationen einholen will, so muß man schon eine genaue Kenntniß der betreffenden Industriezweige haben, um überhaupt nur die richtigen Fragen zu stellen. So in Zeit von wenigen Wochen eine vollständige Umgestaltung eines Zolltariffs vorzunehmen, das ist eine unmögliche Aufgabe, und ich glaube, es ist der Commission nur der Vorwurf zu machen, daß sie nicht gefragt hat: das können wir nicht, — sondern daß sie das Unmögliche versucht hat. (Burufe von rechts: Enquête! dringlich!) Enquête? ja, aber ganz einseitig, und wenn ich die tatsächlich Ergebnisse der Enquête betrachte, soweit sie mir bekannt geworden sind — nicht das, was man fälschlich als die Hauptfache bei der Enquête betrachtet, nämlich die Wünsche der Bevölkerung selbst —, dann ist es mir völlig unbegreiflich, wie man zu solchen Zollsätze hat gelangen können. (Sehr richtig! links.) „Dringlich“? dringlich ist nach meiner Ueberzeugung nur das eine Bedürfniß, nämlich die Einnahmen des Reiches zu erhöhen, das Reich auf selbständige Einnahmen in höherem Maße als bisher zu stellen, und in dieser Beziehung enthält ja die Tarifvorlage einige Vorschläge für Finanzsätze. Gestatten Sie mir darüber nur noch wenige Bemerkungen.

Dass der Tabak geeignet ist, eine erheblich höhere Einnahme zu bringen als bisher, darüber sind fast Alle einig, das Maß ist freilich noch streitig, — ich will darauf nicht weiter eingehen. Beim Zucker hat sich eine Correctur der jetzigen Sätze nach dem gegenwärtigen Stande der Technik schon seit

längerer Zeit als nöthig herausgestellt. Ob man dabei vielleicht noch eine Erhöhung eintreten lassen kann, lasse ich dahingestellt, jedenfalls würde hier auch eine gewisse Mehreinnahme zu erzielen sein. Was das Bier anlangt, so wird bekanntlich eine Verdoppelung der Brausteuer beabsichtigt. Ich glaube, bei Bier sollte man mit größter Vorsicht zu Werke gehen. Wenn man auf das Beispiel von Bayern verweist, so ist ja klar, daß unsere Verhältnisse ganz anders liegen als die in Bayern. Es wird das Ihnen vermutlich im Laufe der weiteren Discussion noch von fundigerer Seite dargelegt werden. Wir aber als Social-politiker wollen nicht vergessen, daß das Bier, ich darf getrost so sagen, eine Culturmision zu erfüllen hat gegenüber dem Schnaps, und wir sollten deshalb vorsichtig sein, daß Bier irgend erheblich zu vertheuern. (Sehr richtig! links.)

Dagegen, meine Herren, habe ich durchaus nichts einzuwenden gegen eine Erhöhung der Brantweinstauer, und nothwendig vor allen Dingen ist eine einheitliche Brantweinstauer im ganzen Deutschen Reich, da jetzt aus der großen Verschiedenheit unendliche Missstände hervorgehen. Die Erhöhung aber empfehle ich unter der Voraussetzung, die ja vom Reichstag bereits wiederholt ausgesprochen worden und die jetzt, so viel ich weiß, schon genügend zur Ausführung vorbereitet ist, daß nämlich der Spiritus, soweit er zu gewöhnlichen Zwecken dient, von der Steuer befreit wird.

Unter den Einfuhrgegenständen könnte noch höhere Zölle bringen unter anderen: der Wein, wie das auch von der Commission vorgeschlagen ist, und zwar scheint mir auch, wenn man einmal den Wein als Gegenstand eines Finanzzolles in höherem Maße heranziehen will, die Unterscheidung von Wein in Fässern und in Flaschen vollkommen gerechtfertigt.

Der Kaffee soll ebenfalls erhöht werden. Auch dagegen habe ich nichts einzuwenden, wenn man nur vorsichtig und nicht in zu starkem Maße auf einmal vorgeht. Meine Herren, wir haben früher die Erfahrung gemacht, — ich habe die Bissern leider nicht zur Hand, aber, wenn ich nicht irre, hat die letzte Erhöhung des Kaffeezolles in den ersten Jahren sogar einen Ausfall an Einnahmen gebracht (Zustimmung), und es hat erst einiger Jahre bedurft, um wieder auf das Niveau zu kommen.

Bon Thee, Chokolade &c. will ich nicht reden, auch nicht von Südfrüchten; nur die eine Bemerkung gestatten Sie mir, daß ich da Rosinen und Corinthen von der Erhöhung ausgenommen zu sehen wünsche; vielleicht werden Sie das Interesse, daß ich dabei habe, als ein particularistisches bezeichnen — nämlich große Rosinen sind bei uns eine Lieblingsspeise der niederer Bevölkerung, Kindfleisch mit Rosinenbrühe ist das Sonntags-Gericht des kleinen Mannes (Heiterkeit), und die Rosinen concurren in dieser Beziehung mit gebackenen Pflaumen. Es ist das wirklich ein Bedürfnisartikel geworden. Daß man den Reis nicht als Finanzartikel behandeln sollte, darüber brauche ich wohl kein Wort zu verlieren; die Commission schlägt trotzdem vor, auch den Reiszoll wieder zu erhöhen.

Endlich, meine Herren, Petroleum. Nun, ich glaube, Petroleum ist ein sehr geeigneter Artikel, um zu erproben, ob jemand Principeireiter ist oder ob er die wirklichen concreten Verhältnisse ins Auge faßt. Ich würde trotz aller principiellen Bedenken, die gegen einen Petroleumzoll sprechen mögen, mich nicht dagegen erklären, eine Steuer darauf zu legen.

So, meine Herren, können wir ganz erhebliche Mehreinnahmen für das Reich erzielen, und ich glaube, daß andere können wir getrost vertagen. Ich will mich nicht von vorn herein gegen jede Erhöhung, selbst von dem Gesichtspunkt des Schutzzolles, erklären. Ich gebe zu, daß hier und da Unebenheiten, Fehler in unserem Tarife sind, die corrigirt werden müssen, auch nach der Richtung hin. Aber, meine Herren, wir müssen eine solche Reform, wie es die Wichtigkeit der Sache verdient, gründlich vorbereiten.

Und nun, meine Herren, komme ich noch zu einem Hauptpunkte, den ich aber, um Ihre Geduld nicht zu lange in Anspruch zu nehmen, auch nur ganz kurz berühren werde. Vor allem lege ich ein großes Gewicht darauf, daß wir nicht so ohne Weiteres darauf verzichten, die Handelsverträge zu erneuern. Meine Herren, im Interesse unserer Industrie und unseres Handels liegt es vor allen Dingen, die Bedingungen für ihre Thätigkeit zu stetigen und dauernden zu machen, nicht alle Augenblicke Änderungen vorzunehmen, nicht Ungewissheit zu schaffen, die den Geschäftsmännern verderblich ist, oft verderblicher als ein bestimmt begrenztes Uebel. Die Ausführung von Aufträgen braucht nicht selten ein halbes Jahr und länger, und Einrichtungen, die nöthig sind zur Vorbereitung der Ausführung, müssen auf Jahre hinaus im Voraus getroffen werden, unter Kenntniß der wirtschaftlichen Bedingungen. Aber wenn die Politik alle Augenblicke sich ändert, dann ist es unmöglich, daß die Industrie in gedeihlicher Weise sich entwickelt. Wir haben die Erfahrung gemacht gegen Ende des verflossenen Jahres, wo die Unsicherheit, ob der österreichische Handelsvertrag noch erneuert werden würde oder nicht, unserer Industrie viele Millionen gekostet hat. (Zustimmung.) Das geht nicht, daß man die Bedingungen der Production so ins Ungewisse stellt.

Von diesem Standpunkte aus, meine Herren, muß ich mich zum Schluß noch entschieden erklären gegen den Artikel 5 der Vorlage, welcher für den Bundesrat die Ermächtigung in Anspruch nimmt, auf den bloßen Umstand hin, daß ein anderer Staat unsere Erzeugnisse in irgend einem Punkte ungünstiger behandelt, mit anderen Worten, einen höheren Zollhaß hat als unser Tarif, daß diesem Staat gegenüber sofort das Doppelte auf die Zölle aufgeschlagen werden kann. Ja, meine Herren, das heißt doch die Bedingungen unserer Production rein in die Willkür des Bundesraths stellen. Diese Clausel könnte sogar dem freihändlerischen England gegenüber gebraucht werden, wo der Spiritus hiher befeuert wird als bei uns, geschweige andern Staaten gegenüber; wir könnten es erleben, daß von einem Tag auf den andern ganz andere Bedingungen für wichtige Industriezweige geschaffen werden. Man spricht mit ziemlicher Leichtigkeit von Kampfzöllen, von einem frischen fröhlichen Zollkrieg. Wer aber die Dinge, um die es sich dabei handelt, kennt, der weiß, daß das eine furchtbar ernste Sache ist, mit der man nicht spielen sollte. (Sehr richtig.) Ich habe nichts dagegen, daß man für den Abschluß von Handelsverträgen dem Bundesrat im Voraus eine gewisse Latitude gewährt, daß man eine Erklärung in dem Sinne abgiebt, daß gewisse Zollsätze im Nothfalle erhöht werden können; aber, meine Herren, nur für den Abschluß von Verträgen, nicht, nachdem der Zolltarif in Kraft getreten ist, sondern vorher, damit wir nicht in eine so unsichere Lage kommen. Also, dieser Artikel 5 ist für mich vollständig unannehm-

bar, und ich sollte meinen, daß darüber eigentlich kaum eine Meinungsverschiedenheit bestehen könnte.

Man wendet wohl ein, Handelsverträge könnten wir jetzt nicht abschließen, es sei in allen Ländern eine zu starke schutzzöllnerische Strömung. Meine Herren, an dieser Strömung, an der Erhöhung der Zölle in Österreich z. B., tragen wir nach meiner vollen Ueberzeugung einen nicht geringen Theil der Schuld mit. Die Schutzzöllner in Österreich hätten bei weitem nicht so leichtes Spiel gehabt, mit ihren Forderungen durchzudringen, wenn sie nicht auf die große Bewegung in Deutschland hätten hinweisen können. Was Frankreich anlangt, so hat sich dort jetzt eine sehr bedeutende Freihandels-Bewegung geltend gemacht. Der französische Minister Tirard ist bekanntlich für seine Person entschiedener Freihändler; aber wenn Sie auch die Denkschrift der früheren Regierung zum Entwurf des Zolltariffs, die ungefähr jetzt vor einem Jahre herausgekommen ist, vergleichen, so finden Sie, daß durchaus ein Fortbauen auf der bisherigen Grundlage betont ist. Die französischen Handelskammern haben sich fast einstimmig für die Erneuerung der Handelsverträge ausgesprochen. Die französische Regierung legt in jener Vorlage die bisherigen Vertrags-Tarife dem künftigen allgemeinen Tarif zu Grunde und sie stellt ausdrücklich in Aussicht, daß Handelsverträge geschlossen, und die Sätze des allgemeinen Tariffs nach Befinden noch weiter ermäßigt werden sollen.

Meine Herren! Unter diesen Umständen glaube ich doch nicht, daß wir von vornherein darauf verzichten sollten, Handelsverträge wieder abzuschließen, und auf diese Weise die Bedingungen für eine segensreiche und gedeihliche Entwicklung unseres Handels und unserer Industrie zu beschaffen. (Lebhafter Beifall links.)

## Correferat

von Prof. Dr. G. Schmoller (Straßburg i. E.) über die  
Bolltarisvorlage.

---

### Geehrte Versammlung!

Ich habe es übernommen, als antifreihändlerischer Referent die Generaldebatte über den neuen Bolltarif einzuleiten, nicht weil ich mich in meinen prinzipiellen Ueberzeugungen nach allen Seiten von dem Vorredner oder gar von meinen freihändlerischen Freunden aus diesem Vereine absolut unterscheide, wohl aber weil die Bekämpfung des neuen Tariffs und der ganzen heutigen Wendung unserer Handelspolitik, wie sie von den extremen Freihändlern, von der alten Manchesteorschule ausgeht, meinen wissenschaftlichen Grundanschauungen, meiner historischen Auffassung der Dinge und meinen socialpolitischen Parteiprinzipien widerspricht. Ich glaube nicht, wie jene Herren, daß jede Staatsintervention in volkswirtschaftlichen Dingen schädlich sei, ich glaube nicht, daß die unbedingt freie Concurrenz überall segensreich wirke; ich glaube, daß überall, wo der Druck der Concurrenz über ein gewisses Maß hinausgeht, er mehr Schaden als Segen stiftet, ich glaube, daß der freie, ganz ungehinderte Interessenkampf oftmals nur die Folge hat, den Schwachen auszubeuten und zu vernichten. Und wenn ich zugebe, daß es viele volkswirtschaftliche Schwäche, seien es Individuen, Völker oder Industrien gibt, die besser zu Grunde gehen, als erhalten werden, so stelle ich mich doch nicht immer, nicht gegenüber allen Schwachen auf diesen Standpunkt; ich verlange Schutz des Arbeiters gegenüber dem übermächtigen Capital, aber ich verlange auch Schutz einer an sich lebensfähigen, aber im Moment hart bebrängten nationalen Industrie gegenüber ausländischer Übermacht. Ich gebe unserem großen Juristen Ihering Recht, wenn er die absolute Freihandelstheorie verspottend sagt: daß die Wölfe nach Freiheit rufen, ist selbstverständlich, wenn es aber auch die Schafe thun, so zeigen sie eben nur, daß sie Schafe sind.

Doch bin ich weit entfernt, für jedes England an Wohlstand und Industrie-Entwicklung nachstehende Land ein strenges Schutzzollsystem zu fordern. Schutz- und Freihandel sind für mich gar keine prinzipiellen Fragen, sondern untergeordnete Mittel der staatlichen oder volkswirtschaftlichen Therapie oder Diätetik, die man für Länder von der Cultur Deutschlands nur in maßvollen Dosen,

aber abwechselungsweise je nach dem Befinden empfiehlt und anwendet, wie der Arzt heute ein Laxans und morgen ein restringirendes Mittel, heute ein blutverdünzendes, morgen ein blutbildendes und verstärkendes Mittel gibt. Den Arzt, der sagte: ich gebe aus Princip allen Menschen Restrингентia oder Laxantia, würde man für halb verrückt ansehen, — auf diesem Standpunkt stehen aber die principiellen Freihändler, wie die extremen Schutzgöllner, ja viele, die das eigentlich nicht sind, aber ohne das Detail im Einzelnen ganz zu übersehen, doch unbewußt der einen oder andern Fahne folgen. Beide Seiten glauben Den, der 1860 für eine freihändlerische Reform war und heute für eine schutzgöllnerische Reform ist, mitleidsvoll als einen charakterschwachen, principiösen Menschen ansehen zu dürfen. Als ob es einen Arzt charaktervoll mache, wenn er stets das gleiche Heilmittel vorschreibt.

Um gerechtesten und unbesangsten wird, wie mir scheint, auch auf diesem Gebiete das Urtheil, wenn man den Blick von der erregten Gegenwart und ihren dogmatischen Schlagwörtern abwendet und schlicht und einfach die Geschichte um ihre Lehren befragt.

Dem unbefangenen Blicke treten hier zwei Entwicklungs-Reihen entgegen: scheinbar feindliche Brüder, in Wahrheit einander nothwendig bedingend. Von den ältesten Völker- und Stammes-Beziehungen bis herab zur Gegenwart mit ihrem internationalen Recht und ihren Meistbegünstigungs-Clauseln scheint es eine ununterbrochene Kette des Fortschritts, daß man erst den Fremden nicht mehr tott schlägt, dann ihn nicht mehr zum Sclaven macht, dann ihn erst zu schlechterem Recht im Verkehr zuläßt, aber friedlich mit ihm zu tauschen beginnt und zuletzt ihn und seine Waaren nach allen Seiten als gleichberechtigt anerkennt: das ist die eine Seite der volkswirthschaftlichen Geschichte, die der bewundernde Freihändler allein kennt. Aber daneben steht die andere Seite, die er immer wieder übersieht, steht die ebenso sichere Thatsache, daß dieser Fortschritt sich nur vollzogen hat durch zahllose Kämpfe hindurch, in denen nur die Stämme, die Völker, die Nationen obenankamen, die auch auf volkswirthschaftlichem Gebiete sich als eine solidarische Einheit nach Außen fühlten, sich auch auf diesem Gebiete durch einen zähen, energischen, unerbittlichen, nationalen Egoismus leiten ließen. Die Phöniker und Egypter, die Griechen und die italienischen Handelsstaaten des Mittelalters haben so gehandelt, sie waren zähe, verschlagene, konsequente Schutzgöllner und Mercantilisten, wie es die sämmtlichen großen Nationalstaaten Europas vom 16. bis ins 19. Jahrhundert waren, wie es die Amerikaner und englischen Colonisten jetzt wieder sind. Alle haben die Benachtheiligung der fremden Personen und Händler, wie der fremden Waaren als ein Kampfmittel gegen andere Völker, gegen schwächere und stärkere gebraucht; sie haben es oft mißbraucht; sie haben, wenn sie es zu einseitig brauchten, zu sehr die fremde Concurrenz abschlossen, sich selbst damit geschadet, unter Umständen sich sogar zu Grunde gerichtet, — wie die Venetianer und die Spanier. Aber zugleich sehen wir, daß die Völker und Staaten, je größer und mächtiger sie wurden, desto mehr zeitweise des Abschlusses in sich, der schroffen Haltung auch in handelspolitischer Beziehung nach Außen bedurften. Sedenfalls zeigt uns das freihändlerische Volk der Briten noch heute ein solches Uebermaß des eifersüchtigen, nationalwirthschaftlichen Egoismus, daß wir Deutsche wie weltbürgerlich unpraktische Schwärmer daneben stehen.

Der sichere, der wahre Fortschritt war jederzeit da, wo man es verstand, im rechten Moment und an der rechten Stelle freihändlerisch und dann wieder schutzzöllnerisch zu sein, wo man möglichst wenig diese zwei gleich naturnothwendigen Strebungen zu einem Alles beherrschenden, unerbittlichen System aufbauschte, wo man sich bewußt blieb, daß der Fortschritt im Handel und in der internationalen Theilung der Arbeit ebenso nothwendig sei, als der nationale Zusammenschluß der Volkswirtschaft, die nationale Theilung der Arbeit und der nationale Egoismus, die geschickte Benutzung jedes berechtigten Mittels im großen Kampfe der wirtschaftlichen Interessen der Völker.

Daher sehen wir bei den Engländern, den Franzosen, den Nordamerikanern, vor Allem aber im Zollverein selbst, den zeitweisen Wechsel der Zollsysteme, jedesmal von den Doctrinären und der entgegengesetzten Interessen-Gruppe aufs Tieftauch beklagt, in Wahrheit aber — wenigstens wo der Wechsel im rechten Moment und im rechten Maß eintrat — segensvoll wirkend.

Gewiß kann der Wechsel zu oft und zu schroff erfolgen, wie uns das die nordamerikanische Tarifgeschichte zeigt. Aber beweist die Thatache, daß heute in so vielen europäischen Staaten sich liberale und conservative Ministerien zu oft und zu schroff ablösen, etwas gegen den Satz, daß ein solcher Wechsel für die Regierung eines freien Volkes heilsam und nothwendig sei? Sehen wir nicht auf allen socialen und politischen Gebieten einen ähnlichen Wechsel der herrschenden Strömungen, auf dem kirchlichen und militärischen Gebiet, auf dem Gebiet der Schule, der Selbstverwaltung, des Beamtenwesens, und ist all das nicht die nothwendige Folge davon, daß überall gleichberechtigte Interessen, entgegengesetzte und doch nothwendig zusammen gehörige Pole derselben Achse nacheinander die Führung übernehmen müssen, daß nur aus der geistigen Reibung zwei sich bekämpfender, abwechslungsweise die öffentliche Meinung für sich gewinnender Ideenkreise die richtige Lenkung des Staatschiffes oder des volkswirtschaftlichen Schiffes durch ganz verschiedene Zeiten und Sachlagen hindurch hervorgehen kann? Liegt dieser Wechsel nicht im innersten psychologischen Wesen des menschlichen Denkens und Fühlens und beweist es nicht eine nahezu kindliche jeder Geschichtskenntnis baare Naivität, bei irgend einem liberalen oder conservativen, freihändlerischen oder schutzzöllnerischen Sieg sich einzubilden, jetzt sei die letzte Entscheidung nach dieser Seite hin gefallen, niemals mehr werde eine Umlehr erfolgen, keine künftige Regierung oder Volksvertretung werde oder dürfe von dieser Linie mehr abweichen.

Warum aber ist ein solcher Wechsel speciell auf dem Gebiete der Handelspolitik nötig, warum hat er sich überall mit gleicher Consequenz wiederholt, bei den Völkern mit im Ganzen strengerem, wie bei denen mit liberalerem Tarif? Die Antwort ist einfach: die Volkswirtschaft unserer heutigen Culturstaaten arbeitet für zwei Märkte, für den innern und den äußern; sie ruht auf zwei Systemen der Arbeitstheilung, dem System der nationalen Arbeitstheilung und dem der internationalen; sie hat zwei Aufgaben: für die Gegenwart im Moment möglichst billig und gut das Volk mit den Waaren zu versorgen, die es braucht, und daneben für die Zukunft die volkswirtschaftliche Organisation möglichst vollendet und harmonisch einzurichten, productive Kräfte zu erziehen, die technischen und sonstigen Eigenschaften der Unternehmer und Arbeiter auf ein höheres Niveau zu erheben, wenn auch dadurch zeitweise einzelne Producte verteuert werden.

Diese Ziele lassen sich nicht jederzeit zusammen erreichen; man muß zeitweise mehr auf das Eine verzichten, wenn man auf das Andere den größeren Werth legt; man muß zeitweise die auswärtige Concurrenz verstärken, zeitweise aber auch wieder etwas mehr abhalten. Man muß zeitweise sich den andern Staaten und Volkswirthschaften auf dem Boden der Rechtsgleichheit nähern, zeitweise aber auch alle verfügbaren Mittel benutzen, um auf einer Arena, die stets am Kampfplatz bleibt, nicht niedergeworfen zu werden, sondern den höchsten möglichen egoistischen Vortheil für die eigene Nation zu erringen.

Die ganze Geschichte des preußischen und Zollvereinstarifs ist nur eine Illustration dieser Wahrheit. Die Vorstellung, als ob Preußen jederzeit im 19. Jahrhundert freihändlerisch gewesen oder dem Freihandel zugestrebtt habe, ist nur eine fable convenie der Freihandelspartei.

Und umgekehrt ist auch das altpreußische Zollsysteem des vorigen Jahrhunderts nicht ohne durch nothwendige Zeitverhältnisse bedingte Wandlungen im freihändlerischen Sinne gewesen. Seine erste schroffe Ausbildung empfing es in den schlechten für die brandenburgisch-preußische Industrie im Ganzen so harten Jahren 1700—1718; es wurde aber bald wieder etwas ermäßigt, wenigstens Sachsen gegenüber durch den sächsisch-preußischen Handelsvertrag von 1729; es geschah dies, sobald durch die Maßregeln Friedrich Wilhelm I. 1718—29 ein gewisser Aufschwung gesichert war. Friedrich der Große bildete es dann immer schärfer, ja über das berechtigte Maß hinaus aus, aber nicht, ohne im Ganzen erfreuliche Resultate für die preußische Industrie zu erzielen. Nach seinem Tode schon trat ein Rückschlag ein; eine freiere Auffassung schuf sich Bahn; der Getreidehandel wurde seiner Fesseln entledigt, eine Anzahl Monopole wurden abgeschafft; die bedeutende Zunahme des Wohlstandes bis 1806 hin erfolgte unter diesem etwas gemilderten, in Bezug auf die Industrie aber immer noch schroffen Schutzzollsysteem.

Das preußische Schutzzollsysteem von 1818, eine Frucht der neuen liberalen Ad. Smith'schen Ideen, war gegenüber dem altpreußischen Systeme ein vollständiger Wechsel, gegenüber der 1814—18 so übermächtig eindringenden englischen Concurrenz doch eine Rückkehr zum Schutze. Vergleichsberzeugnisse sollten durchschnittlich 20, Fabrik- und Manufakturwaren 10 Proc. Zoll zahlen. Die Zölle sollen, sagt das Gesetz, dem inländischen Gewerbeleid einen ansehnlichen Vorsprung gewähren.

Und nun folgen von 1818 bis zur Gegenwart vier ganz klar geschiedene Epochen:

1818—33 nimmt die schutzzöllnerische Strömung zu,

1833—42 umgekehrt die freihändlerische, die Richtung auf Zollermäßigung,

1842—55 siegt wieder umgekehrt die schutzzöllnerische,

1860—73 herrscht der Freihandel in Theorie und Praxis ziemlich unumschränkt;

jetzt stehen wir wieder vor dem Umsetzen in die entgegengesetzte Windströmung.

Ist das Zufall? gibt es auf solchen Gebieten einen Zufall? Ist das auf einzelne Persönlichkeiten, auf die Ansichten einzelner Minister zurückzuführen? Sind es nicht jedesmal innere nothwendige Ursachen, die den Wechsel bedingen?

Von 1818—33 war es der Druck der wirtschaftlichen Noth der zur Erhöhung einer Reihe von Zöllen führte: so wurden Zölle für Eisenwaren,

Baumwoll- und Wollgarn, wie für Gewebe, Seidewaaren, Tapeten, Porcellan, seine Lederaquaren, für Getreide, Vieh, Hopfen u. s. w. erhöht.

Als 1833, auf das Andringen Sachsen's und Süddeutschlands, einige wichtige Zölle (auf Woll- und Baumwollwaaren, Südfrüchte, Gewürze, Kupfer, Blei &c.) ermäßigt wurden, geschah es, wie der von den Freihändlern später so gefeierte alte Kühe sagte, nicht ohne ernste Sorge von preußischer Seite.

Der glänzende Aufschwung der Zollvereins- und besonders der preußischen Industrie in den 30er Jahren machte aber die preußische Regierung mit Recht kühner; man wagte wenigstens einige Zölle herabzusetzen. Und als in den 40er Jahren ein volkswirtschaftlicher Notstand begann, ähnlich unserm heutigen, da war es zuerst die preußische Regierung oder wenigstens das preußische Finanzministerium, die den süddeutschen Schutzollforderungen Widerstand leisteten. Freilich nicht allzulang; der preußische Handelsminister, der Handelsrat, die andern Minister, der König waren von Mitte der 40er Jahre bis Anfang oder Mitte der 50er Jahre schutzöllnerisch. Der Twist und der Roheisenzoll wurden erhöht, resp. eingeführt, ebenso der Zoll auf leinenes Maschinengarn; eine Reihe der wichtigsten andern Producte wurden erhöht. Noch 1850 drang Preußen energisch auf Erhöhung der Baumwollwaarenzölle; nur der heute noch unaufgelöste Widerspruch Braunschweigs hemmte den Beschlüß.

Damals wie heute, hatte sich nach den englisch-amerikanischen Krisen von 1836, 1837, 1839, 1841 &c. die englische Concurrenz mit solcher Uebermacht auf Deutschland geworfen, daß die Majorität der öffentlichen Meinung diesen Wandel forderte. Und er hat unzweifelhaft günstig gewirkt. Eine Reihe der 1840—45 schwer bedrängten Industrien erholt sich unter dem Schutze, blühte auf, erzog bessere Arbeiter, sammelte Capitale. Und als in den 50er Jahren das amerikanische Gold und der amerikanische Markt eine unerhörte Blüthe der meisten europäischen Industrien erzeugte, nahm Deutschland den vollsten Anteil an dieser Bewegung. Seine wichtigsten Exportindustrien zeigen procentual 1850—60 unter dem alten Tarif eine viel größere Zunahme des Exports als 1860—70 unter der Herrschaft des liberalen Tarifs.

Freilich nicht, weil 1856—60 noch höhere Schutzzölle existierten, nahm der Export so zu, sondern weil damals eine wahre Revolution des Welthandels sich vollzog, weil der amerikanische Tarif noch ein freihändlerischer war, weil England mit seiner ganzen Exportkraft sich damals nach Amerika, nach Australien, nach den Colonien warf, und so Deutschland und die andern Continentalstaaten Gelegenheit fanden, in die Lücken zu treten, die England da und dort offen ließ.

Und eben deswegen betrieb Preußen mit Recht seit Mitte der fünfziger Jahre eine freihändlerische Tarifreform im Zollverein: die Zeiten der Haufse, des zunehmenden Exports, der Neueröffnung von überseeischen Märkten sind die natürlichen Freihandelsepochen, wie umgekehrt die Zeiten der auswärtigen Absatzstockung, der Depression, der Krise naturgemäß zum Schutzoll drängen, obwohl der Schutzoll für sich natürlich die Krise nicht heilen kann.

Der französische Handelsvertrag von 1862 war in seinem Princip durchaus berechtigt und heilsam, wenn auch manche seiner einzelnen Tariffäße fehlgriffen, fehlgreifen mußten; denn sie waren ohne jede Enquête, ohne jede Rücksprache mit irgend einer Handelskammer, ja fast ohne Rücksprache mit einer andern deutschen Regierung von einem paar preußischen, wenn auch noch so tüchtigen, so doch nicht allwissenden

„Beamten Frankreich zugestanden, nicht bloß um rasch an der Wohlthat theilzunehmen, die in der leichteren Zugänglichkeit des französischen Marktes lag, sondern vor Allem, um das Zollbündnis und die 1853 Österreich versprochene Zolleinigung für immer unmöglich zu machen. Die Lösung der deutschen Frage hätte 1862 auch ein noch größeres Opfer gefordert. Seine Rechtfertigung erhält er vor Allem dadurch, daß es ein eminent preußisch-politisches und damit deutsch-nationales Meisterstück war, daß seinen Urhebern deshalb immer den Dank der Nachwelt sichern wird.“

Mochte die Zollreduktion an einzelnen Stellen über das rechte Maß hinausgehen, mochte man von Frankreich nicht allzuviel Gegengaben herausgeschlagen haben, das hatte bei der damaligen Lage des internationalen Handels ziemlich wenig zu sagen. Im Ganzen beförderte dieser, wie die andern Handelsverträge die internationale Theilung der Arbeit, und das ist immer zeitweise nothwendig und heilsam; sie verbilligten viele Waaren, hoben die Industrien, in denen wir uns am meisten auszeichnen, belebten unseren Handel und unsere Mchederei. Aber eine solche Bewegung geht dann über ihr Maß hinaus, wenn die Exportindustrien zu sehr wachsen auf Kosten einer gesunden nationalen Arbeitstheilung, wenn die Exportindustrien wachsen, ohne neue, dauernd gesicherte Märkte zu finden. Die Ära der Handelsverträge mit ihrer Klausel der meistbegünstigten Nation war so lange eine segensvolle, als sie uns neben der etwas verschärften Concurrenz im Inland die Eröffnung neuer Märkte brachte. Von dem Moment, da sie uns das nicht mehr brachte, da wir im blinden Vertrauen, in blauer Hoffnung, die anderen Völker kämen schon nach, unseren Tarif immer weiter einseitig herabsetzten — von dem Moment an haben wir vom Standpunkt des nationalen Egoismus aus gefehlt. Darüber konnte man sich während der Schwindeljahre bis gegen 1874 hin täuschen, die Prosperität schien so allgemein, der Export und die heimische Industrie wuchs trotzdem, daß wir nirgends mehr uns Concessions in fremden Zolltarifen herauschlugen, trotzdem daß einzelne Nationen schon ein wesentlich verändertes Zollsysteem adoptirt hatten. Als aber der Rückschlag eintrat, mußte es sich rasch und in wachsender Progression zeigen, daß wir gefehlt.

Unsere Lage ist jetzt wieder eine ähnliche, wie in den 40er Jahren. Die ganze Uebermacht der englischen Concurrenz, aus Amerika, aus den eigenen Colonien verdrängt, in allen europäischen Staaten viel ungünstiger behandelt als bei uns, wirft sich in erster Linie auf den deutschen Markt. Keine der Nationen, mit denen wir concurrirren, mit denen wir uns in die verschiedenen Industrien theilen könnten, will unserer Exportindustrie noch irgend eine Concession machen. Wir haben ja auch Nichts mehr zu bieten. Wir haben vor eilig mit dem alten Systeme der Handelsverträge abgewirtschaftet. Erst auf Grund eines reformirten Tarifs, der uns einigermaßen wieder in gleiche Lage, wie die anderen europäischen Continentalstaaten bringt, können wir wieder aufs Neue beginnen, Handelsverträge zu schließen.

Gewiß müssen wir suchen, den allgemeinen Zollkrieg, der jetzt in Aussicht steht, so kurz, so maßvoll als möglich zu machen. Aber wir müssen uns für ihn rüsten. Und deshalb halte ich auch für uns den Kampfzollparagraphen, den Österreich und andere Staaten bereits haben, in irgend welcher Form für nötig. Wir mögen ihn anders fassen, wir mögen die Competenz des Bundesraths in diesem Punkt anders fassen, als in der Vorlage (z. B. seine Beschlüsse

an die nachträgliche Genehmigung des Reichstags knüpfen). Aber irgend eine gesetzliche Bestimmung dieser Art ist nötig. Wir begeben uns des wichtigsten Machtmittels in dem internationalen Handelskampfe, wenn wir uns ruhig alle Thüren vor der Nase zuschlagen lassen, selbst aber alle Thüren bei uns offen lassen und zugleich feierlich erklären, wir werden unserer Regierung nie gestatten, auch Den, der uns noch so schlecht behandelt, zur Thürre hinauszutwerfen. Durch eine solche Handelspolitik werden wir im gegenwärtigen Moment die anderen Staaten förmlich herausfordern uns schlecht zu behandeln.

Daß ein etwas in schutzzöllnerischem Sinne erhöhter Tarif mit der Aussicht auf Kampfölle seine bedeutenden Schattenseiten hat -- besonders nach gewissen Seiten hin, das ist nicht zu leugnen. Es ist eine falsche Tactik, sich und den Gegner darüber täuschen zu wollen. Man wird für diese Schattenseiten nur eintreten können, wenn man sie unter zwei Nebeln, von denen man eines nothwendig fragen muß, für das kleinere hält.

Lassen Sie mich auf diese Schattenseiten, die den Kern der Vorwürfe gegen den neuen Tarif bilden, noch mit ein paar Worten eingehen.

1) Eine Vertheuerung mancher Waaren wird eintreten, heißt es; gewiß wird sie in manchen Fällen eintreten, wenn auch in vielen nicht in dem Maße, als die Freihändler versichern. Das Muster einer abstracten, von der Wirklichkeit sich weit entfernenden oberflächlichen Deduction in dieser Beziehung ist das erste Heft der freihändlerischen Blätter bezüglich der Kornölle. Aber zugegeben, daß Eisen, die Gespinnste &c. werden etwas theurer; soweit dadurch der Durchfuhrhandel und unsere Exportindustrien betroffen werden, kann durch Rückvergütungen, durch den international geregelten Veredlungsverkehr und andere Maßregeln geholfen werden. Dann dürfen wir nicht vergessen, daß heute fast alle Preise, um die es sich handelt, so tief stehen, daß die Vertheuerung durch den Zoll kaum in Betracht kommt. Endlich aber halte ich die momentane Vertheuerung und die daran sich schließende mögliche Einschränkung des Consums für nicht so entscheidend, wenn daneben durch dieselben Maßregeln der Unternehmungsgeist belebt, die inländische Arbeitstheilung und Capitalbildung befördert, die Arbeitergeschicklichkeit gehoben wird. Ich verzichte dabei auf einen kleinen Gewinn, auf einen gewissen Consum in der Gegenwart, in der Hoffnung auf einen großen Gewinn in der Zukunft. Wie oft haben die Freihändler früher gesagt, daß unser Schutzzöllensystem den Zucker vertheuere; er that es momentan; aber daneben gibt jetzt jeder Unbefangene zu, daß ohne die 30—40 Jahre dauernden europäischen Zuckerschutzzölle weder die Zuckertechnik sich so ausgebildet, noch die Preise heute so niedrig, der Consum so groß wären, als sie wirklich sind.

2) wirft man ein: Unsere Exportindustrie und unser Handel werden leiden. Gewiß werden sie das an einzelnen Punkten thun. Aber auch dieser Einwurf wird sehr übertrieben und es wird vielfach übersehen, durch welche Mittel dieser Schädigung entgegengewirkt werden kann. Dann möchte ich sagen, daß unsere Exportchancen überhaupt gegenwärtig sehr schlechte sind, gute erst werden auf Grund von Handelsverträgen, denen ein deutscher autonomer Tarif vorausgehen muß. Ich möchte daran erinnern, daß man in den letzten 20 Jahren vielleicht zu sehr die Exportindustrien immer allein von Seiten der Regierung im Auge gehabt hat, daß eine einseitige Entwicklung der Exportindustrien ihre Schattenseiten hat, daß sie einzelnen großen Häusern die größten Gewinne, aber

den Arbeitern die ungleichmäfigste Beschäftigung, den ungleichmäfigsten Lohn bringt, damit die sociale Unzufriedenheit und die Härte der Krisen am meisten steigert. Dann aber hängt unser Export nicht so ausschließlich von unseren Zöllen und von unserem Import ab, wie die Freihändler versichern. Die von J. St. Mill aufgestellte Theorie der internationalen Werthe, von der auch Roscher zugibt, daß sie einen Theil der merkantilistischen Argumente wieder vollständig rehabilitiren, stellt mit Recht die Frage in den Mittelpunkt der Betrachtung, wie nothwendig die eine Nation die Producte der anderen brauchte. Je mehr wir nur Rohproducte oder nur ordinäre Waaren ausführen, desto geringer ist an sich der Gewinn, den wir machen, desto mehr fällt der Löwenanteil des Gewinnes auf die mit uns tauschenden Nationen, desto leichter kann man uns entbehren, desto leichter verlieren wir unseren Export. Je mehr wir aber hochfeine, geschmackvolle, technisch vollendete Waaren ausführen, desto mehr braucht man uns, desto sicherer bleibt uns auch trotz einiger Zollerhöhungen unser Export. Unser bisheriger Tarif aber nöthigte uns im Ganzen zu ordinärer, schlechter, billiger Production, zu einer Ausfuhr von Rohproducten, kurz zu einer Stellung im Welthandel, die unserer Technik, unseren Verhältnissen der 30er und 40er Jahre entsprach, die unserer aber heute nicht mehr würdig ist. Wir müssen die Devise „billig und schlecht“ aufgeben, zu hoher Technik, zu geschmackvollen Formen, zu feineren Producten, zur Ausfuhr verarbeiteter Producte übergehen und dazu wird uns ein vorübergehender Schutzzolltarif mit rationelleren Zollfällen helfen. Auch Amerika hat trotz seines Schutzzolltariffs seinen Export gesteigert; Frankreich hat trotz seiner höheren Zölle seinen Gesamtihandel von 1850—79 nicht minder als Deutschland entwickelt.

3) heißt es: der Schutzzoll wird nur Einzelnen, denen die am meisten Spectakel in der Offentlichkeit gemacht haben, zukommen. Ich beklage das auch, manche Agitationen dieser Art gehen auch nach meinem Geschmack über das berechtigte Maß der Interessenvertretung hinaus. Aber daß solche Ausschreitungen vorkommen, liegt in der Natur der öffentlichen Discussion, der Prezfreiheit, des Constitutionalismus, wie die Thatsache, daß jede staatliche Maßregel zunächst einzelnen mehr nützt, als andern, in der Natur menschlicher Dinge und Einrichtungen, überhaupt in der Natur unseres heutigen positiven Rechts, der staatlichen Mittel, über die wir verfügen, liegt. Auch bei andern staatlichen Maßnahmen sehen wir dasselbe: hat etwa das Actiengesetz von 1870 allen 40 Millionen Deutschen gleich viel genügt? haben zu seinem Erlass nicht auch mächtige Interessen mitgewirkt? hat die Coalitionsfreiheit allen Arbeitern gleich viel Nutzen gebracht? Giebt es überhaupt große Bewegungen in der Politik, ohne daß das Triebad der Interessen dahinter steht? die Forderung, daß eine staatliche Maßregel einzelnen nicht mehr nütze, als andern, schießt über das Ziel weit hinaus, sie läßt alle Maßstäbe der Gerechtigkeit, mit denen wir sonst heute arbeiten, in einem utopischen Icarusflug hinter sich. Die richtig gestellte Frage ist nur die, ob die Nation als solche ein Interesse dabei hat, daß gewisse Industrien, denen nicht allein, aber in erster Linie der höhere Zoll zu gute kommt, sich heben, wieder mehr Arbeiter beschäftigen. Und das glaube ich im Ganzen mit ja beantworten zu können.

4) wird eingemandt, Schutzzölle können unserer Krisis nicht abhelfen; ihre Ursache sei eine Ueberproduction auf dem eigenen Markte, höchstens neue Absatz-

wege nach Außen könnten uns helfen. Das ist theilweise ganz richtig. Wenn 1870—72 in Deutschland jährlich 2000 Locomotiven bestellt wurden und jetzt nur 250, in den nächsten Jahren Bestellungen von 5—600 erwartet werden, so kann natürlich kein Schutzzoll der Welt bewirken, daß die Anstalten, die 1872 2000 Locomotiven bauten, wieder voll mit dem Locomotivenbau beschäftigt werden. Wo eine wirkliche Ueberproduction ist, muß sie eingeschränkt oder müssen neue Märkte gewonnen werden. Aber wenn von den jetzt jährlich eingeführten 3—400,000 Ctr. Baumwoll-Garnen, den 9—10 Mill. Ctr. Roh-eisen, der 1 Mill. Ctr. Eisenbahnschienen, den 600,000 Ctr. Maschinen u. s. w. nur kleine Theile weniger eingehen, so wird das doch schon einen belebenden Einfluß auf die gesammte nationale Production ausüben. Und ich schäze dabei auch das bloß psychologische Moment nicht gering. Unsere Krise ist so schlimm, weil sie überschätzt wird. Handel und Industrie stocken, zahllose Arbeiter sind unbeschäftigt, unsere Armenbudgets wachsen unnatürlich an, obwohl unsere Banken von unbeschäftigt Capital übervoll sind. Je länger das dauert, desto sicherer gehen wir nach langer Stockung später wieder einer Ueberspeculation entgegen. Und das verhindern wir, wenn wir durch Annahme eines reformirten Tarifs dieser psychologischen Ueberschätzung der Krise, dieser weit übertriebenen Lähmung entgegenwirken: es ist sicher, daß seine Annahme sofort nach vielen Seiten die industrielle Thätigkeit heben wird.

Lassen Sie mich zuletzt neben diesen Einwendungen des socialpolitischen Vortheils gedenken, den ein reformirter Zolltarif haben wird. Die Durchführung unserer Fabrikgesetzgebung und ihre successive Verbesserung ist bei vollständigem Freihandel unmöglich; der absolute Freihandel nötigt zum äußersten Lohndrücken, zur Speculation auf Hungerlöhne. Die vollständig ungehinderte Zulassung der böhmischen Concurrenz wird in Schlesien und Sachsen immer wieder die Löhne werfen. Auch die Last der Wehrpflicht, die man anderwärts nicht oder in geringerem Grade hat, drückt auf einzelne Industrien, d. h. die Fähigkeit ihrer Arbeiter, die Stetigkeit der Beschäftigung sehr. Die belgischen Streichgarnspinnereien, die französische Glasindustrie, sie haben ihren Hauptvorsprung in der unbarmherzigen Kinderausbeutung. Reichen wir also den Fabrikanten die Hand, geben wir ihnen einige Schutzzölle, aber erwarten wir von ihnen dann auch eine andere Stellung in der sozialen Frage, eine viel weitergehende Fürsorge für ihre Arbeiter, eine emsigere Thätigkeit für die Hebung derselben.

So komme ich zu der Resolution, die ich der Versammlung zur Annahme empfehle:

„In Anbetracht, daß die Bemühung um Handelsverträge, die der deutschen Industrie neue Märkte erschließen, im Augenblicke bei der gegenwärtigen handelspolitischen Weltlage, aussichtslos ist,

in Anbetracht, daß in sämtlichen Culturstaaten mit Ausnahme von England eine Erhöhung der Zölle entweder schon stattgefunden hat oder in Aussicht steht,

in Anbetracht endlich, daß die Erhöhung einer Anzahl finanziell wichtiger Zölle doch jedenfalls nötig ist, um die Finanzen des Reiches auf selbständige Grundlage zu stellen,

— erklärt sich der Verein für Socialpolitik für eine maßvolle Tarifreform in finanzpolitischem und schutzzöllnerischem Sinne und für eine Ermächtigung, die

Zollsätze gegenüber den die deutschen Waaren besonders benachtheiligenden Staaten noch um einen gewissen Betrag zu erhöhen.“

Ich betone dabei das Wort „maßvoll“, weil mir in dem vom Bundesrath vorgeschlagenen Tarif, so sehr ich anerkenne, daß er nach manchen Seiten als maßvoll bezeichnet werden kann, doch einzelne Sätze zu weit gehen, andere zweifelhaft sind. Dann aber vor Allem, weil ich einen zu weit gehenden Sieg der Schutzzollpartei nach allen Seiten für schädlich halte. Wie die Wendung der vierziger Jahre uns nicht etwa ein französisches oder russisches Zollsystem brachte, so darf es auch die heutige nicht. Und würde diese übermäßige Wendung kommen, so wäre sie nicht 2—3 Jahre von Bestand. Nur ein maßvoller Schutzzollsiegt garantirt uns die 1879 eingeführten Zollsätze für eine Anzahl Jahre. Und eine Anzahl von Jahren wenigstens müssen wir sie haben. Nur wenn wir sie für eine gewisse Zeit festhalten, erreichen wir durch sie oder mit ihnen ein System internationaler Abmachungen, Verträge, internationaler Zolleinigungen, wobei wirkliche Gegenseitigkeit herrscht, eine internationale Fabrikgesetzgebung entsteht, uns dauernd fremde Märkte gesichert werden.

Und nun lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung schließen. Nur ungern, nur gedrängt von meinen Freunden habe ich dieses Referat übernommen; viel lieber wäre ich in der Stille der Studirstube geblieben, als ein Urtheil abzugeben in einer Frage, wo ein exakter wissenschaftlicher Beweis nicht möglich, wo Schätzungen und zuletzt allgemeine Ideen, Principien, socialpolitische und historische Glaubenssätze entscheiden.

Mein Votum, wie ich es hier nach bestem Wissen und Gewissen abgeben, bringt mich in Collision mit vielen Freunden, stellt mich auf die Seite von bisherigen Gegnern, von Männern, die ich in den letzten Jahren vielfach vom socialpolitischen Standpunkte glaubte bekämpfen zu müssen. Aber sei es darum: gerade der Vertreter der Wissenschaft ist mehr als jeder Andere berufen, unbirrt durch persönliche Verbindungen, nur seiner Überzeugung zu folgen. Man mag ihn darum angreifen, seine Fähigung, seine Kenntnisse bezweifeln, man mag gegen Professoren- und Studirstubenweisheit declamiren, das will ich alles mit Gleichmuth ertragen; der ehrliche Kampf der Meinungen ist berechtigt. Dass ich Professor einer deutschen Hochschule bin, lasse ich mir gerne vorwerfen; ich bin stolz darauf. Nur gegen Eines erhebt sich jede sittliche Hafer in mir, gegen Eines protestire ich im Voraus, gegen jene Art der Charakterverdächtigung, wie sie von gewisser Seite jetzt mit Vorliebe gegen die Vertreter der Staatswissenschaften auf den Universitäten geübt wird.

Selbst wer so kurzstichtig oder so leidenschaftlich befangen ist, in jedem politischen oder socialen Gegner einen schlechten Charakter, einen Streber, oder wie die Ausdrücke heißen, zu suchen, der sollte das wenigstens nicht aussprechen. Jede anständige Discussion beruht auf der Voraussetzung oder, wenn Sie wollen, auf der Fiction, einen ehrlichen lohalen Gegner vor sich zu haben, den Überzeugung und Patriotismus gerade so leiten, wie man das von sich selbst glaubt.

In dieser Voraussetzung, an diesem Gedanken, meine Herren, lassen Sie uns heute und immer festhalten. Mag dann die Entscheidung hier in diesem Verein und was wichtiger ist, im Reichstag erfolgen, wie sie will, über aller Kluft verschiedener Meinungen können wir uns dann immer wieder die Hand reichen in der gemeinsamen Liebe zu unserem großen, schönen deutschen Vaterlande,

in dem gemeinsamen Glauben an seine Zukunft, in dem gemeinsamen Stolz auf das neue deutsche Reich und seine Begründer, — in dem Stolze auch auf seinen großen Kanzler, ohne den wir den größten Theil der Zunahme des Volkswohlsstands seit 15 Jahren nicht hätten, ohne den wir heute noch in der Misere des alten deutschen Bundesstaates steckten.

Als ich — es ist fast auf den Tag heute 13 Jahre — in den letzten Apriltagen des Jahres 1866 mit andern altliberalen Freunden in Halle jene Volksversammlung berief, die zuerst in ganz Preußen es wagte, eine liberale Zustimmungsdarreße zu der antiösterreichischen Politik des damaligen Grafen Bismarck zu erlassen, da erklang das Zeter- und Berräthergelei über uns, über die kurz-sichtigen Professoren von allen Seiten. Mit Stolz blicke ich heute auf jenen Tag zurück. Aber zugleich bin ich sicher, daß wenn mir Gott das Leben schenken sollte und abermals 13 Jahre verflossen sind, ich mit gleichem Stolz auf mein heutiges Votum zurückblicken werde, ich bin sicher, daß dann auch viele der heutigen erbittertesten Gegner sagen werden: Bismarck hatte 1879 mit dem Beginn einer nationalen Handelspolitik Recht, wie er 1862—66 mit seiner das deutsche Reich begründenden Politik Recht hatte. (Lebhafte Beifall.) (Es folgt eine kurze Pause.)

**Präsident:** Meine Herren, der Ausschuß macht Ihnen den Vorschlag, jetzt nicht in die Generaldiscussion einzutreten, sondern zur Anhörung der Specialreferenten überzugehen. Er ist der Meinung, daß die Aufklärung im Einzelnen über die verschiedenen Tarifpositionen von Nutzen für die weitere Generaldiscussion sein wird.

**Gen.-Secr. Bueck** (Düsseldorf): Ich möchte doch beantragen, daß die Versammlung jetzt gleich in die Generaldiscussion eintritt. Ich glaube gerade, daß dieselbe wesentlich flärend auf die Specialdiscussionsen wirken wird.

(Die Versammlung beschließt, sofort in die Generaldiscussion einzutreten. — Auf Antrag des Herrn Dannenberg (Hamburg) wird beschlossen, daß, abgesehen von den Referenten, jeder Redner ohne Ausnahme nur 10 Minuten sprechen soll, und zwar soll das ein absolutes Gebot sein, so daß die Versammlung keinem Redner die Rededauer verlängern soll. — Die Generaldebatte wird eröffnet.)

**Syndicus Dr. Barth** (Bremen): Meine geehrten Herren! Bei der Kürze der Zeit, die den einzelnen Rednern zur Verfügung steht, werde ich nur in brüderlichkeitiger Weise auf Das eingehen, was uns durch den zweiten Herrn Referenten vorgetragen worden ist. Ich folge dabei der chronologischen Reihenfolge seiner Gedanken.

Er hat in den Vordergrund seiner Aussführungen eine Neuherzung des Professors Hering gestellt, wonach es allerdings begreiflich sei, wenn die Wölfe nach Freiheit rießen, daß sich aber die Sache ganz anders stelle, wenn die Schafe gefragt würden. Er hat dabei implicite zu verstehen gegeben, daß unter den Wölfen die Freihändler und unter den Schafen die Schutzzöllner gemeint seien. (Große Heiterkeit. — Widerspruch.) Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann kann ich einen Sinn in dem Hering'schen Ausspruch überhaupt nicht finden.

Unter allen Umständen steht aber so viel fest, daß bei dieser ganzen Bewegung die Schafe, die geschoren werden sollen, die Consumenten sind. Dies Beispiel stimmt nicht blos in Bezug auf das Geschorenwerden, sondern auch

ebenso gut in Bezug auf die Geduld, mit der die Consumenten sich dieses Geschorenwerden gefallen lassen.

Eerner ist vom Herrn Professor Schmoller mit großer Emphase, wenn ich mich so ausdrücken darf, der nationale Egoismus in den Vordergrund geschoben. Es ist dies ja eins von den beliebtesten Schlagwörtern, welches in der ganzen Schutzzollbewegung eine große Rolle spielt. Man sucht beständig die Freihandelspartei so hinzustellen, als wenn sie eine möglichst utopistische Gesellschaft sei, welche nur Kosmopolitismus trieb und keinen Begriff hätte von dem, was der Nation kommt. Meine Herren, die Freihandelspartei hat gerade so gut ihren nationalen Egoismus wie alle Anderen, sie faßt ihn nur anders auf. Sie wünscht nicht, daß der nationale Egoismus in der Weise ausgelegt werde, daß der Egoismus einzelner Interessengruppen als nationaler Egoismus dargestellt werde, der maßgebend sein müsse für die ganze Politik der Nation, — sondern sie will einen nationalen Egoismus, der das Gemeintereffekt der Nation vertritt. (Bravo! links.)

Sodann ist vom Herrn Prof. Schmoller darauf hingewiesen, daß es sich nur um eine maßvolle Schutzzollpolitik handeln könne. Er hat es dahin gestellt sein lassen, ob er die jetzige Zolltarifvorlage als einen Ausfluss dieser maßvollen Schutzzollpolitik betrachtet, es scheint fast so, als ob er das thäte. Dann sind aber die Begriffe über das, was maßvoll ist, sehr verschieden. Ich glaube, daß etwas Maßloses von Schutzzollpolitik noch niemals getrieben worden ist, als in dieser neuen Vorlage.

Ich gehe noch einen Schritt weiter, ich behaupte, daß eine Zolltarifvorlage noch niemals auf so schwachen Grundlagen aufgebaut worden ist. In dieser Beziehung möchte ich Ihnen einige Thatsachen mittheilen, die Sie interessiren werden, — nicht weil ich damit Geheimnisse offenbare, die nicht Jeder wissen dürfte, sondern weil es sich um Material handelt, was vielleicht nicht jedem von Ihnen zugänglich ist, weil es in den verschiedenartigsten Petitionen zum Ausdruck gekommen ist. Um zu charakterisiren, wie resolut man bei der Aufstellung dieser Tariffäze vorgegangen ist, will ich ein paar Beispiele hervorheben.

Die Schieferbrecher in Lehesten, einem kleinen thüringischen Ort, gehen von dem Gesichtspunkte aus und haben es in einer gedruckten Petition zum Ausdruck gebracht, daß es überhaupt verwirflich sei, wenn aus fremden Ländern, insbesondere von Frankreich, auch nur eine Schieferplatte eingeführt würde. Sie haben das Unglück, nicht an der Bahn zu liegen und müssen daher allein bis zur nächsten Bahnhofstation Stockheim schon 70 % an Fracht bezahlen. So kommt es, daß sie in Bamberg nicht concurriren können, denn die an der Bahn gelegenen Schieferbrecher in Frankreich können ab Bingen für 95 % mit der Bahn die Schieferplatten nach Bamberg befördern, während die Schieferbrecher in Lehesten, obgleich näher gelegen, ebensoviel Transportkosten bezahlen müssen. Sie beklagen sich nun in der energischsten Weise über dies Verhältniß, welches sie mit dem Worte Differentialtarif kennzeichnen zu müssen glauben. Dies ist auch eins von den Schlagwörtern, welches immer ertönt. Sie erheben deshalb den Anspruch, daß man ihnen einen namhaften Zoll zur Ausgleichung ihres Schicksals bewilligen möge. Diese Argumentation ist der Tarifcommission doch über den Spaß gegangen, aber dem Einfluß des Vertreters von Neuz j. L. ist es im Bundesrat gelungen, auch für diese Schieferbrecher einen Zoll auf Grund dieser vorzüglichen Begründung zu erlangen. (Heiterkeit.)

Noch ein anderes Beispiel, was sehr interessant ist. Eine Interessentengruppe, die wohl eingesehen hatte, daß sie zu früh mit ihren Petitionen gefommen war, hat zu drei oder vier verschiedenen Malen erklärt, daß ihre frühere Forderung zu niedrig gewesen wäre, sie hätte sich inzwischen überzeugt, daß sie doch mehr fordern müßte; schließlich hatte sie sogar den Einfall, zu bemerken, in den früheren Petitionen sei ein Schreibfehler untergetaufen. Es hätte nur noch die Behauptung gefehlt, daß der Abschreiber vom Cobdenclub oder von sonst jemand gedungen gewesen wäre, in dieser Weise falsche Zahlen einzusetzen.

Aber das ist noch nicht das Schlimmste. Eine Interessentengruppe, die nicht wußte, wie sie ihre Petition begründen sollte, hat folgende Deduction gemacht: Wir haben seit Jahr und Tag uns brillant gegen die auswärtige Konkurrenz gewehrt, so daß wir doch nun endlich einmal eines Schutzzolles würdig sind. (Heiterkeit.)

Das ist auch eine Begründung, sie scheint stichhaltig befunden worden zu sein, denn die Herren haben ihren Schutz bekommen. Das sind so kleine Missellen und anecdotenthafte Züge, die aber auf die ganze Art, wie der neue Tarif zu Stande gekommen ist, ein sehr bedenkliches Licht werfen.

Um zu ernsteren Dingen überzugehen, mag betont werden, daß der Bericht über die Textilenquete nur etwa acht Tage vor dem Beschlüß in den Händen der Commission gewesen ist. In acht Tagen aber ist es ein Ding der reinen Unmöglichkeit, den Bericht und die Protocolle über die Textilenquete einigermaßen gründlich zu studiren, und ich muß meine Überzeugung dahin aussprechen, daß in der ganzen Commission, einschließlich des Referenten, kein Mensch gewesen ist, der die Protocolle im vollen Umfange hat durchsehen können. Ich stelle die fernere Behauptung auf, daß nur eine Minorität in der Tariffcommission in der Lage gewesen ist, den Bericht mit einiger Andacht durchzulesen.

Auf einen Punkt in den Ausführungen des Herrn Prof. Schmoller will ich noch kurz eingehen, nämlich auf seine Ausführungen über den § 5. Da hat sich meines Erachtens Herr Prof. Schmoller eines kleinen Vergehens schuldig gemacht, indem er die Pointe, um die es sich handelt, nicht hervorhob. Worauf es ankommt, ist, daß der Reichstag bei der Sache nicht gefragt werden soll, sondern daß brevi manu vom Bundesrat alle wesentlichen Fragen der Handelspolitik allein entschieden werden können, daß deshalb der Bundesrat mit diesem § 5 factisch in die Lage kommt, den Reichstag über keine wichtige handelspolitische Frage mehr zu hören. Will man den Reichstag überhaupt mitreden lassen, so braucht man keinen § 5. (Lebhaftes Bravo links, Bischof rechts.)\*)

Gen.-Secr. Bueck (Düsseldorf): Meine Herren! Meinem Herrn Vortredner gegenüber will ich sehr gern eine Concession dahin machen, daß der Zolltarif, wie er uns vorliegt, sicherlich nichts Vollkommenes ist; dafür hat ihn, glaube ich, noch keiner meiner wirtschaftlichen Freunde gehalten, und wir hoffen, daß nach den wesentlichsten Richtungen darin Verbesserungen vorgenommen werden. Wenn er sagt, es habe keiner die Protocolle gelesen, so hat es erst so

\*) Durch ein Versehen des Stenographen ist bei diesem und einigen anderen Rednern versäumt worden zu erwähnen, daß dieselben durch den Präsidenten wegen Ablaufs der auf 10 Minuten normirten Redezeit an der Fortsetzung ihrer Rede verhindert wurden.

geschienen, als ob er das als eine Thatsache hinstellen wollte; nachher hat er nur seine Überzeugung dahin ausgesprochen.

Große Heiterkeit hat es auf dieser Seite (links) erregt, als der Herr Vorredner sagte, daß ein Industriezweig erklärt habe: wir haben uns nun so lange gegen die ausländische Concurrenz gewehrt, jetzt bitten wir aber um Schutzoll. Wenn man im ersten Augenblick das hört, so kann man mit Heiterkeit darauf antworten; wenn Sie aber erwägen, daß diese Industrie möglicherweise ihr Capital verloren hat, um den Kampf so lange zu führen (Dr. Barth: Mit Erfolg gewehrt!), wenn sie nun vor der Möglichkeit steht, ohne Schutz untergehen zu müssen, dann wird es wohl berechtigt sein zu sagen: nun ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir auch glauben einen Schutzoll verlangen zu können.

Der erste Herr Referent hat den großen Streit aufgenommen, ob unsere Wirtschaftspolitik im Jahre 1818 eine freihändlerische oder schutzzöllnerische war. Ich habe dem bloß entgegenzuhalten, daß diese ganze Politik, wie sie von Adam Smith inauguriert worden ist, sich richtete gegen die vom Mittelalter ererbte Unfreiheit der Person und des Eigenthums. Unfreie Bewegung war die Signatur jener Zeit, und das Auftreten von Adam Smith war meiner Meinung nach damals eben so berechtigt, wie das Verfahren der großen Männer, die damals den preußischen Staat zu reorganisiren hatten. Also der Zwangsförderung des Mittelalters gegenüber war es eine freiheitliche Bewegung, aber eine freihändlerische war es nicht.

Die Handelsverträge betreffend, so ist die Zeit derselben vorüber, d. h. die erste Periode derselben. Wir, meine wirtschaftlichen Freunde und ich, hoffen, daß wir nun in eine zweite Periode eintreten werden. Sie müssen uns nicht für Leute ansehen, die eine chinesische Mauer um ihr Vaterland ziehen wollen, sondern wir sind stets bereit, mit anderen Nationen in Verkehr zu treten, und halten dies für nothwendig, wenn dieser Verkehr sich mit Nutzen für uns vollzieht. Wir glauben, daß durch die erste Periode der Handelsverträge die Bedingungen dazu nicht gegeben waren, und hoffen auf eine zweite Periode, die uns größeren Nutzen bringen wird.

Der Herr Referent hat von der Handelsbilanz gesprochen und sich bezogen auf die Umlaufsmittel, welche ja jetzt in reicherem Maße als früher vorhanden seien. Ich glaube, da ist doch mancher Zweifel möglich, denn die Herren Gelehrten und Sachverständigen gingen in ihren Ansichten über das Maß des Münzumlaufes so weit auseinander, daß die Behauptung des Herrn Referenten mir nicht ganz erwiesen zu sein scheint. Vor zwei Jahren schon habe ich mir in diesem Verein ein Beispiel anzuführen erlaubt, wie damals die Angaben des Prof. Soetbeer und die der preußischen Regierung darüber auseinandergingen. Aber wenn man sieht, wie sich heute die Verfügungsfähigkeit über Geld auf überaus kleine Kreise eingeschränkt hat, so kann man sich nicht verhehlen, daß die Rechnung des Herrn Referenten nicht ganz stimmt.

Dass die Industrie den Landwirthen die Arbeiter entzogen hat, ist zum Theil richtig; ob zum Nachtheil für die Arbeiter, möchte ich doch dahingestellt sein lassen. Ich glaube, meine Herren, in sozialpolitischer Beziehung liegt es nicht im Interesse der Gesamtwirtschaft, wenn wir große Landstriche haben, in denen der Lohn im Winter auf 50—60 ₣ pro Tag ohne Kost für den Arbeiter und seine Familie bemessen ist. Ich habe in diesem Jahre in einer

Königsberger landwirthschaftlichen Zeitung eine Notiz gelesen, daß selbst in Schleswig in diesem Winter die Löhne nur 60—80 ₣ für den einzelnen Arbeiter betrugen. Wir haben also eine Bewegung mit Freuden zu begrüßen, welche die Löhne in die Höhe bringen wird.

Meine Herren! Der Herr Referent hat gesagt, daß die Principien der Handelsfreiheit jetzt nicht zur Anwendung gebracht werden sollen in ihrer vollen Ausdehnung. Hätte er das 1873 und noch 1876 gesagt, so wäre die Bewegung vielleicht eine etwas andere geworden; aber bei den Eiszöllen ist das Princip der Handelsfreiheit voll und ganz zur Anwendung gekommen, und es liegen Erklärungen von sehr hervorragenden Handelscorporationen vor, welche gesagt haben, daß die Beseitigung aller Industriezölle das möglichst schnell zu erreichende Ziel ist. Nach diesen Versicherungen müßten wir unser Vorgehen einrichten.

Dann ist uns vorgehalten, daß durch unsere Bestrebungen die Unsicherheit im Handel nur noch gefördert werde. Meine Herren, solch einen Vorwurf muß ich zurückweisen.

Der Herr Referent sagte, in den Handelsverträgen haben wir die Basis für die Sicherheit des Handels gehabt. Das ist nicht richtig, denn in den Jahren 1865, 1868, 1870, 1873 und 1877 sind von freihändlerischer Seite die Zölle ermäßigt worden. Es ist immer an ihnen gerüttelt worden, und das war entschieden die größte Unruhe, die der Production gegeben werden konnte. Wenn wir also jetzt eine Rückkehr zu sicherer Zuständen haben wollen, so müssen Sie uns nicht als diejenigen hinstellen, von welchen die Unsicherheit ausgegangen ist. Wir sind weit davon entfernt, den Begriff des Zollkrieges so leicht zu nehmen, wie der Herr Referent gemeint hat. Wir wünschen, daß der Zollkrieg nicht in einer Weise um sich greift, wie man vielleicht fürchtet; aber wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß wir ihn nicht absolut vermeiden wollen, wo er nothwendig ist für unsere nationale Wirthschaftspolitik. (Bravo! rechts.)

Der Herr Referent hat dann als Beispiel bezüglich der Baumwollzölle die Einfuhr Frankreichs in neuerer Zeit hervorgehoben, indem er sagte, daß wäre als Beweis dafür zu betrachten, daß die höchsten Schutzzölle doch nicht vor dem Import schützen können. Hätte er nicht eine spätere kleinere Bemerkung gemacht, so würde ich glauben, der große historische Vorgang der Abtrennung von Elsass-Lothringen von Frankreich sei seiner Betrachtung ganz entgangen. Ich möchte mir aber doch erlauben, ihm zur Erwägung anheim zu geben, ob nicht durch eine Osttrennung eines so bedeutenden Industriebezirkes der Import nach Frankreich gegen früher wesentlich beeinflußt werden müßte.

Der Herr Referent hat dann ferner gesagt, daß in Frankreich eine sehr bedeutende freihändlerische Bewegung herrsche. Meine Herren, wenn wir die Freihändler, die jetzt in Frankreich sich an's Ruder zu bringen suchen, vor acht oder sechs oder nur vor zwei Jahren bei uns gehabt hätten mit denselben Bestrebungen und denselben Grundsätzen, dann, glaube ich, würden wir keine Anlassung zur Klage haben.

Nun habe ich noch eine kurze Bemerkung zu machen. Als der Herr Correferent die sociale Seite der Frage besonders hervorhob, daß also ein Schutz der nationalen Arbeit in so fern günstig auf die Arbeiter einwirke, als die Industriellen die Mittel und auch den Willen haben würden, die Wohlfahrtss-

einrichtungen für ihre Arbeiter zu treffen, erschallte von dieser Seite (links), ich glaube es war von Herrn Philippson, ein wirklich triumphirendes „Aha“. Wennemand in dieser Richtung wirklich mit großen Opfern vorgegangen ist, so ist es die Großindustrie, der ich näher zu stehen die Ehre habe. Die Anlage-capitalien dieser Großindustrie sind in hervorragender Weise belastet worden durch sehr bedeutende Summen, die sie für Wohlfahrtsseinrichtungen für ihre Arbeiter ausgegeben hat. Wer das nicht glauben will, der mag sich durch den Augenschein von dem überzeugen, was zum Beispiel von der „Georg-Marienhütte“, vom „Bochumer Verein“ und auf allen Zeichen an Arbeiterwohnungen, Ménagen u. s. w. für die Arbeiter geschaffen ist. Ich glaube, ein solcher Vorwurf, wie er in diesem „Aha“ enthalten war, hätte unserer Großindustrie erspart werden können. (Bravo! rechts.)

Philipsson (Berlin): Meine Herren! Ich bin von dem letzten Herrn Borredner wegen eines Ausrufs, der von mir gekommen sein soll und auch vielleicht von mir gekommen ist, in einer Weise haranguirt worden, wie man sie wohl selten in dieser Versammlung hört. (Oho! rechts.)

Ich werde ihm sofort darauf antworten. Wenn ich „Aha“ gesagt habe, so geschah es nicht, um das zu bestreiten, was von Seiten der Arbeitgeber für Wohnungen und dergleichen gethan ist, obgleich sich dabei sagen läßt, daß der berechtigte Egoismus dabei eine Rolle spielt, sich einen großen Arbeiterstamm heranzubilden, was ich durchaus nicht verwerfen will. Mein „Aha“ galt etwas ganz Anderem, nämlich der Behauptung der Herren Schützöllner, daß sie durch Schutzzölle und bessere Preise in die Lage kämen, den Arbeitern höhere Löhne zu zahlen. Das leugne ich, das thun sie nie und nimmer. Der Arbeitsmarkt regelt sich durch Angebot und Nachfrage, und die Herren mögen gewinnen, was sie wollen, sie mögen ihre Aktien mit noch so großen Dividenden schmücken und ausstatten, — dem Arbeiter werden sie, wenn kein Arbeitermangel ist, deshalb nicht einen Deut mehr geben. (Sehr richtig! links. — Widerspruch und Pfui! rechts.) So ist es, mögen Sie auch „Pfui!“ schreien, das zeigt die Erfahrung.

Meine Herren! Es thut mir leid, daß dieser Ton hier angeschlagen worden ist, aber, wenn das geschieht, so muß man auch darauf antworten. (Unterbrechungen rechts.)

Präsident Prof. Dr. Massé: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen, er hat bisher keine die parlamentarische Sitte verleTZende Bemerkung gemacht.

Philipson (Berlin) fortlaufend: Daß die Großindustrie in der Eisenbranche keine chinesische Mauer haben will, ist ganz natürlich, wenigstens nicht eine chinesische Mauer für die Ausfuhr. Denn wenn die Herren von der Großeisenindustrie seit Jahren mit allen möglichen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln — wie soll ich sagen, ich möchte mich keines beleidigenden Ausdrucks bedienen — agitirt haben, um die Zölle wieder herbeizuführen, so würde eine chinesische Mauer bei 7 999 000 Centner Ausfuhr ihnen sehr schlecht bekommen. Wenn z. B. die Herren, die jetzt die Schienenzölle durchaus wiederhaben wollen, im vorigen Jahre 3 172 000 Centner Schienen mehr exportirt als importirt haben und wenn, was tatsächlich bewiesen ist, ganz Deutschland kaum die Hälfte von dem, was hier producirt wird, verbraucht, wohin sollten dann die Herren

bei einer chinesischen Mauer mit ihrem Export? Sie wollen also die chinesische Mauer nur für die Einfuhr haben.

Ich wende mich nun zu verschiedenen Bemerkungen des Herrn Correferenten, denen ich durchaus nicht bestimmen kann. Meine Herren, über den nationalen Egoismus ist hier bereits gesprochen worden, und auch ich bin der Ansicht, daß derselbe vollständig berechtigt ist. Schon Herr Dr. Barth hat hervorgehoben, daß unsere Staatsmänner, die sich mehr dem Freihandel zugeneigt haben, weit entfernt davon gewesen sind, kosmopolitische Ideen in der Praxis ausführen zu wollen. Der nationale Egoismus in Deutschland muß darin bestehen, das Volk in den Besitz der Materialien zu setzen, die es verarbeiten kann.

Wenn man sodann die Großindustrie beständig von ihrer Bedeutung sprechen hört, so behaupte ich, das ist verschwindend gegen das, was die Kleinindustrie leistet. Wollen Sie Zahlen, — ich bin bereit, sie Ihnen zu geben. Deutschland beschäftigt in der Blechwarenfabrikation bei 15 240 Hauptbetrieben 38 000 Arbeiter. In Stiften, Schrauben, Ketten und Nägeln existiren 10 966 Hauptbetriebe mit 22 000 Arbeitern. Es gibt in Deutschland 79 507 Hufschmiede mit 134 471 Arbeitern, und es gibt 24 742 Schlossereien mit 70 107, und 60 630 Zeug- und Messerschmieden mit 43 346 Arbeitern. Diese fünf Categorien besitzen sich, ganz abgesehen von der großen Anzahl Kleinbetriebe, die bei der Maschinenindustrie sind, auf 307 721 Arbeiter; diesen gegenüber steht die Großindustrie mit ihren großartigen Anlagen mit nur 137 350 Personen, — das ist das Verhältnis. (Hört! Hört! Lintz.)

Meine Herren, wir müssen bei uns in Deutschland der Kleinindustrie einen großen Spielraum einräumen, denn sie ist diejenige, welche das erfüllt, was man von einer Industrie fordern kann, nämlich daß sie viele Familien ernährt und selbstständig macht.

Wenn z. B. Herr Prof. Schmoller die Behauptung aufgestellt hat, daß der Export in der Großindustrie und nicht in der Kleinindustrie liege, so habe ich darauf zu erwidern, daß er sich in dieser Beziehung entschieden geirrt haben muß. Abgesehen von dem Tabak, der 112 000 Menschen bei uns beschäftigt und zum größten Theil Kleinindustrie ist, haben wir noch eine colossale Industrie in Spielwaren, in künstlichen Blumen, in Portefeuilles. Von den Eisenwaren, die in Remscheid und Umgegend gemacht werden, sogar bis tief nach Thüringen hinein, werden exportirt  $\frac{3}{5}$  der ganzen Production. Wir haben einen bedeutenden Export in Lederaquaren, Papier u. s. w. Mindestens ist also die Kleinindustrie ebenso stark mit dem Export beschäftigt wie die Großindustrie.

Wenn er behauptet hat, daß die schutzzöllnerische Politik der 50er Jahre eine Nothwendigkeit war, so antworte ich ihm darauf, daß die schutzzöllnerische Politik der 50er Jahre uns zu der Krise von 1856 gebracht hat. Gerade durch die größeren Schutzzölle sind wir damals zu der sogenannten hamburg-amerikanischen Krise gekommen, und nachzuweisen ist, daß dieselbe nicht so intensiv gewesen wäre, wenn nicht durch die Schutzzölle Institute gefördert worden wären, die keine Berechtigung hatten und die maflos über den Bedarf vergrößert worden waren.

Ich kann mich auf den theoretischen Streit, ob Freihandel, ob Schutzzoll, nicht einlassen, ich bin kein Theoretiker, ich sehe die Sachen an, wie sie sind und versuche, sie praktisch anzusehen. Ich habe aber immer gefunden, daß, wo eine

Industrie geschützt war, — und der Schutzzoll soll ja nur eine erzieherische Wirkung haben — das Ende immer das war, daß man nicht wußte, wo er aufhören sollte, und daß die mittlerweile entstandene Industrie behauptete, sie könne des Schutzes jetzt nicht entbehren. Ich glaube aber, ein Kriterium gibt es dafür, und das liegt in der Exportfähigkeit. Sobald eine Industrie exportfähig ist, sobald sie Massen von Waren nach dem Auslande schleudert, hat sie kein Recht mehr, das Inland höher zu belasten als das Ausland. Daß aber die höhere Belastung für das Inland kommen muß in Folge der Schutzzölle, ist natürlich, denn was nützte Ihnen sonst der Schutzzoll? (Bravo! links.)

**T. H. Haßler** (Augsburg): Meine Herren! Ich werde mich nicht in das Detail der Textilindustrie verlieren, da ich mir vorbehalte, an der betreffenden Stelle das Gehörige vorzubringen, und werde mich überhaupt möglichst kurz fassen; allein es drängt mich doch, zunächst eine Neuherierung des Herrn Vorredners betreffs des „Aha“ richtig zu stellen. Ich muß constatiren, daß dieses „Aha“ nicht nach einer Neuherierung aus unserer Mitte, sondern nach einem Satz des Herrn Correferenten Schmöller erfolgte, worin er die Erwartung aussprach, daß ein höherer Zollschutz auch dazu führen werde, die Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter entsprechend zu fördern. Es ist also die Deutung, die der Herr Vorredner seinem „Aha“ gegeben hat, nach meinem Dafürhalten, und wie auch der stenographische Bericht ausweisen wird, unrichtig. Eine weitere Unrichtigkeit lag in der Neuherierung des Herrn Dr. Barth, betreffend die Hinausgabe der stenographischen Protocolle über die stattgehabten Enquêtes an die Mitglieder der Tarifcommission. Meine Herren, ich hatte die Ehre, Mitglied der Enquetecommission für die Baumwoll- und Leinenindustrie zu sein, und weiß bestimmt, daß die stenographischen Protocolle dieser Enquête successive, wie sie erschienen sind, also schon im November und December v. J., ehe noch von einer Tarifcommission die Rede war, den betreffenden Regierungen mitgetheilt wurden und, nachdem die Mitglieder der Tarifcommission von den beteiligten Regierungen ernannt waren, auch in die Hände der betreffenden Referenten gelangten. Was den Bericht unserer Enquetecommission betrifft, so konnte der eben nicht eher hinausgegeben werden, als bis er gedruckt war. Das war allerdings nur circa acht Tage vor Erstattung des betreffenden Referates der Fall; aber ich weiß, daß der betreffende Referent vorher schon auf dem Laufenden über jenen Bericht gehalten wurde, und wenn man behauptet, es werde kaum ein Mitglied der Tarifcommission sein, welches die stenographischen Protocolle und Berichte der Enquetecommissionen studirt habe, so kann ich wenigstens von dem Herrn Referenten über die Baumwollindustrie behaupten, daß er die betreffenden Protocolle und Berichte mit großer Sorgfalt studirt hat, das beweisen gerade die heute in unsere Hände gekommenen Motive zu dem Bericht an den Reichstag. —

Zur Hauptfrage übergehend, finde ich einen großen Theil von dem, was der Herr Referent Genfel ausführte, von Herrn Bueck bereits widerlegt. Ich habe aber noch einiges hinzuzufügen. Herr Dr. Genfel sagte, man muthet der Weberei zu, darauf zu warten, bis es der Spinnerei gefällig sei, ihre neuen Einrichtungen für die Fabrikation feiner Garne und Doubles herzustellen. Das ist ganz unrichtig. Wir haben diese Einrichtungen in Deutschland schon. Im

Elsaß werden schon feinere Nummern und Doubles gesponnen, allerdings nicht mehr in der Ausdehnung wie früher, weil der jetzige Tarif es nicht mehr erlaubt; sobald aber ein neuer Tarif ins Leben tritt, so werden die Elsässer mit ihren bereiten Mitteln auch diese Nummern wieder spinnen.

Herr Dr. Gensel sagte weiter, er lege großen Werth auf die Zunahme des Exportes des Elsaß in Baumwollgarnen. Das ist richtig, aber, meine Herren, wenn die deutschen Weber nicht mehr Garn genug consumiren können, weil der Consument auch an Baumwollwaren in den letzten Jahren bedeutend abgenommen hat, so müssen wir um jeden Preis exportiren, wenn wir überhaupt fortarbeiten wollen. Wenn Sie aber die Herren aus dem Elsaß fragen, was sie bei diesem Garnexport verdienen, so wird es genau auf das herauskommen, was die Eisenindustriellen bei dem ihrigen verdienen, nämlich auf nichts. Außerdem wird in der Regel nicht beachtet, daß auch die Wigognagarne, welche seit einigen Jahren in großen Mengen nach England gehen, unter dem Export von Baumwollgarnen mit einbezogen sind. —

Ich erwähne sodann des fortwährend hervorgehobenen Gegensatzes zwischen Großindustrie und Kleinindustrie. Es erscheint mir wirklich sehr unrecht, diesen Gegensatz immer so sehr zu betonen. So wenig sich eine Großindustrie ohne Kleinindustrie denken läßt, ebenso wenig eine Kleinindustrie ohne Großindustrie, — beide müssen sich ergänzen. Ich mache übrigens darauf aufmerksam, daß auch ein großer Theil der Kleineisenindustrie sich in der Eisenenquête zu Gunsten der Wiedereinführung der Eisenzölle ausgesprochen hat. Ebenso haben sich auch in der Textilindustrie-Enquête nicht nur die Spinner und die Spinnweber, sondern auch viele reine Garnconsumenten für eine Erhöhung der Garnzölle ausgesprochen. (Widerspruch links.)

Thatsthade! — ich kann es beweisen, nicht nur aus dem Elsaß, auch aus Süddeutschland, Schlesien u. s. w. eine ganze Menge.

Dass die Weberei, namentlich die gemischte, zum Theil für den Export arbeitende Weberei durch Erhöhung der Garnzölle in gewissem Grade beeinträchtigt wird, ist natürlich, und mehrere der davon betroffenen Industriellen haben darüber auch ganz colossale Klagen erhoben; es hat aber nicht ein Einziger derselben — und das ist auch in den stenographischen Protocollen niedergelegt — diese Klagen irgendwie begründet, vielmehr mußten die hierauf bezüglichen Daten diesen Herren förmlich abgerungen werden. Dabei stellten sich dann allerdings meistens so minimale Erschwerungen heraus, daß ernsthaft davon kaum zu reden ist.

Wenn Herr Dr. Gensel gewünscht hat, daß gründlichere Vorbereitungen zu einer Reform des Zolltariffs stattgefunden hätten, — ja den Wunsch hätten wir auch. Wer hat denn schon seit Jahren Enquêtes nicht nur über Eisen-, Baumwoll- und Leinenindustrie, sondern über alle nothleidenden Industrien verlangt? Wer? Wir haben sie verlangt! Und wer war dagegen? Die Freihändler waren dagegen und sagten: wir brauchen diese Enquêtes nicht, die Regierung weiß das Alles zur Genüge. (Ruf: Nicht alle!)

Im Ganzen und Großen war das der Fall.

Im Uebrigen kann ich Herrn Buek nur bestimmen, wenn er sagt, daß wir weit entfernt sind, uns gegen Handelsverträge auszusprechen. Unsere Politik ist aber die, und darin kann ich nur den warmen, patriotischen Worten des

Herrn Prof. Schmoller zustimmen — : wie Fürst Bismarck uns durch seine auswärtige Politik einiges, unabhängiges Deutschland geschaffen hat, so hoffen wir mit seiner Hilfe und unter seinem Vorantritt auch in wirtschaftlicher Beziehung Herren im eigenen Hause zu werden. Sind wir dies einmal, dann werden wir auch Handelsverträge abschließen und diese werden alsdann hoffentlich besser ausfallen als die bisherigen, die zum großen Theil gegen uns waren.

Dieses Programm für die Zukunft ist in der That die Annahme innigerer Beziehungen zu den uns in industrieller Hinsicht gleich stehenden Ländern. Schon im Jahre 1870 auf dem Mannheimer Fabrikantentag und 1876 auf dem Bremer Kongreß habe ich die Idee eines mitteleuropäischen Zollverbandes geäußert und das ist die Standarte, die wir aufzufestigen werden, wenn wir erst Herren im eigenen Hause sind. Dann bin ich allerdings begierig zu sehen, wer von Ihnen uns noch folgen wird! (Bravo! rechts.)

Präsident Prof. Dr. Nölle: Es sind inzwischen folgende Anträge eingegangen:

1. Von den Herren Häfner, Fronnemel, Baare\*) und Genossen: Die heutige Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik erklärt sich, indem sie sich den von dem Correferenten Prof. Schmoller entwickelten Ausführungen in allen Stücken anschließt, ohne auf Specialfragen eingehen zu wollen, mit einer maßvollen Änderung unseres bisherigen Zolltarifs einverstanden und hält auch für nothwendig, daß im Interesse des künftigen Abschlusses günstiger Handelsverträge die Reichsregierung mit entsprechenden Vollmachten dem Auslande gegenüber ausgestattet werden müsse.

Sodann 2. ein Antrag von Prof. Schmoller:

In Anbetracht, daß die Bemühung um Handelsverträge, die der deutschen Industrie neue Märkte erschließen, im Augenblicke bei der gegenwärtigen handelspolitischen Weltlage, aussichtslos ist,

in Anbetracht, daß in sämtlichen Culturstaaten, mit Ausnahme von England, eine Erhöhung der Zölle entweder schon stattgefunden hat oder in Aussicht steht,

in Anbetracht endlich, daß die Erhöhung einer Anzahl finanziell wichtiger Zölle doch jedenfalls nötig ist, um die Finanzen des Reiches auf selbstständige Grundlage zu stellen,

erklärt sich der Verein für Socialpolitik für eine maßvolle Tarifreform in finanzpolitischem und schutzzöllnerischem Sinne und für eine Ermächtigung, die Zollsätze gegenüber den die deutschen Waaren besonders benachtheiligenden Staaten noch um einen gewissen Betrag zu erhöhen.

Ferner ein Antrag des Herrn Dr. Genzel:

1. Behufs Erhaltung der für die Industrie wünschenswerthen Stetigkeit der Verkehrsbedingungen empfiehlt es sich, vor Inkraftsetzung eines neuen Zolltarifs Erneuerung der Handelsverträge anzustreben.
2. Völlig unzulässig erscheint von dem gleichen Gesichtspunkte aus die vom Bundesrathe geforderte Ermächtigung, auf den Umstand hin, daß ein frem-

\*) Dieser Antrag wird im Laufe der Debatte zurückgezogen.

der Staat gewisse Waaren mit höheren Zöllen belastet, als dies nach dem diesseitigen Tarif geschieht, die aus diesem Staate herkommenden Waaren mit einem Zuschlage bis zum Doppelten der tarifmäßigen Eingangsabgabe zu belegen.

3. Insofern die zu Gunsten der Landwirthschaft und einzelner Industriezweige vorgeschlagenen neuen oder erhöhten Zölle unentbehrliche Lebensmittel und Roh- oder Hilfsstoffe für andere Industriezweige betreffen, sind sie nach dem gegenwärtigen Stande unserer wirthschaftlichen und socialen Entwicklung zu verwirfen.
4. Ebensowenig ist — umbeschadet der nothwendigen Verbesserung einzelner Mängel des bisherigen Zolltarifs — bei der den heimischen Bedarf übersteigenden Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie von neuen oder höheren Schutzzöllen auf Fabrikate eine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten.
5. Höhere Einnahmen für das Reich sind, soweit nöthig, durch stärkere Heranziehung einer geringen Zahl ausgiebiger, aber nicht unentbehrlicher Artikel bei gleichzeitiger Ausbildung der inländischen Verbrauchssteuern zu erzielen.

Ferner ein Antrag des Herrn Prof. Held:

Die Versammlung erklärt, daß im Allgemeinen zur Zeit in Deutschland Erhöhung der Schutzzölle zur Verbesserung der volkswirthschaftlichen Zustände kein geeignetes Mittel ist, und daß die nothwendige Vermehrung selbstständiger Reichseinnahmen ohne neue Schutzzölle gesichert werden kann.

(Ein hierauf gestellter Schlusenantrag wird abgelehnt.)

Prof. Dr. Held (Bonn): Meine Herren! In vielen Punkten stimme ich auch heute mit meinem Freunde Schmoller überein, namentlich darin, daß in einer Zeit solcher Verwirrung, wo nicht nur Principien, sondern auch Interessen, wo allgemeine und specielle Wünsche mit einander kämpfen und wo die große Masse überhaupt gar nicht denkt, sondern urtheilslos von der einen oder anderen Gattung der Führer mitgeschleppt wird (sehr wahr!), daß in einer solchen Zeit Derjenige, der eine Überzeugung hat, die auf Nachdenken beruht, sie aussprechen muß, mögen ihm dann Motive untergeschoben werden, welche man will, mag er auch mißverstanden werden. Ich erkenne diese Pflicht an und ich folge ihr.

Ich bin sodann wie Schmoller ein Gegner davon, daß man solche Fragen durch allgemeine sogenannte Principien, welche leicht zu Phrasen werden, entscheide, und meine, man müsse sie auf Grundlage historischer Betrachtungen und genauer Erwägung der gegenwärtigen Thatsachen entscheiden. Wie Schmoller bin ich der Ansicht, daß alle historische Erfahrung lehrt, eine Hilfe des Staates zum Schutze der Schwachen sei mitunter recht nothwendig.

Aber Schmoller's Art von Geschichtsphilosophie kann ich nicht unterschreiben. Gewiß, jeder Zeit hat es zwei Principien gegeben, die mit einander abwechselnd einseitige Herrschaft errungen haben: das Prinzip der freien Entfaltung der individuellen Thatkraft, und das Prinzip der ordnenden, zwingenden Zusammenfassung der einzelnen Kräfte durch die Gesamtheit, durch den Staat. Gewiß, meine Herren, über den Wechsel in der Übermacht des einen oder anderen dieser Principien werden wir niemals hinauskommen. Aber auch jeder

Zeit, so lange die Welt steht, haben Krieg und Frieden mit einander abgewechselt, und es ist deshalb heute doch nicht nothwendig, daß wir noch Panzerrüstungen anziehen, wenn Krieg ist. Die Panzerrüstung und der Hirtenstab müssen nicht mit einander abwechseln, wenn Krieg und Frieden auf einander folgen, und so müssen auch nicht nothwendig ewig Schutzzoll und Freihandel abwechseln, wenn Wachsen der Staatsgewalt und Ausdehnung der individuellen Freiheit von Zeit zu Zeit das Uebergewicht haben. D. h. die Geschichte lehrt uns, daß gewisse Formen, in denen sich ein Princip geltend macht, absterben können und sogar müssen, wenn auch das Princip selber fortblebt.

Staatshilfe, Eingriffe des Staates in die wirthschaftlichen Verhältnisse, — wir brauchen sie gewiß! Wir brauchen Schulen, wir brauchen bessere gewerbliche Bildung, wir brauchen noch gar viel. Ich habe aber nur 10 Minuten, und da will ich nicht von Dem reden, was wir brauchen, — sondern ich habe zu reden von Dem, was wir nicht brauchen.

Der Schutzzoll, als eine Form der Staatshilfe, wird ebenso bei allen Völkern der Reihe nach trotz so und so viel Schwankungen aussterben, wie die Einrichtung ausgestorben ist, welche Stadt und plattes Land von einander trennte. (Bravo! links.)

Meine Herren! Trotz aller historischen Abwechselung der Prinzipien ist diese Form doch auch todt. —

„Zum Schutze der Schwachen“! Ja, meine Herren, wer ist schwach, wer ist stark? Vielleicht stimme ich Sie auch betreffs meiner Auffassung der Geschichte zu meinen Gunsten, wenn ich ausspreche, was mir kaum widerlegt werden kann, daß Schmoller sich jedenfalls in einer sehr wichtigen Thatfache der Gegenwart absolut geirrt hat, nämlich in der Behauptung, daß die exportirenden Industrien die starken, die anderen die schwachen wären. Das verhält sich im Großen und Ganzen umgekehrt, wie das schon von Herrn Philippson auseinandergesetzt worden ist. Diejenigen Industriezweige, die den Schutz hauptsächlich verlangen, die die Schutzzollagitation hauptsächlich geführt haben, — die ich von ihrem Standpunkte aus in ihren Bestrebungen wohl begreife, — ich verlange nur, daß Sie auch mich begreifen, wenn ich nicht die Eisenindustrie oder die Spinnerei, sondern das Interesse des ganzen Volkes vertrete, so wie ich es verstehe, — ich sage also, alle diese Industrien sind nicht schwach. Sie haben viele große, mit concentrirtem Capital angelegte Etablissements, die zum Stolz und zur Freude der Nation arbeiten. Ich ehre und achte aber diese Industrien so sehr, ich habe so große Erwartungen von ihrer Lebensfähigkeit, daß ich sage, dies Mittelchen zu ihrer Weiterentwicklung brauchen sie nicht. Sie sind nicht die Schwachen, sondern die Schwachen sind die Menge von Kleinindustrien, deren Producte von Commissionären und Händlern zusammengekauft und dann in alle Welt hinausgebracht werden und bei denen ein Aufschlag von ein paar Pfennigen auf den Preis des Rohmaterials die Sache zum Stillstande bringt. Wenn die Kleinen sterben, so kräht kein Hahn danach (sehr richtig! links.), — aber die Kleinen summiren sich doch.

Dabei appellire ich wieder an meinen Freund Schmoller und verbünde mich mit ihm: Sie mögen über die Theoretiker lachen, — wir Theoretiker sind jedenfalls absolut nicht gegen irgend Etwas voreingenommen aus Interesse oder einseitiger Erfahrung, sondern wir müssen die Sachen ge-

wissermaßen aus der Vogelperspective betrachten, und von diesem Standpunkte sehe ich die Maße der Kleinen, deren Rufe, weil sie verheilt sind, vollständig verhallen, die ich aber als Theoretiker allerdings summiren will und muß, weil aus den vielen Kleinen die Nation besteht. (Bravo! links.)

Ich komme zurück auf die Frage wegen der historischen Entwicklung. Meiner Ueberzeugung nach ist heute in Deutschland der Schutzoll ein wirklich brauchbares Mittel, Nothstände zu entfernen, die Industrie und die Production überhaupt zu heben, nicht mehr, sondern er ist eine Täuschung, — eine Täuschung, der jetzt ja vielleicht in hohen Maße nachgegeben wird. Wenn ihr nachgegeben wird, so schadet es vielleicht nachweisbar nicht viel, aber doch ist es eine Täuschung und man muß rechtzeitig darauf hinweisen, wo wirklich die Kräfte sind, die angespannt werden müssen, um vorwärts zu kommen. Es ist eine Täuschung, zu glauben, wenn der Schutzoll kommt, dann sind wir gerettet und Alles wird von selber gut gehen. Ich sage, es ist eine Täuschung, denn wir sind ein Land, welches mehr Industrieerzeugnisse exportirt als importirt.

Wenn das aber so liegt, dann kann der Schutzoll dem Ganzen nicht nützen, sondern er kann nur einem Theil nützen auf Kosten des anderen, des exportirenden Theiles, — aus zwei Gründen: 1) weil nur exportirt werden kann, wenn auch importirt wird, und 2) weil unsere Exportindustrien zum großen Theile mit Rohmaterialien arbeiten, die nach dem neuen Vorschlage durch Zölle vertheuert werden sollen. (Sehr gut! links.)

Wenn ich Das gegen einander abwäge, so sage ich: der größere Schaden kommt dabei heraus, wenn wir — abgesehen von einzelnen Fällen — die Schutzölle erhöhen; es leiden dabei in Summa mehr Industrien, als profitiren, und die profitirenden selbst glauben, mehr zu profitiren, als wirklich der Fall ist. (Lebhafter Beifall links.)

(Redner wird von dem Präsidenten auf die abgelaufenen 10 Minuten aufmerksam gemacht.)

(L. Sonnemann (Frankfurt a. M.) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, jetzt die Generaldebatte über die Zolltarifvorlage zu vertagen bis nach Erledigung der Specialdebatten über die einzelnen Zollgruppen. — Nach einer Geschäftsordnungsdebatte beschließt die Versammlung nach Probe und Gegenprobe, sowie nach vorgenommener Zählung mit drei Stimmen Majorität, gemäß dem Antrage Sonnemann, also die Generaldebatte für heute zu vertagen und sie am nächsten Tage nach Beendigung aller Specialdebatten wieder aufzunehmen.)

Syndicus Dr. Barth (Bremen) (zu einer persönlichen Bemerkung): Nur zwei Worte und zwar den Ausführungen des Herrn Hafler gegenüber.

Herr Hafler hat in Zweifel gezogen, ob meine Darstellung bezüglich der Vorbereitungen zu den Beschlüssen über die Pos. 2 des Tarifs in der Tarifcommission vollkommen correct sei. Dem gegenüber bleibe ich bei meiner Behauptung stehen und setze hinzu, daß sowohl von den Protocollen der Eisen-Enquête, wie auch der Baumwoll-Enquête überhaupt nur 2—3 Exemplare der Commission zur Verfügung gestanden haben, und daß es nicht möglich gewesen ist, überhaupt mehr Exemplare zu bekommen.

Präsident Prof. Dr. Nasse: Das war keine persönliche Bemerkung, sondern eine thatfächliche Berichtigung.

Bezüglich der Ergänzungswahl des Ausschusses habe ich Ihnen mitzutheilen, daß abgegeben worden sind 82 Zettel. Es sind gewählt worden:

v. Bojanowsky, Weimar,  
Brentano, Breslau,  
Gneist, Berlin,  
Kalle, Biebrich,  
Knapp, Straßburg,  
Loewe-Calbe, Berlin,  
Ludwig-Wolf, Leipzig,  
Nasse, Bonn,  
Neumann, Tübingen,  
v. Roggenbach, Bonn,  
Nölker, Leipzig,  
Schönberg, Tübingen.

Meine Herren! Wir kommen nun zum ersten Gegenstande der Special-debatte.

Es ist sonst in parlamentarischen Versammlungen allgemein üblich, daß Derjenige zuerst das Wort erhält, welcher gegen eine Vorlage spricht. Danach würden, wenn wir uns dieser Praxis anschließen, zuerst die Referenten gegen die Tarifvorlage das Wort erhalten und dann die Referenten für die Vorlage. Es würde dann entsprechend in der weiteren Rednerliste fortgefahrene werden. Diese Sitte ist aber in diesem Falle nicht ganz genau anwendbar, denn bei den Gesetzesvorlagen der Regierung, wie sie in den parlamentarischen Vertretungen vorkommen, liegen Motive vor; gegen diese kann sich dann der erste Redner wenden, der gegen die Gesetzesvorlage das Wort erhält. Hier aber liegen Motive nicht vor; die Motive, die in den letzten Tagen ausgegeben sind, sind nur sehr wenigen Mitgliedern zu Händen gekommen, nicht einmal den Herren General-Referenten. Da fragt es sich, ob es nicht vielleicht richtig ist, zuerst die Redner für zum Worte zu lassen, sowie man den Antragstellern in der Debatte zur Begründung ihres Antrags zuerst das Wort zu geben pflegt.

(Die Versammlung beschließt, zuerst den Referenten gegen das Wort ertheilen zu lassen. Danach erhält zunächst das Wort)

Referent Sombart-Grimmleben (Berlin): Meine Herren! Als wir im Jahre 1868, 1869 und 1870 im Landwirtschaftlichen Congresse, im Zollparlamente und im norddeutschen Reichstage die Zoll- und Steuerfrage debattirten, konnte ich mich nie zu dem freihändlerischen Standpunkt meiner Gewerbsgenossen, der Landwirthschaft, ausschwingen. Auch im Jahre 1873, als durch den deutschen Reichstag die Eisenzölle aufgehoben wurden, habe ich stets gegen dieses rapide Vorgehen gesprochen, und noch im Jahre 1876 habe ich dem Antrage der Centrumspartei im Reichstage zugestimmt, welche die Ausführung des Gesetzes um drei Jahre zu prolongiren, beantragte. Ich betone dies, um Ihnen zu zeigen, daß ich nicht radical auf dem einen oder anderen Standpunkte stehe.

Ganz anders steht die Frage: wie stehst du zu den Getreide-, Vieh- und Holzzöllen? Das ist ein Novum für mich und wahrscheinlich auch für viele von Ihnen, denn wer vor zwei Jahren diesen Antrag gestellt hätte, hätte vielleicht den Ruf hören müssen, wie das oft im Reichstage geschieht: où est Zinn? — der ist nämlich Director einer Irrenanstalt. Nach reiflicher Ueberlegung stehe ich aber jetzt auf dem Standpunkte, daß ich mich gegen die Einführung der Zölle auf diese drei Artikel erkläre, und dafür will ich Ihnen jetzt mit kurzen Worten meine Gründe entwickeln.

Nachdem die deutsche Landwirtschaft in den 20er Jahren theils durch Ueberproduktion, theils durch die schwache Kaufkraft der Nation in Folge der gewaltigen Kriegsanstrengungen, so tief gesunken war, wie nie in diesem Jahrhunderte, und nachdem viele Tausende von Landwirthen mit dem Bettelstab ihrer Heimat und ihrem Erbe den Rücken kehren mußten, nach dieser bösen Zeit — trotzdem im Jahre 1827 die Getreidezölle eingeführt wurden — entstand mit dem Anfange der 30er Jahre eine bessere Zeit. Es ging eine Sonne über der deutschen Landwirtschaft auf, und vom Jahre 1830 bis zum Anfange der 60er Jahre glaubte man, um mich eines trivialen Ausdrückes zu bedienen, die Bäume wollten in den Himmel wachsen. Wenn wir an der Hand der Statistik sehen, daß im Jahre 1830 der Scheffel Roggen, der allerdings schon unter 1 Thaler in den 20er Jahren gesunken war, sich bereits auf die Höhe von 35 Sgr. gehoben hatte, daß er im Jahre 1840 bereits 40 Sgr. kostete, im Jahre 1850 50 Sgr. und endlich zu Anfang der 60er Jahre 67 Sgr. pro Scheffel kostete, und daß der Preis der übrigen Cerealien diesem Maßstabe folgte, dann kann man wohl sagen, daß damals eine goldene Zeit der Landwirtschaft geblüht hat. Wie ich aber wiederholt ausgesprochen habe, war das ein Unglück; denn was wurde durch diese Zustände hervorgerufen? Wenn man an der Hand dieser Zahlen gemeint hätte, der Werth der Grundstücke und Pachtungen müßte sich auch um das Doppelte steigern, dann sehen wir leider die traurige Erscheinung, daß der Werth der Güter um das Dreifache bis dahin gestiegen war, daß die Güter ein Object der Speculation geworden waren und daß der Landwirth verlernt hatte zu rechnen. Das Speculationsobjekt wurde jetzt an den Mann gebracht, mit geringem Capital wurde gekauft, und es dauerte nicht lange, als die Nemesis eintrat und die Landwirtschaft sich auf den niedersinkenden Ast begab. Bereits in den Jahren 1863, 1864 und 1865 traten ermäßigte Preise ein. Um nicht die genannten Cerealien alle zu berühren, führe ich wieder den Roggen an. Er fiel um  $14\frac{1}{2}$  Sgr. pro Scheffel. Dann kam das Kriegsjahr 1866, zum Theil eine Missernte in den östlichen Provinzen und noch verschiedene andere Calamitäten, die so auf die Landwirtschaft einwirkten, daß mit dem Jahre 1868 eine wahre Misere ausbrach.

Forschen wir nun nach den Gründen, so kann ich bei der Entwicklung der Landwirtschaft neben verschiedenen anderen Gründen nur einen Hauptgrund anführen. Es war allerdings die Entziehung der Arbeitskräfte durch die sich immer mehr entfaltende Industrie, es war der gestiegerte Zinsfuß, weil die Industrie der Landwirtschaft ihre Capitalien entzog; aber der wichtigste Factor ist und bleibt der, daß bei einer inzwischen eingetretenen Unterproduction, also bei einer größeren Einfuhr als Ausfuhr die Preise sinken mußten, und diesen Factor suche ich in der Entwicklung unserer Verkehrsanstalten, im Eisenbahnbewegen.

Meine Herren! Wenn im Laufe der Zeit sich bis jetzt über Deutschland ein Eisenbahnenetz von mehr als 32,000 Kilometern entwickelt hat; wenn auf diesen Bahnen mehr denn 10,000 Locomotiven durch das Land räsen; wenn mehr als 3 Millionen Pferdekräfte den Verkehr vermitteln und während derselben Zeit die ganze Industrie und der Handel in einem Maße steigt, wie wir es nie bisher erlebt haben; wenn während dieser Zeit die Landwirtschaft in ihrer Production durchaus nicht heruntergegangen ist, die Consumtionskraft des Volkes aber gestiegen ist und die Preise dennoch in dieser Weise sinken: dann ist nach meiner Auffassung für die Landwirtschaft ein ungesunder Zustand vorhanden.

Um hier Abhilfe zu schaffen, wäre zunächst die Ursache zu erforschen, die ich in den Eisenbahnen gefunden habe und namentlich in den sogenannten Differentialfrachten, in den Refactien, in den übrigen Rabatten, so daß das Ausland durch Deutschland hindurch und in Deutschland hinein billiger seine Waaren befördert, als die deutsche Landwirtschaft. Durch diesen Umstand sind ganz verschobene Verhältnisse entstanden. Die Produktionsgebiete, die seit Jahrhunderten durch die natürlichen Entfernungshindernisse hervorgerufen waren, sind einander näher gebracht, es sind ganz andere Handelsbeziehungen entstanden, und die deutsche Landwirtschaft befindet sich nach meiner Auffassung hier in einer Notthlage. Wenn nun der Landwirth rechtzeitig zu rechnen gelernt hätte und sich auf diese Verhältnisse eingerichtet hätte, dann würde der Zustand allerdings nicht eingetreten sein. Ich habe es deshalb oft ausgesprochen und will es heute wiederholen, daß, während 1862 dem deutschen Handelsstande ein Handelsgesetzbuch gegeben wurde, dem die Fabrikbesitzer, die Händler und andere große Gewerbetreibenden sich unterordnen mußten, dieses Gesetzbuch nicht auch auf den großen Grundbesitz ausgedehnt wurde, daß er nicht verpflichtet wurde, alljährlich Inventur und Bilanz zu machen, um sich Rechenschaft abzulegen über seine Vermögensverhältnisse.

Meine Herren! Durch diese Uebelstände sind wir nun dahin gekommen, daß der Landwirth sich für reicher gehalten hat, als er in der That ist, und daß ich oft sagen muß: es hilft nichts Anderes, du mußt abschreiben. Der Fall tritt sehr oft ein, daß ein Mann, der mit 100,000 Thalern, Gulden oder Mark ein Gut zu 300,000 Thalern, Gulden oder Mark gekauft hat, wenn der Werth des Gutes nach seiner Rentabilität um  $\frac{1}{3}$  gesunken ist, jetzt absolut nichts mehr besitzt. Meine Herren! Nach dieser Richtung hin muß sich die Landwirtschaft einrichten, und ich freue mich, daß diejenigen Männer, die im preußischen Staate während des Anfanges der 60er Jahre die Reinerträge für die Grundsteuer ermittelten, nicht von dieser Schwindelzeit sich erfassen ließen und nicht ebenfalls den Speculationspreis zur Basis ihrer Einschätzung machten. Wir waren um so leichter in der Lage, auf diese schwife Ebene zu gerathen, weil die Grundsteuer bekanntlich mit 10 Millionen Thalern nach dem damaligen Umfange der Monarchie limitirt war; aber dessen ungeachtet ist die Grundsteuereinschätzung so, daß nach ihr der Reinertrag bemessen wird, und ich glaube noch mit einem Zuschlage von 50 Proc. den wahren Werth der deutschen Landwirtschaft wenigstens für Preußen repräsentirt. In den übrigen Staaten bin ich nicht so orientirt. Wenn man aber den 40-, 50- und noch mehrfachen Reinertrag als den Capitalwerth des Gutes annimmt, dann sage ich, das ist ein Speculationspreis, und der kann nachhaltig nicht bezahlt werden.

Deshalb bin ich der Ansicht, daß die Landwirthschaft dieser bösen Erscheinung gegenüber sich einrichten muß. Ich habe aber dabei die Hoffnung, daß, da ich auf dem Boden des Staates und, wenn es sein kann, der Reichseisenbahn stehe, nach der anderen Richtung hin die Schädigung, die ich vorhin erwähnte, in einer den Eisenbahnen und dem Volkswohle entsprechenden Weise beseitigt werde. Meine Herren! Die Eisenbahnen sind ja die Culturadern des Landes und gewiß die gemeinnützigsten Anstalten, die wir überhaupt besitzen, sie vermitteln den Verkehr, sie schaffen neue Werthe. Wenn sie aber der Tummelplatz der Agiotage, des Actienswindels sein sollen, dann hat der Staat und namentlich der Social-politiker das Recht, gegen dieselb laisser faire und laisser aller einzuschreiten und die Grenzen zu ziehen zwischen Gemeinwohl und Speculation. Ich hoffe aber, daß nach dieser Richtung hin eine Remedy eintritt.

Was nun aber die Landwirthschaft anbetrifft, so freut es mich, daß von verschiedenen Seiten vorhin die Kleinindustrie in Schutz genommen ist, und ich stehe auf dem Boden, daß wir in der Landwirthschaft, namentlich in Norddeutschland, mehr auf die Kleinwirthschaft, mehr auf den Bauernstand zurückgreifen müssen. Meine Herren! Wenn durch politische und andere Verhältnisse im Laufe des vorigen Jahrhunderts in gewissen Kreisen und Provinzen der Bauernstand ausgerottet ist und wenn der Tagelöhner, der dort jetzt noch lebt, theils nach Amerika, theils in die Industriebezirke, theils in die großen Städte zieht, dann, meine Herren, meine ich, daß dieser Grundbesitz, der nicht mehr in der Lage ist, die gehörigen Arbeiter für eine intensive Wirthschaft zu beschaffen, jetzt aufhören muß zu wirthschaften und einer intensiveren Wirthschaft Platzmachen muß. Wenn sie sehen, daß in den sechs östlichen Provinzen von sieben Theilen nur vier bewirthschaftet und drei theils beweidet werden, theils brach liegen und daß den ganzen Sommer hindurch das Vieh dort weidet, statt daß es in dem Stalle den Dünger präparirt für die Felder, dann meine ich, daß dort eine Aenderung eintreten muß und zwar durch den Bauern, der mit seiner Familie, mit seiner vollen Kraft eintritt. Wir haben gesehen, wie in der Provinz Sachsen, wo ich viele Jahre gewirthschaftet habe, wo der gemischte Zustand von Groß- und Kleingrundbesitzern nebeneinander besteht, in der Regel der kleine Grundbesitzer weiter kommt, als der große Grundbesitzer. Die Bruttoerträge sind allerdings bei dem Großgrundbesitzer höher, aber die Rein erträge sind bei dem Kleingrundbesitzer größer, und deshalb sage ich, er ist der berufene Mann, der da eintreten muß, wo es mit dem Großgrundbesitzer namentlich aus Capitalmangel nicht mehr geht. Ich freue mich, daß in Preußen nach dieser Richtung hin eingelenkt wird. Im Landessöeconomiecollegium wird bereits die Frage wegen der Parcellirung der Domänen in Aussicht genommen, und darin soll ein Mittel gefunden werden, um den kleinen Mann, wenn er nicht das erforderliche Capital hat, um sich ein Grundstück zu kaufen, durch eine Erb- oder Grundrente ähnlich, wie wir früher die Erbpacht hatten, in den vollen Besitz dieses Grundstückes zu setzen. Wenn er dann so viel Vermögen mitbringt, daß er das Inventarium und einen Theil der Gebäude bezahlen kann, meine ich, wäre die Rente auch für die Zukunft dasjenige Mittel, um den kleinen Grundbesitzer überhaupt prästationsfähig zu erhalten.

Meine Herren, treten Sie einmal in das Hypothekenwesen auf dem Lande ein. Man borgt sich ein Capital, man verschuldet ein Gut zur Hälfte und

verspricht, das Capital nach drei oder sechs Monaten zurückzuzahlen. Indem man dies verspricht, begeht man eine Lüge, denn, wenn man nicht wieder von einem Zweiten oder Dritten das Capital borgen kann, so ist man nicht in der Lage, das Capital zurückzuzahlen. Durch diesen Capitalborgschwindel ist viel Unheil über die deutsche Landwirtschaft hereingebrochen. Wenn wir aber ein Rentenprincip an die Stelle des Capitals setzen, wenn die Rente, für die der Ertrag des Gutes jährlich die Sicherheit gibt, von Hand zu Hand cedirt werden kann, und wenn ein Capitalist in der Rente seine Ersparnisse anlegen kann, also in fundirtem Vermögen, dann, meine ich, muß ein ähnliches Verhältniß eintreten, wie wir es bei den Actien für Eisenbahnen und dergleichen haben. Es muß nach meiner Auffassung also das Hypothekenwesen, es muß das Erbrecht durch die deutsche Civilgesetzgebung in Mitleidenschaft gezogen werden. Denn während wir auf der einen Seite den Großgrundbesitz theilen, kann ich auf der anderen Seite dem Pulsverfirschystem, wie wir es zum Theil in Deutschland haben, ebenso wenig das Wort reden. Mir ist ein Fall bekannt, der auch jüngst von H. vom Rath im Landesökonomiecollegium mitgetheilt wurde. Er nannte uns in der Sitzung dort eine Gemeinde im Kreise Trier, die bei 120 Besitzern 24,000 Parcellen hat, von denen die größte drei Morgen, nur 19 zwei Morgen und 12,000 Parcellen unter 10 Quadratruthen groß waren. Meine Herren, hier hört die Möglichkeit auf, sich wirthschaftlich einzurichten, und hier muß eine Zusammenlegung stattfinden in ähnlicher Weise, wie ich im Osten dafür eintrat, daß dort eine Parcellierung zunächst der Domänen und dann derjenigen Güter, die selbst nicht mehr zu wirthschaften im Stande sind, eintrete. Wenn wir in dieser Richtung Wandel schaffen, wenn wir die Landwirtschaft so situiert haben, daß sie mit voller Kraft und Intelligenz vorgeht, dann wäre es Zeit, daß wir auch der Völkerwanderung, die sich immer von Osten nach Westen wendet, ein Ende machen und daß die Hohenzollern dann wieder in diejenigen Fußstapfen treten, die ihre Vorväter befolgt haben, daß sie der Colonisation wieder näher treten und daß der Industrie so geholfen werde, denn sonst geht die deutsche Landwirtschaft der Verarmung entgegen. Für Preußen habe ich die genauesten statistischen Zahlen hierfür in der Steuerkraft. Wir haben bekanntlich in Preußen  $\frac{1}{3}$  der Bevölkerung in den Städten und  $\frac{2}{3}$  auf dem Lande. Nach der Grund- und Classensteuer bezahlt jeder Kopf der städtischen Bevölkerung dreimal soviel als die Landbevölkerung. Von der Landbevölkerung gehören außerdem noch 16 Proc. der Industrie an. Sie werden also zugeben, daß die Landbevölkerung verarmt, und das ist kein gesunder Zustand für das Land. Wir alle, auf welcher Seite wir auch stehen, müssen dahin wirken, daß die Landwirtschaft ein wahres, wirkliches, volles Glied in der gemeinsamen Kette vaterländischer Gewerbe werde und bleibe, denn nach einem alten Sprichwort heißt es:

Hat der Bauer Gelb,  
Hat's die ganze Welt.

Um nun auf die Zölle zu kommen, — meinen Sie, daß ein Zoll von 25 Pf auf den Scheffel Roggen irgend einen anderen Einfluß ausübt, als daß er ein Odium auf die Landwirtschaft ladet? Ich spreche nicht von der Erhöhung der Brotpreise, — die kann bei dieser kleinen Summe nicht eintreten, das ist uns vielfach vorgerechnet worden, daß sie bei den Zwischenhändlern, Bäckern u. s. w. stecken bleibt, aber ein Mittel zur Agitation liegt in diesen

25 §. Von dem reichen Städter rede ich nicht, der kann auch seine Semmel etwas theurer bezahlen, aber der gesammten arbeitenden Classe, der Socialdemokratie — ich muß das hier aussprechen — geben Sie das gewaltigste Agitationsmittel in die Hand. Und was sollen diese 25 §? Als Finanzzoll dienen, damit beruhigt sich so mancher. Ja, die ganze Ausbeute dieser Kornzölle wird von der Regierung nur auf 9—10 Millionen M veranschlagt, während die Cerealien, bloß Weizen, Roggen, Gerste und Hafer, jährlich einen Werth von 3 Milliarden repräsentiren. Nun frage ich Sie: was sollen da diese 25 §? Will man etwa mit Speci Mäuse fangen oder auf irgend eine andere Weise dem Landmann die Hand drücken? Meine Herren, ich kann mich auf dieses Händedrücken nicht einlassen, sondern ich sage es offen: die Landwirtschaft befindet sich in einer sehr kritischen Lage seit 15 Jahren, und sie kann nur mit Staatshilfe aus ihr heraus, indem diese das Überwuchern der von mir geschilderten Uebelstände beseitigt und so die Landwirtschaft in gesunde Bahnen einlenkt. Aber, meine Herren,

„Gefährlich ist's, den Leu zu wecken,  
Verdächtig ist des Tigers Zahn,  
Jedoch der schrecklichste der Schrecken,  
Das ist der Mensch in seinem Wahns.“ —

und hier die ganze Nation, die arbeitenden Classen aufzurufen, das ist ein gefährliches Spiel und ich spiele nicht mit dem Feuer. Ich meine, wenn Bismarck den Wahlspruch, der, glaube ich, auf seinem Degen steht:

„Laut Hände af,  
't sind Räteln dran!“

anwendete, so würde er nach meiner Auffassung auf die Kornzölle nicht eingegangen sein! (Sehr gut! links.)

Nun habe ich noch einige Worte über Vieh- und Holzzölle zu sagen. Wenn ich die Kornzölle verwerfe, obgleich ich gern der Landwirtschaft eine Wohlthat erzeigen möchte, so kann ich mich noch viel weniger für Vieh- und Holzzölle aussprechen. In der deutschen Landwirtschaft, wenigstens wo ich gewirthschaftet habe, hat man mehr oder weniger die Viehhaltung als ein Onus angesehen und erst in neuerer Zeit hat man sich mehr auf die Rindviehzucht geworfen. Man hat Bezüge aus allen Ländern gemacht, um gute Rassen zu erziehen, namentlich hat man Jungvieh aus Holland bezogen, dann aus Dänemark und anderen Landestheilen. Ich habe die statistischen Zahlen hierüber nur im Jahre 1872 in Anwendung ziehen können, weil vorher gegen Elsass-Lothringen und sonst eine Zollgrenze nicht vorhanden war, — da war mehr Ein- als Ausgang von Jungvieh: 90,000 Stück. Die will man jetzt mit 4 M pro Stück belegen. Meine Herren, ich frage, warum? Auf den Ausgang hat es gar keinen Einfluß, wir verkaufen namentlich Mastfälber und so etwas nach England, — aber wohl auf den Eingang. Wenn ein Bauer an der Grenze 4 M für ein besseres Thier bezahlen soll, dann besinnt er sich, und bei den Kühen sind es gar 6 M. Ich betrachte die Einfuhr von Vieh vom landwirthschaftlichen Standpunkt aus als einen Veredlungsprozeß; wir kaufen unser Vieh da, wo es billiger ist, als wie wir es selbst züchten können, wir kaufen die Kühe, nutzen sie ab, verwerthen sie durch Mast und haben unser Fleisch. Das, was am besten rentirt, der Ochse, soll mit 20 M Eingangs zoll belegt werden,

während wir gerade 30,000 Stück Ochsen mehr ausführen als einführen. Vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus also ist dies sogar eine Schädigung und der Finanzpunkt ist in der That nicht groß, denn im Durchschnitt der letzten Jahre führen wir überhaupt nur 290,000 Stück Vieh ein und aus, und wir führen gerade Mastvieh aus, also hier muß man wägen und nicht zählen.

Bei den Pferden ist es ein Unterschied von 20,000 Stück; wir exportieren rund 45,000 und haben eingeführt 65,000 Stück. Hierbei müssen wir allerdings rechnen, daß wir uns in den letzten Jahren im Kriegswesen mehr verstärkt haben und daß die Einfuhr vorzugsweise von Osten und von Westen stattfindet, vom Westen aus Frankreich und Belgien die schweren Arbeitspferde, aus Russland und Polen die kleinen Thiere. Was führen wir dagegen aus? Luxuspferde, Reitpferde und dergleichen, und darin sollten wir den Export gefördern. Aber darauf wirkt ein Schutzoll von 10 M. gar nicht ein, denn bei einem Luxuspferde ist das ganz gleichgültig; wenn aber der Bauer sich ein Fohlen oder ein kleines Pferd kauft, so sind 10 M. schon viel. — Also ein Pferdezoll ist ebenfalls zu verwerfen.

Nun haben wir die Schweine in Betracht zu ziehen. Wenn ich nicht irre, hat Fürst Bismarck in seinem Briefe gefragt, der kleine Mann soll das Schweinefleisch billig haben, Ochsenfleisch u. s. w. kommt an ihn nicht. Er erhöht aber doch den Schweinezoll, der 2 M. betragen hat, auf  $2\frac{1}{2}$  M. pro Stück und das macht, da wir über 1 Million Schweine mehr einführen als ausführen, schon eine erhebliche Summe, circa 3 Millionen M. Das könnte man als einen Finanzzoll betrachten, wenn man nicht dem kleinen Manne gern das Schweinefleisch billig geben wollte. Abgesehen von den vielen Überläufern, die über die polnische Grenze kommen und die der kleine Mann sich kauft und die veredelt werden durch die Mast, ist der Zoll auf Schweine überhaupt ganz verwerflich. Alles Vieh, was wir in Deutschland einführen, veredeln wir und steigern dadurch die Düngerproduction. Es ist ein großer Unterschied, ob ich von einem hungrigen Thier oder von einem reichlich gefütterten Thier den Dünger aufs Feld bringe.

Wenn also die Motive zur Tarifvorlage, die ich allerdings in Händen habe, uns sagen, die Viehzucht ist zurückgegangen, deshalb müssen wir den Zoll einführen, dann weise ich das kalt lächelnd zurück, es ist das nicht wahr. Wenn gezählt wird und wir haben weniger Thiere, so ist das möglich, aber ihre Qualität ist besser; wir haben jetzt ganz andere Thiere als vor 30, 40 Jahren.

Sch hätte aber beinahe die Schafe vergessen. Das Schaf soll 1 M. pro Stück Zoll zahlen. Wir führen 460,000 Stück ein im Durchschnitt der letzten Jahre, und 1,175,000 Stück aus, wir haben also eine bedeutende Überproduktion im Lande. Die Ausfuhr geht als Mastvieh vorzugsweise nach Frankreich. Unsere ganze Richtung in der Schafzucht geht jetzt dahin, daß wir Fleischthiere produciren; mit der Wollproduktion ist es ja leider aus, Australien kann uns billiger bedienen, wir haben uns also auf das Fleischschaf geworfen. Wenn wir also für magere Thiere jetzt 1 M. bezahlen sollen, so sage ich auch hierbei: fort mit dem Viehzoll!

Nun kommt das Holz. Meine Herren, Fürst Bismarck sagt in seinem bekannten Schreiben: der Schutzoll ist jedesmal ein Privilegium für die betreffende Classe, — und hier haben wir es lediglich mit dem Forstbesitzer zu thun. Der ist sehr zu unterscheiden vom Landwirth, denn der letztere ist großenteils

Pächter, der Forstbesitzer ist aber Grundbesitzer, und der Forst ist, abgesehen von kleinen Parcellen, die nicht maßgebend sind, vorzugsweise in den Händen des Staates, der Commune und der großen Grundbesitzer. Nach der preußischen Forststatistik haben wir etwa 23 Proc. des gesamten Areals in Wald liegen, davon  $7\frac{1}{2}$  Proc. dem Staate,  $3\frac{1}{2}$  Proc. den Corporationen und 11—12 Proc. den Privatgrundbesitzern gehörig. Es hat gewiß keiner mehr Achtung vor der preußischen Agrargesetzgebung als ich, die mit dem 14. September 1811 in dem bekannten Landeskulturedict gipfelt, aber man kann, wie man sich vulgär ausdrückt, auch oft das Kind mit dem Bade ausschütten und das haben wir in der Gemeintheitsheilung gethan, wo wir nicht besser für die Erhaltung unserer deutschen Wälder gesorgt haben, durch die Theilung der gemeinschaftlichen Wälder in einzelne Parcellen. Dadurch wird allerdings der Waldbesitzer leicht geneigt, abzuholzen, aber nicht wieder zu bewalden, und dadurch sind wir jetzt in die traurige Lage gekommen, daß wir successive mehr Holz einführen, als wie wir ausführen können, was vor 20 Jahren noch nicht der Fall war. Ich gebe allerdings zu, daß durch die Industrie und durch die Baulust sonst sehr viel Holz in Deutschland gebraucht wird, aber wir sind jetzt dahin gekommen, daß wir allerdings  $\frac{1}{3}$  des Nutz- und Bauholzes, welches wir in Deutschland gebrauchen, importiren. Nun geschieht der Import nicht, wie bei der Landwirthschaft sonst, vorzugsweise durch die Eisenbahnen, sondern durch die großen Flüsse, die Elbe, Weichsel, Memel u. s. w., und das hat bei Weitem nicht so nachtheilig auf die Forstwirthschaft, als die Bahnbefrachtung auf die Landwirthschaft eingewirkt. Leider fehlt uns noch eine Waldstatistik; der Reichstag hat ja beschlossen, eine solche ebenso aufzunehmen, wie er im vorigen Jahre die Statistik für die Feldfrüchte veröffentlicht hat. Mir ist aber aus dem preußischen Etat bekannt, daß im Jahre 1830 die Forsten 3,000,000 Thlr. brachten, im Jahre 1840 3,500,000 Thlr., im Jahre 1850 5,000,000 Thlr., 1860 6,000,000 Thlr. und 1866 bereits  $8\frac{1}{3}$  Mill. Thlr. Wenn ich das Jahr 1867 wegen des Hinzutrittes der neuen Provinzen nicht in Betracht ziehe, so weist der Etat für 1868 bereits eine Einnahme von 12,900,000 Thlrn. auf, also rund 39,000,000 M. Im Jahre 1875 war der Ertrag auf 51,000,000 M. und im Jahre 1876 auf 52,000,000 M. gestiegen.

Meine Herren, Sie sehen hieraus, daß die Wälder successive an Werth und im Ertrag gestiegen sind, und nun soll auf einmal von einer Calamität der Forstbesitzer die Rede sein. Ja, wenn Industrie, Baulust u. s. w. sinken und wenn ein gewaltiger Windbruch die Forsten in einer Weise decimirt, daß mir preußische Oberforstbezirke bekannt sind, in denen das 14fache des einzuschlagenden Ertrages in einem einzigen Jahre durch den Wind gehauen wurde, dann tritt eben, wie im Jahre 1876, eine solche Überproduktion ein, daß gegenüber der geringen Abnahme wegen des Darniederliegens von Handel und Industrie ein Rückgang eintreten müste und daß der Etat pro 1879/80 nur 45 Mill. in Einnahme feststellt hat, — aber immer noch mehr als dreimal so viel wie in früheren Jahren.

Ich kann also absolut nicht von einem Notstande der Forsten sprechen und muß auch einen Holzzoll als verwerflich bezeichnen.

Dasselbe gilt erst recht von der Sohe. Ich habe vorhin gesagt, daß man einen Fehler gemacht hat, den Eisenzoll abzuschaffen; wenn man aber auf ein-

mal wieder den Zoll auf Lohé einführen will, wenn man das Leder vertheuern will, dann frage ich doch: wo bleibt denn da der Consument, der arme Mensch, der Stiefel und Schuhe braucht? Ich denke dabei an den großen Ahnen unseres Kaisers, an Friedrich Wilhelm I.; der erließ im Jahre 1736 ein Edict, worin es hieß: „Auch sollen die Bauern keine Holzpantoffeln und keine Holzschuhe mehr tragen, damit die Schuster mehr Arbeit bekommen.“ — Ja, wenn die Regierung erst so eingreifen will in die nothwendigsten Bedürfnisse des Lebens — ich will nicht von dem Bamberger'schen Briefe reden, ich stehe nicht auf dem radicalen Standpunkt — aber wer  $2 \times 2$  zu 4 erheben kann, muß wissen, daß das eine Schädigung der Gesamtheit ist, wenn wir Leder und solche Sachen in dem Maße, wie es hiernach geschehen soll, vertheuern.

Also meine Herren, ich möchte Sie bitten, sowohl die Korn-, wie die Vieh- und die Holzzölle abzulehnen und vielmehr der Landwirthschaft von unten auf aus ihrem Inneren heraus diejenigen Mittel und diejenigen Kräfte zu geben, die zeitgemäß und nothwendig sind. Ich schließe mit einer Strophe von Max von Schenkendorf, der singt:

„Vom Bauernstamm, von unten auf  
Wird sich ein neues Leben,  
In Adelschloß und Bauernhaus,  
Ein neuer Duell erheben!“

(Bravo! links.)

(Die Versammlung faßt auf den Vorschlag des Vorsitzenden den Besluß, bei den Specialdebatten die Referenten nur einmal zu hören, ihnen also nicht zum Schluß nochmals das Wort zu geben)

Correferent Baron Dael von Koeth (Sörgenloch bei Mainz):

Nach dem umfassenden Vortrage des Herrn Referenten beschränke ich mich auf eine Behandlung der Getreidezölle, um so mehr, als mir bezüglich forstwirtschaftlicher Producte die nöthigen specielleren Kenntnisse abgehen, und ich bezüglich der sonstigen landwirthschaftlichen Erzeugnisse die Vorschläge des Zolltarif-Entwurfs nur befürworten kann.

Der Entwurf proponirt für Weizen und Hafer per 100 Kilo 1 M oder per Etr.  $\frac{1}{2}$  M, für Roggen (Korn) und Gerste  $\frac{1}{2}$  M resp.  $\frac{1}{4}$  M.

Seit Entstehung des Zollovereins und in Preußen seit 1818 bestand ein Eingangszoll auf Getreide, welcher 1856  $\frac{1}{2}$  M per Berliner Scheffel betrug. Ein solcher Getreidezoll bestand ununterbrochen bis 1865, wo er in Folge Zollvertrags mit Österreich vom 11. April 1865 aufgehoben wurde, so daß seitdem alles Getreide völlig frei bei uns eingeht.

Was war die Folge? 1865 führten wir 2,540,937 Scheffel Getreide mehr aus, als das Ausland bei uns einführt. Dagegen führten wir im Durchschnitt der Jahre 1873—77 jährlich 25,391,508 Etr. und 1877 gar 36,075,061 Etr. mehr ein, als aus. Das Getreide des Auslands kommt nämlich völlig frei von Zoll zu uns, während wir enorme Steuern und Abgaben zahlen, von welchen der Ausländer völlig frei ist, für die er billiger Weise aber doch ein Aequivalent zahlen müßte.

Diese Ueberfluthung mit Getreide hat ihren Grund in der Ueberproduktion des Auslandes, besonders Russlands und Amerikas. Diese

Länder sind vor uns begünstigt durch Natur, Capitalreichthum, zahlreiche, wohlfeile Communicationsmittel: Eisenbahnen, Transport zur See, auf Flüssen, Canälen und viele sonstige Verhältnisse. Während wir vielfach wenig fruchtbaren Boden, hohe Güterpreise, Mangel an tüchtigen Arbeitskräften, hohe Arbeitslöhne, viele schwere Steuern und Abgaben, zu wenig Betriebscapital haben, erfreuen sich unsere ausländischen Concurrenten vorzüglichen Bodens, geringer Bodenpreise, Überfluss an Arbeitern, niedriger Arbeitslöhne. Russland und Amerika treiben deshalb während Bau und die Regierungen unterstützen das in jeder Weise. In Amerika erhält nach einem Gesetz von 1862 Jeder, der erklärt, er wolle amerikanischer Bürger werden, im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten 160 acres (beiläufig 65 Hekt. = 260 Morgen) gegen 10 Dollars (42 M), so daß der Morgen auf 16 ₣ zu stehen kommt.

Die Union allein besitzt aber an Weizenboden 42,000 Quad.-Meilen, also mehr wie das Vierfache des Flächeninhalts von ganz Deutschland. Dazu kommt dann auch noch der Weizenboden des übrigen Amerika. Russland begünstigt seinen Getreidebau noch dadurch, daß es auf die Ausfuhr seines Getreides nach dem Ausland eine Prämie setzt und dafür eine besondere große Exportprämie bezahlt. Dadurch sind die Getreideproducenten und Händler in die Lage versetzt, noch unter den Preisen des Inlandes zu verkaufen.

Während das Ausland sein Getreide frei bei uns einführt, erschwert es unsere Einfuhr bei sich mit hohen Eingangszzöllen. Sind wir der Concurrenz im Inland nicht gewachsen, wie sollen wir es bei hohen Eingangszzöllen im Ausland sein!

Mit wenigen Ausnahmen erheben alle Länder, namentlich auch die wichtigsten Getreideproductionsländer, Eingangszzölle von Getreide. So insbesondere Frankreich per 100 Kilos amerikanischen Weizen 2 M 40 ₣, für sonstigen Weizen 48 ₣, Italien für Hafer 88 ₣, sonstiges Getreide 1 M 12 ₣, Österreich für russischen Weizen 3 M, England erhebt an Haferabgaben 70 ₣, Amerika per Hektoliter für Weizen 2 M 31 ₣, für Korn 1 M 73 ₣, für Mehl 10 Proc. des Werthes.

Bei so bewandten Umständen kann es kein Wunder nehmen, daß unser Absatz an Getreide ins Ausland von Jahr zu Jahr abnimmt, wir im Inland aber immer mehr von ausländischem Getreide überflutet werden, und die Preise für unser Getreide, insbesondere Weizen und Korn, allmählich so herabgedrückt worden sind, daß sie die Productionskosten nicht mehr decken, mit Verlust weggegeben werden müssen oder in der trügerischen Hoffnung besserer Preise zurück behalten werden. Wer mit Sachkenntniß sämmtliche Kosten berechnet, welche der Getreidebau gegenwärtig verursacht, wird bestätigen, daß derselbe zur Zeit nicht rentirt, daß er im Allgemeinen die Productionskosten nicht aufbringt. Einen Beweis dafür mit Zahlen hat Gontard in einer jüngst veröffentlichten Schrift erbracht, in welcher er detaillirt sämmtliche Productionskosten aufführt, wie sie auf seinem Gute in der Nähe von Leipzig und auf einer Reihe von Gütern in Schlesien und Sachsen in den letzten Jahren in Wirklichkeit vorgekommen sind. Er begründet damit seine Überzeugung, daß in den gut cultivirten Gegenden Deutschlands die Productionskosten eines Gr. Roggen (Korn) durchschnittlich 9 M betragen. Für Gerste stellten sie sich ebenso, für Weizen

auf  $10\frac{1}{2}$  M. Um solche Preise sind im Allgemeinen diese Getreidesorten gegenwärtig nicht zu verkaufen.

Der Herr Referent hat die Ursachen der gegenwärtigen Calamität unseres Getreidebaues darin gesucht, daß die Preise des Grundeigenthums auf eine enorme Höhe getrieben und damit auch die Productionskosten gesteigert worden, während zugleich die Zufuhr ausländischen Getriebes durch die Eisenbahnen mit ihren Differential-Tariffächen sehr erleichtert und billiger geworden sei. Ich will es nicht in Abrede stellen, daß in der Zeit der Gründer- und Schwindel-Periode größere und kleinere Besitzungen wie auch einzelne Grundstücke über die Maßen bezahlt worden sind, namentlich bei Acquisitionen zu Eisenbahnzwecken, allgemein aber hat das nicht stattgefunden, am wenigsten in späterer Zeit. Im großen Ganzen hat der eigentliche Ackerboden seit lange keine erhebliche Preis erhöhung erfahren. Die Hauptursachen der Calamität, in welcher sich zur Zeit unser Getreidebau befindet, sind die enorme Ueberproduction des Auslandes an Getreide und der zollfreie Eingang fremden Getriebes bei uns.

Soll es mit unserem Getreidebau besser werden, so müssen wir suchen, die bestehende Ungleichheit der Verhältnisse des In- und Auslandes auszugleichen und, so weit möglich, eine Gleichheit derselben herbeizuführen. Nicht ein Schutz soll ist es, wie man fälschlich allerwärts ausposaunt, den die Landwirthe beantragen. Sie verlangen nicht, daß dadurch die Concurrenz des Auslandes mit ihnen völlig ausgeschlossen und daß so unsere einheimischen Erzeugnisse: Getreide wie die Producte des Gewerbfleisches, der Industrie vertheuert werden. Wohl aber halten wir im Hinblick auf die Ungleichheiten, welche zwischen uns und dem Ausland bestehen, zur Ausgleichung derselben einen Ausgleichszoll für gerechtfertigt. Eine solche Ungleichheit liegt in den für den Getreidebau günstigeren Verhältnissen der ausländischen Production im Vergleich mit der unsrigen, die wir bereits besprochen. Sie liegt ferner in den Steuern und Abgaben, welche wir im Inlande zu zahlen haben, der Ausländer, welcher sein Getreide bei uns verkauft, aber nicht. Diese Lasten: Grund-, Gebäude-, Einkommensteuer und sonstige Staatsabgaben machen mindestens 10 Proc. des Einkommens der Landwirthe aus. Diese Ungleichheiten sind es, welche bei Fixirung des Eingangszolles ausgeglichen werden sollen, um einen Zustand herbeizuführen, bei welchem einigermaßen eine Gleichheit der Verhältnisse besteht. Ein solcher Ausgleichszoll soll uns in die Möglichkeit versetzen, mit dem Fremden unter, wenn auch nicht völlig, doch annähernd gleichen Verhältnissen zu concurriren. — Solchen billigen Anforderungen entsprechen die vorgeföhligen Zölle nicht vollständig. Der für Weizen macht nur etwa 5 Proc. des Wertes aus, er dürfte wohl auf 2 M per 100 Kilos gezeigt werden. Noch weniger ist der niedrige Satz von 50 Pf für Roggen (Korn) gerechtfertigt. Gerade vom Roggen wird am meisten bei uns eingeführt und bei einer simplen Controlgebühr von 50 Pf geht er so gut wie frei ein. Auch wird er vorzugsweise in den ärmeren Böden Norddeutschlands, in Posen, Ost- und Westpreußen, Mark, Pommern, Mecklenburg u. s. w. gebaut, und gerade der ärmste Theil der Bevölkerung ist es, der sich von seinem Anbau ernährt. Der Eingangszoll für Roggen (Korn) bedarf daher entschieden ebenfalls einer Erhöhung auf das Doppelte. Je schwerer es für uns ist, mit dem ausländischen Getreide auf den ausländischen Märkten zu concurriren, um so mehr

muß Sorge getragen werden, daß wir dazu auf unseren *inländischen* Märkten im Stande sind, damit unser Getreidebau nicht immer mehr zurückgehe, sondern uns dauernd erhalten werde, gedeihe und zunehme.

Getreide zu Brod ist die erste Nothwendigkeit zum Leben. Darum muß jede Regierung Sorge tragen, daß zur Ernährung der Bevölkerung zu allen Zeiten ausreichendes Brodgetreide vorhanden ist. Kein Staat darf seine Angehörigen der Gefahr aussetzen, daß es an den nöthigen Brodfrüchten fehle, daß sie vom Ausland gar nicht oder nur unzureichend und gegen exorbitante Opfer beschafft werden können. Deutschland aber hat noch ein besonderes Interesse, sich seinen Getreidebau zu erhalten. Seine Boden- und sonstigen Verhältnisse weisen es auf Landwirthschaft, insbesondere auf Getreidebau hin. Dieser ist die von der Natur selbst angewiesene Beschäftigung von mehr als der Hälfte der Bevölkerung und die natürliche Hauptquelle des Wohlstandes unserer Nation. Aus ihr schöpfen diese die Mittel, die theils zur Erhaltung unseres Lebens unentbehrlich sind, theils dazu dienen, um dagegen tausend andere Dinge einzutauschen, welche im Leben weiter nöthig sind. Dieser Austausch verschafft den anderen Classen der Bevölkerung in Stadt und Land, in Gewerbe, Industrie, Handel u. s. w. Beschäftigung und Verdienst. Wenn aber der Getreidebau, wie seit Jahren, nichts mehr einbringt, wenn deshalb der Wohlstand der Landbevölkerung immer mehr zurückgeht, so müssen auch alle anderen Factoren der Production darunter leiden. Der Landwirth ist außer Stande, seine traurigen Verhältnisse zu ändern. Er kann seine Ackerfelder nicht in Weinberge umwandeln oder ohne Weiteres zu anderen einträglichen Culturen benutzen. Will man ihn auf Viehzucht verweisen, so droht der Rentabilität derselben durch die so überaus begünstigte, übermächtige Concurrenz des Auslandes schon jetzt groÙe Gefahr, wie soll es erst werden, wenn alle Welt den Getreidebau aufgibt und sich der Viehzucht zuwendet?

Dem Allen hält man entgegen, daß an ein Aufhören unseres Getreidebaues auf keinen Fall zu denken sei, weil sich immer Leute finden würden, welche die Felder der seitherigen Besitzer wohlfeiler an sich brächten und den Getreidebau fortfestigen. Uebrigens könnte man das nöthige Getreide ja auch aus dem Auslande beziehen. Das ist die bekannte Redeweise des Freihandels!

Der Ackerboden wird freilich bleiben und fortbestehen, er gelangt aber von Tag zu Tag mehr und mehr in die Hände des großen Capitals des In- und Auslandes, der Güterspeculananten u. s. w., und wird von diesen aufgesogen. Derjenige aber, welcher denselben seither unter tausend Sorgen und in Noth für sich und seine Familie bebaut, geht ohne seine Schuld zu Grunde. So verarmt der eigentliche Bauernstand immer mehr, geht seinem sicheren, unvermeidlichen Untergange entgegen, verschwindet endlich gänzlich und löst sich in besitzlose Leute, Tagelöhner u. s. w. auf. Eine weise Regierung kann dergleichen nicht wollen, ihr Bestreben muß darauf gerichtet sein, die Landwirthschaft, vor Allem den Getreidebau, dem Lande zu erhalten und zu sichern, sie wird deshalb die geeigneten Vorkehrungen treffen und Maßregeln ergreifen, erforderlichen Fälls auch Ausgleichszölle einführen.

Die Freihandelspartei hat gegen die Forderung von Eingangszzöllen auf Getreide gar Vieles vorgebracht und ihre Einwendungen namentlich in zwei Schriften von Delbrück und Haussburg veröffentlicht.

Delbrück stützt sich auf die publicirten Angaben des statistischen Amtes des Deutschen Reichs, indem er geltend macht, wir hätten im Durchschnitt von 1873 bis 1877 per Jahr nur 22 Mill. Etr. Getreide und Mehl ausgeführt und überhaupt 27 Mill. mehr bei uns eins als ausgeführt, das beweise, daß wir diese 27 Mill. zu unserem Lebensunterhalte nötig hätten und nicht entbehren könnten. Wie wenig das angerufene Beweismittel beweist, wie Unrecht man darnach thut, sich auf seine Zahlen zu berufen, ergibt sich einfach daraus, daß das statistische Amt des Deutschen Reichs selbst ausdrücklich erklärt hat, daß auf die Ausfuhrzahlen kein großes Gewicht gelegt werden könne, weil nichts die richtigen Angaben und Notirungen der Ausfuhr-Artikel garantire, so daß die Erhebungen der Ausfuhr um mehr als 25 Proc. hinter der Wirklichkeit zurückblieben. Über unsere wirkliche Ausfuhr fehlt es daher an jedem Nachweise und darum an jeder verlässlichen Zahl, wie viel mehr bei uns eins als ausgeführt worden. Was die Einfuhr betrifft, so war offenbar nicht alles eingeführte Getreide ausländisch, vieles, was nach den Ostseehäfen, Stettin, Hamburg, Bremen u. s. w. gebracht wurde, war einheimisch, figurirt also mit Unrecht unter der eingeführten Menge ausländischen Getreides. Am allerwenigsten kann man behaupten, alles mehr bei uns eingeführte Getreide, die falschen 27 Mill., hätten zu unserem Consum gedient, so viel müßten wir daher jährlich aus dem Auslande einführen. Gar Vieles von dem eingeführten Getreide ist nicht consumirt worden, sondern wieder ausgeführt, weil es auf Grund von Getreide-Speculationen an der Börse und sonst zwar bei uns eingeführt, aber auch wegen verfehlter Speculationen wieder exportirt oder wegen zu niedriger Verkaufspreise zum Lagern auf den Speicher gebracht worden ist. Wir wissen also nicht im Entferntesten, wie viel von den angeblich mehr eingeführten 27 Mill. wirklich im Inland consumirt worden ist.

Nehmen wir diese falsche Zahl auch einmal als richtig an, so wird weiter behauptet, die Zunahme der Mehreinfuhr sei durch den zunehmenden Bedarf der von Jahr zu Jahr gestiegenen Bevölkerung herbeigeführt worden. Delbrück sucht das auf unrichtige Grundlagen hin durch willkürliche Annahmen und falsche Veranschlagungen nachzuweisen, Haussburg, indem er davon ausgeht, daß die Bevölkerung Deutschlands von 1854—77 um 50 Proc. zugenommen habe, während die Zunahme nur 30 Proc. betragen hat. Keiner von Beiden wird durch Zunahme der Bevölkerung erklären können, daß die Mehreinfuhr der Jahre 1868—72 im Durchschnitt 4 Mill. betrug, die von 1873—77 aber 27 Mill., also 23 Mill. mehr, denn schwerlich hat sich die Bevölkerung in 5 Jahren verfacht!

Man hat ferner behauptet, Deutschland sei außer Stande, das uns zur Consumption fehlende Getreide, die mehrerwähnten angeblichen 27 Mill. Etr. anders zu beschaffen, als durch Einfuhr aus dem Ausland, wir könnten es im Inland nicht selbst produciren. Auch diese Behauptung ist falsch, Deutschland kann fremdes Getreide entbehren, es ist im Stande, seinen Bedarf an Getreide auf eigenem Boden zu erzeugen. Engel gibt die letzte Ernte in Preußen an Weizen, Spelz, Korn und Gerste zu 8,751,498,000 Kilo an, also auf den Kopf der Bevölkerung 340 Kilo. Er gibt ferner an, daß nach den verlässigsten Ermittlungen für Brod, Mehlspeisen, Bier und Branntwein

jährlich pro Kopf 220 Kilo Getreide erforderlich seien. Darnach wird der Bedarf zur menschlichen Nahrung durch den Ernte-Ertrag vollständig gedeckt und es bleiben 120 Kilo per Kopf noch übrig — im Ueberfluss genug — um Aussaat und Fütterung der Thiere damit zu bestreiten, wozu übrigens auch sämtlicher Hafer und alle sonstigen Fütterungsartikel verwendet werden können.

Ein ähnliches freudiges Resultat der vorjährigen Ernte lässt sich auch wohl für ganz Deutschland annehmen; seine eigene Production an Getreide wird genügt haben, seinen Bedarf daran zu decken.

Aber auch angenommen, Deutschland wäre in der That zur Zeit außer Stande, das nötige Getreide selbst zu erzeugen, so kann seine Production doch leicht auf die Höhe des Bedarfs gebracht werden, vorausgesetzt, daß es durch einen entsprechenden Ausgleichszoll vor Ueberfluthung mit fremdem Getreide und vor zu niedrigen Preisen desselben gesichert ist.

Zur Zeit sind von der Gesamtfläche des Deutschen Reichs über 25 Proc. zum Anbau von Getreide benutzt und diese haben per Hektare über  $27\frac{1}{2}$  Ctr. Getreide gebracht. Darnach ist noch nicht eine Million Hektaren nötig, um das eingeführte fremde Getreide zu produciren. Es genügt dazu eine Vermehrung unseres Getreide-Areals von noch nicht 2 Proc. des gesamten Flächeninhalts von Deutschland. Dann macht die ganze Getreidefläche immer erst 27 Proc. des ganzen Reichsgebietes, während sie in Österreich, Frankreich und England zusammen beinahe 32 Proc. des Flächenraums dieser Länder, 5 Proc. mehr, beträgt.

Aber ganz abgesehen davon kann unsere Getreideproduction auch noch in anderer Weise gehoben und auf die erforderliche Höhe gebracht werden. Im vorigen Jahre wurden in Deutschland 379 Mill. Ctr. Getreide geerntet, wovon die angeblich mehr eingeführten 27 Mill. den 14. Theil ausmachen. Es müßten also, um diese Einfuhr entbehrlich zu machen und alles benötigte Getreide bei uns selbst zu erzeugen, auf dem nämlichen Flächenraum, welcher 14 Ctr. brachte, 15 producirt werden. Nur einer wenig besseren Bewirthschaftung bedarf es, dieses Ziel zu erreichen. Eine richtigere, reichere, insbesondere stickstoffreichere Fütterung des Viehes würde weit mehr und wirkameren Stalldünger liefern, eine sorgfältigere Behandlung desselben wäre aller Orten vom besten Erfolg begleitet. Die Verwendung chemischer, sog. künstlicher Dünger hat im großen Ganzen und namentlich beim Kleinbetriebe noch viel zu wenig Eingang gefunden, ihre allgemeinere Anwendung würde die Production außerordentlich steigern. Von tieferem Bau der Felder (Tiefcultur) ist leider noch sehr wenig zu verspüren, auch die eigentliche Ackerbestellung läßt allerwärts noch viel zu wünschen übrig. Wie produktiv wären zeitweiliger Wechsel des Saatgutes, Anbau besserer, extragreicherer Getreidesorten und noch viele andere Verbesserungen im Betrieb.

Endlich hat man geltend gemacht, daß durch einen Eingangszoll auf Getreide dieses um den Zoll theurer würde, und zwar nicht bloß das eingeführte, die 27 Mill. Centner, sondern auch das inländische Getreide, die im Jahre 1878 geernteten 379 Mill. Centner, so daß „der arme Mann“ sein Brod theurer bezahlen müsse als seither. Diese Behauptungen sind so leicht zu widerlegen, auch in Zeitungen, Brochüren, Reden bereits so eingängig besprochen und auf

ihren Unwerth zurückgeführt werden, daß ich Sie wohl damit verschonen muß, weiter darauf einzugehen.

Ich hoffe darnach die Einwendungen, welche man gegen einen Eingangszoll auf Getreide geltend gemacht, widerlegt und die Nothwendigkeit dargethan zu haben, einen solchen Eingangszoll einzuführen.

(Die Debatte wird eröffnet.)

Brauereibesitzer Heinrich (Frankfurt a/M.): Meine Herren, gestatten Sie mir, in möglichster Kürze Ihnen den Standpunkt darzulegen, welchen die deutsche Brauindustrie in diesen Zollfragen und speciell in der Frage der Getreidezölle einnimmt. Meine Herren, die dem Reichstage zugegangene Vorlage will das zur Brauerei erforderliche Rohproduct, die Gerste, mit einem Zoll von 50 Pf. das aus denselben hervorgehende Halbfabrikat, Malz, mit einem solchen von 1,20 M pro 100 Kilo beladen. Deutschland producirt nun selbst in den günstigsten Erntejahren nicht das zum Brauen erforderliche Quantum. Es ist stets die Hülfe des Auslands erforderlich, namentlich von Oesterreich-Ungarn, Russland und Dänemark. In den verflossenen 5 Jahren betrug nun die durchschnittliche Einfuhr von Gerste jährlich 7,700,000 Centner. Dieser Zahl steht eine Durchschnittsausfuhr von nur 3 Mill. Etr. gegenüber. Es geht daraus hervor, daß 4,700,000 Etr. Gerste weniger gebaut wurden, als zur Herstellung des Bieres erforderlich war.

Im Ganzen wurden nun im Etatjahr 1877/78 rund 40 Mill. Hektoliter Bier erzeugt. Da nun zu einem Hektoliter Bier mindestens 50 Pf. Malz oder 65 Pf. Gerste erforderlich sind, so waren im Ganzen 26 Mill. Etr. Gerste zur Herstellung dieses Quantums Bier nöthig. Hieron lieferte Oesterreich-Ungarn allein durchschnittlich jährlich 6,200,000 Etr., den 4. Theil des ganzen Bedarfs. Berücksichtigen Sie ferner, daß die österreichisch-ungarische Gerste, besonders die mährische und die bevorzugten ungarischen Lagen, von einer so vortrefflichen Qualität sind, daß ich fühlh behaupten kann, daß sie nur von einer Sorte in Deutschland übertroffen wird, von der sogenannten Chevaliergerste, die in der Saalegegend gebaut wird. Es gibt viele Brauer, die die mährische Gerste in den meisten Jahrgängen noch höher schätzen wegen ihrer leichten Lösslichkeit. Sie werden mir also Recht geben, daß, wenn eine Beschränkung in dem Bezug dieser bevorzugten Gersten eintritt, dies unbedingt einen Rückgang der Qualität des Bieres im Allgemeinen zur Folge haben müßte. Die deutsche Brauindustrie wird diese bevorzugte Waare aber nicht ganz entbehren können, sie wird solche auch beziehen müssen, selbst wenn sie durch den Zoll vertheuert wird.

Durch den Zoll wird aber nicht nur das eingeführte Quantum zu Lasten des Brauereigewerbes vertheuert, sondern auch das ganze erforderliche Quantum erleidet eine Preissteigerung, gewiß der Zollauflage gleichkommend.

Nun unterliegt aber das Malz, ehe es verschrotten wird oder kurz nachdem es verschrotten ist, in sämtlichen deutschen Staaten der sogenannten Brausteuer. Würde nun der beabsichtigte Gersten- und Malzzoll wirklich im Reichstage Annahme finden, so läge der Fall einer doppelten Besteuerung vor, der das Brauereigewerbe äußerst hart treffen würde. Dasselbe ist unter den jetzigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen durchaus nicht in der Lage, diese Mehr-

belastung auf den Consumenten abwälzen zu können. Die Ueberproduction, die heute in diesem Artikel besteht, läßt dies einfach nicht zu.

Berücksichtigen wir nun den zweiten Vorschlag, auf das Malz einen Zoll von 1,20  $\text{M}$  per 100 Kilo zu legen, so müssen wir zu folgenden Erörterungen kommen. Aus 100 Pfd. Gerste stellt man 74—75 Pfd. Malz dar; wenn wir also 100 Kilo Gerste mit 50  $\text{S}$  Zoll beladen, so müßte das Malz nur mit 70 oder höchstens 72  $\text{S}$  Eingangszoll belastet werden. Allein auch die deutschen Malzfabriken sollen einen Schutzzoll bekommen: Aber zu wessen Lasten? Lediglich zu Lasten der Brauerei, die diese Schutzbegünstigung aus ihrer Tasche zahlen muß. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, die Einfuhr von Malz betrug im 5 jährigen Jahresdurchschnitt 922,000 Etr. pro anno, und von dieser Summe lieferte Österreich-Ungarn allein 867,000 Etr. Daraus geht sehr klar hervor, daß die deutsche Brauindustrie die österreichische Unterstützung in Bezug auf das Malz durchaus nicht entbehren kann. Und wenn der Zoll Gesetzeskraft erlangt, so wird er ihr schwere Wunden schlagen.

Aber nicht genug, daß man Gerste und Malz mit einem Zoll belegen will, — man hat auch das zweite Rohproduct, den Hopfen, der bisher nur einen Eingangszoll von 5  $\text{M}$  pro 50 Kilo zahlte, mit 10  $\text{M}$  zu belegen vorgeschlagen. Meine Herren, der 5 jährige Durchschnitt der Einfuhr in diesem Artikel betrug 39,200 Centner jährlich, dem aber die sehr erhebliche Ausfuhrziffer von 165,000 Etr. pro anno gegenübersteht. Für Brauerzwecke kommt hauptsächlich bei der Einfuhr Österreich in Betracht, welches seinen vorzüglichsten Saazerhopfen sendet, dem bei uns nur der Spalter in einzelnen Jahrgängen gleich gestellt werden kann. Nun betrug die Durchschnittseinfuhr aus Österreich im Ganzen 22,640 Etr.; dagegen sandte Deutschland die höchst bemerkenswerthe Ziffer von 36,000 Etr. nach Österreich. Meine Herren, aus diesen Zahlen geht klar hervor, daß die deutsche Hopfencultur keines Schutzzolles bedarf, im Gegentheil, daß der Schutzzoll für sie ein großes Unglück wäre, denn er würde den so sehr bedeutenden Exporthandel in Hopfen aufs allerempfindlichste schädigen, ohne daß dieser Hopfenzoll einen nennenswerthen Ertrag in die Staatskasse abliefer. Meine Herren, auch dieser Artikel wird also zu Lasten der Brauerei vertheuert werden.

Allein auch damit ist die Vorlage noch nicht zufrieden, sondern sie hat auch noch eine Vergünstigung für das Brauereigewerbe in Aussicht; sie beabsichtigt nämlich in der deutschen Steuergemeinschaft in der nächsten Zeit die Brauermalzsteuer auf das Doppelte des seitherigen Satzes zu erhöhen.

(Der Präsident unterrichtet den Redner mit dem Hinweis auf die abgelaufenen 10 Minuten.)

Meine Herren, ich möchte nur noch die dringende Bitte aussprechen, sich gegen die Malz- und Gerste- und Brauermalzsteuer im Interesse der Brauindustrie auszusprechen. (Bravo! links.)

Präsident Professor Dr. Nasse: Es ist inzwischen der Antrag Somhart eingereicht worden, welcher dahin lautet:

Der Verein für Social-Politik wolle beschließen:

„Den durch den Tarifentwurf vom 4. April d. J. in Aussicht genommenen Finanzzöllen auf Getreide u. s. w., Bieh, Holz und Vohe u. s. w. seine Zustimmung nicht zu ertheilen.“

Herr Knauer (Gröbers) hat jetzt das Wort.

Nittergutsbesitzer Knauer (Gröbers): Meine Herren, ich trete vor Sie hin nicht als Schutzzöllner und nicht als Freihändler, sondern als Finanzzöllner. Der Standpunkt, den ich in dieser Frage seit 7 Jahren eingenommen habe, ist der, daß im Großen und Ganzen neue Finanzzölle für unser Volk zur Füllung der ziemlich leer gewordenen Staatskassen noth thun. Der neue Zolltarif hat im Allgemeinen auf mich einen sehr günstigen Eindruck gemacht, da er größtentheils nur Finanzzölle einführen will und nur einigen fertigen Fabrikaten Schutz verleiht. Als ich denselben durchgelesen hatte und ihn bei Seite legte, sagte ich mir: Schützer deutscher Arbeit! Das ist das Motiv, aus dem heraus der Tarif gearbeitet ist, und das trifft nicht allein in Betreff der Industrie zu, sondern auch in Betreff der Landwirtschaft, für welche zu sprechen ich die Ehre habe.

Dem Herrn Referenten kann ich durchaus nicht beistimmen, namentlich nicht in seinen Schlußfolgerungen und in seinem nunmehr uns mitgetheilten Antrage. Wir beide haben auf manchem Gebiete zusammengekämpft, aber jetzt ist er mir doch zu sehr Philanthrop geworden, und ich kann ihm in diesen dorfgründerischen Ideen nicht folgen, er will die Verbesserung der Landwirtschaft hauptsächlich herbeiführen durch das Colonisationsystem, indem er Bauern machen will. Nach meinem Dafürhalten werden Bauern nur von Bauerfrauen geboren und sind auf andere Weise nicht zu schaffen. (Unruhe.)

Der Bauerstand ist nicht künstlich zu erzielen, sondern es ist ein in sich geschlossner Stand, der aus sich selbst hervorgehend nur durch Bildung und Fortschritt und nicht durch Colonisation gefördert werden kann. Ich halte dafür, daß Sie als Industrielle das Recht und die Pflicht haben, den Bauernstand zu heben, damit er das nötigste Getreide producirt. In dieser Beziehung stimme ich dem Herrn Correferenten von ganzem Herzen bei: es ist ein Leichtes, die fehlende Production selbst bei uns zu erzeugen, und dann haben die Zölle, über die wir heute streiten, gar keinen Werth mehr, dann produciren wir das Getreide, was wir brauchen, selbst und nur bis dahin bedarf die Landwirtschaft eines Schutzes.

Meine Herren, ich bin Bauer, d. h. ich besitze ein Bauerngut, ich stehe dem Bauernstande und dem Kleinbesitz sehr nahe, ich lebe mitten unter ihm. Wenn ich hier spreche, so spreche ich nicht für mich, denn wenn überhaupt eine Schädigung durch die Zölle eintritt, so würden sie mich sehr hart treffen, weil ich viel mehr ausländisches Getreide kaufe und in meiner Wirtschaft consumire, als ich inländisches Getreide verkaufe. (Hört! links.)

Ich spreche also nur für meinen Stand. Über das ist mir klar geworden, daß in Deutschland die Industrie nicht, wie behauptet worden ist, an einer Ueberproduction gelitten hat, sondern daß wir an einer Unter-Consumtion leiden. Ob sie Freihändler oder Schutzzöllner sind, das müssen beide Parteien anerkennen, die Landwirtschaft befindet sich in einer Krise, und auch der Herr Referent hat das anerkannt, und dennoch kommt er zu dem Schluß, den Sie in

seinem Antrage haben hervorheben hören. Meine Herren, die Landwirthschaft im Allgemeinen bedarf eines Finanzzolls, damit sie nicht die sämtlichen Lasten des Staates durch directe Steuern aufbringen müßt, was jetzt schon nicht mehr möglich ist. — (Heiterkeit links.)

Ganz gewiß, meine Herren, der vorgeschlagene Getreidezoll ist nur ein Finanzzoll. Ich werde Ihnen sagen, weshalb. Ich habe von dem Wospel Getreide, den ich verkaufe, ca. 10 M. Staats- und Communalabgaben zu zahlen, und da wünsche ich, daß auch der fremde Getreideverkäufer, wenn er hier in Deutschland gleich mir Getreide verkauft, auch diese 10 M. zahle. Ich wünsche, daß der Staat daraus eine Einnahmequelle habe, um seine Einwohner mit Steuern zu entlasten. Jetzt werden Sie mich begreifen, warum ich den Zoll haben will; ich will keinen Schutz, sondern im Getreidehandel nur Gleichstellung mit dem Ausländer.

Meine Herren, wie die Unterconsumtion auf uns gewirkt hat, das kann ich Ihnen durch ganz klare Beispiele beweisen. Das Fleisch, was wir producirt haben, hat 36—39 M. pro Ctr. Lebensgewicht gekostet, — heute kostet dasselbe 30—33 M. pro Ctr. Denken Sie sich, wie das wirkt. Wenn wir 42 Mill. Deutsche haben und annehmen, daß die kleinen Kinder und die Leute, die in ihren Verhältnissen nicht geschädigt sind, vielleicht 12 Millionen Einwohner ausmachen, so bleiben 30 Millionen übrig, die durch die Zeitverhältnisse gelitten haben und deren Consum zurückgegangen ist. Wenn nun von diesen 30 Millionen jeder täglich ein Stückchen Fleisch wie mein Daumen groß weniger ist, so macht das täglich ein Loth Fleisch (Heiterkeit), diese 30 Millionen machen 1 Mill. Pfd. oder 10,000 Ctr., das macht täglich 1000 Ochsen, die weniger consumirt werden. So wirken die kleinsten Ziffern in der National-Öconomie schließlich in ganz enormer Weise, und der Einzelne sieht und merkt es nicht.

Meine Herren, ich komme nun zu dem Tarif, den ich mit Freuden annehmen würde, wenn er en bloc angenommen werden könnte. Meine Herren, ich für meine Person würde den Tarif annehmen und auch viele meiner Standesgenossen in den Rübenbaudistricten, wenn für die Landwirthschaft auch nicht 1 M. drin stände. Wir meinen, der Tarif wird Deutschland wieder hoch bringen in seiner Industrie und wird Arbeit schaffen im eigenen Lande und dann hat die Landwirthschaft die natürliche Absatzquelle, und deshalb gehen wir mit der Industrie Hand in Hand und wünschen ohne Egoismus der Industrie Glück und Segen zur Durchbringung des ganzen Tarifs. (Bravo! rechts.)

Aber das Gros der Landwirthe in der Norddeutschen Sandebene bedarf auch der kleinen Getreidezölle; deshalb bin ich auch wie der Herr Correferent gegen die projectirten 25 M. für Roggen. Ich will die Gerste nicht berühren, aber 25 M. für Roggen sind kein Finanzzoll, sondern nur eine Controllabgabe; sollte ein Finanzzoll eingeführt werden, so müßte man doch das Getreide am meisten fassen, was am meisten importirt wird und das ist der Roggen.

Nun, meine Herren, der Herr Correferent hat schon auseinander gesetzt: wir Weizenbauer bedürfen eines Zolles nicht, aber die Roggenbauer in Schlesien, der Mark und Pommern, — auch auf meiner Fahrt durch Hessen u. s. w. habe ich fast nur Roggen gesehen. Deshalb würde ich mich freuen, wenn sich die Reichstagsabgeordneten zu der Höhe empor schwingen könnten, ihren leidenden

Brüdern auf dem Lande entgegenzukommen und entgegen dem Tarif zu beschließen: Roggen soll einen Finanzzoll von 50  $\text{kg}$  pro Ctr. tragen.

Sie denken, das wirkt als Schutzzoll, aber ich werde Ihnen beweisen, daß ein solcher Zoll von 50  $\text{kg}$  gar keine Vertheuerung herbeiführt. Sie wissen Alle, daß aus Roggen Brod gebäckt wird, und zwar aus einem Pfds. Roggen ein Pfds. Brod. Ich hatte vor Kurzem einen Vortrag über diese Sache zu halten. Da kaufte ich mir verschiedene Brode, weil ich wissen wollte, wie sich der Brodprix zum Roggenpreis verhielt. Und staunen Sie, meine Herren, am 10. März habe ich für 50  $\text{kg}$  3  $\frac{3}{4}$  Pfds. Roggenbrod vom Bäcker gekauft, berechnen Sie sich das, es macht 286  $\text{M}$  auf den Wissel. An demselben Tage war der Roggen im Marktbericht mit 130  $\text{M}$  verzeichnet, der Bäcker nahm also einen ungerechtfertigten Gewinn von 156  $\text{M}$  am Wissel. Glauben Sie also, daß da eine Steuer von 50  $\text{kg}$  pro Ctr. irgend einen Einfluß auf den Brodprix haben kann?

(Der Präsident unterbricht den Redner mit dem Hinweis auf die abgelaufenen 10 Minuten.)

Meine Herren, das Andere, was ich noch sagen wollte, können Sie sich nach dem Vorhergesagten schon selbst denken. (Heiterkeit. Bravo! rechts.)

Redacteur Dannenberg (Hamburg): Meine Herren! Einer der vorhin aufgetretenen Redner hat der Partei der Freihändler vorgeworfen, sie bestehne aus Egoisten, und der eben abgetretene Vorredner meinte, sie sei so philanthropisch, daß man nicht mit ihr auskommen könne. Vielleicht verständigen sich die Herren mit einander über einen Durchschnitt ihrer Meinungen, es kommt dann möglicherweise etwas ganz Vernünftiges heraus.

Die Hauptmotivirung, die für die ganze Forderung der Getreidezölle vorgebracht wird, ist die: es haben durch die stattgefundene Verbesserung der Verkehrswege sich die Absatzverhältnisse für Getreide so verändert, daß jetzt vom Auslande große Massen Getreide hereinkommen, welches unter günstigeren Bedingungen producirt wird, als das deutsche Getreide, und darum solle zur Ausgleichung das fremde Getreide mit einem Zoll belegt werden.

Erlauben Sie mir, meine Herren, Sie in eine gar nicht weit zurückliegende Vergangenheit zurückzuführen und ihnen vorzuhalten, wie dieselbe Verkehrsumwälzung schon einmal passirt ist, nur mit einem anderen Ausgang. In meiner Jugendzeit, deren ich mich noch vollkommen erinnere, kostete in unserer Gegend das Pfds. Fleisch 2—2  $\frac{1}{2}$  Sgr., die Butter 4 Sgr. Damals gab es noch keine Dampfschiffe nach England, und die Eisenbahnen fingen auch erst an. Später stiegen die Preise, man hat Eisenbahnen gebaut und diese haben vor Allem dazu beigetragen, den Wohlstand des platten Landes zu heben, denn der Absatz der landwirthschaftlichen Producte steigerte sich durch diese Verkehrsverbesserungen wesentlich, ohne daß diese Verkehrserleichterung auch gleichmäßig Denen zu Gute kam, die die damalige Steigerung dieser Producte tragen mußten. Ich weiß aus meiner Jugendzeit mich zu erinnern, wie außerordentlich schwer die consimirende Bevölkerung die Folge der Verkehrsverbesserungen damals getroffen hat, daß nämlich in kurzer Zeit der Verkaufspreis des Fleisches von 2  $\frac{1}{2}$  auf 7 bis

10 Sgr. gestiegen ist und für Butter in noch höherer Progression. Damals war für die Landwirthschaft ein goldenes Zeitalter; damals hat sie nicht geplagt über die eingeführten Verkehrsverbesserungen, jetzt hat die Verbesserung einen Grad erreicht, daß sie auch einmal auf die Landwirthschaft zurückschlägt. Seien Sie gerecht und lassen Sie denen, die früher Ihnen haben die goldenen Eier liefern müssen, auch einmal die Chance, sich ein wenig zu erholen, und durch die Verbesserung der Verkehrswege ihre Lebensmittel etwas billiger zu beziehen. (Bravo! links.)

Wenn das, was durch die Verbesserung der Communicationswege in sehr erfreulichem Maße der Landwirthschaft zu Gute gekommen ist, einmal einem anderen Theile der Gesamtbevölkerung in viel geringerem Maße zu Gute kommt, so behaupten Sie nicht, daß Ihnen Unrecht geschieht, sondern denken Sie, was Ihnen recht war, ist auch Anderen billig.

Was die Behauptung anbetrifft, es habe keine Uebertheuerung in den Preisen der Güter stattgefunden, so werde ich Ihnen einige wenige Zahlen vorlegen, welche darthun, daß jene Behauptung in Bezug auf diejenigen Gegenden, aus welchen meine Zahlen stammen, durchaus irrig ist. Ich habe durch persönliche Bekanntschaft Gelegenheit gehabt, die verschiedenen Verkaufsvertheile eines bürgerlichen Grundstücks und eines Ritterguts im Schleswig-Holsteinischen genau festzustellen, ich weiß ganz gewiß, daß die Zahlen zuverlässig sind. Es ist ein bürgerliches Grundeigenthum im Jahre 1824 verkauft worden zu 6000 ₮ Courant gleich 2400 Thlrn., dasselbe Grundstück ist im Jahr 1843 verkauft worden für 15,000 ₮ Courant und im Jahre 1873, als ja bekanntlich überall der Aufschwung den höchsten Stand erreicht hatte, für 78,000 ₮ Courant. Im vorigen Jahre ist es in Folge des Concurses des Käufers wieder verkauft worden, und es ist der unerhörte Fall eingetreten, daß es nur 61,400 ₮ gebracht hat. Damit soll bewiesen werden, daß Eigenthum auf dem Lande gehe im Werth zurück. Nun diese Summe ist noch immer fast das 9fache dessen, was im Jahr 1824 bezahlt worden ist. Das spricht nicht dafür, daß der Grundwerth so sehr gesunken wäre. Ich möchte wohl wissen, wo sonst ein anderes Verkaufsobject in der Weise gestiegen ist.

Das Rittergut ist im Jahre 1819 verkauft worden für 28,000 Thlr., im Jahre 1852 für 60,000 Thlr., 1856 während des Krimkrieges für 114,000 Thlr., 1863 für 170,000 Thlr., 1865 für 201,000 Thlr., 1871 für 285,000 Thlr., und jetzt steht es ebenfalls im Concurs im December 1877 zu 214,000 Thlr. Sie sehen, wenn das eine naturgemäße Steigerung ist und die noch jetzt gebliebenen Preise naturgemäß sind, dann ist keine Calamität vorhanden. Wollen Sie das aber nicht als naturgemäße Verhältnisse anerkennen, so ist erwiesen, daß auch ländliches Grundeigenthum sich dem Schwindel so wenig entziehen können wie irgend ein anderes. (Sehr richtig! links.)

Dann ist sehr viel davon gesprochen worden, welche schädliche Wirkung die Einfuhr von 26, 28 oder mehr Millionen Centner fremden Getreides auf das landwirtschaftliche Gewerbe ausübt. Meine Herren! Darf ich Sie bitten, sich einfach das Bild auszumalen, wie es in Deutschland ausgesehen hätte, wenn die 28 Mill. Etr. nicht eingeführt wären. Diese 28 Mill. Etr. sind doch in Deutschland nicht eingeführt worden, um sie ins Wasser zu werfen, sondern nur um zur Ernährung zu dienen, und ihr Fehlen würde Zustände erzeugt haben, an

die man, gelinde gesprochen, nur mit großer Betrübnis denken könnte. Wenn Sie sich jetzt beschweren, daß diese Einführ da ist, da frage ich: sind Sie überhaupt im Stande, dieselbe entbehrlieh zu machen? Der letzte Herr Redner hat gemeint, es sei eine Kleinigkeit, die Production wesentlich zu steigern, etwa um 10 Proc. Meine Herren! Ich halte das nicht für eine solche Kleinigkeit, ich wüßte nicht, wo in Deutschland so große Strecken brauchbaren Landes brächen lägen, daß ihre Cultivirung die Production ohne weiteres um 10 Proc. steigern könnte, zumal da die Bevölkerung jährlich um 1 Proc. zunimmt.

Nun sagt man, es kommt hauptsächlich diese Zufuhr aus Amerika; dort existiren so überaus günstige Productionsbedingungen und trotzdem legt es einen Zoll auf Getreide und Mehl. Dieser amerikanische Zoll auf Getreide und Mehl ist das unschuldigste Ding von der Welt; Sie können ebenso gut irgend einem Menschen verbieten, Ihnen eine Million zu schenken, wie in Amerika einen Zoll auf Mehl erheben. Es kommt ganz gewiß ebensowenigemand in die Lage, Mehl und Getreide nach Nordamerika einzuführen, wieemand Ihnen eine Million zum Geschenk anbietet wird. Was aber die Besteuerung anbetrifft, so besitzt der nordamerikanische Staatsbürger den zweifelhaftesten Vorzug, daß höchst-besteuerte Subject auf Gottes Erdboden zu sein; jedenfalls bezahlt er erheblich mehr Steuern als der deutsche Landwirth.

Der Herr Correferent hat ausgeführt, er müsse von seinem Einkommen jährlich 10 % an Grund- und Gebäudesteuer, an Einkommensteuer u. s. w. bezahlen und dies als etwas ganz Ungeheuerliches hingestellt. Wenn er mir die Ehre erweisen will, mich in Hamburg zu besuchen, so will ich ihm nachweisen, daß wir dort eine Grundsteuer von 10 bis 12 % vom Bruttoertrage bezahlen und die anderen Steuern noch dazu. Des Ferneren ist auch von dem Herrn Correferenten ausgesprochen, ein Kornzoll in der vorgeschlagenen Höhe könne nichts helfen, es sei nöthig einen Zoll zu erheben in der Höhe von mindestens 2 M. In Hamburg haben wir ein Sprichwort: „Fix oder nir“, — der Herr Correferent ist jedenfalls ein entschiedener Anhänger des Ersteren. Wenn er aber glaubt, daß er die Aussichten der Landwirthschaft, Getreidezölle zu erhalten, dadurch gebessert hat, so dürfte er sich irren. Wiederholz ist betont, es sei nichts so nachtheilig für die Industrie gewesen, wie die fortwährende Unsicherheit; wenn Sie aber diese Unsicherheit in Permanent erklären wollen, dann stimmen Sie dafür, daß die Getreide- und Biehzölle angenommen werden, denn von dem Augenblick, wo sie angenommen sind, haben Sie keine Minute Ruhe mehr, daß die Zölle bestehen bleiben. Von dem Augenblick geht eine Agitation los, gegen die die jetzige ein Kinderspiel ist, die getrieben wird von der Leidenschaft der Massen, die jetzt noch nicht daran glauben, daß die Zölle so angenommen werden könnten, wie sie vorgeschlagen sind. Wenn Sie Ihr Zollprojekt durchführen wollen, dann können Sie es nur durchführen, indem Sie die Getreide- und Biehzölle fahren lassen.

(Der Präsident unterbricht den Redner mit dem Hinweis auf die abgelaufenen 10 Minuten.)

Ich schließe mit dem Wunsche, daß der Antrag des Herrn Referenten angenommen werden möge. (Lebhaf tes Bravo! links.)

Weimann (Offenbach): Meine Herren, das Hauptargument gegen die Getreidezölle ist bisher immer das gewesen, daß Deutschland die Einführ der

fremden 27 Millionen Centner absolut nicht entbehren könne und daß in Folge dessen der Preis, der um 5 M pro Wiedel erhöht werden würde, auch bei dem sämmtlichen inländischen Getreide um so viel auftälagen würde. Das ist ja in der bekannten Broschüre Delbrück's — es heißt wenigstens, er sei der Verfasser — enthalten.

Nun ist aber seinerzeit, als man die Einfuhr des russischen Roggens zuerst nach Deutschland versuchte, von einem Bedürfniß dazu thatfächlich keine Rede gewesen. Dieses angebliche Bedürfniß ist genau mit dem Moment der Zollbefreiung eingetreten. Im Gegentheil, es ist den Händlern, welche mit russischem Korn handelten, schwer gefallen, Liebhaber dafür zu finden. Ich bin seinerzeit, als dieser russische Roggen anfing, lebhafter eingeführt zu werden, selber Besitzer eines Gutes, mit einer Mühle verbunden, gewesen, und da ist wiederholt ein Agent nach dem anderen gekommen und hat mir russischen Roggen angeboten. Ich habe ihn sechs Mal nicht angenommen und habe das siebente Mal eine Probe gemacht. Der russische Roggen ist sozusagen förmlich in die Mühlen eingeschmuggelt worden; er ist mit  $\frac{3}{4}$  inländischem Roggen zusammengemischt und als inländischer Roggen verkauft worden. Das war die Blüthezeit der Händler mit russischem Roggen. Allinählich haben die Müller ihre Einrichtungen dem russischen Roggen ganz und gar angepaßt, es war das keine Kleinigkeit. Außerdem mußten sie auch das Bäckerpublicum heranziehen, die Bäcker mußten sich auf das Verbacken, welches sehr verschieden ist von dem mit Mehl aus inländischem Roggen, einrichten. In Folge dessen war die Masse der Einfuhr russischen Roggens von vornherein nicht gleich so enorm als sie wohl sonst gleich es gewesen wäre. Niemals ist aber das Bestreben der Händler nur dahin gegangen, daß Deficit des Roggengenfalls in der Ernte zu decken, sondern sie sind über diese Grenze hinausgegangen und mit dem inländischen Roggen in Concurrenz getreten. Das war ein zu straffes Anspannen des Bogens seitens des Handels, und dadurch hat er sich einen großen Theil der Landwirthe zu Gegnern gemacht, der heute sonst noch auf seiner Seite gestanden hätte. Es handelt sich nicht um die 5 M Aufschlag, sondern darum, daß der inländische Landwirth in die Lage gebracht wird, überhaupt sein Getreide nicht mehr zu russischen Roggenpreisen verkaufen zu können. Ich habe mich im Odenwald davon überzeugt, wo lediglich derartige kleine und zwar meist schuldenfreie Besitzthümer vorhanden sind, wie sie Herr Sombart zur Lösung der Notlage der Landwirtschaft wünscht, daß man thatfächlich nicht zu den Preisen des russischen Roggens den inländischen Roggen hat verkaufen können. Man hat versucht, die inländische Frucht nach Probe an der Mühle zu russischen Roggenpreisen zu verkaufen, er ist nur unter diesem Preise zu verkaufen gewesen. Das mag an den großen Handelsplätzen anders liegen, hier aber liegt es so im praktischen Leben. Das hat auf mich einen großen Eindruck gemacht. Aus diesem Fall kann man sehen, daß bei dem kleinen Landwirth die Sache praktisch folgendermaßen liegt: Der Müller sagt sich, für den russischen Roggen habe ich einen zweit-, dreimonatlichen Credit, ich bekomme so viel, wie ich haben will, zu jeder Zeit von den Großhändlern in Frankfurt, Mannheim u. s. w., und deshalb ist es weit bequemer, russischen Roggen zu beziehen als inländischen, den ich gleich bezahlen und in kleinen Partien zusammenkaufen muß. Das ist die Lage, in die der Handel die Production versetzt hat, und diese Ansicht über eine Mission, die der Handel zu

haben scheint, möchte ich eine verfehlte nennen. Er hat lediglich sein Wohl im Auge gehabt und einen Gewinn gesucht, ohne Rücksicht auf den Ruin unserer Landwirthschaft.

Meine Herren! Diejenigen, welche sich für den so berühmt gewordenen Consumenten so sehr interessiren, das sind in erster Linie die Seestädte, und von den Seestädten wird der Consument in der liebenvollsten Weise behandelt! Es wird nämlich in Bremen von dem Consumenten für 100 Kilo Weizen 2,15 M erhoben, der Roggen wird ebenfalls mit einer Consumentionssteuer belegt, Gerste und sonstiges Getreide in Hamburg mit 1,03 M, Roggen mit 0,70 M. Es ist natürlich ein großer Unterschied für den Handel, ob man eine städtische Abgabe erhebt oder einen Zoll an der Landesgrenze, für den Consumenten aber ist das ganz gleichgültig, für ihn kommt es nur darauf an, ob der Roggen überhaupt vertheuert wird. Also dort erheben die Herren von den Consumenten schlank weg einen Zoll, aber dem Lande können sie den Zoll angeblich des Consumenten wegen nicht bewilligen! Allerdings wird der Zoll einen beträchtlichen Einfluss haben, aber nicht auf die Brodpreise. Ich bin mir über die Folgen der Einführung des Getreidezolls ganz absolut klar: er wird den Getreidehandel speciell in russischem Roggen zum Theil unterbinden. (Hört! hört! links.)

Ja, meine Herren! Das wiederhole ich sehr gern: Den Getreidehandel, der auf Kosten der Landwirthschaft betrieben wird, und die Landwirthschaft factisch ruinirt, so lange dabei ein Gewinn für den Handel herausschaut (Beifall rechts; Widerspruch links), diesen Handel möchte ich in dieser Richtung unterbunden sehen. Dann wird man dahin kommen, mehr nach der Nachfrage das Angebot zu reguliren, als für die Einfuhr von russischem Roggen für dessen Absatz im Lande werben zu lassen, unter Hinweis, daß er viel billiger sei als inländischer. Meine Herren! Wie lange wird er denn noch billiger sein? Eine Grenze ist wirklich schon längst nicht mehr vorhanden. Der Berliner Zuländer-Detail-Marktpreis steht heute schon unter der Börsennottiz für russischen Roggen.

Ich glaube also, daß man sich unter diesen Umständen zwei Mal besinnen muß, ob man sich zu Gunsten dieses Handels oder einer Production entscheidet, die mehr als die Hälfte der Bewohner Deutschlands umfaßt und ernährt. Für mich ist das Resultat durchaus nicht zweifelhaft, ich halte die von Herrn Sombart vorgeschlagene Resolution für absolut unannehmbar. (Lebhaf tes Bravo! rechts).

Prof. Dr. Raiffe (Vonn) \*): Meine Herren, die Allianz zwischen den agrarischen und den industriellen Schutzzöllnern ist ohne Zweifel das charakteristische Moment der gegenwärtigen politischen Situation und eine Thatsache von der größten Bedeutung, denn darin liegt die ganze Aussicht auf Erfolg der Tarifvorlage, welche gemacht ist. Die Allianz ist in der That eine außerordentliche Erscheinung. Alle die großen Theoretiker des Schutzzolls, auf welche die Herren industriellen Schutzzöller sich immer berufen, sind entschieden Gegner der Zölle auf Getreide und landwirtschaftliche Producte gewesen, Lüft, Carey haben zu verschiedenen Malen sich entschieden dagegen ausgesprochen, daß von landwirtschaftlichen Producten Zölle erhoben werden. In kaum irgend einem Lande sind auch bisher die Landwirthschaft mit den Industriellen in Zollfragen hand

\*) Der Vicepräsident Freiherr von Roggenbach übernimmt das Präsidium.

in Hand gegangen, sondern fast immer hat sich ein Gegensatz geltend gemacht, und ich bin überzeugt, auch bei uns wird diese Allianz nicht lange dauern, sondern es werden in Kürzem die Landwirthe einsehen, daß sie bei derselben ganz außerordentlich schlecht gefahren sind. Meine Herren, ich kann es ja den Landwirthen nicht gerade verdenken, wenn sie in einer Zeit, in der fast jeder Industrielle eine Vertheuerung der Producte, die er herstellt, durch Schutzölle zu erlangen hofft, zuletzt sagen: es wäre wünschenswerth, daß wir dann auch irgend einen Vortheil bei dieser Tarifvorlage hätten; aber ich fürchte, sie werden sehr rasch einsehen, daß dieser Vortheil ein illusorischer ist.

Ich will in die Frage, inwiefern das Getreide, das Holz durch den vorgeschlagenen Zoll vertheuert wird, nicht eingehen, aber das scheint mir doch sicher zu sein, entweder findet eine Vertheuerung des Getreides in Folge der Zölle statt, oder sie findet nicht statt. In sehr vielen der Discussionen, die stattgefunden haben, wird gesprochen von allerhand Vortheilen, welche die Landwirthe haben sollten von diesen Zöllen; aber zugleich wird behauptet, eine Vertheuerung des Getreides soll nicht erreicht werden. Wenn eine Vertheuerung des Getreides nicht erreicht wird, so haben die Producenten auch keinen Vortheil davon. Das scheint mir klar zu sein. (Zuruf.)

Es wird mir entgegengeworfen: Brod! Es ist richtig, daß zwischen Getreide und Brod ein Unterschied ist und nicht jede Schwankung im Getreidepreise sofort in den Brodprefisen sich ausdrückt; aber im Ganzen und Großen wird doch ein Unbefangener mir zugeben: wenn das Getreide theurer wird, dann wird das Brod nicht billiger; wenn das Getreide aufschlägt, so werden die Bäcker, die die große wirtschaftliche Macht den Consumenten gegenüber haben, von der immer die Rede ist, auch die Macht haben, sich schadlos zu halten für die Steigerung des Getreidepreises. Diese Folgerung ist nicht abzuweisen, denke ich.

Wenn die Sachen sich nun so stellen, daß eine wirkliche Erhöhung der Getreidepreise nicht zu merken ist, wenn dann die mannigfachen anderen Nachtheile, welche diese Zölle auf der anderen Seite für manche Zweige der Landwirtschaft mit sich bringen, wie sie der erste Herr Referent überzeugend dargethan hat, sich verwirrlichthen, dann werden die Landwirthe einsehen, daß sie bei dieser Allianz schlecht gefahren sind. Wenn aber eine Vertheuerung der Getreidepreise wirklich eintreten sollte, sei es in Folge eines Zolles in der vorgeschlagenen Höhe, oder sei es bei einem Zoll von 2  $\text{M}$  oder noch mehr, so ist ebenfalls meine Überzeugung, daß diese Vertheuerung eines nothwendigen Lebensmittels nach kurzer Zeit von dem großen Unwillen der Mehrheit des Volkes beseitigt werden wird. (Sehr richtig! links.)

Es sind die Schäden, die daraus entstehen, gar zu groß. Auf der einen Seite eine Schädigung des Handels. Es ist über den Getreidehandel hier, glaube ich, in Worten gesprochen worden, die nicht berechtigt waren. (Sehr richtig! links.)

Wir haben in Deutschland einen Zwischenhandel mit Getreide, der alle Pflege verdient. Nach unserer ganzen geographischen Lage sind wir nicht im Stande, einen eigenen Zwischenhandel in anderen wichtigen Producten zu haben. Der große Zwischenhandel der Welt ist in den Händen anderer Nationen, und sie haben dadurch Reichtum und Macht erworben. Aber in Bezug auf den Getreidehandel sind wir einmal ausnahmsweise in der günstigen Lage zwischen

producirenden und consumirenden Nationen vermittelnd ausgleichen zu können, wenn nicht durch künstliche Maßregeln dieser Zwischenhandel erschwert wird. Wir liegen zwischen den großen continentalen Gebieten, die nach ihren klimatischen und Bodenverhältnissen vorzugsweise auf den Getreidebau angewiesen sind, wie Russland, Ungarn, Rumänien u. s. w., und zwischen den Getreide consumirenden Ländern des westlichen Europa, die beständig Zufuß an Getreide haben müssen. Dieser Zwischenhandel ist von hoher Bedeutung für unseren Wohlstand, er befruchtet unsere Eisenbahnen, gibt unserer Rhederei zu thun und wirft reichen Handelsgewinn ab; ihn zu ruiniren, glaube ich, würde sehr unverständlich sein. Dass er aber durch Getreidezölle schwer leiden wird, unterliegt keinem Zweifel. Die Landwirthe aber selbst können sich über nichts mehr freuen, als wenn ein solcher Zwischenhandel existirt, wenn der Markt für ihre Produkte gesichert wird durch einen großen, mächtigen Handel, und die Consumenten haben in einem solchen Handel das sicherste Mittel gegen Theuerung und Hungersnoth.

In den Motiven der Regierungs vorlage finden sich einige Ausserungen über den Zwischenhandel, die mich in der That in Erstaunen gesetzt haben. Es führt der Zwischenhandel Getreidemassen ins Land, die in diesem Lande nicht consumirt würden, und darin liege ein großer Uebelstand, dem gesteuert werden müsse. Auch bei einem der Herren Vorredner habe ich solche Bemerkungen zu entdecken geglaubt: darin liege das Uebel, dass Getreide hereinkomme, was Deutschland nicht bedürfe. Hat man aber eine Ahnung von Zwischenhandel und von dem, was es heißt, ein Weltmarkt für Getreide zu sein, wenn man solchen Vorwurf ausspricht? Das ist ja das Eigenthümliche des Weltmarktes, dass ihm von allen Seiten zugeführt wird und man sich daher auch von allen Seiten dort versorgen kann. Heben wir das auf, so müssen wir auf den Zwischenhandel in Getreide verzichten.

Noch mehr aber als die Beschädigung des Handels kommt in Betracht, dass eine Vertheuerung des Getreides ganz ebenso wirkt, wie ein Kopfzoll, und sollte wirklich die Rente der Grundstücke etwas heruntergegangen sein, so muss ich gestehen, mein Gefühl empört sich gegen den Gedanken, dass der Rente der Grundstücke aufgeholfen werden soll durch eine Art von Kopfsteuer, durch eine Vertheuerung der Nahrungsmittel.

Meine Herren, das Heruntergehen der Rente ist auch nicht so schlimm, wie es dargestellt wird. Wir haben lange Zeit hindurch successive steigende Preise der Grundstücke und der Pachten gesehen, seit Jahrzehnten sind sie heraufgegangen. Jetzt tritt ein kleines, aber verhältnismässig doch unbedeutendes Sinken ein. Dem preußischen Abgeordneten-Haus wird in jedem Jahr mitgetheilt der Preis, zu welchem die Domänen verpachtet werden, und da sind bei den Neuverpachtungen von Domänen noch im Jahr 1878 an erhöhten Pachtpreisen nahezu 150,000 M erzielt worden. Von 46 Domänen, die 1878 neu verpachtet wurden, haben nur 8 einen geringeren Preis erzielt als vor der letzten Pachtperiode, dagegen wurden bei den übrigen 38 höhere Preise erreicht, als in der letzten Pachtperiode gezahlt worden sind, und die letzte Verpachtung fiel bei den meisten der neu verpachteten Domänen in den Anfang der sechziger Jahre, eine Zeit, die gewiss noch nicht ungünstig war für die Preise der Grundstücke. Im ersten Quartal 1879 sind mehr aufgekommen bei den Verpachtungen 89,000 M. Es haben 6 Domänen mehr eingebracht, 2 Domänen weniger. Sollte aber wirklich eine kleine Ver-

ringering der Bodenrente eingetreten sein, so würde es im höchsten Grade bedenklich sein, durch Getreidezölle derselben abzuheften. Wir haben ja eine Bewegung in diesen letzten Jahren gehabt, die sozialdemokratische, welche sagte: die Produktionsmittel müssen nicht dazu dienen, Renten für die einzelnen Personen zu liefern, sie müssen Eigentum der Gesamtheit sein und die Rente, welche die Produktionsmittel abwerfen, muß Sache der Gesamtheit sein. Wir haben diese Bewegung unterdrückt, ich meine, mit vollem Recht, aber nachdem eben diese Stimmen zum Schweigen gebracht sind, kommen die Besitzer des wichtigsten der Produktionsmittel und zwar desjenigen, welches nicht beliebig vermehrt werden kann, welches den Monopolcharakter trägt, und sagen: ihr übrigen Clasen des Volkes zahlt uns noch nicht Rente genug, die Rente muß künstlich erhöht werden (Sehr richtig! links) dadurch, daß wir die Getreidepreise steigern. Meine Herren, ich glaube, es ist nicht wohlgethan, auf diese Weise in die Vertheilung des Volkseinkommens einzutreten.

Daher gebe ich mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß in Kürzem der Landwirth zur Erkenntniß kommen wird, es sei diese Vertheilung an der Schutzzollagitation eine verkehrte gewesen. In einer Provinz glaube ich ein deutliches Kennzeichen von der herannahenden Erkenntniß schon zu haben. In der preußischen Rheinprovinz hat der Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins eine Bitte an den Fürsten Reichskanzler gerichtet, er möge Getreidezölle einführen, aber er hat zu gleicher Zeit hinzugefügt: man möge dann auch durch das Gesetz dafür sorgen, daß dieses Gesetz nicht mehr aufgehoben werde.

(Der Redner wird durch den Präsidenten an die abgelaufenen 10 Minuten erinnert.) (Lebhafte Beifall! links.)

(Es wird ein Antrag auf Schluß gestellt.)

Dr. Genfert (Leipzig) (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Es ist vorhin gegen den Handel der Seestädte ein so heftiger Angriff erfolgt, daß ich glaube, die Courtoisie erfordert, daß noch ein Redner von dieser Seite (links) zum Worte kommt. Ich spreche gegen den Schluß.

(Der Schlüsantrag wird abgelehnt.)

von Langsdorff (Dresden): Meine Herren! Da die Geduld im Allgemeinen schon ziemlich erschöpft ist, wie aus dem Schlüsantrage zu urtheilen ist, so werde ich dieselbe nicht lange in Anspruch nehmen. Ich habe die Absicht, die Stellung der Landwirthe zu der Frage, wie solche wenigstens in dem Königreich Sachsen allgemein eingenommen wird, einigermaßen zu kennzeichnen. Es ist Ihnen wohl bekannt, daß die Landwirthe noch vor wenigen Jahren allgemein sich auf Seite der Freihändler befanden und Petitionen auf Petitionen gegen die Zölle beim Reichstag einreichten. Besonders aus dem Königreich Sachsen sind massenhaft Petitionen eingegangen vor 2½ oder 2 Jahren, als es sich darum handelte, die Eisenzölle beizubehalten oder wieder herzustellen. Meine Herren! Es ist die Meinung der sächsischen Landwirthe damals die gewesen, daß durch Forterhaltung der Eisenzölle oder durch die Wiederherstellung sie geschädigt würden, weil sie zu Gunsten eines einzigen Berufskreises, der einen verhältnismäßig kleinen Bruchtheil der deutschen Bevölkerung vertritt, leiden sollen. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß durch die stark entwickelte, in den vorausgegangenen Jahren künst-

lich hinaufgeschraubte Industrie die Arbeiter ihnen entzogen und vertheuert wurden, in einem solchen Maße, daß man in vielen Gegendens Sachsen darauf angewiesen war, fast nur noch mit Kindern und mit Krüppeln zu arbeiten, weil der Landwirthschaft sich keine kräftigen Arbeiter mehr zuwenden. Angesichts solcher Zustände konnte man nicht wünschen, daß dieselben forterhalten würden, und in der endgültigen Beseitigung des Unterschiedes in der Zollbehandlung sah man einen Gewinn für die Landwirthschaft. Es ist Ihnen aber bekannt, in welcher Weise man seitens der Schutzzöllner rührig gewesen ist, um dennoch einen Schutzoll herbeizuführen, nachdem derselbe beseitigt war; da mußten sich die Landwirthe fragen: wird dieses Bestreben von Erfolg sein oder nicht? Man war im Allgemeinen der Meinung, es wird von Erfolg sein, und da sagte man sich: man muß dadurch, daß man einen Zoll auf landwirthschaftliche Producte verlangt, dem Schutzoll ein Paroli bieten. Sich auf schutzzöllnerische Agitationen einzulassen, war nicht die Meinung der sächsischen Landwirthe, sondern Zoll gegen Zoll, um auf diese Weise eine Ausgleichung herbeizuführen. Aber die Erwartungen der Landwirthe in dieser Beziehung sind nicht erfüllt worden, die erwarteten Zölle auf Eisen, Textilwaaren, Leder sind in weit höherem Maße proponirt worden, als man erwartete. Die Zölle aber auf die übrigen Producte des massenhaften Verbrauchs sind in verhältnismäßig viel niedrigeren Säzen vorgeschlagen; sie stehen nicht in Verhältniß zu denjenigen Zöllen, die auf Industrieproducte und beim Eisen auch auf den Rohstoff schützend gelegt sind. Durch diese Zölle wird der Industrie ein einseitiger Schutz gegeben, der zum großen Nachtheil der Landwirthschaft ausschlägt, und deswegen sind die sächsischen Landwirthe gegen ein derartiges Zollverhältniß, wie es in dem Tarif geplant ist. Sie werden fand thun, daß sie in einem solchen Tarifverhältniß nicht einen Schutz für die Landwirthschaft sehen, sondern eine Schädigung für dieselbe. Es ist kein Zweifel in landwirthschaftlichen Kreisen, daß der so niedrige Zoll auf Getreide für dieses gar keine Preiserhöhung zur Folge haben wird, daß daraus also absolut ein Vortheil für die Landwirthschaft nicht erzielt wird. Es ist kein Zweifel darüber, daß auch sonst noch directe Schädigungen durch den Tarif hervorgerufen werden, z. B. dadurch, daß bei den Öchsen kein Unterschied gemacht ist zwischen Fettvieh und magarem Vieh, so daß man die Production von Fettvieh, welche in Deutschland jetzt eine gewisse hohe Stufe einnimmt, gewaltsam aus Deutschland herausdrängt und von Sachsen jenseits der Grenze verlegt.

Wir haben deshalb keine Ursache, für den Zolltarif in der vorliegenden Fassung einzutreten, aber wir haben auch nicht Ursache dem Antrag Sombart beizustimmen, sofern derselbe besagen wollte: wir sind zwar gegen landwirthschaftliche Zölle, aber mit den Industriezöllen macht, was Ihr wollt. Wir wollen dann auch keine industriellen Zölle, wenn es nicht möglich ist, die Zölle untereinander in ein entsprechendes Verhältniß zu bringen, um das zu erreichen, was der Herr Reichskanzler angekündigt hat: aus den Zöllen keine einseitigen Schutzzölle, sondern, durch gleichmäßigen Schutz aller Erwerbszweige, Finanzzölle zu machen.

Präsident Prof. Dr. Nasse: Von Herrn Bertelsmann ist ein Amendment zu dem Antrage Sombart eingegangen:

„Für Position 25 g, 1. Fleisch, ausgeschlachtetes, frisches und zubereitetes Fleisch ist die im Tarifentwurfe vorgeschlagene Erhöhung von 3 M auf 12 M für je 100 kg abzulehnen.“

Außerdem ist ein Schluszantrag eingegangen.

(Der Schluszantrag wird nach Probe und Gegenprobe angenommen.)

Der Antrag Sombart:

Der Verein für Social-Politik wolle beschließen

„Den durch den Tarif-Entwurf vom 4. April d. J. in Aussicht genommenen Eingangszölle auf Getreide sc., Vieh, Holz und Lohne sc. seine Zustimmung nicht zu ertheilen“

wird mit 55 gegen 53 Stimmen bei der Zählung angenommen. Es wird auf beantragte namentliche Abstimmung dieser Antrag mit 52 gegen 50 Stimmen für angenommen erklärt. Das Amendement Verteilsmann wird hierauf ebenfalls angenommen.

(Die Sitzung wird hierauf um 5 3/4 Uhr geschlossen.)

---

## Zweite Sitzung.

Dienstag, den 22. April 1879.

(Die Sitzung wird um 10 Uhr eröffnet.)

---

Präsident Prof. Dr. Nasse: Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Herren, zu dem ersten Gegenstand der Tagesordnung ist der Referent nicht anwesend. Wenn kein Widerspruch erfolgt, so würden wir zunächst in die Debatte über die

Bölle auf Producte der chemischen Industrie eintreten.

Gegen die Zollvorlage hat das Wort der Herr Dr. Brüning.

Referent Dr. Brüning (Frankfurt a. M.):

Meine Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen über die Stellung zu berichten, die die chemische Industrie zu der Tarifvorlage der verbündeten Regierungen einnimmt. Ich bemerke von vornherein, daß meine Darstellung in keiner Weise eine erschöpfende sein kann, sondern sich nur auf Hauptzwecken beziehen muß. Ich stelle in den Vordergrund meines Berichtes das Verhältniß der Soda-industrie zu den beabsichtigten Zollerhöhungen. Die Interessen der chemischen Industrie sollten eigentlich den Zollverhältnissen gegenüber einheitlich sein. Die Ansichten über Interessen sind indeß so verschieden, wie wir ja bei allen unsern Verhandlungen gesehen haben, daß sich auch in der chemischen Industrie zwei Interessengruppen gebildet haben. Die eine Gruppe, die sogenannte chemische Groß-industrie, beschäftigt sich vorzugsweise mit der Darstellung der Soda und den mit dieser Fabrikation zusammenhängenden Säuren. Die Bezeichnung „Groß-industrie“ stammt aus einer früheren Zeit, sie wird heute nicht mehr ganz zu treffend sein, und nur ein äußerliches Merkmal abgeben können, soweit sie sich auf die Größe der Anlagen bezieht, auf die Masse des zu bewältigenden Materials. Das Endproduct, die Soda, hat einen verhältnismäßig geringen

Werth, wie auch die Nebenprodukte, die Säuren. Die Industrie ist in Deutschland lange ansässig, hat sich bis vor ungefähr 10 Jahren verhältnismäßig entwickelt, ist aber in den letzten Dezennien eigentlich etwas zurückgeblieben hinsichtlich der Befriedigung des Bedürfnisses. Hauptconsumenten der Soda sind die Glashütten, Seifenfabriken, Färberereien, Druckereien und der häusliche Verbrauch.

Die wesentlichste Rolle im Consum der Soda und der mit derselben in Verbindung stehenden Säuren fällt der zweiten Gruppe der chemischen Industrie zu, die man im Gegensatz zur ersten Gruppe die chemische Kleinindustrie nennen könnte, eine Name, der indeß auch nur in gewissem Sinne zutrifft. Der chemische Kleinindustrie ist der chemischen Großindustrie gegenüber zunächst der am meisten interessirte, insofern er nach der einen Richtung hin wünschen muß, daß die Preise der Produkte dieser Industrie nicht durch Zölle gesteigert werden, nach der andern Richtung aber ebensowohl die Existenz einer guten geordneten chemischen Großindustrie in Deutschland für ihn von der größten Wichtigkeit ist. Bei der Beurtheilung der vorliegenden Zollfragen vermissen wir schmerzlich eine genauere Statistik. Die angeführten Zahlen können nicht den Anspruch auf absolute Genauigkeit machen. Die Motive der Regierungsvorlage lassen diesen Mangel an Statistik ebenfalls erkennen und beziehen sich auf Zahlen, die zum Theil veraltet, zum Theil sehr ansehnbar sind. Die heutige Production der chemischen Großindustrie, der Soda-fabrikation, wird sich auf eine Million Centner belaufen, während die Einfuhr sich auf 5—600,000 Centner beläuft, also ungefähr 33 Proc. des ganzen Bedarfs deutet.

Die zweite Gruppe der chemischen Industrie beschäftigt sich vorzugsweise mit der Darstellung chemischer Fabrikate aller Art, die für den Gewerbebetrieb und den Medizinalgebrauch geeignet sind. Sie beschäftigt sich besonders auch mit der Darstellung der Mineralsfarben, des Ultramarins und in neuester Zeit sehr stark mit der Darstellung der Theerfarben. Die Summe der Werthe, die hier erzeugt werden, kann nicht genannt werden; es bestehen nicht im Mindesten zuverlässige Erhebungen darüber. Charakteristisch für diese Industrie im Gegensatz zur Soda-industrie ist der Umstand, daß sie vorzugsweise von Privaten in vielen Etablissements betrieben wird, während die Darstellung der Soda fast ausschließlich in einer beschränkten Anzahl von Actiensocieten stattfindet. Einzelne Zahlen, die mir als Fachmann bekannt sind, mögen Ihnen die Bedeutung dieser Kleinindustrie sowohl als Konsument, wie als Industrie klar machen. So beträgt der Werth der in Deutschland erzeugten Theerfarbstoffe, die Sie ja wohl Alle unter diesem Namen kennen, 40 Millionen Mark, während die gesamte deutsche Soda-production auf nicht mehr als 10 Millionen Mark geschätzt werden kann. Allein die Production des künstlichen Alizarins absorbiert ungefähr 15 Proc. der in Deutschland erzeugten Soda. Ich mache ferner aufmerksam auf die außerordentlich entwickelte Ultramarin-fabrikation, auf die Darstellung der Alkaloiden und Mineralsfarben. Die chemische Kleinindustrie befriedigt im Großen und Ganzen nicht allein den innern Bedarf, sondern sie ist im Wesentlichen eine exportirende. Als Beispiel kann ich anführen, daß wohl mit Sicherheit von den im Werth von 40 Millionen Mark in Deutschland erzeugten Theerfarbstoffen über 30 Millionen exportirt werden. Ähnlich ist es höchst wahrscheinlich bei dem Ultramarin, bei den Alkaloiden und in manchen andern Zweigen dieser chemischen Industrie.

Nach der Natur dieser beiden chemischen Industriezweige ist die Stellung zum Zolltarif eine verschiedene. Während die chemische Großindustrie den Bedarf des Inlandes nur zu 66 Proc. höchstens befriedigt, exportirt die chemische Kleinindustrie vorzugsweise nach Deckung des inländischen Bedarfs. Die chemische Großindustrie war stets durch Zölle geschützt. Die Soda war seit 1865 mit einem Zollsatz von 4 M für die sogenannte 90 procentige calcinirte Soda belegt. Ich spreche nur von calcinirter Soda, weil dieselbe als Hauptzeugniß der Soda-fabrikation bei der Beurtheilung des Zollverhältnisses allein eine Rolle spielt. Im Jahre 1873 wurde der Zoll von 4 M auf 1,50 M ermäßigt. Die heutige Vorlage der Regierung erhöht den Zoll von 1,50 auf 2,50 M. Die Gründe dafür werden dahin angegeben, daß in Petitionen der chemischen Großindustrie ein besonderer Nothstand betont wurde, und daß man angesichts dieses Nothstandes der englischen und französischen Concurrenz gegenüber eine solche Erhöhung wohl motiviren könne. Über diesen Nothstand der chemischen Industrie sind die Ansichten sehr verschieden. Ich für meine Person habe ihn nicht finden können. Bedenfalls, wenn er vorhanden wäre, ließe er sich leicht beweisen. Ich habe vorhin angeführt, daß die chemische Großindustrie mit wenigen Ausnahmen in Actienfabriken Soda producirt. Da nun die Summe der producirten Soda festgestellt werden kann und die gezahlten Dividenden dieser Fabriken sich ermitteln lassen, dürfte von der Lage dieser Industrie ein ziemlich klares Bild entstehen.

Die Soda-fabriken Deutschlands stehen in sehr engem Zusammenhange, sie haben viele gemeinsame Interessen, sie pflegen diese Interessen, aber trotz dieses engen Zusammenhangs haben die Soda-fabriken keinerlei derartige Zahlen angegeben, wenigstens finde ich sie nicht in den Motiven der Regierung, die ausdrücklich constatiren, daß sie darüber in Unkenntniß seien. Wir können aber verlangen, daß bei einem so wichtigen Artikel, dessen Verbrauch ein so tief einschneidender ist, der Nachweis geführt werde über die Productionsverhältnisse und die Rentabilität der betreffenden Etablissements, ehe eine Zoll erhöhung wirklich stattfindet. Die chemische Kleinindustrie ist weit davon entfernt, zu verlangen, daß Soda ohne Zoll eingehe, weil sie die Nothwendigkeit einer gut entwickelten Großindustrie einseht. Die Kleinindustrie will der Soda-fabrikation gern den Zoll zugestehen, den sie braucht, um lebensfähig zu sein, — denn die Verhältnisse liegen allerdings so, daß Soda in England entschieden billiger producirt werden kann als bei uns. Ein gewisser Zollschutz ist nach dem heutigen Stande der Dinge für unsere Soda-fabrikation nötig, es kann sich nur um die Höhe des Schutzzolls handeln. Die chemische Großindustrie muß einsehen, daß die Interessen der Kleinindustrie gewahrt werden müssen und auf der andern Seite darf der chemischen Kleinindustrie Verständniß für die Bedürfnisse der Soda-fabrikation nicht fehlen. So beantragen jetzt die Soda-fabriken einen Zollschutz von 3 M statt 1,50 M auf calcinirte Soda. Der Regierungsentwurf schlägt 2,50 M vor. Er kommt damit dem Verlangen der Soda-fabriken zum Theil entgegen, zum Theil trägt er Rechnung der großen Bedürfnisfrage. Ich für meinen Theil kann mich nur dahin aussprechen, daß ich den bisherigen Satz von 1,50 M für genügend halte, bis der Beweis der mangelnden Prosperität der Fabriken erbracht ist, und daß dieser Beweis verhältnismäßig leicht gebracht werden kann, habe ich Ihnen vorher ausgeführt.

Ich werde an meinen Vortrag nicht einen bestimmten Antrag knüpfen,

denn ich glaube, es würde nichts nützen, die Frage, ob ein Zoll von 1,50 oder 2,50  $\text{M}$  für Soda genügt, hier zur Abstimmung zu bringen, da sie doch wesentlich technischer Natur ist. Ich will hier nur constatiren, daß diese beiden Hauptgruppen der chemischen Industrie darin einverstanden sind, daß ein Zoll für Soda gezahlt werden muß, daß sie nur nicht einig sind über die Höhe dieses Zolls.

Meine Herren, das wären hauptsächlich die Gesichtspunkte, die ich bezüglich der Soda anzuführen hätte. Die Verhältnisse der chemischen Industrie im Großen und Ganzen werden durch den vorgelegten Zolltarif, so weit er Chemikalien betrifft, meiner Ansicht nach, nicht ernstlich gefährdet. Es wäre thöricht zu sagen, daß wir einen Zoll von 2,50  $\text{M}$  auf calcinirte Soda, unter keinen Umständen vertragen könnten, wie es wohl auch falsch wäre zu behaupten, daß ein Zoll von 1,50  $\text{M}$  die Sodafabriken ruiniren würde. Wir können hier, und Herr Dr. Kalle, der nach mir sprechen wird, wird es Ihnen bestätigen, constatiren, daß die Verhandlungen, die zwischen den Interessenten=Gruppen vor 3 Tagen in Berlin auf diesem Gebiete stattgefunden haben, einen durchweg sachlichen Charakter trugen, bemüht, den Ausgleich zu finden zwischen diesen anscheinend verschiedenen Interessen.

Das Verhältniß zu den betreffenden Sätzen des Zolltariffs ist indessen nicht das Einzige, was die chemische Industrie berührt. Die Tendenz der neuen Zollpolitik ist für uns viel wichtiger und folgenreicher, und stellt ernste Interessen der chemischen Kleinindustrie in Frage. Ich habe angeführt, daß die chemische Kleinindustrie im Wesentlichen eine exportirende ist. Sie ist wohl diejenige von allen deutschen Industrien, die auch selbst in diesen Zeiten der andauernden Krisis nicht gelitten hat, sondern sich unausgesetzt hob und im Großen und Ganzen mit den erzielten Resultaten zufrieden sein kann. Viele der in Deutschland producirten chemischen Artikel beherrschen vollständig den Weltmarkt und es ist eine erfreuliche Erscheinung auch in dem vorgelegten Zolltarif, daß die große Hauptmasse der chemischen Producte frei eingeht. Wenn wir speciell mit den Positionen, die unsere Industrie betreffen, nicht besonders unzufrieden sein können, so sehen wir doch, daß diese generelle Unfehr zu einem ausgebildeten Schutz-zollsystem unsere Industrie schwer treffen muß. Wenn wir, wie es die Motive betonen, den nationalen Markt für uns allein in Anspruch nehmen, so ist eine selbstverständliche Folge der Ausführung dieses Wunsches, daß andere Märkte uns verschlossen werden. Unser Zolltarif soll sich zunächst richten gegen unsere Nachbarstaaten Frankreich und Österreich; in Wirklichkeit richtet er sich aber gegen England. England erhebt keine Industriezölle, England wird durch die projectirten Eisenzölle, durch die Gespinstzölle, auch durch Erhöhung der Sodaölle schwer getroffen. Wir haben uns zu fragen: wird England diesem Vorgehen zusehen können, oder wird es sich auch entschließen müssen, Repressalien zu ergreifen? — Tritt dieser Fall ein, dann ist gerade die chemische Industrie aufs ernsteste in ihrem Bestehen bedroht. Der eigentliche Boden für das Gediehen der chemischen Industrie liegt in England. Wenn wir trotz der natürlichen Bedingungen, die England vor uns auf diesem Gebiet voraus hat, diese Industrie in Deutschland zu fesseln wußten, so hatte das vornehmlich zwei Gründe. Zunächst ist die wissenschaftliche Ausbildung der deutschen Chemiker eine höhere und vor allen Dingen erkennen wir besser den Zusammenhang von

**Wissenschaft und Praxis.** Wenn wir auch nicht durch die Vertheuerung der Productionsverhältnisse ernstlich gefährdet sind, die uns die Unfehr zum Schutz-  
zoll in sichere Aussicht stellt, wenn wir glauben, durch Fleiß und Verbesserungen  
diese Hindernisse zu überwinden und unserer Rang auf dem Weltmarkt trotzdem  
zu behaupten, so sind wir nicht im Stande Eingangsölle zu zahlen, die in  
England, unserem Haupt-Absatz-Gebiet, erhoben werden könnten. Eingangsölle  
in England sind nicht gleichbedeutend mit Eingangsöllen in anderen Ländern.  
In Amerika stehen wir einem enormen Zoll gegenüber, ebenso in Russland.  
Diese Zölle machen auf uns wenig Eindruck, weil in den betreffenden Ländern  
einstweilen der Boden für unsere Fabrikationen nicht vorhanden. In England  
ist aber dieser Boden in hohem Maße vorhanden, und es ist zu befürchten, daß  
bei irgend welchen Erschwerungen der Einfuhr selbst von deutschen Fabrikanten  
diese Fabrikationen in England geschaffen werden, die heute den Stolz und die  
Blüthe unserer chemischen Industrie ausmachen.

Es werden vielfach Urtheile laut, daß die Exportindustrie verhältnismäßig  
zu sehr begünstigt sei. Viele denken, mag die Exportindustrie leiden, wenn die  
Hausindustrie nur blüht. Chemische Fabrikanten der Großindustrie, die am  
Zollschutz ein großes Interesse haben, werden solche Aussprüche nicht leicht thun.  
Wir sind davon überzeugt, daß, wenn die Exportindustrie krankt, auch in erheb-  
lichem Maße die chemische Großindustrie, in diesem Falle die Hausindustrie, in  
Mitleidenschaft gezogen wird, daß das Gediehen der geschützten Soda-fabrikation  
nicht möglich ist, ohne die exportirende chemische Industrie. Wir haben diesen  
Zusammenhang vollständig begriffen, und wenn Herren von anderer Richtung  
nachher das Wort ergreifen, werden sie bestätigen, daß auch die Soda-fabrikanten  
auf's Schwerste getroffen würden, wenn Fabrikationen, die bis jetzt auf Grund  
der bisherigen Handelspolitik in Deutschland entstanden sind, durch den jetzt ein-  
geschlagenen Weg zu Grunde gerichtet werden.

Meine Herren, es sind das die wesentlichsten Gesichtspunkte, die ich hervor-  
zuheben hätte. Sie beanspruchen nicht im Entferntesten Vollständigkeit auch nur  
bezüglich der Soda-branche. Wir wollen hoffen, daß die Harmonie der Interessen  
der chemischen Industrie gewahrt bleibe, daß andere Industrien in einer ähn-  
lichen Weise sich der Gemeinsamkeit der Interessen bewußt werden, und daß die  
Befürchtungen sich nicht erfüllen, die wir heute vom Standpunkt der chemischen,  
exportirenden Industrie aus an die eingeschlagene Schutz-zoll-politik knüpfen müssen.  
(Lebhaftes Bravo! links.)

Correferent Fabrikbesitzer Fr. Kalle (Biebrich): Meine Herren! Während  
der Herr Referent Ihnen seine subjectiven Ansichten und zwar hauptsächlich über  
den Sodazoll ausgesprochen hat — in einer Weise übrigens, die ich als durch-  
aus masiv anerkenne — bin ich auf einem ganz anderen Standpunkt. Ich  
werde Ihnen kaum eigne Ansichten vortragen, ich werde mich vielmehr bemühen,  
Ihnen in möglichster Kürze die Ansichten einzugeben, die hervorgetreten sind  
in den am 19. und 20. stattgehabten Verhandlungen von ungefähr 100 Ver-  
tretern der chemischen Industrie in Berlin. Diese Versammlung war sich bei  
ihren Verhandlungen vollkommen bewußt der eigenthümlichen Schwierigkeiten, die  
gerade bei einer Änderung des Zolltarifs für chemische Artikel bestehen. Man  
war sich bewußt, daß in einer Industrie, in der ein großer Theil der Genossen

für die anderen arbeitet, in einer Industrie, die wesentlich auf den Export angewiesen ist, mit der größten Vorsicht vorgegangen werden muß bei jeder Veränderung des status quo. Es waren denn auch die Verhandlungen durchaus gemäßigt. Man erkannte von vornherein an, daß der Tarif für chemische Artikel, wie er vom Bundesrat vorgelegt worden ist, im Allgemeinen auch die Mäßigung zeigt, welche wir im Interesse unserer Industrie nur wünschen können, und wir sagten uns, daß, wenn nicht überall die Sätze so wären, wie sie allen Interessen am besten entsprechen, das hauptsächlich zurückzuführen sei auf nicht genügende Information, und welche Gründe diese nicht genügende Information hat, daß wissen Sie ja, Sie wissen, in welcher kurzen Zeit man gezwungen war, Resultate vorzulegen.

Der Geist, der die Berliner Versammlung beherrscht, wird Ihnen am besten klar werden, wenn ich die Resolutionen verlese, welche am Schluß der Verhandlungen mit riesiger Majorität, zum Theil mit Einstimmigkeit, gefaßt worden sind. Sie lauten:

1. Alle für die Herstellung chemischer Fabrikate erforderlichen Rohproducte sind — mindestens, soweit sie in Deutschland nicht in der benötigten Menge vorkommen, aus dem Auslande zollfrei einzulassen. Sofern diese Naturproducte mit Rücksicht auf ihre anderweite Verwendung einem Zoll unterliegen (wie Thee, Kummel &c.) ist das zur chemischen Fabrikation zu verwendende Rohmaterial von dem Zoll zu befreien.
2. Die Berechtigung zu einer Erhöhung der bestehenden Zölle wird nur insofern anerkannt, als die Nothlage des betreffenden Industriezweiges das Bedürfnis eines höheren Schutzes begründet und andere wichtige Interessen des Landes dadurch nicht geschädigt werden.
3. Alle im Tarif nicht aufgeführten Gegenstände sind als zollfrei zu behandeln.
4. Bei Abschluß von Handelsverträgen ist nach Möglichkeit auf Herbeiführung der Reciprocatität im Sinne gegenseitiger Erleichterungen in den Zollsätzen Bedacht zu nehmen.

Sie werden diesen letzten Satz am besten richtig verstehen, wenn Sie den Nachdruck nicht auf das Wort „Reciprocatität“ legen sondern auf „Erleichterungen“. Der Satz ist etwas zweideutig, aber ich kann Ihnen mit gutem Gewissen die Meinung der Majorität dahin interpretieren, daß man Erleichterungen nicht erzwingen soll, indem man die Zölle auf gewisse Artikel sehr hoch schraubt, sondern dadurch, daß man auch bei eigenen Artikeln Herabsetzungen in Aussicht stellt. Das ist der Sinn dieser Resolution.

Nun, meine Herren, ich habe Ihnen also mit wenigen Worten den Standpunkt charakterisiert, den die Versammlung in Berlin eingenommen hat, und ich wende mich nun zu den einzelnen Artikeln und zwar in erster Linie zu denen der chemischen Großindustrie. Ich habe mich gefreut, aus den Ausführungen meines Freundes Brüning zu erssehen, daß er auch anerkennt die Nothwendigkeit der Erhaltung jenes Industriezweiges in seinem jetzigen Umfange und im Prinzip die Nothwendigkeit, den betreffenden Fabriken einen gewissen Schutz-Zoll zu gewähren gegenüber den günstigen Verhältnissen, unter denen das Ausland arbeitet. Bis zum Jahre 1865 betrugen die Soda-Zölle für kristallisierte Soda  $1\frac{1}{2}$  M., für calcinirte 4 M., für kaustische 6 M. 1873 blieben die Sätze für kristallisierte und kaustische bestehen und für calcinirte wurden sie von 4 M. auf  $1\frac{1}{2}$  M.

herabgesetzt, hauptsächlich, um den Papierindustriellen ein Aequivalent zu bieten dafür, daß man den Ausfuhrzoll auf Lumpen aufgehoben hatte. Als nun aber diese Reduktion eingetreten war, kamen die Papierfabrikanten und sagten, wir brauchen keine calcinirte Soda, wir brauchen die kaustische; man konnte nur erwidern: Das ist richtig, wir haben uns geirrt! Es ist das Faktum insofern nicht un interessant und wird immer von den Herren, die für den Schutz plaudiren, angeführt, weil es doch zeigt, daß man nicht immer mit der nöthigen Sachkenntniß an diese Fragen herangetreten ist. (Hört!)

Die Herren Interessenten der Sodabranche haben uns nun statistische Zahlen gegeben, die wohl nicht anfechtbar sind, sie sind entnommen der officiellen Statistik. Daraus geht hervor, daß der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr an calcinirter Soda betrug:

|       |          |
|-------|----------|
| 1872: | 158,000  |
| 1873: | 213,000  |
| 1874: | 324,000  |
| 1877: | 306,000. |

Bei der kaustischen Soda betrug der Überschuß 1872: 23,000 Ctr. und stieg im Jahre 1876 auf 161,000 Ctr.

Die Produktion der deutschen Sodafabrikation betrug anfangs der 70er Jahre über eine Million Ctr. und ist gesunken auf 850,000 Ctr. Wenn diese Zahl zur Basis genommen wird, so kommen wir zum Resultat, daß jetzt der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr nicht etwa  $33\frac{1}{3}\%$  beträgt, wie Herr Dr. Brüning annimmt, sondern weit mehr. Es sind 460,000 Ctr. und dem gegenüber steht nur eine eigne Produktion von 850,000 Ctrn. Die Einfuhr geschieht jetzt nicht mehr lediglich von England aus, sondern seitdem Solvay das neue Ammoniaverfahren eingeführt hat, auch in großen Mengen von Belgien und Frankreich und der Herr Referent hat den Vorwurf, wenn auch in der schonendsten Weise, erhoben, die Sodafabrikation sei nicht in gleichem Maße wie die anderen chemischen Gewerbe fortgeschritten. Seine Ausführungen könnten dem Gedanken Raum geben, die Industrie hätte sich quantitativ nicht entsprechend entwickelt, aber es klingt doch leise der von anderer Seite gemachte Vorwurf durch, die Sodafabrikanten hätten nicht mit dem Fortschritt der Technik und der Wissenschaften Schritt gehalten. Diesen Vorwurf weisen die berreffenden Industriellen entschieden zurück, und sagen, wir können nicht gegen England concurriren, wegen der großen Billigkeit zunächst des Sazes der Kohlen. In England nämlich kann man die sehr billigen Abfallkohlen benutzen, die man dadurch erhält, daß man dort nur großstündige bessere Kohlen für den Hausbrand braucht, während hier die Sache gerade umgekehrt liegt. Durch die billigen Kalksteine und Schwefelsteine, endlich durch die billigen Frachten haben die Engländer einen so riesigen Vorsprung, daß eine Belastung mit 3 % den Interessenten unsererseits für sehr bescheiden gilt. Letztere geben auch an, daß das Kapital in England viel reichlicher und billiger sei, daß die Production gegenüber der unfrigen eine geradezu riesige zu nennen sei. Die drei größten der unter sehr günstigen Frachtabhältnissen arbeitenden 19 großen Soda-Fabriken, die bei Newcastle on Tyne liegen, produciren soviel, wie sämmtliche deutsche Fabriken zusammengenommen. Wenn nun von Seiten der Gegner der Sodafabrikanten diesen vorgeworfen wird, daß sie das Solvay-Verfahren nicht früher eingeführt haben, so sagen die Herren

dagegen, daß das Solvay=Verfahren in Frankreich zwar sehr rentabel sei: (Solvay habe dort die Tonne Chloratrium zu 1 M. und erlange im Inlande besonders hohe Preise für sein Produkt), daß es aber in Deutschland nicht ohne weiteres anwendbar sei, und als unanfechtbaren Beweis führen sie an, daß Solvan ganz Deutschland bereit hat, ohne einen Platz finden zu können, an welchem er eine Fabrik hätte anlegen können, und daß er auf eine Anfrage, warum er nicht in Deutschland, da wir immer noch einen Zoll haben, selbst eine Fabrik anlege, geantwortet hätte: ja, bei den jetzigen Zöllen stehe ich mich besser, wenn ich meine Soda in Frankreich mache und nur meinen Überschuß nach Deutschland hineinwerfe.

Was nun die Frage der kaustischen Soda betrifft, so ist der Import in riesigen Progressionen gestiegen. Da ist der Vorwurf erhoben worden: warum habt ihr nicht, als der Consum so rapid stieg, euch darauf eingereicht, warum habt ihr den Engländern diesen Vorrang gelassen. Darauf antworten die Industriellen: ja, nachdem man im Jahre 1873 in ganz planloser Weise den Zoll auf calcinirte Soda von 4 auf  $1\frac{1}{2}$  M. heruntergeworfen und sie gleichgestellt hatte der kristallisierten Soda, könnten wir nicht wissen, ob man nicht nächstens in ebenso planloser Weise auch den Zoll auf kaustische Soda heruntersetzen würde. Diese Ungewissheit hat uns gehindert, solche Unternehmungen in's Leben zu rufen; von dem Augenblick an aber, wo wir einen mäßigen Schutzzoll genießen, sollt ihr sehen, wir werden uns einrichten. Es ist übrigens schon manches in der Richtung geschehen und ich muß erwähnen, daß die Interessenten selbst den Zoll auf kaustische Soda von 6 auf 5 M. zu reduciren vorschlagen.

Der Schwerpunkt des ganzen Streites drehte sich natürlich darum: hat die Soda-industrie existiren können bei den niedrigen bisherigen Zöllen? Der Herr Referent hat angedeutet, daß seiner Ansicht nach der Beweis hierfür erbracht sei bis zu einem gewissen Grade durch die Bilanzen der Actiengesellschaften. Er hat zwar dies allerdings mehr negativ ausgedrückt, indem er sagte: der Beweis ist nicht erbracht, daß sie nicht existiren können. Von Seiten der Interessenten wird aber ganz entschieden die Behauptung aufgestellt: der Beweis, daß unsere Industrie nicht bestehen kann, ist erbracht, wir bedürfen in der That dieses Schutzes, denn wir haben in den letzten Jahren in den Fabriken, die wesentlich Soda fabriciren, noch lange keine 5% verdient (es wurden Zahlen angegeben, die noch unter 2% gehen), und wenn eine Fabrik sich mal besser rentirt hat, so liegt das darin, daß sie einen großen Theil des Capitals abgeschrieben hat, oder daß sie andere Artikel macht, an denen sie viel verdient.

Die Versammlung in Berlin hat keine Beschlüsse über die einzelnen Positionen gefaßt; ich muß aber doch darauf hinweisen, daß der Vorstand dieses Ver eins, als er im Februar zusammenrat, die Vorschläge der Sodafabrikanten im Allgemeinen als gerechtfertigt anerkannte. Dort war abgestimmt worden, und eine große Majorität, wesentlich aus Sodaconsumenten bestehend, zeigte sich nicht abgeneigt, den Fabrikanten der chemischen Grossindustrie die erwünschten Concessions zu machen. Meine Herren, wenn ich gerade bei dem Artikel Soda nicht ganz die Objectivität gewahrt habe, wenn ich da die Gründe für eine Erhöhung des Sodazolles schärfer hervorhob, also hier subjektiv zu sprechen

schien, so geschah das nur deshalb, weil ich gegenüber der Darstellung des Herrn Referenten das Gleichgewicht wieder herstellen mußte.

Eine weitere Industrie, die sich sehr in Berlin beflogte, war die Industrie von Potosche und Aegzali. Sie sagte, daß, wie die Soda-industrie einen vor trefflichen Absatz gewähre dem vaterländischen Bergbau, so sei auch sie als Abnehmer der Staßfurter Salze eine volkswirtschaftlich wichtige, durchaus naturwüchsige Industrie. Trotzdem wir aber die Kalisalze in enormen Mengen hätten, sei es Thatsache, daß in den letzten Jahren  $\frac{1}{3}$  des Consums an Potosche durch den ausländischen Import gedeckt worden sei, und zwar hauptsächlich von Frankreich und Belgien aus. Dort werde nämlich die Potosche als Nebenproduct besonderer Großgewerbe gewonnen, von denen sogar die Melasse-industrie durch Exportprämien bevorzugt sei. Auch in der Wollensäfcherei werden bedeutende Mengen von Potosche gewonnen. Man kann natürlich bei solchen Nebenprodukten die Selbstkosten nicht genau bestimmen, ihr Preis ist ein mehr oder weniger willkürlicher. Die Concurrenz ist also für Diejenigen, welche die betreffenden Artikel direct herstellen, kaum möglich.

Früher war die Potosche frei. Die Interessenten beantragten, den Zoll auf 3 M zu setzen und für Aegzali auf 5 M. Der Bundesrath schlägt bekanntlich  $1\frac{1}{2}$  und 4 M vor. Es wurden gegen die Ausführungen des Referenten für Potosche und Aegzali in Bezug auf diese beiden Artikel keine erheblichen Bedenken erhoben; unzweifelhaft aber wäre die Majorität nicht auf seine Vorschläge eingegangen und nicht geneigt gewesen, über die Vorschläge des Bundesraths heraus Concessionen zu machen. Dagegen fand derselbe Referent weniger Unterstützung bei der Versammlung, als er beantragte, einen Schutzzoll von 1 M auf Kalifalpeter und Kunstdünger zu legen. Man erkannte diese Wünsche nicht als berechtigt an, die Nothlage wurde nicht als erwiesen betrachtet und es wurde der Zoll auf Kunstdünger auch mit Rücksicht auf die Landwirtschaft bekämpft. Die Bundesrathsvorlage läßt bekanntlich diese beiden Artikel frei.

Einen starken Schmerzensschrei hörten wir — nicht von den Fabrikanten von Blautaugensalz, sondern von dem Fabrikanten; er ist nämlich der einzige, der in Deutschland noch besteht, der ausführte, daß die Concurrenz gegen das durch billige Kohlen und billiges Eisen bevorzugte England unmöglich sei. Es ist merkwürdig, daß der Bundesrath das Blautaugensalz, das eigentlich in Consequenz eines Schutzzolls auf Potosche einen höheren Zoll hätte bekommen müssen, umgekehrt herabgesetzt. Blautaugensalz und Aegzatron waren bisher in dem alten Zolltarif mit 6 M belastet. Nun wird Aegzatron auf 4 M herabgesetzt und in den Motiven heißt es dann einfach: Blautaugensalz bleibt wie bisher dem Aegzatron gleichgestellt. Innerer Zusammenhang — dunkel, existirt in der That garnicht! Also eine Industrie, der es notorisch schlecht geht, wird jetzt neu belastet durch einen vom Bundesrath vorgeschlagenen Zoll auf einen ihrer Rohstoffe, und dennoch wird der Zoll auf ihr Fabrikat herabgesetzt, lediglich weil letzteres bisher im Zolltarife mit einem Artikel zusammengeworfen war, der herabgesetzt ist. Wenn auch die Versammlung die ziemlich weitgehenden Wünsche des betreffenden Herrn nicht in vollem Umfange zu unterstützen ge neigt schien, so war man doch einstimmig der Meinung, daß es durchaus ungerechtfertigt sei, den Zoll in dem jetzigen Momente herabzusetzen.

Aus der Gruppe II, Chemikalien und chemische Rohprodukte, war es zu-

nächst die Oxalsäure, die zur Verhandlung kam. Es ist nachgewiesen, daß zwei deutsche Fabriken bereits eingegangen sind wegen der drückenden englischen Concurrentz. Zwei dortige Etablissements haben sich den Krieg bis aufs Messer erklärt und führen diesen nicht nur in England, sondern auch bei uns, so daß die Preise auf ein Niveau herabgedrückt sind, welches die Fabrikation in Deutschland fast unmöglich macht. Es wurde denn auch von allen Seiten anerkannt, daß den Wünschen der Oxalsäurefabrikation Rechnung zu tragen sei. Der Zoll-  
satz, den der Bundesrath vorstellt, wurde von einzelnen Seiten als etwas hoch bemängelt; hingegen wurde gegen einen Schutzzoll von 8 M in keiner Weise ein Einwand erhoben.

Ließ sich die Versammlung so bereit finden, der Oxalsäurefabrikation Concessions zu machen, so war umgekehrt bei den vom Bundesrath mit 4 M geschützten Artikeln Bleizucker, Bleisalze und Weinsteinsäure die Versammlung der Meinung, daß der Beweis der Notlage dieser Industrie nicht erbracht sei und daß diese Artikel nach wie vor frei zu lassen seien.

Eine längere Diskussion riefen dann wieder die Producte der Holzverkohlung hervor, also hauptsächlich Essigsäure, essigsaurer Kalk und Holzgeist. Ersterer war bisher mit 8 M, essigsaurer Kalk mit 5 M belastet, während Holzgeist frei war; es sollen jetzt alle drei Artikel frei sein. Die Interessenten beantragen, für die beiden ersten Artikel die bisherigen Sätze beizubehalten, für den Holzgeist wünschen sie aber einen Schutzzoll von 10 M. Es wurde hervorgehoben, daß in den letzten Jahren nur eine neue Holzverkohlungsfabrik begründet sei, dagegen 4 oder 5 eingegangen wären. Es wurde hingewiesen auf die volkswirthschaftliche Wichtigkeit dieses Industriezweiges, darauf, daß dadurch Verdienst in Gegendern gebracht würde, die sonst keine Industrie hätten, und daß dadurch eine bessere Verwertung der Wälder ermöglicht werde. Man sagte: für die Holzkohle ist Bedarf da, es wird immer noch eine gewisse Menge Eisen mit Holzkohle producirt; schützt ihr uns nicht bis zu einem gewissen Grade, so ist es sicher, daß man allgemein zur Meilerverkohlung zurückkehrt, und dann werden die Producte, die wir jetzt darstellen, Essigsäure u. s. w., nutzlos in die Luft gehen. Wenn auch die Ausführungen in Bezug auf Essigsäure und essigsauren Kalk auf nicht zu starken Widerstand stießen, so wurde doch gegen die Forderung des Schutzes des Holzgeistes sehr entschieden Widerspruch erhoben. Man sagte den Herren: ihr werdet gerade in der nächsten Zeit eine vor treffliche Absatzquelle für Holzgeist bekommen als Denaturirungs-Mittel des Spiritus für die Industrie; ihr habt überhaupt eine sehr günstige Conjunction für Holzgeist in den letzten Jahren dadurch gehabt, daß die Farbindustrie ihn in grossen Mengen benutzt, und da die letztere als Exportindustrie wesentlich dabei interessirt ist, daß der Holzgeist nicht vertheuerzt wird, da ihr ferner nicht genügend von den feineren Holzgeistsorten producirt, so verlangen wir, daß der Holzgeist zollfrei bleibe; diese Argumentation war so durchschlagend, daß das Verlangen eines Zolls auf Holzgeist bei einer Abstimmung jedenfalls keine Majorität gefunden haben würde.

Art. III, Medicinaldrogen und Alkalioide, wurden kurz abgehandelt. Man sprach den Wunsch aus, man möge die Geheimmittel und Kosmetika mit einem ziemlich hohen Zoll belasten und zwar aus Gründen der Sittlichkeit und Hygiene. Es wurde aber andererseits hervorgehoben, daß bei einer Zolltarifberatung

derartige Rücksichten nicht genommen werden können. Ich kann diese Auffassung nicht teilen, will aber meinen Standpunkt hier nicht auseinandersezten.

Sehr kurz wurde die Position IV „ätherische Öle“ behandelt. Es wurde nur von den betreffenden Fabrikanten hervorgehoben, daß unbedingt zollfrei zu belassen seien Gewürze, wie Kümmel, Anis u. s. w. Der erste Herr Generalreferent hat über diese Frage bereits gesprochen und hingewiesen auf die Gefahr, die die Belastung mit 3 M für die Fabrikation der ätherischen Öle haben würde. Ich brauche dies daher nicht weiter auszuführen.

Ebenso kurz wurden die Positionen V, VI, VII „Alkoholpräparate, Fabrikate der Theerindustrie und organische Farben“ behandelt. Man war von allen Seiten der Ansicht, daß besonders die beiden letzten Rubriken sich am besten befinden würden, wenn vollständige Freiheit bestände. Man führte aus, man habe vollkommen die Kraft, auf eigenen Füßen zu stehen, und wünschte sogar, daß gewisse Artikel, die in der Vorlage nicht genannt seien, wie z. B. Anilin, Nitrobenzol etc. noch speziell als solche zu benennen seien, die nicht mit einem Zoll zu belegen wären. Es wurde dies mit Rücksicht darauf verlangt, daß in dem neuen Tarifentwurf die in dem alten Tarif unter Nr. 44 enthaltene Bestimmung fehlte, wonach alle nicht genannten Artikel zollfrei seien sollen.

In Bezug auf die Position VIII „Metalloxyde, Metallfarben“, will ich bemerken, daß die Interessenten den Schutzoll dafür geradezu ablehnen, daß sie sich vollkommen kräftig genug fühlten, ohne Schutzoll die Concurrenz des Auslandes aufzunehmen. Der Zollsatz von 3 M auf Barbitfarben wurde von mehreren Seiten als zu hoch bezeichnet.

Bei Position IX „Bündwaaren und Explosivstoffe“ wurde der Wunsch ausgesprochen, den Zoll auf Bündhölzer bedeutend zu erhöhen, weil ein Zoll von 3 M, also circa 4 Proc. ad valorem, keinen Schutz gegenüber Schweden mit seinen billigen Arbeitslöhnen und Hölzern gewähre.

In Bezug auf XI „Firnisse, Läcke und Fette“, wurde hervorgehoben, daß man den Leim entschieden nicht zusammenwerfen dürfe mit Chlorkalz, Alau u. s. w., welche einen Werth von 18 bis 30 M haben, während Leim etwa 100, Gelatine 300 bis 400 M kostet. Die betreffenden Fabrikanten glaubten, für Leim 6 M und für Gelatine 12 M beanspruchen zu können. Wenn man aber für beide gleichmäßig einen Zoll haben wolle, so müsse derselbe auf 10 M normirt werden.

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß ich, wenn ich sagte, daß die Fabrikanten der Gruppe VI einig gewesen seien in dem Verlangen, keinen Schutzoll zu haben, nicht absolut richtig referierte; eine Ausnahme war da; das war nämlich ein Mann, der ungeheuer viel Pech hatte, mehr als Biele, die jetzt schreien; der Arme hat nämlich 200,000 Etr. Pech, die kein Mensch ihm abnehmen will. Er behauptete, daß wir in Deutschland Pech genug hätten, daß wir absolut keine Veranlassung hätten, auch noch englisches Pech hereinkommen zu lassen, und verlangt einen Schutzoll von 1 M. Die Versammlung zeigte sich mit der Behauptung, daß wir kein englisches Pech brauchen, in gewissem Sinne einverstanden. (Große Heiterkeit und Bravo!)

Präsident Prof. Dr. Nasse: Es hat sich kein Redner zu diesem Gegenstande gemeldet. Wir gehen über zu den

### Zöllen auf die Produkte der Lederindustrie.

Der Referent Herr May hat das Wort.

**Gerbermeister May (Frankfurt a. M.):**

Meine Herren, ich bin erst vor wenigen Minuten dazu bestimmt worden, Referent in dieser Sache zu sein, und ich war deswegen nicht in der Lage, diejenigen Vorbereitungen zu treffen, die nötig wären, damit ein Mann, der gewohnt ist, Sohlleder zu gerben, aber nicht Reden zu halten, vor einer so ausgezeichneten Versammlung den Gegenstand angemessen behandeln könnte. Ich dachte aber, es würde zuerst ein Referent von der schutzzöllnerischen Seite auftreten und das vorbringen, was die Veranlassung zu der Änderung des Tariffs ist, so daß ich, der ich auf dem Boden der gegenwärtigen Zollgesetzgebung und der Handelsverträge stehe, dann hätte dagegen sprechen können, allein es ist gestern wie mir eben mitgetheilt wurde, der Beschlüß gefaßt worden, erst einen Redner von freihändlerischer Seite zu hören, und ich muß mich eben unterwerfen. Ich bin nun in der unangenehmen Lage, das postuliren zu müssen, was die Gegner etwa vorbringen werden, um das widerlegen zu können.

Die Bedeutung der Lederzölle für die ganze Schutzzollfrage wird jedem, der den Verhandlungen bis jetzt beigewohnt hat, klar sein. Es wird gesagt, wir producirten hier in Deutschland das Sohlleder theurer, als die aufzereuropäischen Länder und wir könnten durchaus mit diesen nicht concurriren; und das ist der einzige Punkt, um den die Lederzollfrage sich dreht, denn die Fabrikanten von Saffian, Kalbleder u. s. w. verlangen gar keinen Schutzzoll; sie sind ja fähig, mit der ganzen Welt zu concurriren und exportiren vielmehr, als importirt wird. Nur die Sohlledergerber behaupten, daß sie mit den aufzereuropäischen Ländern nicht concurriren können, weil die Amerikaner, die Australier so billige Rinder und Häute hätten, daß wir nicht dagegen auffommen könnten. Es würde sehr leicht sein, nachzuweisen, daß außer den billigen Rindern auch noch verschiedenes Andere dazu gehört, um Sohlleder zu gerben. Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es würde hier indessen zu weit führen, auf die Details einzugehen. Es ist für diese Versammlung bloß von Wichtigkeit, zu constatiren, ob wirklich in Sohlleder eine erdrückende Concurrenz eingetreten sei. Hierüber noch müssen Zahlen entscheiden; es muß nachgewiesen werden, wie viel Sohlleder im Inlande producirt und wie viel vom Auslande importirt wird.

Meine Herren, die Gerber standen von jeher auf dem freihändlerischen Standpunkt, auch die Sohlledergerber. Ich kann nachweisen, daß in dem einzigen Fachblatte der Gerberei, welches den schutzzöllnerischen Standpunkt jetzt vertritt, noch im Jahre 1875 ganz freihändlerische Artikel standen, daß darin gesagt wurde, wir sind fähig, mit der ganzen Welt zu concurriren. Meine Herren, die Verbindung dieses Blattes mit gewissen Personen in der Regierung ist bekannt und damals stand die Regierung noch auf dem freihändlerischen Standpunkte. Im Jahre 1876 hat das Blatt eine leichte Schwenkung gemacht, ganz wie die Regierungskreise, da finden wir bereits die Forderung der Reciprocity. Von da ab hat sich dasselbe entwickelt zu dem vollständig schutzzöllnerischen Standpunkte ganz wie die Regierungskreise. Nun ist von dem Herausgeber dieses Blattes, der die Veranlassung zu dieser ganzen Bewegung unter den Sohlledergerbern ist, ein Verein gegründet worden: der Centralverband der deutschen Lederindustriellen. Dieser Verband hat im vorigen Jahre in Frankfurt eine Versammlung gehalten, welche vorzugswise aus Sohlleder-

fabrikanten bestand, und es wurde in der Versammlung ein Programm vorgelegt, welches durchaus schutzzöllnerisch war. Nach lebhafter Debatte wurde dieses Programm abgelehnt; es wurde nachgewiesen, daß wir kein Recht haben, einen Schutz zu verlangen, weil momentan die Lederindustrie keine Rentabilität besitze, da dies nur die natürliche Folge der allgemeinen Geschäftslage sei, und daß es zur Zeit noch eine Masse Menschen mit hohlen Augen und bleichen Gesichtern gäbe, die weit mehr eine Unterstützung zu verlangen berechtigt sind, als die reichen Lederfabrikanten. (Bravo! lints).

Meine Herren! es ist selbstverständlich, daß jeder Mensch nur das weiß, was ihn gelehrt wird. Es ist naturgemäß, daß die Gerber nur das wissen, was ihnen von ihren Fachblättern vorgebracht wird über die Verhältnisse der Einfuhr und Ausfuhr. Wenn eine eindrückende Concurrenz des Auslandes eingetreten wäre, so würden auch meine Freunde und ich sagen: da muß man vielleicht einen Schutzoll, der über eine gewisse Periode hinaushilft, einführen. Es ist nun aber leider in den Fachblättern nichts geschehen, was die Gerber aufklären könnte. Es wird immer mit leeren Zahlen operirt, eine Statistik der deutschen Sohllederproduction existirt nicht. In den Zolllisten ist Sohlleder nur zusammen mit einer Menge anderer Leder aufgeführt. Meine Freunde und ich haben alles Mögliche versucht, um genaue Zahlen über die inländische Production und über die Einfuhr von außereuropäischem Sohlleder zu erhalten, und schließlich nach genauerster Prüfung sind wir zu dem Resultat gekommen, daß in Deutschland selbst eine Production von Sohlleder im Werthe von 150 Millionen Mark jährlich stattfindet. Die ganze Ledereinfuhr der pos. 21a dagegen, welche das rohe, grobe Leder enthält, also Sohlleder, Waschleder, Zeugleder, Riemenleder, Kalbleder u. s. w., betrug im Jahre 1878 111,889 Etr. Sehen wir, wieviel Sohlleder, resp. außereuropäisches Leder in dieser Zahl enthalten ist. Nach den amtlichen Zolllisten wurden aus Dänemark, Russland, Ostreich, der Schweiz und Frankreich zusammen 26,800 Etr. Leder der pos. a eingeführt, von Belgien 13,000 Etr., von den Niederlanden 11,000 Etr., von der Nordsee 94 Etr., Bremen 4000 Etr., Hamburg 48800 Etr. und von den Zollausschlüssen Bremerhaven u. s. w. 6000 Etr. Wir haben uns an alle die Orte gewandt, wo es überhaupt möglich ist, daß außereuropäisches Sohlleder nach Deutschland eingeführt werden kann, an Makler, Commissionäre &c., die ausschließlich in den betr. Artikeln handeln; also in Rotterdam, Amsterdam, Antwerpen, Bremen, Hamburg sind Erhebungen gemacht worden, und danach beträgt die ganze überseelische Einfuhr höchstens 48,000 Etr. Sohlleder. Diese enthalten zum Theil ein Material von ganz untergeordnetem Werthe, das wir in Deutschland absolut nicht erzeugen können, z. B. die australischen Flachleder können wir in Deutschland gar nicht herstellen; sie werden auch so billig verkauft wie Abfall. Es befinden sich hierunter auch Massen von Abfall, also Seiten, Köpfe u. s. w. Der Werth dieses ausländischen Leders ist höchstens zu 100  $\text{M}$  pro Etr. loco Zollgrenze anzunehmen. Es ist das von schutzzöllnerischer Seite zugegeben; ich habe mit einem Herrn, der sehr viel importiert, Rücksprache genommen und es ist allgemein anerkannt, daß ein höherer Werth als 100  $\text{M}$  loco Grenze nicht anzunehmen ist. Meine Herren! Ein gutes und ein schlechtes Stück Leder darf man aber nicht mit einander vergleichen, sondern man muß die Werte vergleichen, und da finden wir gegenüber einer eigenen Pro-

duction von 150,000,000 M Sohlleder eine Einfuhr von 4,800,000 M an aufzereuropäischem Leder, d. i. genau  $3\frac{1}{5}\%$  der inländischen Production. So etwas soll eine erdrückende Concurrenz sein? Ich bestreite das, es ist ein Irrthum. Ich kenne Sohlledergerber, die meinten, es sei wirklich etwas an dem Geschrei von der überseelischen Importation; nachdem sie aber diese Zahlen gesehen, haben sie zugegeben, daß sie sehr enttäuscht seien.

Nun, meine Herren, wie ist es denn mit dem proponirten Zoll? Man sagt, es soll eine Zollerhöhung von 12 M pro 100 kg. eintreten. Was das den Gerbern helfen soll gegenüber der gleichzeitigen Belastung durch den Zoll auf Rindern, auf Getreide, Bier und die hierdurch entstehenden höheren Arbeitslöhne, das begreife ich nicht. Es sollen künftig 25 M auf den Ctr. Rinde gelegt werden; da wir 5—6 Ctr. Leder auf 1 Ctr. Leder verbrauchen, so macht das  $1\frac{1}{2}$  M auf den Ctr. Leder aus. Auf 100 Pfd. Sohlleder sollen 6 M Schutzzoll gelegt werden, davon gehen die  $1\frac{1}{2}$  M ab, bleiben also nur  $4\frac{1}{2}$  M Gewinn. Rechnen sie nun noch die Belastung des Betriebes durch die Zölle, resp. Zollerhöhungen auf Eisen, Thran und so viele andere Gegenstände zum Lebens- und Geschäfts-Bedarf, so werden auch die Schutzgöllner unter den Gerbern mit mir übereinstimmen, daß dieser Schutz den Schlledergerbern nicht das Geringste helfen kann. Die fremden Gerber können die Zollerhöhung zudem vollständig umgehen; sie brauchen bloß, statt das Leder in ganzen Häuten, dasselbe nur beschritten einzuführen, in croupons, Kernstücken, die Sohlen ausgestanzt, so ist für sie die ganze Zollerhöhung = 0. Dieselbe nutzt also den deutschen Gerbern nichts. Es macht aber jedenfalls einen schlechten Eindruck im Ausland, wenn in Deutschland die Zölle erhöht werden; wir geben damit ein schlechtes Beispiel. Man ist gewöhnt, Deutschland fortzschreiten zu sehen in wirthschaftlichen Dingen, ihm darin zu folgen, so bei den Neuerungen im Postwesen u. s. w. Meine Herren, wir müssen recht sehr befürchten, daß unser Beispiel auch im Zollwesen nachgeahmt wird und daß man uns bald die Thüren an den Grenzen, über die wir Leder und Lederwaaren exportiren, zuschließen wird, und dann sind wir ganz gehörig geschädigt.

Meine Herren, die Ledererinfuhr in pos. 21a ist auch durchaus nicht in einem Fortschreiten begriffen, sondern sie hat in den letzten Jahren abgenommen. Im Jahre 1874 sind eingeführt worden 116,200 Ctr. gegen 111,889 Ctr. in 1878, also 4311 Ctr. im Jahre 1874 mehr, im Jahre 1875 sogar 5329 Ctr. mehr als 1878, und das fällt speciell auf die Rubrik „Fahlleder“, denn wir wissen ganz genau aus unseren Erhebungen, daß die Einfuhr von aufzereuropäischem und speciell hemlock-Leder abgenommen hat. Wir exportirten dagegen an grobem und feinem Leder zusammen für 49,633,395 M im Jahre 1878. An Lederwaaren fand eine Ausfuhr statt im Werthe von 53,006,785 M. Dieses schöne Geschäft von zusammen über 102,000,000 M sollten wir uns erhalten und unseren Nachbarn kein schlechtes Beispiel geben. Wir sollten in einer Zeit, die gewerblich so frank ist, wie die gegenwärtige, nicht herumdoctern und Rückfschritte machen.

Die Verhältnisse der Gerberei sind mißlich, das gebe ich zu. Es wird am Sohlleder nichts verdient. Aber woran liegt's hauptsächlich? Wir kaufen unsere Häute in Deutschland viel höher als unsere Concurrenten, welche doch in Gerbstoffen weit günstiger gestellt sind wie wir; bei grünen Häuten z. B.

macht der Einkauf in Deutschland z. B. 8—10 % mehr als in Frankreich, Belgien, Amerika. Das macht ja 20—25 M pro Cir. Leder allein beim Einkauf der Häute mehr, als unsere Concurrenten im Auslande zahlen. Wer zwingt uns aber das zu thun? Noch im letzten Moment, wo verlautete, daß ein höherer Zoll auf rohe Häute und Leder gegeben werden sollte, sind die Häute abermals um 3 % aufgeschlagen! Wenn Sie also durch die neuen Zölle den Gerbern einen Vortheil verschaffen wollen, so kommt das, wenn die Gerber in der gleichen Weise forthandeln, wie bisher, vielleicht den Metzgern und Rindenhändlern zu Gute, aber keinesfalls den Gerbern.

Deshalb bin ich der Ansicht, daß Sie schon im Interesse der Gerber selbst die ganze Vorlage der Regierung verwerfen und bei den bisherigen Sätzen stehen bleiben sollen. (Bravo! links.)

Correferent Dr. K. Möller (Kupferhammer bei Brackwede):

Meine Herren! ich werde ebenso wie der erste Herr Referent, vorzugsweise die pos. 21a behandeln, weil ich nur mit ihr genügend bekannt bin. Diese pos. 21a umfaßt alle groben Ledersorten, die Hauptmenge der Produktion, während 21b sich mit Glacé- und anderem Handschuhsleder, Saffian, Corduan u. s. w. beschäftigt, die mir nicht näher bekannt sind. Die Tariffcommission schlägt einen Zoll von 24 M für die 100 kg derartiger Leder vor. Sie unterscheidet dabei nicht — und ich halte das von vornherein für einen Mangel — zwischen zugerichtetem und nicht zugerichtetem Leder. Ich möchte befürworten, daß zwischen beiden ein Unterschied geschaffen wird, damit bloß rohe, ungegerbtes Leder eingeführt werden kann; vielleicht wird es zweckmäßig sein, dafür statt 24 M — 18 M zu erheben; wenn wir beide Zölle gleich lassen, so würde es Niemandem mehr einfallen, derartige nicht zugerichtete Leder zu importiren, während anderseits natürlich jeder Zollschutz illusorisch sein würde, wenn der niedrige Satz von 3 M in pos. 21b auch für das rohe, (nicht zugerichtete) Leder in pos. 21a Anwendung fände. Ich verstehe nicht, wie es hat kommen können, daß, während für pos. 21b das ganz fertige Leder 40 M kostet, dort für rohes Leder ein Zoll von 3 M festgesetzt ist.

Es werden bei einem derartigen niedrigen Zollsatz bei groben Ledern die Amerikaner einfach ihr Leder in nicht zugerichtetem Zustande herschicken, und man würde es dann für eine Kleinigkeit zurichten. Es muß also in dieser Beziehung die nötige Vorsicht beobachtet werden, um einerseits Umgehungen der Zollsätze für zugerichtete Leder zu verhindern, und anderseits die Lederzurichtereien zu erhalten.

Meine Herren, der Zollsatz von 24 M entspricht ungefähr einem Zollschutz von 8%, er hält sich also innerhalb des vom Fürsten Bismarck aufgestellten Programms vom 15. December v. J., daß ich in dieser Beziehung für richtig halte, er übersteigt wohl bei keinem Leder 10%; bei den feineren Ledersorten, die ja in beträchtlichen Mengen eingeführt werden, französischem Kalb-leder, russischem Buchtenleder ist der Zoll erheblich geringer als 8%, etwa 4—5% des Wertes. Wenn man also überhaupt Schutzzölle für berechtigt hält, so wird man zugeben müssen, daß die Lederindustrie diesen Schutz beanspruchen kann.

Sie kann ihn aber besonders beanspruchen, weil die amerikanische Leder-industrie ebenso wie die französische und russische, mit der wir zu concurriren

haben, in außergewöhnlicher Weise nicht allein durch die natürlichen Verhältnisse, sondern auch durch künstliche Steuerverhältnisse begünstigt ist. Namentlich in Amerika besteht ein außerordentlich hoher Zoll auf Leder, und auf Grund des hohen Schutzzolles sind die dortigen Gerber in der Lage, nach Deutschland sehr billig zu liefern. Es ist zwar von dem Herrn Vorredner gesagt worden: „es sind verhältnismäßig wenig Leder nach Deutschland hineingekommen“, aber nicht auf die Menge des eingeführten Leders kommt es an, sondern auf den Preisdruck, den das Leder durch die drohende Menge des amerikanischen Imports erfährt; wollten die deutschen Gerbereien ihre Lederpreise heraufsetzen, so würde das Doppelte und Dreifache an fremdem Leder hereinkommen. Die Zahlen des Herrn Referenten beweisen also nichts!

Eine Thatsache ist es, daß die deutsche Lederindustrie vielleicht neben der Eisenindustrie am meisten zu leiden gehabt hat durch die niedrigen Zölle und durch die auswärtige übermächtige Concurrenz. Der Herr Referent hat zugeben müssen, daß die Lederindustrie sich in einer Notlage befindet. Die Gerberei ist in Deutschland zum großen Theil in kleinen Händen. Die Sohlledergerber sind allerdings meistens reiche große Leute, aber der größte Theil der anderen Lederfabrikation ist Kleinindustrie, — also trifft das oft gebrauchte Stichwort nicht zu, daß der Schutzzoll nur die Großindustrie schützen soll. Viele früher wohlhabende Gerber sind jetzt in drückende Abhängigkeit von den Lederhändlern, die ihnen das Geld vorschießen, damit sie überhaupt weiter arbeiten können, gekommen.

Ich glaube allerdings, daß dieser Niedergang zum Theil selbst verschuldet ist durch Zurückbleiben, durch nicht rechtzeitige Einführung der Specialitäten, — (hört! links) aber jetzt handelt es sich darum, eine sehr bedeutende Industrie unserem Vaterlande zu erhalten, den Gerbern wieder Muth zu geben, Anlagen zu machen, die ihnen die Concurrenz mit dem Auslande gestatten. Das ist z. B. nicht möglich, wo selbst gut eingerichtete Fabriken, wie ich versichern kann, seit 3 Jahren mit einer Unterbilanz abschließen. Wie mag es da erst mit den kleineren Gerbern aussehen, die nicht über größere Capitalien verfügen?!

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Gerberei nach vielen Richtungen hin eine nothwendige Industrie ist. Zunächst ist es doch nur naturgemäß, daß wir in Deutschland die eigenen Häute verarbeiten, aber seit vielen Jahren geht ein großer Theil der Häute in's Ausland. Ich weiß wohl, daß augenblicklich die Preise in Deutschland für rohe Häute gestiegen sind und die Ausfuhr aufgehört hat, ich schreibe das zum Theil allerdings auf die Meinung der Gerber, daß demnächst Schutzzölle eingeführt werden, und da haben sie z. B. sehr viel eingearbeitet. (Hört! links.)

Die Lederindustrie ist ferner eine solche, die wir im Falle eines Krieges unbedingt gebrauchen. Bei manchen Industrien kann man sagen: es ist eine Luxusindustrie, wir brauchen sie nicht, aber die Lederindustrie müssen wir im Inlande haben, falls wir abgeschnitten sind von der Einfuhr. Die Regierung hat um so mehr Ursache, die Lederindustrie zu unterstützen, da sie sich in Bezug auf die Forstverwaltung nach meiner Ansicht schwere Verhältnisse hat zu schulden kommen lassen. Bekanntlich bedarf die Leder-

industrie als wichtigstes Rohmaterial die Lohne. Nun sind aber die Eichenwaldungen vor allem in Deutschland sehr devastirt worden. Die Eiche wuchs auf dem fruchtbarsten Boden und war zum großen Theil in Kleineigentum. Ich halte es mindestens für einen Fehler, daß man diese Eichenwaldungen der Privaten und Gemeinden zum großen Theil hat verschwinden lassen und daß anderseits die Regierung bezüglich der Forsten der Ansicht folgte, daß die Nadelhölzer einen schnelleren Gewinn brächten als die Eiche, und die Eiche dadurch auch in den Staatsforsten sehr zurückgegangen ist. Zu Folge dessen sind die Gerber gezwungen, die Lohne vom Ausland zu importiren, namentlich die ungarische Lohne. Es sind vorwiegend die Gerber in den östlichen Provinzen des preußischen Staates, welche ohne dieselbe nicht auskommen können, und ich halte es deshalb für einen großen Fehlgriff, die Lohne mit einem Zoll zu beladen. Ich halte das deshalb für um so ungerechtfertigter, weil durch den Zoll doch voraussichtlich Niemand bewogen werden wird, Eichenwaldungen anzulegen, da er erst nach 30 Jahren einen Ertrag davon haben kann, und nach den Ausführungen, die Herr Professor Schmoller gemacht hat, wissen wir nicht, ob wir nach 30 Jahren eine Schutzollperiode oder eine Freihandelsperiode haben werden. (Heiterkeit.) Daß dann der Zoll auf Lohne weggefallen ist, möchte ich jedem Eichenwaldbesitzer garantiren.

Die neulichen Ausstellungen in Berlin und in Hannover haben wieder die deutlichste Bestätigung geliefert, daß die Eiche bestimmt ist, einen großen Theil unserer Heiden wieder in Wald zu verwandeln; wenn die Regierung dem Nothstand, der sich in Deutschland in so auffallender Weise gehnährt hat, abhelfen will, so kann sie nichts Besseres thun, als die großen Heiden, die wir besitzen, auf 3 Fuß durchzubrechen mit dem Dampfpflug, wie der Herzog von Arenberg dies in großem Maßstabe in Meppen thut, zu cultiviren und dann auf den dazu geeigneten Flächen Eichen anzupflanzen; dann werden wir nach einer Reihe von 30—40 Jahren allerdings das Material haben, dessen die Gerberei bedarf.

Wo man ferner Versuche mit Lohnegewinnung gemacht hat, ist das vielfach sehr unpraktisch geschehen, indem man von Zeit zu Zeit Auctionen veranstaltet für Lohne, die noch auf den Bäumen ist, — die die Käufer also selbst schälen sollen. Das geht vielleicht an der Saar und an der Mosel, wo große Eichenschälwaldungen sind, aber wenn nur einige Morgen mit Eichen bestanden sind, ist es sehr unzweckmäßig. Die preußische Forstverwaltung hat Versuche anstellen lassen über die Gewinnung der Gerbmaterialien aus den im Winter gefällten Bäumen, die ein sehr befriedigendes Resultat geliefert haben. Es bedarf dazu allerdings eigener Anstalten und ich fürchte, daß ein thörichtes Sparfamleitprincip, welches jetzt vielfach eingerissen ist, sich scheut, productive Anlagen zu machen und die Versuche unterbrochen hat und glaube, daß das wichtige Problem gelöst werden wird, wenn der Staat die nöthigen Mittel hergibt um die Versuche zu Ende zu führen.

Man hat uns gesagt: daß Ausland wird unsere Lederindustrie auch schlechter behandeln, wenn wir unsere Lederzölle erhöhen. Es ist eine Thatsache, daß wir in lackirten und anderen feineren Ledersorten exportiren, und es wird befürchtet, daß das Ausland diese mit höheren Zöllen belegen könnte. Ich glaube, das ist eine Anschauung, die außerhalb Deutschlands Niemand theilt.

Es ist die eigenthümliche Ueberhebung der Deutschen, daß sie immer glauben, die ganze Welt betrachte sie als Vorbilder. Im Gegentheil, wenn wir Zölle einführen, dann werden wir die Amerikaner viel eher dazu zwingen, ihre hohen Zölle herunter zu setzen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Amerikaner haben bereits so hohe Lederzölle, daß sie sie nicht steigeren können, und ich habe einen Bericht über eine amerikanische Lederindustriellenversammlung gelesen, wo gesagt wird: wir werden einen Theil der Zölle schwinden lassen müssen, wenn im Wege von Handelsverträgen unseren Lederern weitere Vortheile gewährt oder von ihnen Nachtheile abgewendet werden können.

Meine Herren, man hat gesagt, unsere Lederverarbeitende Industrie, die in der hiesigen Gegend eine besondere Bedeutung hat, die exportirende Schuh- und Portefeuillefabrikation werde durch die Erhöhung des Lederzolles geschädigt werden. Ich kann das nur zugeben, wenn wir nicht unbedingt eine nothwendige Maßregel ergreifen, nämlich die, daß wir den Fabrikanten, die ausländisches Leder verarbeiten und verarbeiten müssen, den darauf verwendeten Zoll zurückvergüteten. (Hört! hört! links.)

Das ist durchaus nothwendig für die lederverarbeitende Industrie, weil sie zu vielen Zwecken der ausländischen Leder nicht entbehren kann, da sie vor allem gezwungen ist, billig zu arbeiten und nur billig arbeiten kann mit ausländischem, amerikanischem u. s. w. Leder. Es ist vielfach, gerade von freihändlerischer Seite behauptet worden, daß die Rückvergütung des Zolles außerordentlichen Schwierigkeiten begegne. Ich wüßte in der That nicht, worin dieselben liegen sollten. Haben wir so und so viel Centner Schuhe, so ist mehr wie die gleiche Menge Leder dazu verarbeitet. Wenn wir aber auch nur den Zoll zurückvergüteten, der dem Gewicht der Schuhe selbst entspricht, so würde schon viel gewonnen sein. Es läßt sich aber durch sachverständige Untersuchungen mit Leichtigkeit feststellen, welcher Procentsatz für den Verlust anzunehmen ist, um dem Fabrikanten einen entsprechenden Ersatz für den ausgelegten Zoll zu verschaffen. Selbstverständlich muß man beim Export von der häufig aufgestellten Forderung der Identität abssehen.

Es ist von freihändlerischer Seite mit Recht behauptet worden, daß im Großen und Ganzen der Zoll eine entsprechende Vertheuerung der Ware herbeiführen werde und deshalb ist es ganz einerlei, ob der betreffende Schuhfabrikant inländisches oder ausländisches Leder verwendet, denn das inländische Leder ist ihm auch in demselben Maße vertheuerert, wie das ausländische. Es würde deshalb eine unmöthige und schädliche Erschwerung des Exports sein, wenn man dann die Identitätsnachweise forderte. Es ist also nichts weiter nötig, als daß der Exportlederfabrikant eine Zollquittung vorlegt, die beweist, daß so und so viel Centner Leder, die er verbraucht hat, wirklich importirt sind. Es muß ausgeschlossen sein der Nachweis, daß er das Leder selbst importirt hat, denn das würde nur einigen wenigen großen Industriellen zu Gute kommen, die das Leder von Amerika selbst beziehen können. Es muß also die Quittung übertragbar sein von dem Händler auf den Fabrikanten und den Exporteur und zwar im Wege des Indoßaments um allen Betrügereien vorzubeugen und um jeder Zeit sehen zu können, welche Wege die

Zollquittung gemacht hat. Endlich halte ich es für erforderlich, um den Zollfiscus genügend zu schützen, daß die Quittungen binnen 12 Monaten verjähren.

Bei den Lederwaaren ist das Verfahren leicht anzuwenden, bei manchen anderen Industrien mag es schwerer sein, durchführbar ist es fast überall und ich möchte den Herren, die auf meiner Seite, auf dem Standpunkt des gemäßigten Schutzolles stehen, dringend ans Herz legen, sich nicht der Exportindustrie feindlich gegenüberzustellen, sondern ihr die Möglichkeit zu geben, weiter zu bestehen, denn sie beschäftigt mindestens doppelt, dreifach so viel Hände als die Industrie, die Halbfabrikate herstellt. Meine Herren, wir müssen unbedingt die Exportindustrie erhalten. (Bravo! links.)

Knüpfen Sie deshalb ausdrücklich an den Zolltarif die Bedingung: wir gewähren die Säke darin nur unter der Bedingung, daß gleichzeitig auch der Exportindustrie ein Ausgleich gewährt werde in Form des Rückzolles. Ich stelle deshalb folgenden Antrag, zunächst für die Lederindustrie im Besonderen:

- Der unter 21a aufgeführte Zoll von 24 M erscheint für zugerichtetes Leder angemessen, während für nicht zugerichtetes Leder ein Zoll von 18 M vorgeschlagen wird.

Der Zoll auf Lohe und Thran ist zu verwerfen.

Meine Herren, ich bin vorhin nicht auf den Thran gekommen, ich will dies noch nachholen. (Heiterkeit.)

Es hat durchaus keinen Zweck, auf den Thran einen Schutzoll zu legen, denn er wird im Zollverein nicht bereitstehen; es ist ein Fabrikationsmaterial, welches für die Zuteindustrie und Lederfabrikation in gleicher Weise nötig ist. Wenn man den Zoll nicht ganz fallen lassen wollte, weil der Thran noch für Medicinalzwecke und für die Seifenfabrikation gebraucht wird, dann würde es wenigstens zweitmäßig sein, denaturirtes Thran in ähnlicher Weise wie denaturiertes Olivenöl frei zu lassen. Das Einfachste ist indeß die Befreiung des Thrans von jedem Zoll; ferner:

Es ist Pflicht des Staates für Vermehrung der Eichenwälder Sorge zu tragen und die in den Staatsforsten zu gewinnende Lohe den Gerbern zugänglich zu machen.

Ferner in Bezug auf die Zollrückvergütung\*):

- Wenn die Fabrikationsmaterialien durch Zölle vertheuert werden, so ist beim Exporte der daraus hergestellten Waaren ein der Vertheuerung entsprechender Rückzoll zu gewähren.
- Die Rückgewähr des Zolls erfolgt auf Grund von Einführ-Zollquittungen, welche durch Indossament übertragbar sind, und binnen 12 Monaten verjähren.
- Der Exporteur hat Art und Menge des für die exportirte Waare verwandten Fabrikationsmaterials glaubhaft nachzuweisen, wenn er Rückzoll beansprucht. —

\*) Dies bezieht sich auf die General-Debatte, §. S. 140.

Ich hoffe, daß die Herren Freihändler meinen Antrag auf Rückzölle unterstützen werden. Ich habe ausdrücklich ihn an die Bedingung geknüpft, wenn die Fabrikationsmaterialien durch Zölle vertheuert werden. Meine Herren, es wird aber hier (links) der Kopf geschrüttelt; — verlassen Sie sich darauf, die Schutzzölle werden eingeführt (große Heiterkeit), — warum wollen Sie also nicht einem großen Theil der Industrie, nur um sich ein zwieläufiges Agitationsmittel zu erhalten, die Vortheile gewähren, die Sie ihm schuldig sind? Warum wollen Sie das Prinzip des Freihandels nicht hierbei zur Geltung bringen? Eine Rückgewähr des Zolles heißt: Zollfreiheit für die Exportmaterialien. Sie gewähren ja dadurch den Hansestädten einen bedeutenden Vortheil, Sie werden den Import und Export in außergewöhnlicher Weise steigern, und Feder, der die Verhältnisse unserer Seestädte kennt, wird sagen: vor allen Dingen thut ein großer Export uns noth, er ist eine Lebensbedingung für unsere Röhrelei.

Es wird von großer Bedeutung sein, wenn gerade unser Verein sich in diesem Sinne ausspricht, wenn er hierfür sein Gewicht in die Wagschale legt. Ob Freihandel oder Schutzzoll, — da wird keiner befürchtet werden, aber dies ist ein Punkt, wo die Verbitterung, die durch unser deutsches Land zieht, zum großen Theil in Versöhnung übergehen kann, wo wir unsere Exportindustrie, die eine Grundlage unseres Gediehens ist, vor dem Unglück des Rückganges bewahren können.

Bedenken aber auch Sie, meine Herren, die Sie für Zollerhöhungen sind, daß der Schutzzoll dann am besten gewahrt wird, wenn man allen Theilen des Volkes gerecht wird, wenn wir wirklich das Motto der nationalen Arbeit auf Alle anwenden und wenn wir die große Arbeitermenge, die müßig ist, wirklich in vollem Maße beschäftigen, und das werden Sie erreichen, wenn Sie die Rückzölle einführen. (Bravo! links.)

Präsident Prof. Dr. Nasse: Es ist ein Antrag eingegangen von Herrn Sombart:

Der Verein für Socialpolitik wolle beschließen, in die Berathung der einzelnen industriellen Zölle einzutreten, von einer Abstimmung über die einzelnen Tarifpositionen aber abzustehen.

In die Specialberathung sind wir schon eingetreten, der Antrag würde also etwas zu modifizieren sein.

Wir treten nun in die Discussion ein und gebe ich zunächst das Wort Herrn Pütz.

Ingenieur Pütz (Gießen): Meine Herren! Obgleich ich mir vorgenommen hatte, nur bei der Eisenzollfrage das Wort zu ergreifen und die Richtigkeit des Sprichwortes „Schuster, bleib bei deinem Leisten“ gerade auch bei unseren Debatten stets anerkannt zu sehen wünschte, so kann ich doch, wenn ich die Einfuhrziffern des Leders im Jahre 1878 mit denjenigen der Ausfuhr vergleiche, nicht begreifen, wie sich die deutsche Lederindustrie für eine Erhöhung des Zolles auf Leder und Lederwaren aussprechen kann, ich muß hier bereits auf unsere Exportverhältnisse gründlicher eingehen. 130,454 Ctr. Leder aller Art, 5525 Ctr. Brüsseler und Dänisches Handschuhsleder, 54,025 Ctr. Leder-

waaren und 4392 Etr. lederne Handschuhe wurden nämlich im Vorjahrre ausgeführt.

Wer wie ich lange im Auslande besonders in Spanien gelebt hat und sah, wie gerade dort jeder auch nur anständig sein wollende Mensch früher Lack, später Kiddlederstiefel trägt, welches nicht zu geringem Theile aus deutschen Fabriken herstammte, wer dann später, wie ich, mehrere Jahre in der alten Kaiserstadt Worms lebte und erkannte, wie die kolossalen Vermögen dieser Lederstadt hauptsächlich auf dem ausländischen Markt gewonnen wurden, der muß sich ereifern, wenn er jetzt die Kurzsichtigkeit eines großen Theiles unserer Fabrikanten sieht. —

Meine Herren, die Gründe, warum Sie mich auf dieser Seite der Versammlung sehen, sind ganz andere, als Sie vielleicht Alle vermuthen.

Ich würde selbst auf Kosten der Consumenten manchem unserer nothleidenden Industriezweige bei der anhaltenden Krise gerne einen kleinen Schutzoll gewähren, würde in erster Linie der allerdings nothleidenden Landwirthschaft den geringen Kornzoll gönnen, wenn ich mir nicht sagen müßte, daß heute kein einzelner Zoll mehr durchzubringen ist, ohne daß man allen Schutzöllnern Zugeständnisse machen muß, wenn ich mir sage, daß des armen Mannes Brot nicht der 25 oder 50 % wegen theurer wird, sondern weil von dem geringsten Getreidezoll der Händler, der Müller, und der Bäcker abermals profitiren wollen und Alle die Preise nach oben abrunden. — Ich bin aber vor allem deshalb gegen Schutzölle, weil ein Abweichen von unserer bisherigen Handelspolitik das Signal für die Schutzöllner aller Nachbarstaaten, ja für die Regierungen aller auf starken Import angewiesenen Länder der fünf Welttheile sein wird, durch erhöhte Schutzölle auch ihre nationale Arbeit schützen, durch Einführung von Finanzöllen ihre Einnahmen verbessern zu wollen, so daß Deutschlands jetzt blühender Export auf das Furchtbarste in Mitleidenschaft gezogen werden wird.

Und glauben Sie mir, meine Herren, in allen Ländern der Welt ist die Macht der Schutzollparteien eine gleich große, ihr Einfluß ein gewaltiger und wo es gilt Sonderinteressen zu schützen, ist man bekanntlich in der Wahl der Mittel nicht allzu gewissenhaft. —

Daß ich aber, wenn ich Sie versichere, daß die continentalen Staaten und die überseeischen unsere Schutzölle sofort durch Repressalien beantworten werden, nicht zu schwarz male, daß ich nicht gegen Windmühlenflügel ankämpfe, darüber würde Sie ein Blick in die ausländischen Zeitungen belehren, darüber würden Sie z. B. gewisse russische Presboggane belehren, die infolge unserer beabsichtigten Getreidezölle bereits heute eine Sprache gegen Deutschland und dessen Regierungschef führen, die ich nicht einmal hier widerholen darf, ohne befürchten zu müssen, mit dem Staatsanwalt in nähtere Verührung zu kommen. Geht doch eines dieser Organe sogar so weit, geradezu Prohibitiivzölle für deutsche Waaren zu verlangen und an den Patriotismus der Russen zu appelliren, nach Einführung unserer Getreidezölle nur englische und französische Einfuhrartikel zu consumiren. Nun ich will ja gerne zugeben, daß die Suppe nicht so heiß gegessen wird, als man sie aufzutragen pflegt, aber soviel scheint mir denn doch festzustehen, daß gerade in Russland, was für unsere deutsche Industrie ein Hauptabsatzgebiet sein müßte, heute die Geister besonders gegen Deutschland erregt

sind und selbst der uns wohlwollende Zar der öffentlichen Meinung jetzt mehr denn je Rechnung zu tragen gezwungen ist.

Ein beabsichtigter Zollverband zwischen Frankreich und Belgien, von welchem wir gerade in den letzten Tagen viel lesen, ist ebenso wenig dazu angethan, uns ruhig in die Zukunft blicken zu lassen.

Der Hauptgrund unserer Redner der Schutzzollpartei, daß Deutschland der Zölle bedürfe, weil unsere Nachbarstaaten die ihrigen nicht fallen gelassen, sondern im Gegenheile in neuerer Zeit sogar erhöht haben, entbehrt aber bei gründlicher Prüfung aller Beweiskraft.

An Deutschland, dem mächtigsten und einflussreichsten aller Culturstaaten lag es eben, die Fahne der gemäßigt Freihandelspolitik, unter welcher seine Industrie und sein Handel eine kaum geglaubte Blüthe in einer nur kurzen Zeit erlangt hatten, auch ferner hochzuhalten, um unsere Nachbarstaaten zu weiteren Concessions zu zwingen. Deutschland brauchte nur denjenigen Staaten, in welchen die Schutzzollpartei die herrschende war, ernstlich mit Retorsionsmaßregeln zu drohen, denselben gewisse uns selbst oft nur wenig schadende Zugeständnisse zu machen, um seinem eigenen Systeme auch in jenen Ländern immer mehr Eingang zu verschaffen. Da ich behaupte dreist, die große Masse der Bevölkerung unserer Nachbarstaaten hätte sogar, wenn wir einig und unserer bisherigen Zollpolitik treu geblieben wären, ebenso gut geglaubt, daß ein großer Theil unserer früheren Erfolge und der beträchtlichen Vermehrung unseres Nationalwohlstandes unserer bisherigen Zollpolitik zuzuschreiben seien, und hätten ihre Regierungen auf denselben Weg gedrängt, wie sie heute, weil wir es selbst behaupten, der irriegen Meinung sind, unsere Milliarden seien verloren gegangen, weil wir eben dem Freihandelsystem gehuldigt haben. — Statt aber dem bisherigen Systeme treu zu bleiben, statt den österreichischen Schutzzöllern ganz entschieden zu zeigen, daß wir nur Zugeständnisse gegen Zugeständnisse, aber keinen Rückschritt zugeben würden, wurden Monate um Monate lang Verhandlungen wegen des neuen Zolltarifes mit Österreich-Ungarn geführt, ohne daß erhebliche Differenzen geschlichtet, vor Allem gegen die dortige Schutzzöllnerei energisch Front gemacht worden wäre. Heute darf man wohl fühl'n die Rehauptung aufstellen, daß schon damals der Reichskanzler an eine Aenderung der deutschen Zollpolitik dachte, wenn ihm auch noch die einzelnen Details seines zu besagenden Systems nicht ganz klar waren.

Und welche Erfolge hatten die gemäßigt Freihändler noch vor mehreren Monaten aufzuweisen! Damals zeigte es sich noch, daß eine bloße Theorie nie im Stande gewesen wäre, so viele Anbeter unter allen Nationen zu gewinnen. Die Wissenschaft und die Intelligenz hatten sich nämlich verbündet, um für die Freihandelsidee Propaganda zu machen.

Jeder Steamer, der aus der neuen Welt nach Europa kam, brachte uns Nachrichten und Berichte, daß auch in der amerikanischen Union die auf die Dauer stets gefährlichen Folgen der Schutzzollpolitik zu Tage getreten und erkannt worden waren, daß die Mahnungen der Gebildeten und Besten der Nation zur raschen Umkehr nicht mehr tauben Ohren gepredigt wurden.

In Frankreich traten die bedeutendsten Capacitäten zu einer Freihandelsliga zusammen, um durch Wort und Schrift für fallenlassen der Zollschranken, für Erneuerung der Handelsverträge ihre Stimme zu erheben und finden eine

bedeutende Anzahl Anhänger im Volke und in den Handelskammern der bedeutendsten Städte. Ja es wird mir hoffentlich nicht als Unbescheidenheit ausgelegt werden, wenn ich versichere, daß ich noch im August vorigen Jahres während der Pariser Ausstellung Gelegenheit fand, den Präsidenten der französischen Freihandelsliga zu sprechen und ihm zu erklären, daß ich mir nur dann eine Weiterbefolgung unserer Freihandelspolitik vorstellen könne, wenn unsere Nachbaren, also auch die Herren Franzosen ebenfalls ihre Schutzzölle fallen ließen und ich nahm die tröstliche Versicherung von dort mit, daß die freihändlerische Richtung immer mehr Anerkennung beim französischen Volke fände und selbst Gambetta erklärt habe, derselben wahrscheinlich in den französischen Kammern eine Mehrheit verschaffen zu können, wenn nur den Ministern der Muth nicht fehle, gegen gewisse Interessenten-Gruppen mit Energie aufzutreten und wenn nur die Freihändler ihre Sache mit der nothwendigen Geschicklichkeit vorzubringen und zu begründen wüssten.

Selbst heute noch schreibt das Organ Gambetta's, die République française, in ähnlichem Sinne und der Handelsminister Tirard ist wahrlich kein Anhänger des französischen Schutzzollsystems.

Die französische Enquête belehrt uns außerdem, wie sehr gerade gewisse französische Hohofenbesitzer gegen die acquits à caution zettern, indem sie behaupten, daß ihre Hohofen stille lägen, während das lothringische und luxemburger Roh-eisen an ihren Thüren vorbei nach Frankreich eingeführt werde.

Was Belgien betrifft, so hat noch eine Sitzung der Kammer vom 17. December v. J. gezeigt, wie dort gerade in Ingenieur- und Fabrikantenkreisen gemäßigte Freihändler zu finden sind, und der Finanzminister Graux hält die Forderungen verschiedener Herren, in erster Linie den Wegfall der Garn- und Eisenzölle für berechtigt, jedoch sei der Ausfall in finanzieller Beziehung von Bedeutung, und er halte es vor Allem nur jetzt für opportun, die Zölle vorläufig noch beizubehalten, um für ihre spätere Aufgebung Gegenconcessionen vom Auslande zu erhalten. —

(Der Redner wird von dem Präsidenten mit dem Hinweis auf die abgelaufenen 10 Minuten unterbrochen.)

**Sohlsledergerber Hoffmeister (Heidelberg):** Meine Herren, es ist ein trauriges Bild, daß eine Industrie, die so solide dasteht, wie die Gerberei, sich auf den Kampfplatz der politischen Leidenschaften begeben muß. Bis zum Jahre 1865 ist die deutsche Gerberei eine der solidesten Industrien in allen ihren Branchen gewesen. — Obwohl sie niemals, was genau erwiesen ist, mit großen Verdiensten arbeitete, und dadurch von allen Gründungen verschont blieb, hat sie stets solide gearbeitet. Die mit ihr innig verwandten Gewerbe der Schuhmacherei, der Sattlerei, sind blühend gewesen, der Lederhandel ist groß und mächtig geworden. Im Jahre 1865, als es sich darum handelte die Zölle herabzusetzen, waren Verhältnisse maßgebend, die die rechtfertigten und der damalige Gesetzgeber konnte bei Lage der Verhältnisse nicht ahnen, daß die überseischen Länder dereinst unsere Märkte mit Leder und fertigen Lederwaaren überschwemmen würden.

Die deutsche Gerberei war exportfähig. Es wurden bis zum Jahre 1865 ganz bedeutende Massen Leder exportirt und dagegen kaum 5000 Bentner nach

Deutschland eingeführt. Die Gerber hatten Recht für die damalige Zollermäßigung einzutreten. Man war Österreich und Frankreich gegenüber in der Lage sogar unsere besten und theuersten Sohlleder auszuführen. Dieser Zustand ist geändert worden durch die Herabsetzung der Zölle von 36 M auf 12 M per 100 Kilo, denn dadurch ist es dem überseelischen, besonders dem amerikanischen Gerber möglich geworden, durch seine Produktion den europäischen Markt, besonders den deutschen, zu erobern und heute noch durch seine billigen Preise zu beherrschen.

Meine Herren, das sind unhaltbare Zustände, und wenn auch die Freihändler durch theoretischen Zahlenbeweis die Wucht dieser Thatfachen abschwächen wollen, praktisch stehen wir auf dem Standpunkt: daß nur ein ausreichender Schutz die Gerberei auf ihrer seitherigen Blüthe erhalten kann.

Die Position 21 B des Zolltariffs enthält: Sohlleder, Maschinriemenleder, Bacheleder, Zeugleder, Fahrrader u. s. w. Der Absatz dieser Lederarten ist ausschließlich auf den insländischen Markt angewiesen, während die Fabrikanten der Ober- und Luxusleder exportfähig sind. Daher auch der Unterschied in den Forderungen der Lederindustrie.

Wir Sohlledergerber bedürfen zur Existenz eines Schutzes. Wir sind Europa gegenüber vollständig konkurrenzfähig, weil in allen Staaten das wichtigste Rohprodukt, die Lohrinde, im Culturwald gewonnen wird; aber wir können nicht gegen die Länder antämpfen, die den Rohstoff aus dem Urwald gewinnen. Der amerikanische Gerber kann mit 30 M die 100 Kilo Leder gerben, während der deutsche Gerber für Lohrinden 80 bis 100 M ausgeben muß. In dieser Differenz liegt der ganze Widerstreit der Interessen und wenn die deutschen Sohlledergerber gegen solche ungünstige Verhältnisse geschützt werden wollen, so kann man ihnen nicht vorwerfen, Prinzipienreiterei zu treiben, sondern es ist ein Kampf des alten Culturstaaats gegen die modernen überseelischen Emporien. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich spreche zu Ihnen als Vertreter von circa 2000 Gerbern, die am 13. Februar in Berlin durch Delegirte vertreten waren. Was wir damals beschlossen, ist in der Eingabe an den Vorsitzenden der Tarifcommission Herrn von Barnbüler, enthalten. Unsere Forderungen sind darin vollständig genau festgestellt und bewiesen. Glauben sie nicht, meine Herren, daß das was wir verlangen etwas Unbilliges ist, es ist leider durch die trostlose Lage unseres einst so sehr blühenden Gewerbszweiges zu sehr begründet. Wenn ich heute Collegen aus der Lederbranche hier im Lager der Freihändler sehe, bin ich fest überzeugt, daß bei Fortdauer der jetzigen Zustände in kurzer Zeit mancher von ihnen an meinem Platze stehen wird.

Meine Herren, man hat uns heute hier vorgehalten, die Sohlledergerberei brauche keinen Schutz, dagegen sage ich: Sie setzen damit unsere Industrie auf den Aussterbeetat, und wir werden für einen der wichtigsten Consumartikel: das Leder, vom Auslande abhängig. (Lebhafte Bravo! rechts.)

(Ein Schlussantrag wird abgelehnt.)

Dr. Hecht (Mannheim): Meine Herren, ich will mich nicht auf den Gegensatz einlassen zwischen Culturwald und Urwald, Culturstaat und Urstaat, der hier hergehoben worden ist. Gestatten Sie mir ganz einfach, die sta-

tistischen Zahlen in den Vordergrund der Grörterungen zu stellen. Der Werth aller Leder die in Deutschland fabrizirt werden, ist  $\text{M} 337,735,000$  rund. Dem gegenüber steht eine Einfuhr im Jahre 1878 von nur  $\text{M} 14,630,000$ ; demnach verhält sich die Einfuhr zu dem in Deutschland fabricirten Leder wie  $4\frac{1}{2}:100$ .

2. Das im Innlande erzeugte Sohlleder wird von beiden Parteien ziemlich übereinstimmend auf 150 Millionen  $\text{M}$  berechnet. Der Werth der außereuropäischen Sohlledereinfuhr ist ungefähr  $4,800,000 \text{ M}$ . Es verhält sich demnach diese Einfuhr zur inländischen Fabrikation wie  $3\frac{1}{5}:100$ . Wollte man selbst tendenziöse Calculationen vornehmen, so könnte dieses Verhältniß nicht wesentlich verändert werden.

3. Die Ausfuhr von Leder im Jahr 1878 berechnet sich auf  $49,632,000 \text{ M}$  an Werth. zieht man hiervon ab die Ledereinfuhr mit 14 Millionen  $\text{M}$ , so bleibt eine Mehrausfuhr von rund 35 Millionen  $\text{M}$ .

4. Das Verhältniß der Gerbereien und Lohnmühlen zum Lederwarenbetrieb ist in der Discussion noch nicht hervorgetreten und ist von besonderer Wichtigkeit. Nach der Zählung von 1875 waren in Deutschland 11,969 Gerbereien und Lohnmühlen mit einem Arbeiterpersonal von circa 42,000 Mann, während im Lederwarenbetrieb thätig waren 288,140 Fabriken mit 465,000 Arbeitern.

5. Was die amerikanische Handelsbilanz betrifft, die hier ganz besonders in den Vordergrund gestellt wurde, so gestatten Sie, die offiziellen Zahlen zu erwähnen, damit Sie ersehen, daß die Berechnungen des Herrn Vorredners total falsch sind. Die Einfuhr von Lederwaren nach Amerika belief sich auf 30,000,000, die Ausfuhr auf 35 Millionen; die Ausfuhr übersteigt sonach die Einfuhr nur um 5 Millionen. Die Totalausfuhr Deutschlands an Leder und Lederwaren ist 102 Millionen  $\text{M}$ , die Gesamteinfuhr nur 25 Millionen  $\text{M}$ , (hört! hört! links). Die Mehrausfuhr beträgt also über 77 Millionen  $\text{M}$ . Das procentuale Verhältniß ist: der Mehrexport Deutschlands an Leder und Lederwaren ist  $15\frac{1}{2}$  mal so groß wie der von Nordamerika, und da spricht man von einer Ueberfluthung! (hört! hört! links) von einer nothleidenden Industrie! Dass man die Zollfäge nicht erhöhen soll, ist mein Antrag, und namentlich verwahrt sich die Lederindustrie gegen einen Schutzzoll im Allgemeinen. Es ist ein Satz, der schon in den ältesten Zeiten galt und bis in die neueste Zeit beibehalten wurde: beneficia non obtruduntur, man dränge Niemandem eine Wohlthat auf. Es ist aber in der Schutzzollfrage förmlich auf Schutzzoll gereift worden. Ich habe einer Versammlung im Pirmasens beigewohnt; dort ist die eifreuliche Thatsache eingetreten, daß von Gerbern und Schuhwaarenfabrikanten einstimmig erklärt worden ist, eine Solidarität der Interessen zwischen Gerbern und Schuhwarenindustriellen sei jedenfalls diesem Kampf, der von einer Minorität provocirt worden ist, vorzuziehen. Die Gerber hätten ihre Interessen in derselben Richtung zu finden, wie die Schuhwarenindustrie, und ich halte es für frivol, daß man einen solchen Kampf veranlaßt hat.

Nach meinen Ermittlungen, und ich habe mich eingehend damit beschäftigt, sind die Calamitäten der Sohllederindustrie anderwärts zu suchen, nämlich darin, daß sich die Anforderungen an die Sohllederproduction wesentlich verändert haben; während die deutschen Sohlledersfabrikanten diesen Anforderungen in ihrer großen Mehrheit nicht folgten, haben Amerika, England, Frankreich und Belgien

sich diese Fortschritte angeeignet. Dort ist der wahre Grund zu suchen. (Widerspruch und Zustimmung.)

Das ist richtig, meine Herren, trotz des Widerspruchs der Schutzzöllner. Wir haben die Rede des Herrn Hoffmeister gehört, die, wie der Zolltarif, ohne Motive gearbeitet ist und sich in allgemeinen Redensarten bewegt.

Ein zweiter Grund ist der, daß zu viel untergeordnete Waare in Deutschland gearbeitet wurde und vieles edle Material durch irrationellen Betrieb so zu sagen verbrudelt wurde. Auch ist der Einfluß der Kriegsjahre auf eine Ueberproduction für Häute und für Leder leicht erkennbar, und auch in Amerika hat man unter demselben Faktor in Folge des Secessionistenkriegs gelitten.

Um Besten aber spricht zu unseren Gunsten die Argumentation des einen Herrn von der Schutzzollpartei, nämlich der Antrag auf Exportvergütung. Der Herr hat gesagt: Sie können ja dafür stimmen, denn der Schutzzoll wird doch durchgehen. Von dem Standpunkte aus brauchten wir überhaupt nicht mehr zu discutiren. (Sehr richtig! links.)

Wir discutiren, um unseren Standpunkt zu wahren und in der Hoffnung, daß doch noch Einzelne Einsicht haben werden in die wahre Sachlage. Unter keinen Umständen schließen wir einen Compromiß mit unserem Gewissen und unserer Ueberzeugung, die sich seit Jahrzehnten festgestellt hat. (Bravo! links.) Deshalb sind wir gegen den Antrag von dieser Seite (rechts).

Wenn ferner bemerkt wurde, daß Ausland sehe nicht auf Deutschland, so ist das eine ebenso originelle wie unrichtige Argumentation, die mir namentlich vom schutzzöllnerischen Standpunkt, welche sonst immer das Gegenteil hervorhebt, gar nicht einleuchten will.

Das sind im Wesentlichen die Gesichtspunkte, welche ich hervorzuheben hatte, und ich empfehle Ihnen, diese Anträge der schutzzöllnerischen Minorität, im Verhältniß der Gesamtheit der Lederfabrikation, abzulehnen. (Bravo! links.)

(Ein erneuter Schlusstantrag von Prof. Schmoller wird abgelehnt.)

Reg.-Rath Beutner (Berlin): Meine Herren, ich habe mich nur zum Worte gemeldet in Folge der Aufforderung des Herrn Referenten, daß auch von unparteiischer Seite einmal der Gegenstand beleuchtet werden möchte. Ich halte mich für unparteiisch und erlaube mir deshalb zunächst die Bemerkung: wir in Deutschland haben mit dem guten Beispiel bezüglich der Zollfreiheit längst Versuche gemacht. Der Appell, der an uns gerichtet ist, ist von uns schon seit langen Jahren erfüllt worden. Schon 1862 und 1865, als die Verhandlungen über den Zollvertrag schwelten, ist ausdrücklich betont worden, „wir müßten mit gutem Beispiel vorangehen“. Als man die Eisenzölle aufhob, hat man sich wiederum auf dies Argument gestützt.

Ich frage Sie nun: was hat uns dieses gute Beispiel genügt? Man wendet ein: wenn wir jetzt den Schutzzoll einführen, so würden wir dadurch das Ausland nöthigen, seinerseits die Zölle zu erhöhen. Dieses Argument wäre richtig, wenn wir den Reigen begonnen hätten. Wir sind aber zuletzt in ihn eingetreten und zwar in höchst schlächtern Weise, so daß diese Besorgniß nach meiner Auffassung nicht gerechtfertigt ist.

Es sind von gegnerischer Seite allerhand Zahlen in's Feld geschickt und es ist vom Herrn Referenten bedauert worden, daß wir nicht im Besitz

zuverlässiger und amtlicher Zahlen wären. Nun, meine Herren, hier liegen amtliche Zahlen in den Motiven zum Tarif vor. Daraus ergiebt sich, daß wir bei den in Position a des Tarifs enthaltenen Lederarten im Jahre 1864 bei hohen Zöllen eine Einfuhr hatten von 4211 Centnern und 1877 eine Einfuhr von 108,147 Centnern. (Zurufe links: Falsch!)

Sie kann mich nur auf die amtlichen Zahlen berufen.

Die Herren haben sodann auf den großen Export an Lederwaren hingewiesen. Ich kann Sie wiederum auf die amtlichen Zahlen verweisen, aus denen hervorgeht, daß unser Export in diesen Sorten leider zurückgegangen ist.

Wir haben immer das Verlangen gestellt, Enquêtes vorzunehmen, damit wir einen zuverlässigen Boden gewinnen könnten. Wer hat aber dagegen angekämpft? Schon als man im Jahre 1865 den Gegenstand bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus zur Sprache brachte, hat man von Seiten der Redner, die zur Partei der nationalen Arbeit gehören, diese Forderung erhoben, und was hat man eingewendet? Ein Mann, der sich auf dem politischen Gebiete große Verdienste erworben hat, Herr von Binde, hat erwidert: „Das Verlangen nach Enquêtes kommt mir vor, als ob man Generäle hinzuziehen wollte, um über Ersparnisse im Militärwesen zu berathen“, und noch heute stehen Ihre (links) Freunde auf demselben Boden.

Es ist von dem Herrn Correferenten ein Gedanke angeregt worden, der bei meinen Parteifreunden schon längst Boden gefunden hat. Ich weiß nicht, ob der Herr Correferent zu den Schutzzöllnern gehört (Heiterkeit links), mir ist es nicht bekannt, ich habe im Gegentheil immer geglaubt, daß er sich zu Ihren Freunden zählt.

Meine Herren, es kann ja doch Denen, die es sich zum Grundsatz gemacht haben, die nationale Arbeit nach allen Seiten zu pflegen, nie in den Sinn kommen, irgend eine legitime Industrie schädigen zu wollen. Wir würden sicherlich gegen unser eigenes Prinzip handeln, wollten wir die blühende Exportindustrie durch Maßregeln schädigen, ohne zugleich die Hand zu bieten, die Schädlichkeiten wieder abzuwenden. Wir haben noch in der letzten Generalversammlung des Centralverbandes es ausgesprochen, es müsse im Interesse der Exportindustrie das Prinzip des freien Vereidlungswerkes möglichst ausgedehnt werden und auch eventuell der Grundsatz der Rückvergütung in's Auge gefaßt werden. (Aha! links.)

Hätten Sie, meine Herren, anstatt mit Leidenschaft unsere Bestrebungen zu bekämpfen, sich bemüht, wie wir das immer gethan haben und immer thun, einen neutralen Boden mit uns zu gewinnen, so wären wir längst vielleicht zu einer Verständigung gelangt.

Meine Herren, um nun näher auf das Leder einzugehen, so sind wir leider in unserem Vaterlande gewöhnt, alle die Schundwaren abzunehmen, die man an der Ursprungsstätte nicht consumiren will. Man hat der Sohllederindustrie vorgeworfen, sie sei zurückgeblieben. Meine Herren, die deutsche Sohlleiderindustrie ist seit Jahrhundertern eine der berühmtesten der Welt und es gibt noch heute kein Sohlleider, welches eine bessere Qualität hätte, als das deutsche. Das amerikanische Sohlleider ist von solcher Qualität, daß die amerikanische Regierung die Verwendung des amerikanischen Hemloch-Leders in der Armee verboten hat (Sehr richtig!)

rechts) und das ist das Leder, um dessen willen wir eine alte, seit Jahrhunderten in bürgerlichen Kreisen bestehende Industrie ruiniren sollen!

Man führt immer das Interesse der Großindustrie gegen das der Kleinindustrie in's Feld. Hier in diesem Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, alle Collisionen und Conflicte des wirthschaftlichen Lebens zu einer Harmonie zu führen, sollten wir mit solchen Einwendungen vorsichtig sein! Es gibt eine Versöhnung der Interessen und wir gerade, die wir den Schutz der nationalen Arbeit auf unsere Fahne geschrieben, haben in erster Linie den Grundsatz aufgestellt: die Solidarität aller legitimen Interessen, und bei dem Tarif für die Lederindustrie haben Sie einen Beweis, wie sehr die Großindustrien und die Kleinindustrien Hand in Hand gehen. Hier in diesem Tarif haben Sie es mit einer ganzen Anzahl von Gewerben zu thun, mit der Schuhmacherrei, der Sattlerei, der Handschuhfabrikation und dergl. Meine Herren, hier ist gerade der Boden, wo wir dafür eintreten müssen, daß unserem Handwerk nicht vollständig die Grundlage des Daseins entzogen werde. Wir haben gerade an unserem Handwerke viel gesündigt, denn durch unsere mangelhafte Tarifvertheilung haben wir das Kunsthandwerk ruinirt und diese schwere Schuld müssen wir wieder sühnen. Der Verein für Socialpolitik, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, gerade die Härten, die manche wirthschaftlichen Gesetze mit sich bringen, auszugleichen und das Wohl der arbeitenden Classen zu fördern, würde gegen sein eigenes Princip handeln, wollte er jetzt die günstige Gelegenheit nicht benutzen, die sich darbietet. Wenn wir erst Industrie und Gewerbe wieder lebensfähig gemacht haben, dann wird die Industrie — es ist das gestern schon betont worden und ich kann es wiederholt im Namen des ganzen Centralverbands erklären — vor keiner Auflage, vor keiner Belastung zurückschrecken, welche die Gesetzgebung im Interesse der humanitären Bestrebungen zu fordern die Pflicht hat. (Bravo! rechts.)

Deshalb bitte ich Sie, daß Sie Alle eintreten für einen maßvollen Schutz der deutschen Arbeit, insbesondere auch für die Nothwendigkeit einer Erhöhung der bisherigen Zölle im Interesse der Erhaltung der deutschen Gerberei.

Es ist noch von keiner Seite hervorgehoben worden, daß es sich hier lediglich um einen autonomen Tarif handelt. Vergessen Sie doch nicht, ein autonomer Tarif ist ein Tarif, der dazu berufen ist, im Wege der Handelsverträge abgeändert und modifizirt zu werden (Hört! links), und wir haben an der Spize der deutschen Verwaltung einen Mann, der bei Freund und Feind als die erste Autorität und Capacität in Sachen der Politik und in den auswärtigen Angelegenheiten der Politik gilt. Geben Sie ihm nur die Vollmachten, wie sie der § 5 des Gesetzentwurfs fordert und dieser Paragraph wird der Schlüssel sein zu allen auswärtigen Märkten. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Die Debatte wird geschlossen. Prof. Dr. Held (Bonn) beantragt, vor Schluß der Generaldebatte keine Abstimmungen mehr vorzunehmen. Dieser Antrag wird aber abgelehnt. Dagegen wird der Antrag Sombart: über Zahle nicht abzustimmen\*), angenommen:

Der Antrag Dr. Möller ad 1 und 2:

---

\*) Durch den Antragsteller selbst vorgenommene Präzisirung seines S. 89 aufgeführten Antrags.

- 1) Der unter 21 a aufgeführte Zoll von 24 M erscheint für zugerichtetes Leder angemessen, während für nicht zugerichtetes Leder ein Zoll von 18 M vorgeschlagen wird,
- 2) Der Zoll auf Lohne und Thran ist zu verworfen, wird hierauf abgelehnt, dagegen wird sein Antrag ad 3:
- 3) Es ist Pflicht des Staates für Vermehrung der Eichenwälder Sorge zu tragen und die in den Staatsforsten zu gewinnende Lohne den Gerbern zugänglich zu machen angenommen. (Es folgt eine kurze Pause.)

Präsident Prof. Dr. Raffae: Wir gehen jetzt über zu der Specialdebatte über: **Zölle auf Produkte der Textilindustrie.**

Zunächst hat das Wort der Referent Herr Seyffardt (Crefeld.)

Referent Seyffardt (Crefeld):

Der Ausschuß hat mich beauftragt, Ihnen zu referiren über die Aenderungen, die der neue autonome Zolltarif der Textilindustrie verheißt. Ich kann nicht sagen, daß ich der Aufrichterung gerne nachgekommen bin, denn ich bin mir wohl bewußt gewesen, daß die Zeit zur Vorbereitung zu kurz war, um das vorhandene reiche Material so zu verarbeiten, wie es dem wissenschaftlichen Charakter dieser Versammlung einigermaßen entsprochen hätte. Ich muß mich darum auch darauf beschränken, Ihnen auszuführen, nach welchem Prinzip, um nicht zu sagen nach welcher Schablone, die Aenderungen geschnitten sind, die den neuen vom alten Tarif unterscheiden, wer dabei gewinnt und wer verliert, und ob die voraussichtlichen Folgen geeignet sind die Reform als einen Erfolg der wahrhaft nationalen Arbeit in der Textil-Industrie erscheinen zu lassen.

Die Motive zum neuen Tarif sind erst vor einigen Tagen erschienen und kaum bekannt geworden. Wir müssen sie daher in den Zahlen suchen und werden sie leicht darin finden. Da ist entscheidend für unsere Beurtheilung die Anwendung, die der Grundsatz des berühmten Kanzlerbrieffs vom 15. December, daß von der allgemeinen Zollpflicht nur die dem Gewerbsleib unbedingt nothwendigen Rohprodukte auszunehmen seien, gefunden hat. Rohe Baumwolle, Flachs, Seide und Wolle sind frei von Eingangszoll geblieben, dagegen alle Halb- und Ganzfabrikate mit mehr oder weniger hohen Zöllen bedacht worden. Der Spinner ist durch diese Behandlung auf das entschiedenste bevorzugt. Sein Material findet keine Vertheuerung, während seiner nationalen Arbeit eine Brämie in Staffelform für die meisten Garne von Baumwolle, Flachs, Florette-Seide und Wolle zu Theil wird, die den bisherigen Zoll verschiedentlich um das Dreifache übersteigt. Der Vortheil des Spinners ist der Nachtheil des Webers, dessen Rohstoff das vertheerte Halbfabrikat des Spinners ist und dem die billigen Garne des Auslandes bisher zur Verfügung standen. Doch auch dem Manne soll durch erhöhte Zölle auf so ziemlich alle Waaren der vier Hauptzweige von Webewaaren geholfen werden! (Sehr gut! lints.)

So weit scheint also Alles in schönster Ordnung, die Harmonie der Interessen erhalten zu sein. Nun sagte Ihnen gestern Herr Hafner, das treffe in der That zu, nicht bloß nach der Meinung der Spinner, sondern auch nach der der Weber. Allerdings kann Herr Hafner sich auf manche Neuuerungen der Letzteren beziehen, aber um deren Bedeutung zu ermessen, lohnt es sich an den Gedankengang, der zu Grunde lag, zu erinnern. Die Weber sagten sich:

Wir sehen zwar nicht ein, wohin das neue Evangelium führen soll, aber die öffentliche Meinung ist ihm günstig, es thut nicht gut, gegen den Strom zu schwimmen; gönnen wir dem Spinner einen kleinen Schutz, wenn uns nur ein Aequivalent geboten wird. Ziehen Sie dazu in Betracht die uns Deutschen immer noch etwas mehr als den anderen Cultur-Nationen innwohnende Lust an Privilegien aller Art und auf allen Lebensgebieten, — ich erinnere an das heute trotz des Fiascos der 49er preußischen Gewerbegezeggebung neu erwachte Verlangen nach Buntzwang, das als Pferdefuß aus allen Verhandlungen über freiwillige Innungen hervorguckt, so werden Sie sich nicht wundern, daß der neue für Schutz schwärzende wirtschaftliche Glaube auch bei den Weibern Sympathie fand.

Doch, meine Herren, es haben noch lange nicht alle Zweige der Textil-Industrie sich so verhalten. Die exportirenden Gewerbe haben sich nicht dem Sirenenange lauschend hingegeben, sondern sich durch ihre eigensten Lebens-Interessen gezwungen gesehen, energisch zu opponiren. Bei der Bedeutung des Exportis, der in Webwaaren den Import um das Vielfache übersteigt, treten sie in den Kampf ein in dieser Zeit, in der an höchster Stelle der Weg zum Heil in der Entfesselung der crassesten wirtschaftlichen Einzelinteressen gefunden wird. Ob es wirklich der richtige Weg ist, dürfte großen Bedenken unterliegen. Wer daran noch gezweifelt hätte, den könnten die gestrigen Ausführungen des Redners aus Dissenbach, die mich lebhaft an das Geschrei über den Kornwucher, das in den 40er Jahren durch unser Land ging, erinnerten, wohl belehrt haben. Es thäte wirklich Noth, daß neben dem Interessenskampfe auch die ideale Seite in Handel und Wandel, die Bedeutung, die der Handel und der Austausch unter den Nationen als Culturträger durch Jahrtausende hindurch gehabt haben, ernste Betonung fänden. (Bravo! links.)

Den exportirenden Zweigen der Textilindustrie, meine Herren, kann für die ihnen durch den neuen Tarif zu Theil werdende Benachtheiligung kein Aequivalent geboten werden. Allenfalls wäre das noch thunlich oder soweit vorhanden aufrrecht zu erhalten bei einigen gefärbten oder appretirten Halbfabrikaten, z. B. Türkischroth und Eisengarn, in der Form des Rückzolls. Bei Ganzfabrikaten ist dagegen eine Erkennung der Identität des Fodens der exportirten Waare mit dem importirten Garn undenkbar, ein Rückzoll also nicht angebracht. Während die Erhöhung des Zolles auf die concurreirenden Waaren des Auslandes nur unter Umständen, noch lange nicht immer, dem für das Inland beschäftigten Weber einen Vortheil zu gewähren verspricht, füllt dieser für den exportirenden Weber fort, ja die Erhöhung setzt ihn noch der besonderen Gefahr aus, daß ihm sein Markt durch Retorsions-Maßregeln der benachbarten Staaten entzogen werde.

Nun könnte es auffallend sein, meine Herren, daß bei der Bedeutung des deutschen Exportis in den vier großen Textilzweigen sein der neuen Richtung so total entgegenstehendes Interesse sich neben der lauten Reklame des Schutzzolls nur mit schwacher Stimme bemerkbar gemacht hat. Aber da wolle man doch bedenken, daß bei der heutigen Strömung das Export-Interesse nur dann in den Handelskammern, bei den Stadtverordneten &c. Anerkennung findet, wenn es ganz und gar überwiegend ist und auch der enragirteste Vertreter der sogenannten nationalen Arbeit sich der fatalen Consequenz im einzelnen Falle nicht entziehen kann. Ist das Export-Interesse in der Minorität, oder gehört es, wie

schon Herr Prof. Held als häufig zutreffend Ihnen geschildert hat, zum Kleinbetrieb, so wird es, wie einmal die Dinge liegen, an die Wand gedrückt. Von den Bezirken, in denen die exportirende Industrie die Vorhand hat, will ich nur Barmen und Crefeld nennen. Barmen exportirt 75%, Crefeld  $66\frac{2}{3}\%$  seiner Gesamt-Production. Der Export-Umschlag der letzteren Stadt betrug im vorigen Jahre 44, derjenige von Berlin 90 Millionen Mark, es handelt sich also nicht um Kleinigkeiten.

Ich sagte vorhin, meine Herren, daß die Zahlen des neuen Tariffs die Stelle der Motive vertreten müßten. Keine Zahlen aber reden so laut wie diejenigen der Staffel für Baumwollengarne, um aller Welt klar zu machen, daß für den Reichskanzler die Finanzzölle die große Hauptfache sind, die Schutzzölle nur in dem Maße Berücksichtigung finden, als es ihren Interessenten gelungen ist, öffentliche Meinung zu machen und in hohen Accorden die Alarm-Trompete zu blasen. Nur so ist es zu erklären, daß von den Spinnern die Baumwollmänner den Löwenanteil an der großen Förderung der nationalen Arbeit haben sollen, die Vertreter von Leinen, Floretteite und Wolle mit bescheidenerem Resultate zufrieden sein müssen. Neben dem Eisen erhält das Baumwollengarn die goldene Prämie für gute Führung, für geleistete vorzügliche Dienste im Ansturm gegen die bisherige Wirtschafts-Ordnung. Aus den Ergebnissen der Baumwoll-Enquête ist absolut kein sachlicher Grund für diese Bevorzugung zu erkennen. Diese Enquête, die in Bezug auf Zusammensetzung der Commission und Unparteilichkeit der Verhandlungen nicht genug hervorgehoben werden kann, der auch Herr Häfner seine Thätigkeit in hervorragender Weise geschenkt hat, hat unwiderleglich bewiesen, daß die heute in Deutschland bestehende Baumwoll-Spinnerei eines erhöhten Schutzes nicht bedarf. Das ist aber, was die Spinner beweisen müßten, und es ist total falsch, wenn Herr Häfner gestern den Spieß umzudrehen versuchte und von den exportirenden Webern den Nachweis verlangte, daß sie durch die Begünstigung der Spinnerei ruinirt würden.

In den Jahren 1834—46 hat der Zollvereinszoll für Baumwollgarne 12  $\text{M}$  per 100 kg betragen, wurde dann von 1847—65 auf 18  $\text{M}$  erhöht und endlich von 1866 an wieder auf den früheren Satz von 12  $\text{M}$  ermäßigt. Der prozentliche Anteil der Einfuhr an dem Gesamt-Garnverbrauch Deutschlands hat zur Zeit der Zollerhöhung dem Gewichte nach beispielsweise in 1861 29,6 betragen, ist aber nach der Zollreduktion im Jahre 1877 bis auf 17,3, also in stärkerem Verhältniß als der Zutritt von Elsaß-Lothringen Einwirkung übte, gefallen. Nach der Aussage der Spinner bei der Enquête hat für sie die ungünstige Conjuratur erst 1877 begonnen, ja selbst in diesem Jahre haben einzelne Spinnereien günstige Resultate ergeben — ich erinnere an die Dividende von  $8\frac{3}{4}\%$  der wegen der Ungeschicktheit ihres Vertreters vielbesprochenen Actien-Gesellschaft Bayreuth. Vergleicht man damit die schlechten Ergebnisse in vielen Webereien, die übrigens das fortwährende Fallen der Rohstoffpreise seit 1872 als ganz natürlich erscheinen läßt, so fehlt um so mehr jede sachliche Begründung zu einem Herauffahren der Baumwollengarn-Zölle bis auf 39  $\text{M}$ , als die meisten Spinner in der Enquête sich mit einer Erhöhung, die bei den feineren Nummern 24  $\text{M}$  nicht überschreitet, befriedigt erklärt.

Gleich der Baumwoll-Spinnerei hat auch die Baumwoll-Weberei sich fortschreitender Entwicklung zu erfreuen, also Ursache gehabt, sich in dem Rahmen

des bisherigen Schutzes behaglich zu fühlen. Von 1861—75 hat in dieser Industrie der Übergang von der Hand- zur Kraft=Weberei in großem Maße stattgefunden, so daß für 27000 in Wegfall gekommene Handstühle 34,000 mechanische Webstühle mit ganz gewaltig gesteigerter Production in Gang gekommen sind. Die Ausfuhr von Baumwollwaren hat in den letzten 6 Jahren durchschnittlich 254,000 Etr. gegenüber einer Einfuhr von 51,000 Etrn., also das Fünffache betragen. In einzelnen Jahren hat Herr Dr. Gensel gestern ein siebenfaches Überwiegen der Ausfuhr nachgewiesen. Von einem Bedürfnis nach Schutzoll kam also auch bei der Baumwoll-Weberei nicht die Rede sein, wie übrigens in diesen Tagen die Weber in M.-Gladbach ausdrücklich erklärt haben.

Nach dem Gesagten erscheint es ganz klar, daß der einzige mögliche Erfolg der planirten hohen Zölle für Baumwollengarne nur der sein kann, auf künstlichem Wege eine Production von feineren Nummern zu fördern, die notorisch entsprechend den Bedürfnissen des Marktes der Erzeugung der gröberen Nummern field gegeben hatte. Die bei der Enquête gefragten Sachverständigen erklären diesen Erfolg für sehr problematisch, und wenn Herr Hassler ihn in der Generaldebatte den für Feinspinnerei bereits eingerichteten Elsässern voraussagen zu dürfen glaubte, so steht dem das abfällige Urtheil der Lyoner Handelskammer über die dortigen Leistungen bei noch viel höherem französischen Zoll gegenüber. Sind die hohen Garnzölle aber wesentlich Finanzzölle, so gewinnt die Bestrebung, sie auf ein verständiges Maß zu reduciren und die exportirenden Industrien dadurch am besten gar nicht, mindestens aber nicht gar zu sehr zu schädigen, alle Aussicht, bei den bevorstehenden Verhandlungen im Reichstag Anerkennung zu finden. Gegenüber den Sätzen des neuen Tariffs wird es daher wohl keine Schwierigkeiten haben, wenn es nicht gelingen sollte, die Garnzölle auf dem alten Satze von 12 *M* zu erhalten, dem Vorschlag der vereinigten niederrheinischen Handelskammern die Zustimmung der gesetzgebenden Gewalten zu verschaffen. Dieser lautet: Nr. 1—25: 12 *M*, Nr. 26—50: 15 *M*, Nr. 51—80: 18 *M*, Nr. 81 aufwärts 21 *M*.

Nun, meine Herren, nur noch einige Worte über eine Industrie, die wie wenig andere sich der historischen Entwicklung unserer Verkehrsverhältnisse angepaßt hat, die deutsche Seidenindustrie. Sie hat sich in schwerer Arbeit den Weltmarkt erobert und ist eingetreten in die Arbeitstheilung mit der Jahrhunderte älteren französischen Industrie, die vornehmlich in Lyon und St. Etienne ihren Sitz hat. Während Lyon bis heute sich den Vorrang für ganz seidene Waaren erhalten hat, prosperirt die deutsche Seidenindustrie in der Pflege der halbseidigen mit Baumwolle vermischten Waaren. Die letztere ist dabei wesentlich unterstützt worden durch den Bezug der feineren Nummern englischer Garne, der der Lyoner Industrie gemäß den jährlich wiederkehrenden Klagen der dortigen Handelskammerberichte durch hohe Zölle fast verwehrt war. Dieser Vortheil soll nun im Interesse einer erst zu gründenden Feinspinnerei der Seidenfabrikation genommen werden. Dazu soll auch die für die Crefelder Sammetweberei so unendlich wichtige Floretteide mit einem Zoll von 12 *M* per 100 kg belegt werden und, meine Herren, es ist charakteristisch für die ganze Situation — der so wichtige Einzelzweig kann sich wahrhaftig noch glücklich schäzen, daß der zu Gunsten von 3 oder 4 Florettspinnereien im badischen Lande von minimaler Bedeutung mit einer Arbeiterzahl vielleicht im Verhältniß von 1 zu 100 der

Webereien, projectirte Schutzzoll der ersten Lesung, 24  $\text{M}$ , oder gar der des autonomen Tarifs des Centralverbandes deutscher Industrieller, 72 bis 96  $\text{M}$ , so weit herabgemindert worden ist.

Gewiß hat die deutsche Seidenindustrie Ursache, sich zu beklagen, daß die mangelnde Sachkenntniß der deutschen Vertreter bei den Handelsverträgen eine verständige auf die natürliche Arbeitstheilung Rücksicht nehmende Reciprocity vornehmlich mit Frankreich nicht herbeigeführt hat. In der Betonung der Nothwendigkeit größerer Vertiefung in die Details, sorgamerer Berücksichtigung der Einzel-Interessen, als bisher bei unserer Staatsregierung üblich war, stimme ich mit der Klage der Schutzböllner vollständig überein; wir dürften uns in solcher Richtung wohl Frankreich als Vorbild nehmen. Aber viel schlimmer als die begangenen Fehler ist die Bevorzugung der pseudo-nationalen Arbeit die Seiden-Industrie zu schädigen geeignet; ihr Protest dagegen im höchsten Maße gerechtfertigt. Der eine Handelskammerbezirk Crefeld würde bei den Erhöhungen des neuen Tariffs für Baumwollen- und Floretteiden-Garne nach einer mäßigen Berechnung per Jahr die Summe von 300,000  $\text{M}$  verlieren, und da  $\frac{2}{3}$  seines Umschlags in's Ausland geht, keine Aussicht haben, in höhern Preisen einen Erfolg zu finden. Am wenigsten ist ein solcher Erfolg in der Erhöhung der Zölle auf Seidenwaaren von 180 resp. 240 auf 300  $\text{M}$  zu finden, die in jenem Bezirk nicht verlangt und nicht gewünscht worden ist.

Ich habe mich darauf beschränkt, die Consequenzen der neuen Handelspolitik an ziffernmäßige Daten bezüglich derjenigen beiden der 4 großen Textilzweige, die mir am besten bekannt sind, zu knüpfen. Ich hatte gehofft, daß mein Freund Weigert für Leinen und Wolle meine Mittheilungen im gleichen Sinne ergänzen würde. Leider ist er nicht erschienen.

Vielleicht noch schlimmer als die directen Nachtheile werden die indirekten Folgen die Export-Industrien treffen. Wie viele dem gesunden Holze der internationalen Verkehrs-Erleichterung entsprossene Keime und Knospen wird der neue Tarif und seine Nachwehen in kürzerer oder längerer Zeit knicken und ersticken?! So naiv kann doch keiner der Kämpfer der wirtschaftlich-nationalen, ich würde lieber sagen wirtschaftlich-chauvinistischen Gestaltung unseres Vaterlands sein, daß er nicht einsehen sollte, daß die bevorstehende sogenannte Reform unsere Nachbaren zu Gegenmaßregeln förmlich herausfordert. Treten diese ein, so werden die exportfähigen Industrien sie tragen, die Bitterkeit über einseitige Bevorzugung der Spinnerei-Interessen überwinden müssen. Sie haben bisher auf eigenen Beinen gestanden und werden so leicht nicht auf die Ergründungshaft eines Menschenalters verzichten. Den Trost und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft finden sie in sich selber. So wenig die Wissenschaft, gestützt auf ihren kosmopolitischen Charakter, dem oft an sie ergangenen Unterruf zur Umkehr Folge zu leisten sich gezwungen gesehen hat, so wenig wird das Streben nach Freiheit der internationalen Bewegung in wirtschaftlichen Dingen sich von der neuen Weisheit bekehren lassen.

Meine Herren, ich empfehle Ihnen meinen Antrag,  
der Verein für Socialpolitik wolle sich für Herabminderung aller Säge des neuen Tarifs für Halb- und Ganzfabrikate der Textilindustrie möglichst auf diejenigen des bisherigen Tarifs aussprechen. (Lebhafter Beifall links.)

Correferent Charles Gräd (Colmar):

Meine Herren, ich bitte es zu entschuldigen, wenn mein Vortrag in der Form nicht Ihren Anforderungen entsprechen kann, da ich der deutschen Sprache nicht ganz mächtig bin. Zuerst erlauben Sie mir, Ihnen für das Wohlwollen zu danken, hier eine Stimme aus dem Elsaß anhören zu wollen. Etwas mag mein Auftreten unter Ihnen entschuldigen: Die Thatsache nämlich, daß für Sie sowie für die Industrie, auf deren Interessen ich einige Augenblick Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte, die Socialpolitik eine experimentale Wissenschaft ist. Diese Wissenschaft gründet sich auf die täglichen Erfahrungen des gesellschaftlichen Lebens. Sie kann sich nicht stützen auf rein geistige Auffassungen von abstrakter Natur, welche zwar dem Anscheine nach wohl geordnet sind, in Wirklichkeit aber und in der Praxis auf Schwierigkeiten stoßen, wo die Theorie mit den Ereignissen nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Wer praktische Politik treibt, muß die Ereignisse berücksichtigen. Wer das Wohl eines Staates zu fördern bestrebt ist, der muß Rechnung tragen allen Erscheinungen und Bedürfnissen, welche in der Gesellschaft vorkommen. Wer auf das wirthschaftliche Gedeihen eines Volkes dringt, muß die verschiedenartigsten Mittel ergreifen, welche im Stande sind, die Entwicklung seiner vortheilhaftesten Erwerbszweige zu heben; diejenigen Mittel, welche sich am besten eignen, und welche die Erfahrung als die vortrefflichsten erweist und zwar, wenn möglich in einer Weise, daß jeder einzelne Zweig begünstigt wird, ohne jedoch für alle Richtungen eine und dieselbe Regel gleichmäßig zur Ausführung zu bringen. Mit anderen Worten: Wenn in der Handelspolitik Deutschlands das Prinzip von Zollschutz als nothwendig erkannt wird, so meine ich, daß der Schutz nach Maßgabe des Bedürfnisses in jedem einzelnen Fall angewendet werden soll, mit dem Vorbehalt, überall, wo es von Nutzen sein mag — ich meine von allgemeinem Nutzen, von Nutzen für die Mehrheit der Staatsangehörigen, die Zollsätze zu erhöhen oder zu streichen!

Die Textilindustrie im Allgemeinen bedarf in unserm Lande der Schutzzölle. Schutzzölle sind zwar nicht für alle Zweige in gleichem Maße nöthig. Allein das Prinzip eines Schutzes besteht noch im jetzigen Tarif und selbst die Seidenbranche, welche sonst freihändlerischen Tendenzen huldigt, und bis jetzt sich einer günstigen Lage erfreut, hat die Zollsätze über die mit ihren Erzeugnissen concurrenden Artikel nicht ausstreichen lassen. Errichten wir nun Schutzzölle, so sollen jedenfalls die Sätze für die in Frage stehenden Gegenstände genügend sein, um der nationalen Arbeit eine Ausgleichung gegenüber den Vortheilen der ausländischen Concurrenz darzubieten, ohne doch das gesammte Interesse der Nation zu schädigen, ohne auch prohibitiv zu werden.

Jedes Volk hat das Recht und die Pflicht für seine eigene Wohlfahrt zu sorgen. Seine Vertreter haben, was die Beziehungen mit dem Auslande anbetrifft, die Aufgabe, dafür zu sorgen, den mit der nationalen Arbeit concurrenden Fremden den inländischen Markt zu gewähren, insoweit der Nation dadurch ein Vortheil erwächst, insoffern der gewährte Absatz Begünstigungen bei dem importirenden Ausländer für unser Land mit sich bringt. Concessions aber ohne Gegenseitigkeit, ohne Reciprocity auf internationalem Gebiete, wie Deutschlands Handelsverträge in den letzten Zeiten schlagernde Beispiele gegeben haben, gefährden die wirtschaftlichen Interessen des Reiches. Doch ich will mich auf allgemeine

Bemerkungen über Schutzoll oder Freihandel nicht einlassen. Ich will mich heute über die leitenden Principien der Handelspolitik, welche Herr Prof. Schmoller vor uns auf so ausgezeichnete und sachkundige Weise dargestellt hat, nicht auch aussprechen. Ich komme zum eigentlichen Gegenstand unserer Tagesordnung: zu dem Verhältnis der Textilindustrie zum deutschen Zolltarif.

Nach der Gewerbezählung vom 1. December 1875 beschäftigen die sämmtlichen Industrien Deutschlands 6,467,570 Personen im Klein- und Großgewerbe. Davon fallen 925,457 auf die Textilindustrie und zwar 285,764 auf die Baumwollenbranche, 188,793 auf Leinen, 187,725 auf Wolle, 77,317 auf Seide. Dieser Zählung gemäß nimmt die Baumwollindustrie den ersten Rang ein, sowohl bezüglich der Zahl der beschäftigten Arbeiter, als auch bezüglich des Umfangs der an ihr beteiligten Interessen. Die Baumwollindustrie und die Leinenindustrie leiden seit Jahren an einer anhaltenden Krise, welche nach den Aussagen der Sachverständigen größtentheils der bisherigen Zollpolitik zuzuschreiben wäre. Eine im letzten Winter durch die Reichsregierung veranlaßte Enquête bezeichnet die Reform des Zolltarifs, nach der Richtung eines nationalen Schutzes hin, als das Mittel, den betreffenden Arbeitszweigen aus ihrer Notlage zu helfen. Der Bundesrat hat zu diesem Zweck einen neuen Zolltarif entworfen, mit erhöhten Sätzen zum Schutz der nationalen Arbeit, nicht nur in Leinen- und Baumwollwaaren, sondern auch für die Wolle und Seide. Wir stellen uns die Frage, ob der uns vorliegende Tarifentwurf wirklich den Bedürfnissen der verschiedenen Zweige unserer Textilindustrie entspricht?

Sie wissen es, meine Herren, die Vertreter der Seidenindustrie, welche übrigens kaum den vierten Theil der Arbeiter zählt, die in der Baumwollenbranche beschäftigt sind, gelten hier als Anhänger des Freihandelsystems. Nichtdestoweniger haben diese Freihändler schon im jetzigen Zolltarif für Waaren aus Seide und mit Baumwolle, Wolle oder Leinen vermischt, Zölle von 180 bis 240 *M.* bestehen lassen. Im neuen Tarifentwurf sind die Sätze auf Floretteide und Seide, gesponnen oder gezwirnt, von 12 bis 48 *M.*, auf gemischte Seidenwaaren 300 *M.*, auf Waaren aus Seide oder Floretteide, Spitzen, Blonden und Stickereien 600 *M.* per kg. Crefeld röhnt sich wohl in einigen Specialitäten den Weltmarkt zu beherrschen und selbst in ordinär-seidenen Artikeln, die Lyon zu fertigen verschmäht oder außer Stande ist, in dem Seidenland Frankreich Concurrenz zu machen. Aber die Einfuhr von Reinseide in Frankreich ist frei und in den gemischten Artikeln hatte bis jetzt auch Crefeld einen Schutz von 180 *M.*. In den besseren Sorten besiegt doch Frankreich die Concurrenz Deutschlands und ist allen Ländern voraus. Die Einfuhr von Seidenwaaren in Deutschland beträgt jährlich 8000 bis 9000 Etr. Gelänge es, von diesen 9000 Etr. jetzt eingeführter Seidenwaaren deren nur 5000 in Deutschland zu fabriciren, so würde bei der Annahme, daß ein Arbeiter höchstens ein Pfund Seite verarbeitet, also pro Jahr 50 Pfds., für 10,000 Familien mehr Beschäftigung geschaffen sein, abgesehen von der Färberei, dem Empfang und dem Vertrieb der Waare. Manche Seidenfabrikanten sind auch der Ansicht, daß deutsche Volk würde sich besser dabei befinden, seine eigene Consommation zu erzeugen. Sie beantragen deshalb eine Erhöhung der Sätze, um der fremden Concurrenz vorzubeugen. Für Mähfaden halten sie einen Schutz von 5 % des Werthes vom Garn für das Minimum. In der Seidenabfallspinnerei für

Florett, wo Frankreich und Italien auf dem deutschen Markt die deutsche Industrie bedrängen, wäre ein Schutz von 60 bis 100  $\text{M}$  gleich dem in Frankreich bestehenden erwünscht.

In unserer Wollindustrie fordert die Kammgarn-Spinnerei eine Erhöhung der vorgeschlagenen Säze von 12 bis 24  $\text{M}$  für rohe Gespinnste und Zwirne. Der bisherige Zoll war 3  $\text{M}$ , und der neue Tarifentwurf ersegt ihn durch drei Stufen von 8 bis 12  $\text{M}$ . Auf unbedruckte Tuch- und Zeugwaaren von der Stärke eines halben mm und darüber wird der Satz von 60 zu 100  $\text{M}$  gestellt; in bedruckten Waaren und für unbedrucktes Tuch und Zeug von geringerer Stärke als der eines halben mm kommt der Zoll von 60 bis 120  $\text{M}$  zu 150  $\text{M}$ ; für Stickereien, Spitzen und Tülle zu 600  $\text{M}$ . Die gegenwärtige Lage der Wollenbranche kann im Großen und Ganzen nicht als eine ungünstige bezeichnet werden. Sie stößt wohl auch auf fremde Konkurrenz, aber ohne deswegen mit Verlust zu arbeiten. Die Mode begünstigt sie seit Jahren in dem Maße, daß jetzt ein Schutz den bestehenden Fabriken wenig nutzen würde. Das kann sich aber mit der Zeit ändern, meinen die Fabrikanten. Gerade weil die Mode nicht beständig ist und bei einem geringeren Verbrauche von Wollwaaren auf deutschem Gebiet die fremde Einfuhr auf die einheimische Arbeit schädlich einwirken würde, sollen in einem für längere Zeit festzustellenden Zolltarif auch Säze für eventuellen Schutz der Wollindustrie eingetragen werden. Was den Consum roher Wolle in Deutschland anbetrifft, so beträgt dieser nun 1,577,000 Ctr. jährlich, wovon 952,000 aus dem Auslande, besonders von dem Londoner Markt bezogen werden. Würden unsere Seestädte Deutschland mit fremder Wolle versehen, so könnten sie dadurch einen jährlichen Gewinn machen von 10,000,000  $\text{M}$  an Commissionspesen und sonstigen Unterkosten, welche jetzt nach London gehen. England lieferte uns übrigens im Jahre 1878 für 39,832,000  $\text{M}$  Garne, für 25,281,000  $\text{M}$  Gewebe, also zusammen 65,113,000  $\text{M}$  in Fabrikaten, darunter eine Menge von Waaren aus Kunstwolle, Shoddy und Mungo, welche ihres schlechten Verbrauchs wegen mit einer Polizeitaxe von 100  $\text{M}$  per kg zu belasten wären. Der gesamme Import in Garnen beträgt 304,000 Ctr., an Geweben 144,000 Ctr.; der Export 69,200 kg Garne und 232,070 Ctr. Wollwaaren. Die eingeführten Gespinnste bestehen besonders in Kammgarnen, obwohl das Elsass mit seinen 175,000 Spindeln einen nicht unbedeutenden Theil des inländischen Verbrauchs liefert. Ich habe die genaue Zahl der in Deutschland bestehenden Spindeln für die Kammgarnspinnerei nicht ermitteln können. Für die Streichgarnspinnerei ist die Spindelzahl 1,200,000, gegen 2,651,000 in Frankreich und 3,165,000 in England. Der Uebelstand und die Ueberproduction in der englischen Baumwollindustrie mag die Engländer veranlassen sich in der Zukunft noch mehr auf die Wolle zu werfen.

Für die Leinenindustrie bringt der Tarifentwurf eine Erhöhung der Säze bei Maschinengespinnst von 3 bis 12  $\text{M}$  in vier Stufen, nach den Feinheitsnummern, während bei Handgespinnst der jetzige Satz von 3  $\text{M}$  zu 6  $\text{M}$  steigt und bei Zwirnen alter Art der frühere Satz von 24  $\text{M}$  auf 36  $\text{M}$  kommt. Graue Packleinwand und Segeltuch wird statt zu 4 zu 5  $\text{M}$  angesetzt; Leinwand, Zwillich und Drillich, nach der Fadenzahl, in rohem Zustande von 10 bis 36  $\text{M}$  aufstatt 4 bis 224  $\text{M}$ , gebleicht oder gefärbt zu 60 und

100 *M* anstatt 60 *M*. Damast aller Art und verarbeitetes Tisch- und Handtücherzeug sind zu denselben Sätzen wie gefärbte Leinwand veranschlagt. Bettlaken, Bänder, Gaze, Schnüre und Stickereien erhalten den Satz von 100 statt 60 *M*; die Zwirnspitzen anstatt 240 *M*. den Satz von 600 *M*. Alle diese Erhöhungen sind sehr bescheiden und mögen der Leinenbranche nur einen spärlichen Schutz gewähren. In Geheimsten betrug das Verhältniß der Einfuhr zur einheimischen Production 66 Proc. im Jahr 1875.

Wie der Bericht der Enquête=Commission es anerkennt, hat die deutsche Leinenindustrie Jahrhunderte lang in hoher Blüthe gestanden und mit ihren Erzeugnissen fast alle Culturländer der Erde versorgt. Die Güte der Arbeit sicherte den Waaren nach allen Gegenden hin reichlichen Absluß und den Producenten auskömmlichen Verdienst. So lange man nur Handgespinnste und Handgewebe kannte, bestand diese glückliche Lage. Als jedoch das Ausland mit der Einrichtung der mechanischen Spinnerei vorging, trat für diesen Arbeitszweig in Deutschland eine tiefgreifende Umwälzung ein. England gewann zu folge seiner technischen Durchbildung einen bedeutenden Vorsprung, welchen die deutschen Leinenarbeiter, in weniger günstigen Verhältnissen, trotz energischer Bemühung, bis jetzt noch nicht erreicht haben. Im Jahr 1875 zählte Deutschland 260,977 Flachspindeln mit einer durchschnittlichen jährlichen Production von 75 kg Garn pro Spindel, was die inländische Jahresproduction zu 19,500,000 kg stellt, während 12,971,000 kg rohes Maschinengarn aus der Fremde eingeführt wurden. Zu derselben Zeit befanden sich im Zollgebiet 8423 mechanische und 146,420 Handleinenstühle. Die Baumwollen- und die Jute=Industrie bedrängen übrigens nun immer mehr und mehr die Leinenfabrikation, und zwar von zwei Seiten, da jene ihr feinere Waaren in Leibwäsche und selbst in Tischwäsche, diese die groben Waaren in Pack- und Sackleinen entzieht.

Hat die Baumwolle auf die Entwicklung der Leinenindustrie ungünstigen Einfluß ausgeübt, so liegt auch vor unseren Augen die Thatſache klar, daß kein anderer Zweig mehr von den schlimmen Folgen der bisherigen deutschen Handelspolitik leidet. Schon der Umstand, daß der Zolltarif auf Garne nur einen einheitlichen Satz von 12 *M* pro 100 kg enthält ohne auf den Werth des Fabrikats Rücksicht zu nehmen, gestattete Deutschland, nur gemeine Sorten zu produciren, während die feineren aus dem Auslande bezogen werden müßten. Als das Elsaß ferner dem deutschen Reiche einverleibt wurde, suchte die dort hoch entwickelte Feinspinnerei zunächst ihren früheren Absatz auf dem franzöfischen Markt beizubehalten. Schlimm für uns sind im franzöfischen Tarif die Zollsätze nach dem Werth der Waare bemessen und ein Artikel, der zehn mal mehr kostet als der andere ist bei der Einfuhr einem zehnfachen Zoll unterworfen. Diesen schweren Zoll bezahlten die Elsäßer gerne und es ging eine Zeit lang so ruhig fort. Nach und nach aber ersetzten in Frankreich neue Spinnereien die elsfäfischen. Die neu gegründeten Spinnereien und Webereien haben auf franzöfischem Gebiet den Zoll, welchem die Elsäßer unterworfen sind, nicht zu bezahlen. Sie liefern Gewebe und Garne um so viel billiger.

Allmälig fanden sich die Elsäßer Fabrikate aus Frankreich ausgewiesen, ohne in feinen Artikeln bei deutschen Käufern lohnende Abnahme zu erlangen, weil die Engländer und Schweizer in diesen Sorten den Markt beherrschen. Was hatten die Elsäßer nun zu machen? Sie haben die feineren Artikel mehr

und mehr durch gemeine erzeugt. Nothwendiger Weise entstand dadurch für solche ordinäre Waaren in Deutschland eine wachsende Ueberproduction, eine Herunterdrückung der Verkaufspreise unter die Selbstkosten, ein Schaden, dessen Fortbestand nur den Untergang der einheimischen Industrie herbeiführen muß. Die Nothlage ist in diesem Zweig so groß, so tief geworden, daß nach gründlicher Prüfung der Ursachen dieser Krisis die Reichsregierung sich entschloß, an Stelle des einheitlichen Zollzuges von 12 M für rohe Garne eine Reihe von Säzen in fünf Stufen von 12 bis 36 M einzubringen, die Zölle auf Baumwollenwaaren gleichzeitig von 60 und 96 M auf 80 bis 250 M zu bringen. Selbst diese Erhöhung entspricht nicht den Bedürfnissen und ich muß Sie bitten, meine Herren, in Betracht der Wichtigkeit des Gegenstandes, mir zu gestatten, das Verhältniß des Zolltarifs zu der Baumwollindustrie näher zu erörtern.

Wir haben eben erkannt und nachgewiesen, wie hoch die Bedeutung der deutschen Baumwollindustrie über unseren anderen Textilbranchen steht. Deutschland beschäftigt gegenwärtig in der Baumwollenindustrie 4,278,000 Spindeln, 220,000 Webstühle und 220 Walzendruckmaschinen mit ungefähr 285,000 Arbeitern. Nach der Gewerbezählung vom Jahre 1875 fallen von diesen Betriebkräften auf das Gebiet des ehemaligen Zollvereins 2,700,000 Spindeln mit 48,350 Arbeitern, 57,390 mechanische Webstühle und 128,000 Handstühle mit 183,000 Arbeiten, 100 Walzendruckmaschinen mit 7500 Arbeitern. Hingegen zählte zu derselben Zeit das Elsaß bei der Spinnerei 1,500,000 Spindeln mit 13,650 Arbeitern, bei der Zwirnerei und für Nähfaden 75,000 Spindeln mit 2000 Arbeitern; bei der Weberei 30,000 mechanische Stühle mit 20,000 Arbeitern; bei der Druckerei 124 Walzendruckmaschinen mit 8600 Arbeitern, für Bleicherei und Appretur 5 Etablissements mit 2620 Arbeitern. Bleiben die Handstühle, welche nicht das volle Jahr hindurch im Gange sind, außer Betracht, so finden wir, daß das Elsaß in der Spinnerei und in der mechanischen Weberei mehr als die Hälfte der betreffenden Maschinen vom Zollvereinsgebiet in Gang setzt, mehr als um die Hälfte die entsprechende Production erhöht, ein Umstand, welcher nothwendiger Weise, nach Anschluß des Reichslandes, das Verhältniß zwischen Production und Consumption im Deutschen Reiche unverfehn müste. Man bedenke nur, daß der Consum roher Baumwolle, welcher in der fünfjährigen Periode von 1866 bis 1870 durchschnittlich 1,125,650 kg betrug, während der Periode von 1872 bis 1876 zu 124,050,000 kg stieg. Anscheinend mag die große Zunahme im Verbrauch roher Baumwolle auf ein Aufblühen der Baumwollindustrie deuten. In Wirklichkeit hängt dieselbe von einem Rückgang ab, einem Rückgang, welchen der deutsche Zolltarif und die Einverleibung von Elsaß-Lothringen verschuldeten.

Die Verhandlungen der Reichsenquête über die Baumwollindustrie beweisen ohne Widerspruch diese Thatsache. Bei der allgemeinen Stockung der Geschäfte auf dem Continent leidet die Baumwollenindustrie in Deutschland von einer besonderen Krisis, deren Ursache unsere Handelspolitik ist und welcher nur eine Reform unseres Zollwesens Abhilfe bringen kann. Ich bin der Ueberzeugung, und jeder Fachmann oder Sachverständige wird nach unparteiisch gründlicher Prüfung der Dinge mir Recht geben, daß eine verständigere Behandlung der Säze unseres Tarifs für Eingangsätze unsere tief gefallene Industrie zu retten im Stande ist. Ich bin dieser Ueberzeugung, weil unsere Textilindustrie nicht

übertriebene Produktionsmittel aufgestellt hat, weil mit Einführung von dem Werth entsprechend abgestuften Gewichtszöllen eine Ausgleichung der Production von feinen und gemeinen Artikeln im Verhältnis zu dem Bedarf, zu dem Consum im Deutschen Reiche, sich einstellen wird. Ich werde meine Ansicht durch Ziffern und positive Thatsachen beweisen, in der Meinung, daß wenn sich mein Beweis als richtig erweist, die Regierung und die Volksvertretung die Aufgabe haben, im allgemeinen Interesse Deutschlands für die Wahrung der nationalen Arbeit zu sorgen.

Die Beweisgründe für meine Behauptung, daß eine Reform unseres Zolltarifs genügt, um die Baumwollindustrie vom Untergange zu retten, sind folgende: die Produktionsmittel befinden sich nicht im Missverhältnis zu dem innern Consum; die Säze im Zolltarif müssen für feine wie für gemeine Artikel gleichmäßig im Verhältnis zu dem Werth und den dazu verwendeten Arbeit gestaltet sein; der Schutz, welchen dem Werth entsprechende Zölle der Erzeugung von feinen Fabrikaten gemäßahren, fördert die deutsche Industrie, ohne die arbeitenden Volksschichten mehr zu belästigen.

Erstens befinden sich die gegenwärtigen Produktionsmittel der deutschen Baumwollindustrie nicht in Missverhältnis zu der Consumfähigkeit des Volkes. Diese Thatsache ist zu beweisen; denn wenn unsere Fabriken mehr produciren als wir in Deutschland zu consumiren im Stande sind, so müßten wir auf Export dringen, und uns nicht durch Zölle auf fremde Waare helfen. Was sagt uns die Handelsstatistik des deutschen Reiches? Aus den offiziellen Angaben der Zollverwaltung geht hervor, daß während der Periode 1871 bis 1877 bei einem jährlichen Verbrauch hoher Baumwolle von 2,480,980 Ctr., Deutschland 287,600 Ctr. Garne mehr eingeführt hat als seine Ausfuhr betrug, hingegen 196,099 Ctr. Baumwollwaaren über die durchschnittliche Einführ exportierte. Der Import fremder Fabrikate aus Baumwolle übersteigt für diese Zeit den Export um 91,501 Ctr. pro Jahr. Es kann somit im Großen und Ganzen von einer Ueberproduction nicht die Rede sein. Die Mehrausfuhr bedruckter Gewebe ist zum Theil den elsässischen Druckereien zuzuschreiben, deren feine Artikel, wenn keine Zollschranken vorhanden wären, in der ganzen Welt Absatz fänden, weil kein anderes Land mit denselben concurriren kann: von 55,052,000 m im Jahr 1877 in Mülhausen und Umgegend bedruckten Geweben sind 35,480,000 m außerhalb Deutschlands verkauft worden. Die Einführ findet auch in feinen Artikeln statt, weil diese im Zolltarif nicht geschützt sind wie die gemeinen. In den „Accounts relating to trade and Navigation of the United Kingdom“ lesen wir, daß England allein während des Jahres 1877 Deutschland für eine Summe von 77,103,000 £ leichte Baumwollstoffe und feine Garne liefert hat. Erinnern wir auch daran, daß seit dem Anschluß von Elsaß-Lothringen an das deutsche Reich bei uns keine neue Gründung von Fabriken stattfand.

Wenn nun die Baumwollindustrie der Vorwurf nicht trifft, ungesunde Geschäfte gegründet zu haben, mit übermäßigen Produktionsmitteln zu arbeiten, so müssen wir andererseits annehmen, daß, wenn die gedrückten Preise gewisser Artikel der inländischen Fabrikation eine Ueberproduction in diesen Artikeln andeuten, diese Ueberproduction in den speciellen Bedingungen der deutschen Industrie ihre Ursache hat. Die Ursache läßt sich leicht erkennen, sobald bewiesen ist, daß die Ueberproduction in gemeinen Artikeln stattfindet. Unsere Industrie arbeitet unter

schwereren Verhältnissen, als diejenige von Amerika oder England. Daher folgt, daß die Herstellungskosten bei uns höher stehen, als bei den mit uns concurrierenden Engländern. Sollen wir mit dem fremden Fabrikat auf dem deutschen Markt concurriren, so darf die Einfuhr vom Auslande nicht eine freie sein. Die nationale Industrie braucht einen Schutz durch den Zoll, welcher die Preise der fremden Ware mit den Kosten der einheimischen möglichst ausgleicht. Ein Kilogramm feines Garn in Nr. 120 kostet dem englischen Spinner — Werth der rohen Baumwolle nicht mitbegriffen — 4,40 M., dem elsässischen (im übrigen Deutschland wird dieser Artikel nie gemacht) hingegen 6,60 M., somit ein Unterschied von 2,20 M. zu Gunsten des ausländischen Producenten! Ein Kilogramm gemeines Garn in Nr. 12 erzeugt der Elsässer mit 0,37 M. Herstellungskosten, die Engländer mit 0,25 M.: Unterschied zu Gunsten des Fremden 0,12 M. Der jetzige deutsche Zolltarif enthält für die Einfuhr fremder Garne einen Satz von 12 M. pro 100 kg oder 0,12 M. pro kg, welcher dem deutschen Spinner erlaubt, in dem gemeinen Artikel mit dem Engländer zu concurriren, in dem feinen aber nicht. Da unser Tarif also die gemeinen Fabrikate schützte, so erzeugten die deutschen Spinner diese Artikel und überließen die feineren dem Auslande. Dasselbe gilt für die Weberei. Ungeachtet der ungleichmäßigen Behandlung der verschiedenen Erzeugnisse der deutschen Industrie blieb doch die Lage in Deutschland eine erträgliche, bis die elsässer Concurrenz während der letzten Jahre sich fühlbar machte. Ungenügend geschützt in den besseren Fabrikaten, fanden sich die Elsässer zufolge der Annexion dazu gezwungen, ihre feinen Artikel in Deutschland durch gemeine zu ersetzen. Die Production ist nun in diesen Artikeln auf dem deutschen Markt in übermäßigem Verhältniß zu dem Bedarf, während die besseren Qualitäten ungehindert aus England hereinkommen. Durch die Herabsetzung der Preise erleiden aber unsere Fabriken im Reichsland sowie auch im alten Deutschland solche Verluste, welche die ganze Industrie mit Untergang bedrohen und den Fortbestand der nationalen Arbeit in Frage stellen. Soll Abhülfe geschafft werden, so müssen die Elsässer wieder die feineren Artikel, welche England liefert, machen können, was nur dann möglich wird, wenn die Zollsäge im neuen Tarif im Verhältniß zu dem Werth und der dazu verwendeten Arbeit für feine wie für gemeine Artikel eingerichtet werden.

Ferner sagen wir, meine Herren, der Schutz, welchen dem Werth entsprechende Zölle der Erzeugung von feinen Fabrikaten gewähren, fördert die nationale Arbeit ohne Nachtheil für das Volk! Eben haben wir es bemerkt. Gleiche Betriebsmittel geben in derselben Zeit eine größere Menge von Fabrikaten, eine beträchtlichere Production in gemeinen Artikeln, als in feinen. Wie die Verhältnisse bei uns, in unserem Lande, jetzt stehen, würde eine solche Mehrproduction in gemeinen Artikeln auf den industriellen Betrieb zerstörend wirken. Der Arbeiter aber würde dabei nicht mehr verdienen. Im Gegentheil. Bei gleichem Gewicht geben die feineren Artikel, welche der Elsäss zur französischen Zeit fabricirte, welche er aber jetzt der englischen Concurrenz schutlos überlassen mußte, fünf bis zehn Mal (und darüber) mehr Gewinn für den Arbeiter als die gemeinen. Zwischen gemeinen Garnen in Nr. 12 und feinen in Nr. 120 stehen die Herstellungskosten pro kg im Verhältniß von 0,37 zu 6,60 M., Werth des rohen Stoffes nicht mitbegriffen. Bedenkt man, daß Elsäss mehr als 1,500,000 Spindeln im Betriebe hat, nimmt man an, daß nur ein Drittel dieser Spindeln, also 500,000, gezwungen

wird, anstatt die Nr. 100 (in welcher die Jahresproduction pro Spindel 2,3 kg beträgt), die Nr. 20 (wo die Jahresproduction auf 23,0 kg steigt) zu machen, so erhöht sich die Production im Jahre von 1,150,000 kg zu 11,500,000 kg, was einer Mehrproduction von 10,350,000 kg gleichkommt. Mit anderen Worten: die einfache Vergrößerung der Garnnummer gibt auf die erwähnten 500,000 Spindeln eine Mehrproduction von 207,000 Ctn., welche der Mehr-einfuhr in Garnen für das Jahr 1878 fast gleichsteht. Die Spiner aus Süddeutschland, welche nie so feine Nummern, wie das Elsaß, producirten, haben mit ihren Tarifforderungen dieser Erwägung, als sie ihre Tarifforderungen stellten, nicht gerügend Rücksicht genommen und werden den Einfluß davon zu ihrem Nachtheile künftig immer schwerer und schwerer empfinden.

Da es nun feststeht, daß im gegenwärtigen Zolltarif der einheitliche Satz für feine wie für gemeine Garne eine Ueberproduction im niederen Artikel herbeiführt, unter zunehmendem Verluste für die Industrie; daß, wenn die Säge für feine Artikel in demselben Verhältniß zum Werth berechnet werden, wie der jetzt bestehende Zoll für gemeine Artikel, unsere deutschen Spinner und Weber auch die besseren Artikel, welche gegenwärtig mit theuerem Geld aus England bezogen werden, fabriciren könnten und auch sicher wieder fabriciren würden; daß endlich die besseren Qualitäten höhere Lohnsätze geben: so geht aus allen diesen unwiderlegbaren Thatsachen hervor, daß dem Werth entsprechende Zölle einen Schutz bieten, daß an der Einführung derselben die nationale Arbeit das größte Interesse nehmen muß, ja sogar, daß diese Einführung eine Lebensbedingung für diese bildet. Hingegen belastet der jetzige Tarifzustand mit seinen einheitlichen und nicht abgestuften Gewichtszöllen das gemeine Volk zu Gunsten der reichen Leute. Für den Arbeiter ist die Last der jetzigen Zollsteuer schwerer als für die wohlhabenden Klassen der Gesellschaft. Ich bemerkte nur zur Illustration meiner Aussage, daß bei dem in Kraft stehenden Zoll ein Stück von 100 m Creton oder Baumwollzeug, woraus die arme Arbeiterfrau für ihre Familie Hemden macht, mit einem Satz von 12 M belastet ist, während die Einführfeiner Musseline für die Ballenschleppé der eleganten Dame für 100 m weniger als 3 M Zollzaxe kostet. Die vornehme Frau des Rentners zahlt 3 bis 4 mal weniger Zollsteuer für ihre Kleidung als die arme Arbeiterfamilie. Ist das recht? Verurtheilt nicht dieser einzige Vergleich das bisherige deutsche Tarifwesen?

Meine Zuhörer erwidern mir, die Regierung habe diesen Ueberstand eingesehen und schlage vor, im neuen Tarifentwurf Werthzölle oder dem Werth entsprechende Staffelzölle einzuführen. Die beschränkte Zeit erlaubt es mir nicht, alle Säge für Textilsachen im vorgeschlagenen Zolltarif eingehend und im Detail zu prüfen. Ich deute nur darauf hin: der Satz von 80 M pro 100 kg gemeiner Baumwollwaren wirkt prohibitiiv und der von 120 M für undichte Organdi ist ungenügend, beträgt im Verhältniß zum Werth sieben mal weniger als auf das gemeine dichte Zeug (Organdi 100 m 3 kg à 60 M = kg à 20 M posceter 1,20 = 6 %; Cretonne 100 m 20 kg à 47 Fr. = kg à 1,88 M posceter 0,80 = 44 %). Der Satz von 12 M auf Baumwollgarn in Nr. 19 (englisch) gibt einen Schutz von 8 % vom Werthe, der von 36 M in Nr. 150 aber nur 3 %. Ist das Princip von dem Werth entsprechenden Zöllen angenommen, so liegt es auf der Hand, daß im allgemeinen Interesse und aus Billigkeitsgründen der Schutz gleichmäßig vertheilt werden

muß. Es müssen im Interesse der Feinspinnerei für die höheren Nummern mehr Säze und Classen aufgestellt werden, als die jetzt vom Bundesrath vorgeschlagenen. Es müssen auch die feinen Gewebe in demselben Verhältniß angezeigt werden, wie die Garne, und da die Unterscheidung zwischen dichten und undichten Waaren, welche der neue Tarif fortbehält, dies nicht ermöglicht, so sind die Säze auf Baumwollwaaren in Classen, nach Gewicht und Hadenzahl für eine gleiche Fläche zu bestimmen. Allein, solche Aenderungen gehören zu der Kompetenz des Reichstages, und ich werde dieselben hier nicht näher berühren. Ich constatire nur, daß die deutsche Textilindustrie im Zolltarif Ausgleichungen braucht, um besonders in Baumwolle und Leinen mit dem Auslande zu concurriren, Ausgleichungen, welche die nationale Arbeit schützen und zum allgemeinen Wohl des Volkes führen.

Meine Herren, mein Referat ist fertig, aber ich habe noch den Herren Dr. Genfel und Schaffardt zu antworten. Herr Dr. Genfel hat gefragt, die elsässischen Spinner hätten im Jahre 1869 Zollerhöhungen beantragt. Das ist unrichtig, es haben blöß die Spinner aus dem französischen Departement du Nord für die ganz feinen Sorten von Nr. 200—300 französisch Erhöhungen verlangt, weil diese im französischen Tarif nicht mehr genug geschützt sind. Der gegenwärtige französische Tarif für Garne entspricht dem, was die Elsässer im Jahre 1860 vorgeschlagen haben.

Es ist ferner gesagt worden, daß Elsaß habe eine ziemlich große Exportation nach Frankreich gemacht. Das ist wahr, — aber diese Exportation macht sich mit sehr großen Verlusten.

Ferner ist gesagt worden, daß die Weber mit den Zollerhöhungen, die die Spinner fordern, nicht zufrieden sind. Das ist nicht richtig. Wir haben in Mülhausen einen Verein, wo Weber, Drucker und Spinner zusammengekommen sind. Die haben sich gegenseitig Concessions gemacht und haben der Tarifkommission Vorschläge überreicht, die übereinstimmend durch sie angenommen sind. Sie wissen, daß in den letzten Jahren vor Anschluß Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich ein ziemlich heftiger Kampf zwischen Druckern und Webern war. Nun dieser Kampf ist fertig, und gerade in der Enquetecommission in Berlin haben die Drucker eingestanden, daß das, was wir Spinner und Weber verlangten, das Richtige ist. Der betreffende Herr Lauth aus Thann sagte unter Anderen dieses:

„Wir müssen prinzipiell gegen jede Erhöhung der Eingangszölle sein, weil unser Standpunkt natürlich der vom Freihandel sein muß. Doch erkennen wir, daß wir die Forderungen der Spinnerei und Weberei als mäßig schätzen für das, was sie brauchen, und da diese Industrien ihre Forderungen für durchaus nothwendig halten, haben wir nichts dagegen einzuwenden. Aber natürlich wird uns der Veredlungsverkehr, namentlich mit der Schweiz und Oesterreich desto nothwendiger, um in unseren Exportgeschäften nicht gehemmt zu werden durch eine eventuelle locale Erhöhung der Preise der rohen Gewebe.“

So sprach Herr Lauth im Namen des Syndicats der elsässischen Drucker und die Drucker haben die Erhöhung auf Garn und Gewebe, die ich vorgebrachten habe, angenommen.

Es ist dann ferner gesagt worden: wenn das Geschäft gut geht, so befinden sich die Arbeiter dabei nicht besser. Das ist auch unrichtig; bei uns,

wie anderswo, sind die Löhne bedingt durch Angebot und Nachfrage; aber wenn das Geschäft gut geht, wenn gute Inventarien gemacht werden, so fällt jedes Jahr eine beträchtliche Summe auf die verschiedenen Einrichtungen, die wir zum Wohl der Arbeiter getroffen haben. (Hört! rechts.)

Es ist auch dem Umstand zuzuschreiben, daß die Socialdemokratie bei uns gar nicht besteht, wie sie in Berlin bei den Freihändlern entwickelt ist. Wir haben Arbeiterwohnungen gebaut, wir haben die französische Nationalversammlung gebeten, die Kinderarbeit einzuschränken, bevor die Gesetzgeber daran gedacht haben. (Hört!)

Wir haben Vorkehrungen getroffen für die Unterstützungen der Invaliden, für Pensionskassen, für Zufluchtshäuser für junge hilflose Mädchen. Wir haben Unterricht ertheilen lassen und haben also beträchtliche Summen für die Hebung des Arbeiterstandes aufgewendet. Nun sind aber unsere Reserven aus der französischen Zeit weg, und wenn es so fort geht, so kann ich behaupten, daß in 10 Jahren unsere glänzende Baumwollindustrie verschwunden sein wird. Seitdem wir die Ehre oder das Unglück haben, ich meine als Industrielle, zum Deutschen Reich zu gehören, so habe ich Erfahrungen mancher Art gemacht. Letztthin war ich an der Grenze zwischen Schlesien und Polen. Ich trank ein Glas Bier, es war sehr gut und kostete nur 5 Pf. Da sagte ich zu meinem Packträger: Hier ist aber billig leben. Er antwortete: Ja wir haben aber die 5 Pf. nicht. (Heiterkeit.)

Der Freihandel hat den Zweck nur billig zu kaufen, und wir wollen den Leuten die Möglichkeit geben, überhaupt kaufen zu können. Das ist der ganze Unterschied. (Lebhaf tes Bravo rechts.)

Präsident Prof. Dr. Raffaele: An Stelle des nicht erschienenen Referenten Herrn Dr. Weigert wird Herr Dr. Gensel das zweite freihändlerische Referat übernehmen.

Referent Dr. Gensel (Leipzig): Meine geehrten Herren! Sie wissen, daß ich weder Spinner noch Weber bin, und ich würde nicht die Kühnheit haben, als Referent in dieser Specialdebatte vor Ihnen aufzutreten, wenn mich nicht ein paar ganz bestimmte Gründe dazu veranlaßten. Der erste Grund, meine Herren, ist der, daß über die speciellen Sätze des Zolltariffs und über das Technische noch sehr wenig gesprochen worden ist. Wenn ich mich auch mit Weberei und Spinnerei technisch nicht zu beschäftigen gehabt habe, so habe ich dafür ziemlich viel mit technischen Zollfragen zu thun gehabt, und vielleicht bin ich doch in der Lage, ein paar Bemerkungen, die nicht ganz unwert sind, gehört zu werden, darüber zu machen. Der zweite Grund ist der, daß mir dieses Referat die Möglichkeit giebt, mein Schlusreferat in der Generaldebatte erheblich abzufürzen, und das ist unzweifelhaft ein erheblicher Gewinn für Sie. Ein weiterer Gewinn aber für diese Herren (rechts) ist der, daß auf diese Weise auch Herr Hasler, dem ich gern den Ruhm eines der vorzüglichsten Sachverständigen in seiner speciellen Branche zugestehé, — ich meine nicht in Zollsachen — (Heiterkeit) auch noch zum Referat gelangt.

Nun, meine Herren, will ich zunächst mit einigen Worten auf die letzten Bemerkungen des Herrn Vorredners eingehen. Ich habe freilich nicht Alles genau verstehen können. Er sprach von den günstigen Arbeiterverhältnissen,

davon, daß die Socialdemokratie in Elsaß-Lothringen durchaus keinen Boden gefunden habe. Das ist eine Thatsache, die ich sehr oft Gelegenheit genommen habe vor unseren Fabrikanten zu betonen. Aber, meine Herren, der Grund dieses Verhältnisses liegt keineswegs in den früheren hohen Schutzzöllen, sondern vielmehr darin, daß die Industrie von Elsaß-Lothringen es jederzeit, wie es in einem Berichte der société industrielle heißt, zu ihren „Chrentiteln“ gerechnet hat, ein gutes Verhältniß zu den Arbeitern herzustellen und alle die sozialen Einrichtungen zu treffen, welche nöthig sind, um das Wohl der Arbeiter zu heben.

Meine Herren, weiter hat der Herr Vorredner die Bemerkung bemängelt, die ich gemacht hatte, daß die Elsässer Spinner im Jahre 1869 eine Erhöhung des Tariffs auf Garne gefordert hätten; mein Gewährsmann in dieser Beziehung ist Herr Roy, Mitglied der Handelskammer in Paris. Uebrigens, sollte die Neuersetzung nicht richtig gewesen sein, so verschlägt es sehr wenig, ob es gerade die Elsässer Spinner oder die vom département du Nord gewesen sind. Jedenfalls die Thatsache hat der Herr Vorredner zugegeben, daß die französischen Spinner trotz der hohen Staffelzölle, die der französische Tarif hat, doch noch nicht zufrieden sind, sondern eine Erhöhung verlangt haben, — eine sehr gute Illustration für die Behauptung, daß der Schutzzoll als Erziehungsmittel dient und daß er allmählich dazu führe, die Industrie ganz selbstständig zu machen, so daß sie der hohen Zölle entbehren kann!

Wenn er dann weiter hingewiesen hat darauf, daß die Weber sich neuerdings mit den Forderungen der Spinner einverstanden erklärt hätten, so habe ich dagegen folgende Bemerkungen zu machen. Erstens wird ja jetzt allerhand compromittirt, und was da mitunter für Gründe vorliegen, das wollen wir doch lieber nicht näher erörtern. Dann aber, meine Herren, war die Erklärung, die uns Herr Grad vorgelesen hat, doch so verstaubt, so mit Bedingungen gespickt, daß sich daraus ein Einverständniß mit den Forderungen der Spinner unmöglich herleiten läßt. Was sind denn das auch für Forderungen der Spinner? Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annahme, daß die Erklärung sich bezog auf die Forderungen des sogenannten revidirten autonomen Tarifs. Nun, ich habe schon gestern erwähnt, da ging die höchste Staffel z. B. für Baumwollengarnzölle bis 24 M., der Tarif geht bis 39 M. und für Zwirne sogar bis 70 M. Herr Regierungsrath Beutner hat die Zölle der Vorlage als sehr mäßig bezeichnet und die Forderungen der Spinner als schüchtern. Meine Herren, Schüchternheit scheint mir doch bisher die letzte Tugend der Herren gewesen zu sein.

Nun, meine Herren, möchte ich zunächst in Betreff der Baumwollgarne nochmals an die Nummerngrenzen erinnern, welche der Tarif enthält. Mit Nr. 20 fängt ein höherer Satz an und dann, von der 2. Grenze abgesehen, mit Nr. 60 und mit Nr. 80. Ich glaube, daß auch die Herren Sachverständigen mit dieser Auffstellung sich einverstanden erklären können, sie sieht wirklich so aus, als sei sie thitanös gemacht. Die Nummern 20, 40, 60, 80 sind bekanntlich diejenigen, die am meisten gebraucht werden. (Zustimmung rechts.) Jedermann aber, der mit der Spinnerei näher vertraut ist, weiß, daß es unmöglich ist, eine Nummer so genau zu spinnen, daß die einzelnen Strähne nicht ein paar Nummern über oder unter der Norm sind, und es führt das

nothwendig, wenn die Grenzen gerade auf die gangbarsten Nummern gelegt sind, zu unendlichen Differenzen. Ich habe mir erlaubt, am Eingang des Saales einige Proben auszulegen von Baumwollengarnen Nr. 40 und 80, Strähne, die aus einem größeren Packet herausgezogen sind ohne Wahl, und da sind die Nummern genau angegeben. Es kommt aber noch dazu — das ist Ihnen ja auch allen bekannt, die Sie aus der Branche sind — daß mit der Temperatur die Nummer sich verändert. (Ich will einschalten, es sind leider noch die englischen Nummern angeführt, weil das metrische System noch nicht durchgeführt ist.) Die Nummer wird bestimmt durch ein gewisses Gewicht auf die Länge von 840 Yards; das Gewicht des Garnes ist aber von der Temperatur sehr abhängig, und man hat in Folge der vielen Differenzen, die durch dieses Staffelsystem hervorgerufen sind, in Frankreich bereits den Vorschlag gemacht, daß jeder Ballen Garn, ehe er zur Verzollung kommt, in eine Conditioniranstalt geschickt werden soll. Zu welchen Weiterungen das führen würde, brauche ich nicht auseinanderzusetzen.

In ähnlicher Weise zu Schwierigkeiten führend sind auch die Bestimmungen über die Wollengarne, namentlich die Unterscheidung zwischen „weichem Kammgarn“ und „anderem Garn“. Ich habe auch davon eine Anzahl von Proben ausgelegt, und, meine Herren, ich möchte wetten, daß, wenn Sie sechs Zollbeamte ersuchen, die Proben darnach zu sortieren, was hartes und was weiches Kammgarn ist, jeder eine andere Sortierung vornehmen wird. Es wird mir entgege gehalten werden, die Unterscheidung sei auch schon anderwärts gemacht. Nun, meine Herren, in Frankreich ist sie nicht gemacht; man hat zwar in Frankreich für den neuen Tarif vorgeschlagen eine Unterscheidung zwischen „Kammgarn“ und „Streichgarn“, was meines Wissens für den Sachverständigen sehr leicht zu unterscheiden ist; dagegen zwischen hartem und weichem Kammgarn zu unterscheiden ist Niemandem eingefallen. Der österreichische Tarif enthält allerdings die Unterscheidung, aber, meine Herren, in ganz anderer Weise als dieser Tarif, nämlich er sagt ausdrücklich: hartes Kammgarn (West). Nun, was West ist, ist ebenfalls sehr leicht zu unterscheiden. Der Entwurf eines autonomen Tarifs sagt: West, Alpacca, Mohair. Der Tarif des Bundesraths fügt aber erstens noch hinzu: Genappes, und dann sagt er: „zum Beispiel“. Es ist also mit diesen Kategorien die Sache nicht erschöpft, sondern es ist ganz in das Ermessen der Zollbeamten gestellt, zu bestimmen, was denn eigentlich weich, was hart ist, und ich frage Sie selbst, ob es möglich ist, eine derartige Grenze zu machen, namentlich seitdem wir mehr französische Kammgarne einführen, bei denen die Unterscheidung zwischen weich und hart viel schwieriger ist als bei den englischen.

Eine ähnliche technische Schwierigkeit bietet der Tarif in Bezug auf die Webwaren, indem er eine Grenze macht bei 0,5 mm Dicke. Auch hier habe ich mir erlaubt, ein paar kleine Proben zur Illustration mitzubringen. Es wird nicht bloß für den Zollbeamten, sondern auch für jeden Techniker fast ganz unmöglich sein, bei der Elastizität der wollenen Stoffe zu sagen: was ist  $\frac{1}{2}$  mm dick und was nicht? Es sind da eine Menge Stoffe, die auf der Grenze liegen. Ich habe hier einen schwarzen Mohairstoff mitgebracht und einen grauen Worsted-Stoff; da ist der schwarze um etwa 30% mehr werth als der graue, im Uebrigen sind sie sehr ähnlich, der schwarze ist aber ein klein

wenig dicker und wird wahrscheinlich unter den niedrigeren Tarifssatz fallen, und der stärkere, wohlfeilere unter den höheren. Meine Herren, kein anderer Tarif hat eine derartige Aufstellung gemacht. Meines Wissens ist es zuerst der russische Tarif gewesen, der die Dicke der Stoffe in Betracht gezogen hat; der sagt aber: so und so viel auf die Quadratfarschine wiegend, und eben so sagt der österreichische Tarif: unter und über 600 g auf 1 Quadratmeter. Das ist eine Sache, die sehr leicht zu bestimmen ist; ich sehe, Sie stimmen mir darin bei. Sie werden mir dann auch zugeben, daß das eins von den Beispielen ist, die deutlich zeigen, mit wie wenig Sachkenntniß der Tarif ausgearbeitet ist. (Zuruf: Referent! Heiterkeit.)

Sie werden doch nicht den Referenten in der Commission allein verantwortlich machen wollen für alle Verkehrtheiten, die im Tarif sind. Meines Wissens ist dieser Unterschied mit 0,5 mm Stärke hauptsächlich eingeführt auf Wunsch einiger Orleansfabrikanten, obgleich diese Branche zu den günstigst fixirten gehört und auf allen neutralen Märkten concurrirt, mithin einen Schutz durchaus nicht nötig hat.

Ich will hier gleich anführen, und zwar aus Anlaß einer Bemerkung des Herrn Correferenten in der Generaldebatte, daß namentlich in der Textilindustrie die Behauptung, unser Tarif hätte dahin geführt, nur wohlfeile Waare zu produciren, durchaus mit der Wirklichkeit in Widerspruch steht. Ich kenne speciell die Branche von Glauchau und Meerane, wo die feineren sächsischen Kleiderstoffe gewebt werden, und dann z. B. Greiz. Ja, diese Branche hat sich im Laufe der letzten 15 Jahre so unendlich vervollkommenet, sie macht so schöne Waare, daß diejenigen unserer Leipziger Häuser, die früher nur englische und französische Waare führten, jetzt alle genöthigt sind, daneben auch deutsche Waaren, ja vorwiegend deutsche Waaren zu führen, weil das Ausland auf unserem Markte schon bei den jetzigen, nach Ihrer Meinung zu niedrigen Schutzöllen fast nich: mehr, nur in einzelnen Specialitäten concurriren kann.

Wenn ich hier nochmals an den Export erinnere, so veranlaßt mich dazu hauptsächlich eine Bemerkung meines geehrten Collegen Herrn Buck. Der hat gefragt, ich hätte die Thatſache der Annexion des Elsaß nicht gehörig in den Vordergrund gestellt. Nun, meine Herren, erwähnt habe ich sie an der Stelle, wo sie hingehörte, und zwar in einer Weise, die für mich eher vortheilhaft war; ich habe sie nämlich gerade nur bei den Fabrikaten erwähnt, aus übertriebener Gewissenhaftigkeit. Aber bei den Hauptziffern, die ich angeführt habe in Bezug auf die Textilindustrie, brauchte ich die Thatſache nicht zu erwähnen, denn diese Ziffern bezogen sich auf die Jahre 1874—78, und zwar waren die Hauptziffern folgende:

Einfuhr von baumwollenen Garnen nach Frankreich  
im Jahre 1874: 22 Millionen Francs,

1878: 36 " "

Ausfuhr aus Frankreich  
im Jahre 1874: 4,4 Millionen Francs,

1878: 2,5

Also die "Einfuhr nach Frankreich ist bedeutend gestiegen, die Ausfuhr bedeutend gefallen. Umgekehrt ist die Einfuhr nach Deutschland immer mehr gefallen, dagegen ist die Ausfuhr aus Deutschland an baumwollenen Garnen in

den letzten 5 Jahren gestiegen von 91,000 auf 226,000 Etr. Ich bemerke nochmals: das sind Nettoziffern, weil sonst Differenzen in den Zahlen entstehen könnten.

Wenn Herr Hafslor angeführt hat, daß darunter viel Wigognegarne sich befinden, die namentlich auch in Sachsen gesponnen werden, so ist das richtig; aber das ist ebenso gut im Jahre 1874 der Fall gewesen, wie im Jahre 1878, wenn auch vielleicht nicht ganz in dem Maße, das gebe ich zu.

Dann hat Herr Hafslor weiter angeführt, daß das Elsass durch den deutschen Zolltarif genöthigt worden sei, jetzt weniger seine Garne zu spinnen, als früher. Meine Herren, bis zu einem gewissen Grade mag das ja der Fall sein, aber in der Hauptsache ist diese Veränderung einem ganz anderen Umstände zuzuschreiben; sie ist geschehen auf Befehl einer sehr mächtigen Herrscherin, welcher auch die Zollpolitik bisher noch selten hat beikommen können, nämlich der M o d e. Früher trugen unsere Frauen und Töchter im Sommer vorzugsweise die leichten Stoffe, Taconas, Organdi und wie sie sonst heißen; das ist jetzt gänzlich abgekommen, es werden statt dessen stärkere Stoffe getragen, zu denen die feinen Garne nicht gebraucht werden, und hierin liegt der Grund, daß auch die Elsässer, ebenso wie die englischen und französischen Spinner, sich genöthigt gesehen haben, die Production der feineren Nummern einzuschränken.

Nun hat man weiter gesagt, man solle doch, um allen Bedenken zu begegnen, der Industrie Rückzölle gewähren; es liegt uns ja auch ein Antrag in dieser Beziehung vor. Meine Herren, ich bedaure sehr, daß ein specieller Sachverständiger in Betreff der Rückzölle heute nicht erschienen ist, ich meine Herrn Prof. Lexis, der namentlich die französischen Einrichtungen und auch ihre Folgen sehr genau studiert hat. Sie wissen, daß das System der Rückzölle, der Exportbonificationen, der titres d'acquit u. s. w. nirgends mehr ausgebildet ist als in Frankreich. Nun, wir haben sehr viel geklagt über die titres d'acquit, aber in Frankreich klagt man auch über deren Folgen. Und was die Textilindustrie anbelangt, mit der wir es speciell zu thun haben, so hat die französische Regierung vor Aufstellung ihres Tarifentwurfs vom Jahre 1877 das berathende Comité der Künste und Manufacturen mit Beantwortung der Frage betraut, ob es möglich sei, die admission temporaire für die Garne einzuführen, d. h. mit anderen Worten eine Einrichtung, welche es ermöglicht, die Zölle zu ver-güten und das Comité hat darauf erwidert, — ich habe hier die officielle französische Denkschrift in der Uebersetzung, die Herr Buek die Güte gehabt hat mitzuteilen, in den Mittheilungen des westphälischen Vereins —:

daß es sehr schwer fallen würde, eine derartige Maßregel durchzuführen, und die Regierung fügt hinzu:

Anderseits ist zu befürchten, wenn die von unsfern Spinnern verlangte Erhöhung in unsfern Tarif aufgenommen würde, daß dadurch ein ernster Schlag den blühenden Industrien von Lyon, St. Etienne, Tarare u. s. w. zugefügt werde.

Die Regierung hat in Folge dessen abgesehen von dem Vorschlage, eine derartige Rückvergütung einzuführen. Wenn es möglich wäre, so würde man sie in Frankreich gewiß zu allererst versucht haben. Die Herren, die im Principe für Freihandel sind, die aber glauben, daß, wenn Rückzölle und ähnliche Einrichtungen getroffen würden, sie sich vielleicht mit Erhöhung der Zölle einver-

standen erklären könnten, die möchte ich doch bitten, sich vor allen Dingen die Rückzölle zu sichern. Denn wenn erst die Zölle erhöht sind, und sie dann mit der Forderung kommen, dann können sie sich darauf verlassen, daß sie nichts bekommen. (Heiterkeit.)

Ich muß nun noch auf eine Bemerkung des Herrn Prof. Schmoller kommen. Er sagte — in Uebereinstimmung mit einer Aeußerung, die vielfach von Seiten der Schutzzöllner gethan wird —, man möge doch unserer Industrie zunächst den heimischen Markt sichern; es schade nichts, wenn auch der Export etwas geschmälert würde, wenn nur im Innlande mehr abgesetzt werden könnte. Herr Prof. Schmoller hat einem hoch verdienten Manne den Vorwurf gemacht, seine neuliche Darlegung über den Getreideverkehr sei rein vom abstrakten Standpunkte aus geschrieben. Ich bedauere, Herrn Schmoller denselben Vorwurf machen zu müssen in Bezug auf seine Deductionen, mit denen ich an sich größtentheils einverstanden war, nur die Anwendung auf die concreten Verhältnisse war meines Erachtens völlig unzulässig, und so namentlich auch in dieser Beziehung. Ja, meine Herren, wenn man glaubt, man könne die Industriezweige, die exportiren, ohne weiteres auf den heimischen Markt als ein Aequivalent verweisen, so zeigt das, daß man die speciellen Verhältnisse der Industrie doch zu wenig berücksichtigt. Ich will nur von einer Branche sprechen, von der Tuchindustrie. Unsere sächsische Tuchindustrie exportirt sehr viel nach dem Orient, nach Ostasien; sie ist darauf aber ganz speciell eingerichtet, das sind ganz specielle Tuchsorten, die nach dem Orient gehen. Wir brauchen ja in Deutschland fast gar kein glattes Tuch mehr außer schwarzem. Nach dem Orient gehen noch jetzt viel glatte Tüche, wenn auch nicht so viel wie früher, namentlich in Hellblau, Karmoisinroth u. dergl. Ja, wollen Sie derartige Tüche, auf die jene Industrie ganz speciell eingerichtet ist, auf unserem Markte feil halten? Sie werden die Leute also nöthigen, sich erst auf eine ganz neue Art der Fabrication einzurichten, und es wird dann der Industrie, die bereits für unsern heimischen Markt arbeitet, auf's Neue eine sehr unwillkommene Concurrenz gemacht, und zur Verbesserung der Waare würde das wahrhaftig auch nicht führen.

(Zuruf rechts: Wir importiren mehr Tuche, als wir exportiren!)

Jaun, ich habe gestern bereits die Biffern genannt, unsere Ausfuhrstatistik macht ja keinen Unterschied, wenn Sie eine specielle Statistik haben über die Ausfuhr von Tuchen allein, so soll mir das lieb sein. Unsere officielle Statistik weist nach für die Ausfuhr von wollenen Zeugwaaren 286 000 Centner, während die gesammte Einfuhr im Jahre 1878 ungefähr 100 000 Centner betragen hat.

Meine Herren! Ich will Ihre Geduld nicht länger in Anspruch nehmen, zumal da ich nur ein eingeschmuggelter Referent gewesen bin. Ich möchte Sie nur noch bitten, den Seyffardi'schen Antrag anzunehmen. Ich kann von meinem principiellen Standpunkt mich eigentlich nicht vollständig mit diesem Antrag einverstanden erklären, der nur verlangt, daß möglichst die bisherigen Sätze beibehalten werden. Meine Herren, soweit meine Kenntniß unserer Textilindustrie reicht, würde es ganz unbedenklich sein, in vielen Punkten, wie z. B. für grobe Baumwollengarne, dann auch für viele Webwaaren, die Zölle wesentlich zu ermäßigen, aber, meine Herren, es scheint mir jetzt nicht opportun, einen derartigen Antrag zu stellen (Heiterkeit), und ich begnüge mich deshalb damit, Ihnen die Annahme des Seyffardi'schen Antrages zu empfehlen. (Lebhafster Beifall links.)

Correferent Stadtrath Reiz (Chemnitz):

Meine Herren! Die Zeit ist vorgerückt, mein Vorredner, Herr Grad, hat Ihnen bereits Bieles gesagt, was auch ich mir vorgenommen hatte, zu sagen, vom Präsidententisch hörte man wiederholt, „ich bitte den Redner, sich zu beeilen,“ und das Auditorium ruft Schlüß, Schlüß. Ich werde mich daher möglichst kurz fassen, kann aber nicht unterlassen, wenigstens auf 2 Punkte noch ausführlicher einzugehen.

Einer der Herren Vorredner hat nicht glauben können, daß die Baumwollindustrie sich in einer Nothlage befindet; sie hätte den Beweis nicht geliefert. Diesen traurigen Beweis bin ich leider herufen anzutreten.

Zweitens hat er sehr viel von dem Nachtheil gesprochen, den die Erhöhung der Bölle auf Garne für unsern Export haben könnte. Es ist mir aber aufgefallen, daß Niemand nachgewiesen hat, wieviel denn ein Meter Kleiderstoff oder ein Stück Tuch oder ein Dutzend Strümpfe oder ein Dutzend Handschuhe durch die Veränderung des Bolles im Preise steige? Auch diesen Nachweis werde ich, insofern Baumwollgarn dabei in Frage kommt, bringen.

Dass eingeführt sind an Baumwollgespinnsten vom Jahre 1854 bis 1877 4,705,000 Centner, und ausgeführt 1,000,525 Centner ist Ihnen jedenfalls bekannt. — In den Jahren 1871, 1874, 1875 und 1876 sind eingeführt an Baumwollgarnen 966,000, ausgeführt 246,000 Etr., das Minus für den Export beträgt daher in den letztnannten 4 Jahren 720,000 Centner. Eingeführt sind ferner an Baumwollwaren 286,565 Centner von 1854 bis 1877 und in den Jahren 1871, 1874, 1875 und 1876 97,347 Centner. Hieron ist selbstverständlich nur ein ganz geringes Quantum wieder ausgeführt. Diese Einfuhr hätten wir im eigenen Lande produciren können, wenn wir dazu im Stande gewesen wären, aber die englische Concurrenz hat uns hier einen Daumen auf's Auge gesetzt. Sie hat uns verhindert, diejenigen Spindeln aufzustellen, die wir noch hätten aufstellen können, um den einheimischen Bedarf zu decken. Nahezu sind das 2 Millionen Spindeln. Der Procenttheil der Einfuhr am Garnverbrauch im Jahr 1871 war 29,5 Proc., im Jahr 1877 17,3 Proc. Das Elsaß ist eben hinzugetreten, und daraus ganz allein erklärt sich die große Verminderung des Procentanteils der ausländischen Garne an unserm inländischen Bedarf. Wir haben also keine Überproduktion, sondern wir produciren bei Weitem nicht das, was im Lante gebraucht wird.

Wenn wir uns nun fragen, weshalb wir nicht diesem Schaden beizukommen versuchen, so habe ich schon gesagt, daß England uns daran verhindert. Wir können mit dem Preis nicht fortkommen, so daß das Capital sich schwerlich findet, um eine so vollkommen unrentable Sache zu cultiviren. Sie wissen, meine Herren, daß England billigere Kräfte hat und billigeren Bezug von Baumwolle. Ich hatte die Absicht, das näher auszuführen, aber Sie alle sind ja mehr oder weniger Fachleute, und deshalb bedarf es dessen nicht. England hat sich viele Generationen hindurch schon mit der Baumwollspinnerei beschäftigt; es hat sich auch auf diesem Felde eine wohlgeschulte Arbeiterbevölkerung erzogen. Daher erklärt es sich, daß für 1000 Spindeln in England durchschnittlich 7 Arbeiter beschäftigt sind, während bei uns 1000 Spindeln 12 Arbeiter in Anspruch nehmen. Es ist selbst das Klima Englands der Baumwollspinnerei

günstiger als das Klima Deutschlands. Unsere staatlichen Institutionen behindern uns in der Fabrikation mehr als dies bei den Engländern der Fall ist. Ich erinnere Sie an den Schulzwang, an die Gesetze über Kinderarbeit, an die Militärschulpflichtigkeit. Wir haben für unsere Baumwolle höhere Frachten zu bezahlen, ehe wir sie auf unsere Spinnmaschinen nehmen. Wir haben für den Bezug Provisionen zu bezahlen, die dem englischen Spinner nicht zur Last fallen. Dort ist es bei der großen Ausdehnung der Einrichtungen möglich, daß eine Spinnerei nur wenige Nummern spinnt, während unsere Spinnerei, ich rede hier aus meiner Erfahrung im Umkreise von Chemnitz in Sachsen, sich lediglich dadurch zu erhalten vermag, daß wir meistens das machen, was England nicht machen will und nicht machen kann. Wir, meine Herren, müssen fast jeden Tag mit unsern Nummern wechseln, während der Spinner in England Jahr aus, Jahr ein seinen Wechsel stehen läßt. Bei einer so gewaltigen Production werden die allgemeinen Spesen verhältnismäßig geringer, viele Bedürfnisse der Spinnerei sind dort billiger als bei uns. Ferner kann England manche außergewöhnliche Baumwolle besser gebrauchen, als wir in Deutschland, ich erinnere z. B. nur an die Abgänge von Coonada und Malo. W. im Handel heimisch ist, weiß, daß beim Abgang der Baumwollen hauptsächlich auf deren weiße Farbe geachtet wird, während die Abgänge einer braunen od.: gelben Baumwolle weniger gern genommen sind, und diejenigen Artikel, die daraus gemacht werden, werden nichts desto weniger in so großen Massen gebraucht, daß die Spinnerei, die hiermit möglich wäre, in unsern deutschen Spinnereien nicht wohl begründet werden kann, während diese Abgänge in Manchester das Material in ausgiebiger Menge liefern für diejenige Zwirne, die besond. s. Beclin zur Teppichfabrikation benutzt. Also auch die Minderwertigkeit der Spinnabgänge setzt unsere Spinnerei oft entschieden in Nachtheil gegenüber der englischen. Daß diese Missstände bestehen, weiß ich aus eigener Erfahrung, ich habe lange genug diese Industrie beobachtet, obgleich ich nicht Fachmann bin, denn in Chemnitz ist das unser täglich Brod. Im Jahre 1846 hatte Sachsen 474,998 Spindeln, bis zum Jahre 1871 war diese Spindelzahl unter dem Regime des Zollvereins auf 707,000 Spindeln gewachsen. Das ist natürlich, die Garnfabrikation hatte unter diesem Regime einen größeren Schutz. Im Jahre 1875 war die Spindelzahl bereits wieder auf 471,000 zurückgegangen. Dieser Rückgang fällt in die Zeit, der wir den französischen Handelsvertrag verdanken. Heute, meine Herren, ist die Spindelzahl in Sachsen auf 389,000 reduziert (hört! rechts!), und das alles, meine Herren, während einer Zeit, in der wir unendlich viel mehr Baumwollgarne in Deutschland gebrauchten, als wir selbst produciren können. Das ist gewiß wunderbar, aber es erklärt sich eben aus den Vortheilen, die der englischen Spinnerei geboten sind. Von den im Jahre 1862 existirenden Baumwollspinnereien waren bei uns im Jahre 1868 bereits 51, im Jahre 1872 waren 72 eingegangen und im Jahre 1878 141 Etablissements, wovon 53 fallirten. Der Rest ist mit besseren oder schlechteren Resultaten liquidirt, viele haben sich aus dem Geschäft zurückgezogen, um nicht noch mehr Geld zu versiezen an einem Geschäft, dem sie schon so große Capitalien zum Opfer gebracht hatten.

Es ist nun in den Motiven des Zolltariffs ein Bericht der Chemnitzer Handelskammer erwähnt, der dahin geht, daß diese sehr traurigen Verhältnisse hauptsächlich dadurch hervorgerufen sind, daß die Leute ihr Handwerk nicht

verstanden hätten, und weil die Gruppe der kleinen Spinner von den größeren Etablissements naturgemäß schon überwuchert ist, — und in gewisser Beziehung ist das auch ganz richtig. Aber, meine Herren, unter diesen 141 eingegangenen Etablissements sind auch sehr günstig, an Wasserkraft gelegene Etablissements, die unter diese Kategorie nicht fallen, sie sind eben der Ungunst der Zeit zum Opfer gefallen. Es wird von vielen Seiten auch behauptet, daß die Großindustrie dem Großcapital zu überlassen sei und ihm allein gehöre. Die Erfahrung lehrt aber, daß nur da eine wirklich fortschreitende und zeitgemäße Industrie erwachsen kann, wo sie sich durch Intelligenz und Fleiß von unten herauf zu entwickeln vermag. Es werden Kinder geboren, nicht Männer, im ordnungsmäßigen Laufe der Dinge und für den Nachwuchs ist Vorsorge zu treffen, wenn das Ganze gedeihen soll! — So weit Sachsen.

Blicken Sie nun auf Süddeutschland, so nehme ich da die Zahlen, die sich in dem Bericht der Enquête vom 26. Februar 1879 finden. Es sind in Deutschland in der Zeit seit 1865 von 15 Spinnereien mit 375,000 Spindeln zwei ganz eingegangen, sieben sind in Concurs gerathen, drei haben zeitweilig ihre Zahlungen eingestellt, eine reducirt ihr Actiencapital auf die Hälfte und zwei zahlten während 8 Jahren keine Dividende.

Endlich erwähne ich Elsaß. Im Jahre 1871 bestanden in Elsaß 1,490,000 Spindeln, im Jahre 1878 nur 1,367,656 Spindeln, also auch in dem Lande, welches man uns mit Recht hinstellt als leuchtendes Beispiel in Bezug auf seine ausgezeichneten Leistungen in der Spinnerei, hat die Ungunst der Zeit 110,000 Spindeln zum Stehen gebracht, und nun behauptet mein gegnerischer Herr Vorredner noch, daß die Baumwollspinnerei auf Rosen liege. Ich glaube, Sie werden sich sehr bald zur gegentheiligen Überzeugung befehren. Ich meine daher, daß man die deutsche Industrie, die deutsche Arbeit auch auf diesem Gebiet durch die Bewilligung erhöhter Zölle zu fördern suchen muß, und ich fürchte ebenso wenig, daß die Anträge aus dem Lager der Baumwollspinner im Reichstag unerhört verhallen werden. Ich hoffe, wir werden die beantragten Zölle erhalten und damit einer bessern Zeit entgegen gehen!

Ich komme nun zu einer andern Seite der Sache, bleibe aber hier wieder in der Baumwollbranche. Die Baumwollspinner sind natürlich fast Alle mit der Vorlage einverstanden; viele meinen, daß sie nicht ganz genügen werde, aber ich meine, daß man hier einen modus vivendi erreichen wird. Nur die Exporthäuser sind nicht zufrieden. Ganz genau wie in der Wolle- und Seidenbranche ist es auch in der Baumwollbranche auf einzelnen Gebieten, von denen exportirt wird. Wir sehen zuerst unter diesen Herren die Fabrikanten von Spitz im Erzgebirge, ferner die Fabrikanten von Handschuhen und Strümpfen, die speciell in Chemnitz und dessen Umgegend ihren Hauptsitz haben, und endlich die Fabrikanten von Kleiderstoffen, deren bereits vorhin Erwähnung geschah, in Glauchau und Meerane. Es ist nun gewiß interessant, zu erfahren, wie die beantragten Zölle auf Baumwollgarne auf diese Branchen wirken werden. Die Herren auf jener Seite (links) wissen es vielleicht nicht und werden es gewiß mit Freuden begrüßen, wenn ich darüber einige Mittheilungen mache, die ihre Befürchtungen als übertriebene Kennzeichnen müssen. In der Spitzenbranche wurde, wie mir von glaubhafter Seite berichtet ist, in Berlin gesagt, daß man schon deshalb gegen die Zollerhöhung sei, weil sie den Artikel so wenig vertheure, daß die

Berüheuerung nicht in die Kalkulation einzustellen sei und weil das Wenige, was die Leute an ihrem Verdienst verlieren, aus ihrer eignen Tasche zu bezahlen sein würde. Das ist ein eigenthümliches Motiv, das ist eine Sache, die man mit dem Mikroscop zu untersuchen hat, und davon sollte man im praktischen Leben gar nicht reden.

Ich komme nun zu der Kleiderstoff-, Möbelstoff-, Handschuh- und Strumpfbranche, für die die beantragte Erhöhung der Baumwollgarne etwas Bedenklicheres hat. Gestatten Sie mir, Ihnen die Säze vorzulesen:

Jetziger Zoll pro 100 El. 6 M.

I. Im Bundesrath beschlossene Zollsätze:

| engl. Nr. 0/19   | 20/45 | 46/59 | 60/79 | darüber | doubles per Staffel 1½ höher. |
|------------------|-------|-------|-------|---------|-------------------------------|
| pro 100 El.      | 6 M   | 9 M   | 12 M  | 15 M    | 18 M                          |
| einfach Erhöhung | 0 "   | 3 "   | 6 "   | 9 "     | 12 "                          |
| doubles Erhöh.   | 1½ "  | 4½ "  | 7½ "  | 10½ "   | 13½ " doubles Erhöh.          |

II. Von den Spinnern gewünschte Zollsätze:

| engl. Nr. 0/11 | 12/29 | 30/49 | 50/79 | darüber | doubles.             |
|----------------|-------|-------|-------|---------|----------------------|
| pro 100 El.    | 6 M   | 9 M   | 12 M  | 16 M    | 20 M 20 Proc. höher. |
| einfach Erhöh. | 0 "   | 3 "   | 6 "   | 10 "    | 14 " einfache Erhöh. |
| doubles        | 1,2 " | 4,8 " | 8,4 " | 13,2 "  | 18 " doubles Erhöh.  |

### Eindruck der Erhöhungen auf Wirkwaren.

Lange Frauenstrümpfe aus 2 Pfd. 30er Macogarn, welche circa 2,50 M. Strumpfwirkerlohn (wechselt bis 5 M.) kosten, werden verkauft das Dutzend mit 7,50 M.

Die Steuererhöhung darauf würde betragen nach:

$$\text{I. } 2 \text{ El. à 3 } \varnothing = \text{pr. Dfd. } 6 \varnothing \text{ oder } \frac{8}{10} \text{ Proc.}$$

$$\text{II. } 2 \text{ " à 6 } \text{ " } = \text{ " } 12 \text{ " } \frac{16}{10} \text{ " }$$

Dergleichen aus 1⅞ El. 40er Macogarn, welche verkauft werden das Dutzend mit 8 M.

Steuererhöhung nach:

$$\text{I. } 1\frac{7}{8} \text{ El. à 3 } \varnothing = \text{pr. Dfd. } 5\frac{6}{10} \varnothing \text{ oder } \frac{7}{10} \text{ Proc.}$$

$$\text{II. } 1\frac{7}{8} \text{ " à 6 } \text{ " } = \text{ " } 11\frac{2}{10} \text{ " } \frac{14}{10} \text{ " }$$

Dergleichen aus gasirtem Zwirn 1 El. Nr. 80, welche verkauft werden das Dutzend mit 14 M.

Steuererhöhung nach:

$$\text{I. } 1 \text{ El. à } 13\frac{1}{2} \varnothing = \text{pr. Dfd. } 13\frac{1}{2} \varnothing \text{ oder } \frac{9}{10} \text{ Proc.}$$

$$\text{II. } 1 \text{ " à } 18 \text{ " } = \text{ " } 18 \text{ " } \frac{13}{10} \text{ " }$$

Handschuhe aus 1¼ El. 60er gasirtem Zwirn, welche verkauft werden das Dutzend mit 3 M.

Zollerhöhung nach:

$$\text{I. } \frac{1}{4} \text{ El. à } 10\frac{1}{2} \varnothing = \text{pr. Dfd. } 2\frac{6}{10} \varnothing \text{ oder } \frac{8}{10} \text{ Proc.}$$

$$\text{II. } \frac{1}{4} \text{ " à } 13,2 \text{ " } = \text{ " } 3\frac{3}{10} \text{ " } \frac{11}{10} \text{ " }$$

Dergleichen aus  $\frac{1}{4}$  d. 120er gasirtem Zwirn, welche verkauft werden das Dutzend mit 3,60 M.

Zollerhöhung nach:

$$\begin{array}{l} \text{I. } \frac{1}{4} \text{ d. à } 13\frac{1}{2} \text{ } \text{fl. = pr. Dbd. } 3\frac{3}{10} \text{ } \text{fl. oder } \frac{9}{10} \text{ Proc.} \\ \text{II. } \frac{1}{4} \text{ " à } 18 \text{ " = " " } 4\frac{1}{2} \text{ " " } 1\frac{1}{4} \text{ " } \end{array}$$

#### Eindruck auf Webwaren. Chemnitzer Artikel.

50 m baumwollenen Zanella aus 4 d.  $\frac{36}{40}$  Kette und 4 d. 24er Schuß, welche verkauft werden für 21 M.

Zollerhöhung nach:

$$\begin{array}{l} \text{I. } 4 \text{ d. Schuß } \} \text{ à } 3 \text{ fl. = } 24 \text{ fl. oder } 1\frac{1}{7} \text{ Proc.} \\ 4 \text{ " Kette } \} \end{array}$$

$$\begin{array}{l} \text{II. } 4 \text{ " Schuß à } 3 \text{ fl. } 12 \} = 36 \text{ fl. oder } 1\frac{7}{10} \text{ Proc.} \\ 4 \text{ " Kette à } 6 \text{ " } 24 \} \end{array}$$

50 m halbwollenen Zanella aus 4 d. 40er bw. Kette und 4 d. West (Wollgarn) werden verkauft für 35 M.

Zollerhöhung nach:

$$\begin{array}{l} \text{I. } 4 \text{ d. Kette à } 3 \text{ fl. = } 12 \text{ fl. oder } \frac{1}{3} \text{ Proc.} \\ \text{II. } 4 \text{ " " à } 6 \text{ " = } 24 \text{ " " } \frac{2}{3} \text{ " } \end{array}$$

27 m baumwollener Rips aus 10 d. 24er Kette und 8 d. 17er Schuß werden verkauft à 170 fl. pr. m 27, m = 45,90 M.

Zollerhöhung nach:

$$\begin{array}{l} \text{I. } 10 \text{ d. Kette à } 3 \text{ fl. = } 30 \text{ fl. oder } \frac{2}{3} \text{ Proc.} \\ \text{II. } 10 \text{ " Kette } \} \text{ à } 3 \text{ " = } 54 \text{ " " } 1\frac{1}{6} \text{ " } \end{array}$$

27 m halbwollenen Oriental (Möbelstoff) aus  $5\frac{1}{4}$  d. 30er Baumwollkette und  $5\frac{1}{8}$  d. West (Wolle) werden verkauft à m 137 fl. = 36,99 M.

Zollerhöhung nach:

$$\begin{array}{l} \text{I. } 5\frac{1}{4} \text{ d. Kette à } 3 \text{ fl. = } 15\frac{3}{4} \text{ fl. oder } \frac{4}{10} \text{ Proc.} \\ \text{II. } 5\frac{1}{4} \text{ " " à } 6 \text{ " = } 31\frac{1}{2} \text{ " " } \frac{8}{10} \text{ " } \end{array}$$

#### Meerane'sche Kleiderstoffe.

50 m halbwollener Phantasiestoff aus  $3\frac{1}{2}$  d. 30er Baumwollkette und  $3\frac{1}{2}$  d. West (Wolle) werden verkauft zu 40 bis 60 fl. der Meter, also mindestens à Meter 40 fl. = 20 M.

Zollerhöhung nach:

$$\begin{array}{l} \text{I. } 3\frac{1}{2} \text{ d. Kette à } 3 \text{ fl. = } 10\frac{1}{2} \text{ fl. oder } \frac{1}{2} \text{ Proc.} \\ \text{II. } 3\frac{1}{2} \text{ " " à } 6 \text{ " = } 21 \text{ " " } 1 \text{ " } \end{array}$$

50 m dergleichen aus  $3\frac{1}{2}$  d. 60er Zwirnkette und  $3\frac{1}{2}$  d. Schuß (Wolle) werden verkauft zu 60 bis 90 fl. der Meter, also mindestens à 60 fl. = 30 M.

Zollerhöhung nach:

$$\begin{array}{l} \text{I. } 3\frac{1}{2} \text{ d. Kette à } 10\frac{1}{2} \text{ fl. = } 36\frac{3}{4} \text{ fl. oder } 1\frac{1}{5} \text{ Proc.} \\ \text{II. } 3\frac{1}{2} \text{ " " à } 13\frac{2}{10} \text{ " = } 46\frac{1}{5} \text{ " " } 1\frac{1}{2} \text{ " } \end{array}$$

Dieser geringfügige Eindruck auf die Preise der fertigen Waaren würde ferner erst dann stattfinden, wenn sich die Garnpreise wirklich um die volle Zolldifferenz erhöhten, was aber natürlich bei der Verdrängung der fremden Garne bei der inländischen Concurrenz völlig ausgeschlossen ist. Der effective Eindruck wird also ein noch geringerer werden, denn diese inländische Concurrenz wird verhüten, daß die Bäume in den Himmel wachsen.

Meine Herren! Gegenüber diesen Zahlen wird kaum nochemand ernstlich behaupten können, daß von der Entlastung der Baumwollspinerei vom englischen Druck der Export unserer baumwollenen Fabrikate wesentlich beeinträchtigt werden wird. Nichts desto weniger haben wir aus dem gegnerischen Lager behaupten hören, daß die Differenz sehr bedeutend wäre, und es ist Ihnen vielleicht von einem Interesse, zu erfahren, was die Leute, die wiederum unsern Export bei sich importiren, zu diesen Sachen, gegenüber der Strumpf- und Handschuhbranche sagen. Wir stehen jetzt gerade vor einem Zeitpunkt, wo derartige Einkäufer in Chemnitz täglich erscheinen. Diese Herren haben nun erfahren, daß sie wohlthätigen, noch rasch zuzugreifen, in Zukunft würde die Sache sehr schlimm, und das ist gewiß eine Empfehlung der Waaren auf Lager, die sich wie von selbst darbietet. Aber einiges Bedenken haben diese Anspornungen bei den amerikanischen und hanseatischen Käufern nichts desto weniger erregt, und man hat sich gesagt, man muß doch mal nachsehen, ob das Ding wirklich so schwer wiegt und ob, wenn es wirklich so ist, man sich nicht bei Seiten nach einer neuen Bezugssquelle, Nöttingham sc. umsehen müßte. Ich weiß von einem Hauptkäufer, daß er zu Leuten, die genaue Auskunft über diese Sachen haben geben können, gegangen ist, und diese Herren haben ihm reinen Wein eingeschenkt, haben ihm Zahlen, wie ich sie Ihnen gegeben, genannt, und er hat sich darauf abgewendet mit der Überzeugung, daß er, wenn die Sätze sich in den nächsten Jahren nicht mehr ändern, doch noch getreuer Abnehmer für chemnitzer Artikel sein werde. (Sehr gut rechts.)

So glaube ich, daß die Befürchtung, die von der Erhöhung der Baumwollgarnzölle gehegt wird, sich in Zukunft auf Seiten Ihrer Abnehmer vollständig als unbegründet erweisen wird, und wenn der Käufer zufrieden ist, kann's der Verkäufer gewiß sein.

Ich schließe nun meinen Vortrag, aber nicht ohne einen Antrag eingebbracht zu haben, der aber nach dem vorhin angenommenen Antrage von bestimmten Zahlen absieht. Er lautet:

Hinsichtlich der Zölle auf die Producte der Textilindustrie billigt der Verein für Socialpolitik, ohne auf das Detail des vorliegenden Tarif-Entwurfes einzugehen, das in denselben zum Ausdruck gekommene Prinzip, die Zölle mehr als seither nach dem Werthe der einzelnen Artikel und insbesondere nach der darauf verwendeten Arbeit zu bemessen. Grad. Reitz.

Ich empfehle Ihnen diesen Antrag. (Bravo! rechts.)

(Die Versammlung beschließt hierauf, diese Specialdebatte zu schließen um zunächst die gestern vertagte Generaldebatte wieder aufzunehmen und eventuell noch die Frage der Eisenzölle zu behandeln.

In der Abstimmung wird der Antrag Seyffardt (Crefeld):

Der Verein für Socialpolitik wolle beschließen: Die Herabminderung aller

Säge für Halb- und Ganz-Fabrikate des neuen Tariffs, möglichst auf diejenigen des bisherigen Tariffs, ist im Interesse des Exports dringend zu empfehlen, abgelehnt, dagegen der Antrag Grad-Reiz angenommen.

In der Generaldebatte erhält zunächst das Wort

Senator Godeffroy (Hamburg): Meine Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt des autonomen Tarifs, weil ich mir einfach sage, wenn wir nicht etwas haben, was wir unsern Gegnern — und das sind die fremden Länder, welche uns in diesem Augenblick in der Zollpolitik schlecht behandeln — entgegenhalten können, so erreichen wir auch von ihnen nichts, und deshalb halte ich die Politik, welche dem französischen Vertrage von 1862 zu Grunde gelegt ist, für eine falsche. Es ist gesagt worden, daß der Tarif ein vollständig politischer Tarif war. Diese Ansicht habe ich schon früher ausgesprochen, und meine, daß damals etwas besser für die deutschen Verhältnisse hätte gesorgt werden können. Der Kaiser und der Fürst Bismarck haben nun gesagt: mit dieser Politik brechen wir. Wir haben ein einiges Reich gegründet, vor dem die Welt Respect hat. Früher hat man uns in jeder Hinsicht in der Politik und in der Industrie ausgelacht. In Frankreich und anderen Ländern können Sie hören, daß man es nicht versteht, wie wir ohne jede Gegenleistung ihnen Geschenke gemacht haben. Da hat Fürst Bismarck gesagt: Deutschland für die Deutschen! Ich will in erster Linie für mein Land sorgen, und nachher kommen die Fremden, — und diesen Standpunkttheile ich vollkommen.

Wenn wir aber einen autonomen Tarif schaffen, also eine Waffe, mit der wir uns verteidigen können, mit der wir Concessions machen können, so gehört dazu vor allem der § 5, und ich befürchte durchaus nicht, in der Beziehung Machtvollkommenheiten in die Hände des Bundesraths und des Fürsten Bismarck zu legen. Ich habe schon in einer anderen Versammlung in Berlin ausgesprochen: wir haben eine Regierung, die entschieden Patriotismus bewiesen hat, und ich habe gar keine Furcht, daß die Herren, die sich für das Vaterland opfern, — denn ein Vergnügen ist es in diesem Augenblick nicht, in der Tretmühle zu stehen und zwischen den Mühlsteinen der Discusion zerrieben zu werden — die Macht, die man ihnen einräumt, missbrauchen werden. Ich habe mich dahin ausgesprochen, daß, wenn es durchaus geschehen muß, ich mich viel lieber von oben etwas schlecht behandeln lasse, als von unten.

Es fällt mir nicht ein, daß wir ein Prohibitionsystem einführen sollten, aber wir sollten das erreichen, was notwendig ist für unser deutsches Vaterland. Ich verkenne nicht, und ich bin zu lange im Handel thätig gewesen, obgleich ich mich seit 15 Jahren davon zurückgezogen habe, um nicht zu wissen, daß durch diesen Tarif der Handel hier und da geschädigt werden kann. Ich verkenne leider, daß unsere Exportindustrie hier und da Schwierigkeiten haben kann, und da stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir, statt uns gegenseitig zu befehdten, uns die Hände reichen und sagen sollten: was für die Interessen der großen Majorität nötig ist, daß wollen wir befördern und etwaige Beschädigungen bestmöglich ausgleichen, und das kann meiner Ansicht nach sehr wohl durch Rückvergütungen erreicht werden. Z. B. bei Getreide sehe ich gar keine Schwierigkeit, daß, wenn das eingeführte Getreide einen Zoll bezahlt hat, und es dann wieder ausgeführt wird, es einen Rückzoll bekommt. Es ist möglich,

daz daß dadurch kleine Missbräuche einreizigen und daß auch mal auf deutsches ausführtes Getreide der Rückzoll vergütet wird.

Ich will nun noch darauf zurückkommen, daß man bei Einführung von Zöllen immer den Consumenten vorschützt. Meine Herren, auf den Consumenten entfällt wirklich nichts von allen den Vergünstigungen. Ich bin im Jahre 1864 Mitglied der Raths- und Bürgerdeputation in Hamburg gewesen, als man auch beabsichtigte, die Accise aufzuheben; ich war einer der eifrigsten Gegner der Accise gewesen, weil ich glaubte, daß dieselbe den kleinen Mann bedrücke. Das widerstand meinem Gefühl. Die Untersuchungen aber, die auf die allerunparteiischste Weise angestellt wurden, haben ergeben, daß das keineswegs der Fall ist und daß der Preisunterschied bei den Bäckern sich in Hamburg selbst bis zu 31% erhob.

Wir haben damals unseren ersten Beamten, einen sehr intelligenten Mann, nach Berlin geschickt, um auch dort die Verhältnisse zu prüfen; dort beließen sich die Unterschiede bis auf 58% und füge ich hinzu, daß, wenn wir in Hamburg auf dieselbe vexatorische und burokratische Weise die Accisesteuer erheben wollten, wie früher die Mahl- und Schlachtsteuer in Berlin erhoben wurde, so würden wir unsere Accise nicht 6 Monate behalten. Wir haben sie zweckmäßig eingerichtet und haben sie bis heute zum Wohl der Stadt beibehalten, weil es schwer sein würde, das durch Wegfall der Steuer entstehende Deficit anderweit zu decken. In Berlin hat man die Schlacht- und Mahlsteuer über Bord geworfen und jetzt die Schwierigkeiten mit den directen Steuern.

Ich wohne im Sommer auf dem Lande im Holtverein, habe aber nicht gefunden, daß meine Lieferanten, nachdem die Eisenzölle aufgehoben sind, auch nur einen Pfennig vom Preise nachgelassen hätten, und haben mir vor Kurzem mehrere der größten Grundeigentümer von Deutschland, die ich fragte, ob sie bemerkten hätten, daß die Aufhebung der Eisenzölle ihnen genügt hätte, zugesstanden, daß das nicht der Fall war. Ich zerbreche mir den Kopf, was denn eigentlich die Landwirtschaft so viel an Eisen consumirt, und da bin ich zu dem Resultat gekommen, daß das nicht von so großer Bedeutung sein könne, denn die Hufeisen des Schmiedes und die Pflüge und ländlichen Geräthe bilden doch kein so großes Moment. Der Verein der Wirtschaftsreformer steht jetzt auf dem Standpunkte, daß die Landwirtschaft durchaus daran betheiligt sei, daß die Industrie blühe, gerade wie die Industrie ein vorwiegendes Interesse daran hat, daß es der Landwirtschaft gut gehe. In den industriellen Districten, wo die kleineren Landwirthe sind, befinden sich die Leute in der größten Verlegenheit, an wen sie Nebenproducte, ihre Butter und ihre Milch zu guten Preisen verkaufen sollen, wenn und weil es der Industrie schlecht geht. Ich könnte noch manches anführen, aber ich danke Ihnen für die liebenswürdige Aufmerksamkeit, die Sie mir geschenkt haben. Ich sage nur noch: der Staatsmann, der Deutschland geeinigt hat, — dessen Scharfblick, denke ich, können wir auch in dieser Beziehung vertrauen, und ich bin fest überzeugt, er wird Deutschland auch in dieser Beziehung national und unabhängig machen, wobei wir glücklich sein werden; auch den Handel wird man nicht beschädigen, wenn Sie erst Hand in Hand mit uns und der Landwirtschaft gehen zum allgemeinen Wohl unseres Vaterlandes. (Bravo! rechts).

Vizepräsident Freiherr von Roggenbach: Es sind folgende Anträge eingegangen:

1) **Antrag Held:**

Der Verein für Socialpolitik erklärt sich gegen das Prinzip eines autonomen Tariffs und für die Fortbildung unserer Handelspolitik auf dem Wege der Handelsverträge.

2) **Antrag Held:**

Die Versammlung erklärt, daß im Allgemeinen zur Zeit in Deutschland Erhöhung der Schutzzölle zur Verbesserung der volkswirtschaftlichen Zustände kein geeignetes Mittel ist, und daß die nothwendige Vermehrung selbstständiger Reichseinnahmen ohne neue Schutzzölle gesichert werden kann.

3) **Antrag Gensel:**

1. Dem Bedürfnisse des Reichs nach vermehrten selbstständigen Einnahmen ist durch eigentliche Finanzzölle, unter gleichzeitiger Ausbildung der inneren Verbrauchsabgaben zu genügen.

2. Im Uebrigen bedarf eine Reform des Zolltariffs einer genaueren und allseitigen Vorbereitung.

4) **Antrag Schmoller:**

In Unbetacht, daß die Bemühung um Handelsverträge, die der deutschen Industrie neue Märkte erschließen, im Augenblicke bei der gegenwärtigen handelspolitischen Weltlage, aussichtslos ist,

in Unbetacht, daß in sämmtlichen Culturstaaten, mit Ausnahme von England, eine Erhöhung der Zölle schon stattgefunden hat oder in Aussicht steht,

in Unbetacht endlich, daß die Erhöhung einer Anzahl finanziell wichtiger Zölle doch jedenfalls nötig ist, um die Finanzen des Reiches auf selbstständige Grundlage zu stellen:

erklärt sich der Verein für Socialpolitik für eine maßvolle Tarifreform in finanzpolitischem und schutzzöllnerischem Sinne und für eine Ermächtigung, die Zollsätze gegenüber den die deutschen Waaren besonders benachtheiligenden Staaten noch um einen gewissen Betrag zu erhöhen.

Hierzu sind mehrere Amendements eingegangen:

**Amendement Barth:**

hinter den Worten „schutzzöllnerischem Sinne“ hinzuzufügen: „welche jedoch Getreide-, Holz- und Viehzölle nicht ausschließt.“

**Amendement Dr. Möller:**

„wenn die Fabrikationsmaterialien durch Zölle vertheuert werden, so ist beim Export der daraus hergestellten Waaren ein der Vertheuerung entsprechender Rückzoll zu gewähren. Die Rückgewähr des Zolls erfolgt auf Grund von Einfuhrzollquittungen, welche durch Indossament übertragbar sind und binnen 12 Monaten verjähren. Der Exporteur hat Art und Maß des für die exportirte Waare verwendeten Fabrikationsmaterials glaubhaft nachzuweisen, wenn er Rückzoll beansprucht.“

## A m e n d e m e n t H i l t r o p :

„und erwartet, daß dadurch zugleich Mittel geboten werden, in allen einzelnen Gewerben den Schutz der Arbeiter gegen die natürlichen Notstände des Lebens durch Kranken- und Pensionskassen möglichst zu erweitern.“

Es hat jetzt das Wort Herr Dannenberg:

Redacteur Dannenberg (Hamburg): Meine Herren! Der geehrte Herr Vorredner hat hier einiges vorgetragen, bei dessen Beantwortung ich in so fern von Glück begünstigt bin, als ich diese Sache sowohl verschiedentlich gehört als bereits öfter gedruckt gelesen habe, und ich glaube, die Ausführungen des Vorredners sind sämtlichen anwesenden Herren, die seiner Partei angehören, so oft zugegangen, daß sie deshalb kürzer hier behandelt werden können, als nötig wäre, wenn sie Nova bildeten. Die meisten der Herren werden sich ihre Meinungen darüber schon gebildet haben.

Der Herr Vorredner leitete seinen Vortrag damit ein, daß er von der Nothwendigkeit sprach, uns einen autonomen Tarif zu schaffen, um mit Hilfe dieses Tarifs uns die schlechte Behandlung des Auslandes, die wir haben erdulden müssen, in Zukunft vom Halse zu halten. Er hat dann ausgeführt, daß der Consument in der Regel keinen Vortheil habe von Begünstigungen im Zoll- und Steuerwesen, und endlich den Schluß seiner Rede bildete eine Wiederholung seines gestrigen Toastes<sup>\*)</sup>, dessen Inhalt sich dahin zusammenfassen läßt: Im Uebrigen lege ich alle meine Sorgen auf den heiligen Bismarck. (Heiterkeit, sehr gut! Läuts.)

Was den ersten Theil seiner Rede anbetrifft, so führte der Vorredner für die Nothwendigkeit des Art. 5 genau dieselben Gründe an, wie für den autonomen Tarif und die auf das Schmoller'sche Dictum hinausliefen: man werde jedenfalls von groben Flecken erst recht geplagt werden, wenn man aller Welt ankündige, man werde nie gegen eine Grobheit reagiren. Es ist das ganz richtig, aber es fragt sich doch, ob man seinen eigenen Vortheil wahrnimmt, wenn man stets mit dem Hinauswerfen beginnt. Kommt mir jemand in unangenehmer Weise entgegen, so werde ich sehr unvorsichtig handeln, wenn ich ihn ohne Weiteres rasch hinausbefördere, ohne mich erst zu erkundigen, was er denn will. Wenn der Mann etwas bringt, was ich brauchen kann und wenn es mein Vortheil ist, mich mit ihm zu verständigen, so verständige ich mich mit ihm und halte ihm nachher Vortrag über bessere Manieren. Meine Herren, Diejenigen, die wir maßregeln wollen, sind Verkäufer an uns, nicht weil es uns oder ihnen Plaistir macht, sondern weil wir das, was wir von ihnen beziehen, brauchen können, und wenn wir ein Land, welches uns in seiner Zollgesetzgebung bei der Einfuhr schlecht behandelt, dadurch strafen wollen, daß wir denjenigen unserer Landsleute, welche Dinge gerade aus diesem Lande brauchen und gerade von dort her am vortheilhaftesten beziehen können, die Möglichkeit abschneiden, diese Dinge sich zu verschaffen, so ist das genau, nach dem abgeänderten Recept gehandelt: Haust du deinen Juden, hau ich meinen Juden, — aber gehauen wird der Jude unter allen Umständen. (Heiterkeit.)

<sup>\*)</sup> Herr Godeffroy hatte bei dem Festmahl am 21. April einen Toast auf den Fürsten Bismarck ausgebracht.

Es ist dann dafür, daß der Consument wenig Nutzen von Zollvergünstigungen habe und z. B. weder von der Auflegung noch von der Beseitigung der Kornzölle etwas merken werde, von dem Vorredner exemplifiziert worden auf eine Verhandlung, die in der Hansestadt, die der Herr Vorredner und ich gemeinsam unsere Vaterstadt nennen, vor einer Reihe von Jahren stattgefunden hat. Der Herr Vorredner gestaltet mir vielleicht, eine kleine Berichtigung anzubringen. Er hat sich in seiner Rede gewiß versprochen. Er hat Theil genommen an den von ihm erwähnten Verhandlungen einer gemeinsamen Senats- und Bürgerschaftscommission nicht als vom Senat hineingesandter Gegner der Accise, sondern als Gegner der Aufhebung der Accise. (Heiterkeit.)

Ich glaube, der Herr Vorredner wird zugeben, daß er sich in dieser Hinsicht versprochen hat. (Godeffroy: Ich glaube, Sie irren sich doch.) Ich irre mich nicht und kann dies sofort beweisen. Der Senat war in der Commission derjenige Factor, der die Accise retten wollte und sie gerettet hat, und die von der Bürgerschaft hineingesandte andere Hälfte der Commission war diejenige, die die Accise beseitigen wollte, und ich glaube nicht, daß, ich darf vielleicht das Wort anwenden, daß nach der Disciplin, die im Hamburger Senat herrscht, ein vom Senat hineingeschickter Commissar das Gegentheil von dem thut, was er zu thun beauftragt ist.

Sodann kam in der Rede des Herrn Vorredners die Ausführung vor, und die habe ich auch schon oft von ihm gelesen, daß die Bäcker in verschiedenen Städten ein und derselben Stadt für ein gleiches Quantum Brod einen sehr verschiedenen Preis nehmen, womit bewiesen werden soll, daß ein Getreidezoll gar keinen Einfluß auf den Preis des Brodes haben werde. Das kommt mir gerade so vor, als wenn man sagt: ein Zimmer im „Frankfurter Hof“ ist entschieden sehr viel theurer, als in manchen anderen Gasthäusern in Frankfurt; und darum ist es einerlei ob die Gasthäuser Mietsteuer bezahlen oder nicht. Daß der Luxusbäcker einen Aufschlag nimmt für die theuren Ladenspesen (Ruf 30 Proc.?) u. s. w., ist doch selbstverständlich, und daraus, daß deren Preise 30 oder mehr Prozent höher sind als diejenigen solcher Bäcker, welche in billigen Stadtgegenden für die Bedürfnisse der Fabrikbewohner arbeiten, kann man doch keine allgemeinen Schlussfolgerungen ziehen. Ich nehme an, daß ein Zimmer in diesem Hotel (Frankfurter Hof) noch um mehr als 30 Proc. höher steht als in einzelnen Hotels in anderen Stadtgegenden. Sodann komme ich auf die Bemerkung, die ein Redner in der Specialdiscussion über die Lederindustrie zu machen für nöthig hielt: er sei besonders unparteiisch. Wenn ich recht berichtet bin, so ist dieser Redner Generalsecretär des Centralverbandes. Ich habe bisher nicht geglaubt, daß dies eine Voraussetzung der Unparteilichkeit in Zollfragen sei. (Heiterkeit.) Aber als Unparteiischer hat er ausgeführt, es sei eine Solidarität der Interessen zwischen Industrie und Landwirthschaft vorhanden, und man werde durch das Zusammengehen der Industriellen und der Landwirthe schließlich die dauerhafte Wohlfahrt am besten fördern. Ganz dasselbe hat auch gestern ein Redner ausgeführt, der die Landwirthschaft vertrat. Er forderte die Landwirthschaft auf, sie möge der Industrie etwas gönnen, dann werde diese ihr auch etwas gönnen. Nun, meine Herren, wir haben schon Proben von dieser Solidarität gehabt, es hat ein Industrieller den Antrag gestellt, den Zoll auf Sohe, den die Landwirthschaft wünscht, ihr nicht zu gewähren. Dieser Antrag ist abgelehnt worden,

weil diejenigen Branchen der Industrie, die hier vertreten sind, denen Löhne ein vollständig gleichgültiger Gegenstand ist, stärker waren als die Lederindustrien, aber es war doch ein merkwürdiges Anzeichen für die Solidarität der Gesinnung. Ein anderer Redner, der für Schutzzoll auf Leder eintrat, betonte zugleich, daß die von den Gerbern zu bezahlenden Preise für grüne Häute herabgedrückt werden müssten. Die chemischen Industrien endlich verlangten zum Besten ihrer Industrie Einführung eines Schutzzolles auf künstliche Düngemittel, gewiß eine eigenthümliche Interessensolidarität.

(Der Redner wird durch den Hinweis auf die abgelaufenen 10 Minuten vom Präsidenten unterbrochen.)

Commercierrath Baare (Bochum): Meine Herren! Ich habe nur die Absicht, einige Bemerkungen in der gestrigen Discussion, die nicht ganz richtig waren, heute zu rektifiziren. Es ist hier von einer Seite behauptet worden, und das hat mich allerdings verlebt, daß die Eisenindustrie, wenn sie in der Lage wäre, bessere Löhne zahlen zu können, das doch nicht thun würde. Ich nenne das eine Insinuation. Wie kannemand behaupten, wenn die Eisenindustrie in der Lage sei, bessere Löhne zu zahlen, so werde sie es doch nicht thun? Ich habe hier eine Scala, wonach der Durchschnittssatz der Arbeitslöhne der Bochumer Gußstahlfabrik von 824 M bei schlechten Zeiten aufgestiegen ist bis 1200 M (genau 1194 M) und jetzt wieder auf 850 M heruntergegangen ist. Wir haben jetzt leider nicht die Mittel in Händen, den Leuten das sogenannte „menschenwürdige Dasein“ zu schaffen, was man ihnen doch — und namentlich auch Herr Sonnemann — vor Allem gönnen wird. Die Kohlenindustrie nimmt nicht einmal so viel Geld ein, wie siehaar auszugeben hat und die Eisenindustrie befindet sich leider in derselben Lage. Dass solche Zustände nicht lange andauern können, liegt wohl klar zu Tage.

Sodann, meine Herren, sind hier gestern Exportziffern der Stahlindustrie genannt worden. Die Exportziffern pflegen häufig bei den verschiedenen Industriebanden als Beweis dafür aufgeführt zu werden, daß die Industrie keine Zölle brauche. Meine Herren, leider haben wir die ganz umgekehrte Erfahrung gemacht. Bei uns bedeuten die Exportziffern den reinen Notstand. Der geehrte Redner, der gestern mit seinen Exportziffern gegen die Eisenzölle argumentirt hat, liest mit besonderem Interesse, wie ich weiß, meine Jahresberichte. Er hat einmal öffentlich gefragt, ich schreibe sie nicht für die Actionäre, sondern für das Publikum, — ich nehme also an, daß sie ihm (auch aus den letzten Jahren) bekannt sind. Nun ist daraus z. B. deutlich zu sehen, daß ich mit den allergrößten Anstrengungen für Arbeit für 4000 Mann, Hütten- und Bergleute, das sind mit Familienangehörigen 12,000 Consumenten, zu sorgen habe. Ich weiß nicht, meine Herren, obemand unter Ihnen ist, der auch für 12,000 Consumenten zu sorgen hat? Dagegen habe ich nur Hunderte von Actionären. Mein Interesse für billige Ausgaben der Consumenten muß also ganz überwiegend sein. Um diese Arbeiter zu beschäftigen und nicht zu viel entlassen zu müssen, — es sind schon über 2000 in den letzten Jahren entlassen — müssen wir Exportgeschäfte abschließen, welche keinen Nutzen, sondern nur Schaden bringen. Einschließlich dieser ungünstigen Exportgeschäfte reicht aber doch die Arbeit noch nicht aus, um das Werk in vollem Betrieb zu erhalten, sie reicht vielmehr kaum für den halben

Betrieb. Thatsächlich ist die Fabrik, die ich seit 25 Jahren zu leiten die Ehre habe, 20 Jahre lang fast ununterbrochen Tag und Nacht in Betrieb gewesen und das ist der normale Zustand, wenn unsere Industrie prosperiren soll. Seit 18 Monaten aber habe ich den Betrieb auf die Tagesgeschicht beschränken müssen, und nun ist ein gewisses Quantum Arbeit absolut nothwendig, um die Fabrik überhaupt auch nur für die Tagesgeschicht im Gange erhalten zu können. Denn, wenn ich dieses Quantum Arbeit nicht schaffen kann, so kann ich überhaupt nicht arbeiten, dann arbeite ich mit großem Verlust und das kann nicht lange dauern, dann muß ich die Fabrik schließen, das steht auf das Eingehendste ausgeführt in meinen Jahressberichten; dann hört es auf, dann müssen andere Leute für meine 12,000 Consumenten sorgen! Allerdings sagt die Freihandelspartei, dieselben müssen anderweit sich beschäftigen, aber wo und wie, das sagt kein Mensch, Niemand sagt, wie dafür gesorgt werden soll. (Sehr richtig! rechts.) Es ist also ganz verkehrt, wenn man sagt, der Export beweise die Lebensfähigkeit ohne Zölle; im Gegentheil, er beweist gefährlichen, Nothstand bringenden, Arbeitsmangel.

Meine Herren! Es ist noch von derselben Seite angeführt worden, daß die Großindustrie gar nicht so viel Arbeiter im Verhältniß zur Kleinindustrie beschäftige und es sind dabei unter anderen auch die Hufschmiede genannt worden. Diese Biffern sind in Zusammenhang gebracht mit der Beschädigung der Exportindustrie durch Eisenzölle. Dies hat aber doch damit gar nichts zu thun. Die Hufschmiede werden aber jedenfalls die Pferde und Esel, die sie zu beschlagen haben, nach wie vor beschlagen, ob der Zoll 1 *M* oder 1,50 *M* pro Centner beträgt. Ob hier unter den Herrenemand ist, der daran zweifelt, weiß ich nicht, glaube es aber nicht. Nun habe ich aber doch diese Hufschmiede mit in meine Gegenberechnung gezogen, und ich werde Ihnen jetzt die richtigen Biffern geben, die ich, nach Engel, vertreten kann: Zunächst in Bezug auf das Capital ergibt die Statistik, die wir selbst angestellt haben und die, meines Wissens, seither von keiner Seite bemängelt ist, daß 3600 Mill. Mark in der Eisen- und Stahlindustrie angelegt sind. Zweitens berechnen wir nach Engel als in der ganzen deutschen Eisenindustrie beschäftigt 800,028 Arbeiter, dazu kommen noch 9000 Arbeiter des Locomotivenbaues, sowie aus der Kohlenindustrie 51,000 Mann, die, wie genau nach Biffern ausgerechnet ist, für die Metallindustrie die Kohlen fördern. Angenommen, die Metallindustrie wäre nicht da, so wäre für das betreffende Quantum Kohlen kein Absatz und dann würden diese 51,000 Menschen weniger beschäftigt sein. Es macht das zusammen 860,494 Arbeiter. Will man nun hier die gestern erwähnten Handwerker ausscheiden, z. B. Schlosser und Hufschmiede, obgleich dieselben auch Eisen verarbeiten und gewissermaßen zur Eisenindustrie gehören, so sind das nach Engel 204,000 Arbeiter oder wird diese Zahl für zu gering gehalten? (Buruf links: 300,000!)

Gut, ich will Ihnen das, obwohl es zu hoch ist, zugeben, also 300,000. Es blieben dann noch 560,000 Mann in den fabrikmäßig betriebenen Werken übrig. Diese Biffern verändern das gestern entrollte Bild sehr wesentlich. Im Uebrigen gehe ich aus Mangel an Zeit auf die weiteren Ausführungen von Ueberproduction durch die Gründung von Actiengesellschaften u. s. w. nicht ein. Dagegen erkläre ich mich bereit, jedem von Ihnen, meine Herren, der es wissen will, zu beweisen, daß jene Vorwürfe für die Eisenindustrie nicht zutreffend sind.

Die Ueberproduction liegt einzig und allein in den neuen Erfindungen, sie besteht überall in allen Ländern. (Aha! links.)

Ja wohl, meine Herren, warten Sie nur gefälligst! Es sind die neuen Erfindungen von Bessemer und Martin, welche alle Werke überall zur drei bis vierfachen Leistungsfähigkeit gegen früher zwangen. Man kann nicht beliebig einschränken, wenn man überhaupt arbeiten will, und deshalb ist in der ganzen Welt gleichmäßig Ueberproduction vorhanden, in England, in Amerika, in Oesterreich, in Frankreich und Belgien. Aber gerade deshalb, weil die ganze Welt nicht weiß, wo sie mit ihrer Ueberproduction bleiben soll, deshalb sind Sie, meine Herren (links), so weise, und wollen der Ueberproduction der ganzen Welt den Abzug in unser deutsches Vaterland eröffnen, wollen zu Gunsten des Auslandes die heimische Industrie erdrücken lassen? (Beifall rechts.)

Wir sind aber egoistisch und gleichzeitig patriotisch genug, nicht für das internationale Interesse zu arbeiten, sondern für das deutsche. Ich sage ganz einfach: wenn keine Ueberproduction in anderen Ländern wäre und wenn diese für uns unglücklichen Erfindungen nicht gemacht wären, welche namentlich die Engländer mit ihren besseren respective billigeren Erzen und anderen Vortheilen befähigen mit ihren Bessemer Fabrikaten zu uns Verlust bringenden Preisen unseren Markt zu beherrschen, dann brauchten wir keine Zölle. Aber wenn wir nicht einmal die baaren Auslagen für Löhne und Material durch unsere Preise decken können, die auszugeben sind, um die sonst wertlosen Güter, unsere Mineralien aus der Erde heraufzubringen und zu verarbeiten, wenn wir an Frankreich 40 Proc. von unseren fast nur in Arbeitslöhnen und Transportkosten bestehenden Selbstkosten zahlen müssen, nach Oesterreich 30—40 Proc., selbst nach Belgien 10—20 Proc., dann wollen Sie, meine Herren, allen jenen hoch entwickelten Industrieländern unsere Grenzen öffnen, um ihre Ueberproduction bei uns abzulagern? Ist das patriotisch? Ist das klug gehandelt? Da bin ich denn doch entschieden ganz anderer Meinung. (Lebhafter Beifall rechts.)

(Es wird ein Antrag auf Schluß gestellt. Herr Dr. Barth (Bremen) stellt den Antrag, für den Fall der Annahme des Schlusses jedem Antragsteller noch 5 Minuten Redezeit zu gewähren. Dieser Antrag wird aber abgelehnt, und die Generaldiscussion wird darauf geschlossen.)

L. Sonnemann (Frankfurt a. M.) (zur persönlichen Bemerkung): Ich hatte mich als erster Redner noch zur Debatte über die Textilindustrie gemeldet. Ich will nur constatiren, daß kein weiterer Redner zum Wort gekommen ist. Ich hatte mich zum Wort gemeldet, um speciell Herrn Hafpler in Bezug auf die Textilensuite etwas zu erwiedern. Ich hatte mich auch wieder zur Generaldebatte gemeldet, aber da ist mir auch das Wort jetzt durch den Schluß abgeschnitten worden. Ich will das constatiren, da ich in die Lage kommen werde, Herrn Hafpler und seine Thätigkeit in jener Enquête an einem anderen Orte anzugreifen, damit man mir dann nicht vorwerfen kann, ich hätte hier geschwiegen.

Th. Hafpler (Augsburg) (zur persönlichen Bemerkung): Ich hatte mich nach Herrn Sonnemann zum Wort gemeldet, hatte aber auf das Wort verzichtet, insovfern stehen wir also gleich. Wenn Herr Sonnemann aber meine Thätigkeit in der Enquêtecommission kritisiren will, so stehe ich jederzeit zur Erwiederung bereit.

Philipsson (Berlin) (zur persönlichen Bemerkung): Ich möchte nur noch bemerken, daß ich in meinen gestrigen Aussführungen Niemanden von der

gegnerischen Seite habe angreifen wollen, sondern daß es sich nur um das Princip gehandelt hat und um weiter nichts. Dass ich die Berichte des Herrn Baare mit großem Interesse lese, ist richtig; ich kann auch nicht leugnen, daß manches Lehrreiche darin enthalten ist, obgleich das Resultat manchmal etwas anders ausfällt, als Herr Baare selbst vielleicht glaubt.

Correferent Prof. Schmoller (Straßburg i. E.):

Meine Herren, ich will Sie gar nicht lange mehr aufhalten. Das Meiste, was mir entgegengehalten ist, sind Specialitäten, auf die ich in diesem Moment in keiner Weise mehr eingehen kann. Soll ich Herrn Philippson nachweisen, wo die Krise von 1857 herkam? daß sie unter keinen Umständen eine Folge der Schutzzölle, sondern des übertriebenen Exports nach Amerika war? Soll ich im Einzelnen ausführen, in welchen zahlreichen Industrien die großen Häuser exportieren und die kleinen auf den inneren Markt angewiesen sind? Ich will auf alle diese Einzelheiten jetzt nicht mehr eingehen. Ich will auch meinem Freunde Held, der mir fast allein Principielle entgegnet hat, nicht mehr eingehend antworten. Ich will nur das sagen: für eine Zukunft späterer Jahrhunderte, für die ferne Zukunft, in welcher die heutigen europäischen Staaten sich in analogen Rechtsverhältnissen befinden, wie heute die Gemeinden desselben Staates, für eine Zukunft mit viel entwickelteren internationalen Rechtsverhältnissen mag er Recht haben mit seiner Argumentation gegen mich; für die Gegenwart aber, glaube ich, hat er in keiner Weise Recht; er scheint mir für sie die zwischen den einzelnen Staaten bestehenden Beziehungen und Spannungsverhältnisse garz unrichtig aufzufassen.

Ich will nur zum Schluß das Eine mit Befriedigung constatiren, daß auch die weitaus größte Zahl der Herren, die von freihändlerischer Seite gesprochen haben, mir in der Hauptsache Recht gegeben haben, insofern als sie alle gesagt haben (mit wenigen Ausnahmen) —: wir wollen ja jetzt gar nicht mehr den Freihandel durchführen, das wollten wir vor einigen Jahren; aber jetzt sind wir zufrieden, wenn man uns nur in der Hauptsache das läßt, was wir haben, wenn man nur nicht zu hohe Zölle einführt. Das heißt ganz einfach, von dem principiellen Freihandel abweichen, das heißt einfach, koncediren, daß der Umschwung, von dem ich gesprochen habe, der Wechsel der Perioden eingetreten ist, und manche der Herren haben die Concession gemacht: einige Schutzzölle, diese oder jene Erhöhung, könne man ja einführen, nur im Ganzen solle man möglichst an dem alten Tarif festhalten; man solle nur nicht so weit gehen, wie jetzt die Bundesrathsvorlage gehe. Wo bleibt da der principielle Freihandel, der stets versicherte, gerade Krisen müsse man durch Zollherabsetzungen heilen; jede Zollermäßigung fördere jeder Zeit den Nationalwohlstand. Die Herren, die mir diese Concession machten, haben Alle das, was ich in der Hauptsache behauptet habe, mir zugestanden, nämlich, daß die Welthandelslage heute eine total andere sei als vor 6 oder 8 Jahren. Sie haben durchaus koncedirt, daß man zu verschiedenen Zeiten in der Tarifpolitik etwas sehr Verschiedenes als richtig erkennen kann und fordern muß. Worin ich mit Ihnen differiere, ist dann nur das Maß der Correction, welches im Augenblicke nothwendig ist, und, meine Herren, gerade auf dieses Maß legte ich und konnte ich kein so großes Gewicht legen, weil ich selbst im Detail nicht nach allen Seiten vollständig orientirt bin, über das Maß gebe ich vollständig zu, daß die meisten

der Herren Practiker, die hier anwesend sind, oder unsere Zollbeamten, mir im Urtheil überlegen sind. Auch das gebe ich Herrn Dr. Barth und Anderen zu, daß in dem gegenwärtigen Tarifentwurf viele Fehler sind, ich habe selbst betont, daß er mir an manchen Stellen zu weit geht, nur frage ich, ob es jemals einen Tarifentwurf gegeben hat, der, unter der Pression dringender öffentlicher Interessen schnell ausgearbeitet, nicht mindestens gleiche Fehler enthielt? Das halte ich aufrecht, das ist vor Allem aus der ganzen handelspolitischen und Zoll-Litteratur von 18<sup>62</sup>—18<sup>65</sup> Seite für Seite zu belegen: Die Fehler, die man 1862 bei den Verhandlungen mit Frankreich in einzelnen Positionen mache, waren mindestens so groß wie diejenigen, die man jetzt machen wird; überdies steht heute eine Möglichkeit vor uns, die Fehler, die noch im Einzelnen vorhanden sind, durch eine parlamentarische Berathung und Beschlusssfassung zu verbessern. Das war 1862 bei der Verfassung des Zollvereins nicht möglich; schweigend, vielfach trotz alles bessern Wissens im Einzelnen, mußten sämmtliche deutsche Kammern damals gut heißen, was ein paar Beamte gemacht, weil jeder Widerspruch gegen jede Position die ganze Existenz des Zollvereins gefährdete. Lassen wir uns also damit nicht bangen machen, daß der Entwurf noch in einzelnen Punkten fehl greift, darauf kommt es nicht an, das läßt sich redressiren jetzt oder in den nächstfolgenden Jahren, wenn sich Uebelstände herausstellen. Die Frage ist nicht, ob irgendwo die Kaninchen oder die Tiger, von denen uns Herr Dr. Barth so unterhaltend erzählte\*), in falsche Positionen gebracht sind, sondern ob die Handelspolitik im großen Ganzen Recht hat, eine maßvolle Erhöhung der Zölle vorzunehmen. (Bravo, rechts.)

Bei diesem Hauptpunkt müssen wir stehen bleiben und uns nicht durch kleine Fechterkünste auf Nebenpunkte ablenken lassen. (Lebhaftes Bravo, rechts.)

Referent Dr. Genzel (Leipzig): Meine geehrten Herren, ich habe mir eine größere Anzahl von Punkten notirt, über die ich eigentlich noch sprechen möchte, ich glaube aber, daß es mehr in Ihrem Sinne liegt, wenn ich mich auf einige Hauptpunkte beschränke.

Wenn Sie die Debatten dieser zwei Tage überblicken, so ist der Eindruck — und den werden Sie auch nach außen hin machen — jedenfalls in einer Beziehung merkwürdig. Es ist uns Freihändlern zu unzähligen Malen vorgeworfen worden, wir föchten nur mit leeren Theorien, von den praktischen Verhältnissen verständen wir nichts oder nähmen darauf keine Rücksicht. Meine Herren, ich glaube, die Debatten dieser Tage haben bewiesen, daß von unserer Seite ganz gewiß mit leeren Theorien nicht gesprochen worden ist. (Sehr richtig, links.)

Wenn Theorien vorgebracht worden sind, so war das auf der Seite unserer Gegner, und, meine Herren, einige dieser theoretischen Sätze müssen Sie mir doch gestatten mit ein paar Worten noch zu berühren.

Da ist zunächst die Folgerung gemacht worden: weil die Aufhebung der Mahl- und Schlachsteuer keine Erniedrigung der Preise herbeigeführt habe, so könne anderseits eine Einführung von Zöllen auf Nahrungsmittel keine Erhöhung der Preise herbeiführen. Ja, meine Herren, das beruht auf einem totalen Verkennen der tatsächlichen Verhältnisse. Wenn es wirklich wahr ist, was mir noch keineswegs genügend constatirt zu sein scheint, daß die Aufhebung

\*) Beim Festessen am 21. April.

jener Auflagen keine Ermäßigung der Preise herbeigeführt hätte, — was folgt daraus? daß diejenigen, welche zunächst die Preise bestimmen, sich in einer wirtschaftlichen Uebermacht befunden haben, also die Bäcker u. s. w., und, meine Herren, welcher Grund liegt denn vor, anzunehmen, daß diese Uebermacht verringert werden würde, — so lange es uns nämlich nicht gelingt, das wirtschaftliche Verständniß unserer Bevölkerung zu heben —, wenn wir jetzt neue Zölle einführen? Nein, meine Herren, die Erfahrung lehrt gerade das Gegenteil und wir haben gerade in neuester Zeit eine recht interessante Erfahrung gemacht: in Stuttgart hat man bekanntlich eine städtische Abgabe eingeführt auf Bier und Fleisch, und diese Maßregel hat zu einer Erhöhung der Preise geführt, die nicht bloß im Verhältniß stand zu dem, was die Sache dem Producenten mehr kostete, sondern die 100 und mehr % darüber hinausgegangen ist! (Hört, links.)

Sa, meine Herren, solche Erfahrungen sollte man doch beachten.

Zu der Zeit, wo Fiedermann sagte: ich bin eigentlich Freihändler, ich will aber doch höhere Zölle haben — zur Zeit des sogenannten verschämten Schutzzolls — hat man das Wort „Ausgleichszölle“ erfunden, und einer der Herren hat ja auch gestern diese Theorie wieder vorgetragen, die dahin geht, es müßten die ungünstigeren Bedingungen, die unsere Industrie habe gegenüber der in anderen Ländern, ausgeglichen werden durch einen Zoll. Nun, meine Herren, da finden Sie denn ganz eigenthümliche Verhältnisse, wenn Sie näher zusehen. So sagt z. B. die österreichische Industrie: unsere Produktionsbedingungen sind um so und so viel ungünstiger als die der deutschen, folglich müssen wir so hohe Schutzzölle haben. Unsere Leute aber sagen: unsere Produktionsverhältnisse sind so viel ungünstiger, folglich müssen wir gegen Österreich so hohe Schutzzölle haben, u. s. w. Wie liegt denn die Sache? Innerhalb unserer eigenen Grenzen sind die Bedingungen der Production so außerordentlich verschiedene, daß es gar nicht möglich ist, eine genaue Feststellung darüber zu machen, welches die durchschnittlichen Verhältnisse sind. Für gewisse Industrien hat ja umstreitig das eine Land, in anderen Produktionszweigen das andere Land günstigere Bedingungen, und deshalb sagen wir: es soll jedes Land möglichst und zunächst dasjenige produciren, was es am besten, am wohlfühlsten produciren kann. Wenn Sie das aber durch Schutzzölle ausgleichen wollen, so müßten Sie eben auch die Verschiedenheiten innerhalb unseres eigenen Landes ausgleichen. (Unruhe rechts.)

Gewiß; die schlesische Eisenindustrie erzeugt z. B. Eisenbahnschienen unter ungünstigeren Verhältnissen als die rheinische. Die höheren Zölle würden ihr nichts helfen, denn sie würde in demselben Maße durch die inländische Ueberproduction benachtheiligt. Die wahre Folge solcher hohen Schutzzölle ist die, daß solche Establissemens, die im Grunde wirklich unter sehr ungünstigen Bedingungen arbeiten, erst hervorgerufen oder doch zu größerer Production veranlaßt werden, und daran knüpft sich dann die weitere Folge, daß immer höhere Schutzzölle verlangt werden. Darauf hat namentlich schon Roscher in treffender Weise aufmerksam gemacht.

Meine Herren! Von dem Herrn Correferenten ist als hauptsächlicher Grund für seine Anträge der Satz aufgestellt worden — und er hat das ja in sehr geistreicher Weise durchgeführt — daß die Geschichte sich im Bieckzack bewege, daß da eine Periode des Schutzzolls mit einer Periode der Handelsfreiheit ab-

wedfsele. Wenn er das auch für die Geschichte des Zollvereins durchzuführen versucht hat, so kann ich darin ihm doch nicht Recht geben. Ich wäre in der Lage, Ihnen nachzuweisen, daß beinahe in jeder Zollperiode ebensowohl Erhöhungen wie Ermäßigungen stattgefunden haben; eine so ausgesprochene Zickzackbewegung, wie er sie geschildert hat, hat doch in Wahrheit nicht bestanden. Aber, meine Herren, selbst wenn diese Annahme richtig wäre, was folgt daraus für uns? Wenn wir jetzt unser Votum darüber abgeben sollten, was wahrscheinlich eintreten wird, dann möchte man sagen: nach dem Gesetz des Wechsels, der immer stattgefunden hat, wird jetzt wahrscheinlich der Schutzzoll siegen. Aber für uns handelt es sich darum: was ist zu thun? was ist das Zweckmäßige? — und ich meine, da können wir bloß aus dem Grunde, daß nun eine Zeit lang der Freihandel mehr geherrscht hat, doch nicht sagen: folglich müssen wir nun hohe Schutzölle haben. Der Herr Correferent hat zwar gesagt, er wolle möglich Schutzölle, aber ob er die Vorlage als „mäßig schützöllnerisch“ anerkennt, darüber hat er uns im Unklaren gelassen, und, meine Herren, wenn der Antrag angenommen werden sollte, dann werden diejenigen, die etwa danach ihr Urtheil einrichten wollten, so viel wissen wie zuvor; sie werden nicht wissen, ob damit gemeint ist, die Vorlage sei annehmbar oder unannehmbar. Ich glaube Ihnen durch verschiedene Specialdarlegungen bewiesen zu haben, daß in der That die Vorlage zum Theil ganz exorbitante Sätze enthält und daß sie namentlich durchaus nicht genügend vorbereitet ist, um empfohlen werden zu können.

Ich muß nun noch auf einen besondern Punkt eingehen, der in der Debatte wenig berührt worden ist, von dem Herrn Correferenten aber mit in den Vordergrund gestellt wird, nämlich Artikel 5 der Vorlage. Der Herr Correferent hat ihn verglichen mit dem Artikel 3 des österreichischen Tarifgesetzes und hat gesagt, dort scheine sich ja die Sache zu bewähren, folglich könnten wir unbedenklich eine ähnliche Bestimmung aufnehmen. Ich will Ihnen nur zeigen, daß der Artikel 3 in Österreich etwas ganz Anderes sagt als unser Artikel 5. Der Artikel 5 sagt, es soll dem Bundesrath freistehen, denjenigen Staaten gegenüber, welche höhere Zollsätze haben als wir, einen Zuschlag auf ihre Waaren bis zum doppelten Betrag einzuführen. Was sagt dem gegenüber der österreichische Artikel 3?

„Waaren, welche aus Staaten kommen, welche österreichische Waaren ungünstiger behandeln als die anderer Staaten, sollen mit einem Zuschlag belegt werden können von 10 Prozent.“

Wir wollen 200 Proc. Zuschlag, falls nur der Tarif eines andern Landes überhaupt in irgend einem Sätze höher ist als der unsrige!

„Die Regierung wird ermächtigt, ausnahmsweise zu bestimmen, daß eine solche Maßregel nur auf einzelne Kategorien von Waaren Anwendung finde.“

Also die Ermächtigung geht nur dahin, noch milder Bestimmungen zu treffen, als das Gesetz. Dagegen sollen wir durch den Artikel 5 dem Bundesrath carte blanche geben, d. h. er soll von einem Tage zum andern die Produktionsbedingungen auf eine ganz andre Grundlage stellen können, und, meine Herren, das halte ich für völlig unannehmbar.

Was den letzten Punkt, die Handelsverträge, betrifft, so glaube ich, daß ich darin mit dem Herrn Correferenten mich in Uebereinstimmung befindet, daß auch er eine Erneuerung der Handelsverträge für das Wünschenwerteste

hielte. Er sagt nur: es ist nicht möglich, wir können jetzt keinen günstigen Handelsvertrag schließen. Ich sage, wir sollen es doch zunächst anstreben, und dasjenige, was die französische Denkschrift zu dem dortigen Zolltarifentwurf über künftige Handelsverträge sagt, scheint mir durchaus nicht die Hoffnung auszuschließen, daß zunächst mit Frankreich ein verbültümlich günstiger Vertrag zu schließen wäre. Ich will Ihnen nur einen kurzen Satz daraus vorlesen. Im Allgemeinen — das wissen Sie ja — wollte der französische Tarifentwurf die bisherigen Vertragsfälle dem künftigen allgemeinen Tarife zu Grunde legen. Dann heißt es weiter:

„Wir zeigen so, daß, wenn wir zwar auch für künftige Unterhandlungen gewappnet sind, wir doch nicht die Absicht haben, Rückritte zu machen, d. h. uns wieder auf streng schutzzöllnerischen Boden zu stellen.“

Das war die frühere Regierung, und der jetzige Minister ist ja, wie ich schon erwähnt habe, für seine Person entschiedener Freihändler.

Nun, meine Herren, in dieser Beziehung vertraue ich nicht weniger als Sie (rechts) dem Fürsten Bismarck, daß er in Bezug auf Handelsverträge alles thun wird, um unsere Production günstiger zu stellen und namentlich auch günstigere Exportbedingungen für sie zu erringen.

Meine Herren, es ist viel gesprochen worden von nationaler Handelspolitik. Ich glaube, daß dürfen wir Alle in Anspruch nehmen, daß wir das Beste der Nation im Auge haben; die Differenz besteht nur darin, auf welchem Wege das Wohl der Nation am Besten gefördert werden kann. Möchte die Abstimmung des Reichstages so ausfallen, daß das wahre Wohl der Nation dadurch gefördert wird! (Lebhafte Beifall links.)

Vicepräsident Freiherr v. Roggenbach (Bonn): Es ist noch ein neues Amendement eingegangen von Herrn v. Miaskowski zu den Thesen des Herrn Prof. Schmoller:

1. Nach den Worten des Schlusses: „maßvolle Tarifreform in finanziell-politischem und schutzzöllnerischem Sinn“ die Worte einzuschlieben:

„Mit Ausschluß jedoch der Einführung von Getreide-, Vieh- und Holzzöllen.“

2. Am Schluß des Antrags hinzuzufügen: „und erwartet, daß dadurch zugleich die nötigen Mittel gewonnen und benutzt werden, um in allen einzelnen Gewerben den Schutz des Arbeiters gegen die Notstände des Lebens durch Wohlfahrtseinrichtungen, wie Kranken-, Pensions-, Sterbefässen u. s. w. möglichst zu vergrößern.“

L. Sonnenmann (Frankfurt a. M.): Dieses Amendement ist nach allgemeinem, parlamentarischem Gebrauch jetzt nicht mehr zulässig.

Vicepräsident Freiherr v. Roggenbach (Bonn): Es ist eingegangen bevor die Herren Referenten gesprochen haben.

Prof. Dr. Schmoller (Straßburg i. E.) (zur Geschäftsordnung): Ich erfahre zu meinem größten Leidwesen, daß unser Herr Präsident, dem wir so außerordentlich viel verdanken in Bezug auf die unparteiische Geschäftsführung, verlebt ist dadurch, daß ihm vorhin durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten wurde. Es ist gewiß von der ganzen Versammlung ohne Dolus gechehen und ich möchte daher beantragen, daß wir unsern Herrn Präsidenten bitten, noch zu reden und nachher abzustimmen.

Vicepräsident Freiherr v. Roggenbach (Bonn): Dieser Antrag ist jetzt unzulässig, da wir zur Abstimmung schreiten.

(In der Abstimmung wird der Antrag Hecht abgelehnt, ebenso der Antrag Held. Der Antrag Dr. Gensel wird im ersten Theile:

Dem Bedürfnisse des Reichs nach vermehrten selbstständigen Einnahmen ist durch eigentliche Finanzzölle, unter gleichzeitiger Ausbildung der inneren Verbrauchsangaben zu genügen,

abgelehnt. Ueber den zweiten Theil:

Im Uebrigen bedarf eine Reform des Zolltariffs einer genaueren und allseitigen Vorbereitung,  
hat Herr Sonnemann namentliche Abstimmung beantragt. Derselbe wird mit 82 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Gegen den Antrag Dr. Gensel im Nr. 2 stimmten die Herren:

|                                           |                                                                              |
|-------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------|
| Baare, Commercierrath, Bochum.            | Hané, Eugen, Kaufm., Frankfurt a. M.                                         |
| Beger, Albert, Gerbereibes., Heidelberg.  | Hartmann, Albert, Fabrikant, Heidenheim.                                     |
| Bernhardi, Ernst, Handelskammer-Secr.     | Häßler, Fabrik-Director, Augsburg.                                           |
| Dortmund.                                 | Herwig, Robert, Fabrikant, Dillenburg.                                       |
| Beutner, G. F., Regierungsrath a. D.      | Hiller, A., Sekretär des Vereins süddeutsch. Baumwoll-Industrieller, Kuchen. |
| Berlin.                                   | Hiltrop, Oberbergamts-Assessor, Dortmund.                                    |
| v. Bippen, Fabrikdirector, Kolbermoos.    | Hoffmeister, Heinrich, Gerbereibesitzer, Heidelberg.                         |
| v. Bojanowsky, Dr., Weimar.               | Zoß, Richard, Fabrikant, Heidenheim.                                         |
| Brand, Julius, Kaufmann, Dortmund.        | Jung, H., Fabrikant, Dillenburg.                                             |
| Bued, H., General-Secr., Düsseldorf.      | Jung, Julius, Fabrikant, Wiesbaden.                                          |
| Buderus, Carl, Hüttenbesitzer.            | Kalle, Fritz, Fabrikant, Biebrich.                                           |
| Buderus, Georg, Hüttenbesitzer, Lollar.   | Kleinlein, Albert, Eßlingen.                                                 |
| Buderus, Hugo, Hüttenbes., Hirzenhain.    | Klein, Carl, Fabrikant, Carlshütte.                                          |
| v. Dael - Köth, Frhr., Gutsbesitzer,      | Klein, Ernst, Fabrikant, Dahlbruch.                                          |
| Mainz.                                    | Knapp, Prof., Straßburg i. E.                                                |
| Dietsel, Franz, Fabrikant, Wilkau i. S.   | Köllmann, Friedrich, Hüttendirector,                                         |
| Eheberg, Karl, Dr., Straßburg i. E.       | Dillenburg.                                                                  |
| Eichroth, Kaufmann, Bremen.               | Kopfer, Wilh., Kaufmann, Mannheim.                                           |
| v. Fechenbach-Lauderbach, Freiherr,       | Lotichius, A., Kaufmann, Frankfurt a. M.                                     |
| Gutsbesitzer, Laudenbach.                 | Müller, Reinb., Fabrikant, Hornberg.                                         |
| Firnhaber, Friedrich, Augsburg.           | Neuhöffer, Paul, Fabrikant, Heidenheim.                                      |
| Frommel, Albert, Fabrikdr., Augsburg.     | Ottermann, Moritz, Dir., Dortmund.                                           |
| Gail, August, Mühlens- u. Grubenbesitzer. | Otto, Heinrich, Fabrikant, Nürtingen.                                        |
| Dillenburg.                               | Rauch, Jean, Kaufm., Frankfurt a. M.                                         |
| Geibel jun., C., Verlagsbuchhändler,      | Reinhard, W., Beamter, Gebweiler.                                            |
| Leipzig.                                  | Reitz, J. H., Kaufmann, Chemnitz.                                            |
| Gimpel, F., Fabrikdirector, Ettlingen.    | Ridler, Heinrich, Kaufmann, Offenburg.                                       |
| Gimelin, J. W., Kaufm., Frankfurt a. M.   | Römhild, Julius, Fabrikant, Mainz.                                           |
| Gödel, Director, Frankfurt a. M.          | Roth, Ludwig, Berg-Ingenieur, Weßlar.                                        |
| Godefroy, Gustav, Senator, Hamburg.       | Russel, Emil, Bürgermeister a. D., Berlin.                                   |
| Gordan, Dr., Frankfurt a. M.              | Schiele, Fritz, Ingenieur, Gießen.                                           |
| Grad, Rittgl. d. Reichstags, Colmar i. E. | Schluemperger, Paul, Fabrikant, Gebweiler.                                   |
| Groß, Adolf, Bantier, Bayreuth.           |                                                                              |
| Grün, J. C., Vorsitzender der Handels-    |                                                                              |
| kammer, Dillenburg.                       |                                                                              |
| Haager, Ernst, Fabrikdirect., Offenburg.  |                                                                              |
| Haager, Otto, Fabrikant, Waldkirch.       |                                                                              |
| Haas, Rudolph, Fabrikant, Sinn.           |                                                                              |
| Haniel, M. B., Fabrikant, Gutehoff-       |                                                                              |
| nungshütte, wohnhaft Darmstadt.           |                                                                              |

- Schmoller, Prof., Dr., Straßburg i. E.  
 Schramm, Julius, Gerbereibes., Dillenburg.  
 Schulz, Gustav, Fabrikant, Hattingen a. d. Ruhr.  
 Solivo, Heinrich, Fabrikant, Stuttgart.  
 Stänglen, Gottlieb, Kaufm., Stuttgart.  
 Staub, A., Fabrikant, Kuchen.  
 Steinfeld, Hermann, Assessor a. D., Frankfurt a. M.  
 Stiefel, Carl, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Stofer, G., Fabrikant, Ulm.  
 Thiel, Dr., Geh. Reg.-Rath, Berlin.
- Wehner, August, General-Consul a. D., Dresden.  
 Weinmann, Al., Geschäftsführer d. liberalen Parteibüros, Frankfurt a. M.  
 Weismüller, Emmerich, Fabrikant, Bockenheim.  
 Weiß-Bornand, Fabrikant, Hüttenheim.  
 Westhofen, J., Kaufmann, Mainz.  
 v. Wittgenstein, Laasphe.  
 Wolff, Baron, Dr., Stuttgart.  
 Wurmbach, Jul., Fabrik., Bockenheim.  
 Zimmer, Dr., Chemnitz.

Für den Antrag stimmten die Herren:

- Bächer, Rechtsanwalt, Stuttgart.  
 Barth, Theob., Syndikus der Handelskammer, Bremen.  
 Bauer, Moriz, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Beck, Carl, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Brüning, Ad., Dr., Fabrikant, Frankfurt a. M.  
 Bücher, R., Dr., Frankfurt a. M.  
 Dannenberg, Redakteur, Hamburg.  
 Diezel, Professor, Marburg.  
 Fulda, S., Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Gensei, Dr., Handelskammer-Secretär, Leipzig.  
 Goldschmidt, S. B., Kaufm., Mainz.  
 Götz-Rigaub, Albert, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Gütschow, Dr., Handelskammer-Secr., Hamburg.  
 Häußer, Rudolph, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 Hecht, Bankdirector, Mannheim.  
 Held, Adolf, Prof., Bonn.  
 Herz, Otto, Fabrikant, Frankfurt a. M.  
 Ihm, Ferdinand, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Kasenstein, Wilhelm, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Kissel, Georg, Rentier, Frankfurt a. M.  
 Klingspor, Carl, Fabrikant, Gießen.  
 Ladenburg, Dr., Mannheim.  
 Landgraf, Dr., Rechtsanw., Stuttgart.  
 v. Langsdorff, Dresden.  
 Lehr, Prof., Karlsruhe.  
 Leo, Carl, Dr., Hamburg.  
 Lippert, L., Kaufm., Hamburg.  
 Ludwig-Wolf, Stadtrath, Leipzig.  
 Manslopf, Alexander, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Manslopf, Nicolaus, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Marburg, Adolf, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Marburg, Carl, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Marburg, Franz, Rentier, Wiesbaden.
- Marburg, Heinrich, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 May, Martin, Gerbermeister, Frankfurt a. M.  
 Mayer, W., Bankdir., Frankfurt a. M.  
 v. Miastowski, Prof., Dr., Basel.  
 Müller, Friedr., Ingenieur, Bockenheim.  
 Möller, Carl, Dr., Kupferhammer bei Brakwede.  
 Nasse, Prof., Bonn.  
 Oelsner, Ludwig, Dr., Frankfurt a. M.  
 Passavant, Hermann, Kaufm., Frankfurt a. M.  
 Petsch-Goll, J. Ph., Commercierrath, Frankfurt a. M.  
 Pfefferkorn, Dr., Adv., Frankfurt a. M.  
 Philippson, F. C., Kaufm., Berlin.  
 Pütz, Ingenieur, Gießen.  
 Ritschl, Verb., Handelskammer-Secr., Halberstadt.  
 v. Roggenbach, Staatsminister a. D., Bonn.  
 Rößler, Heinr., Dr., Frankfurt a. M.  
 Scharrer, Johannes, Kaufm., Nürnberg.  
 Schnapper, Gottlieb, Privatier, Frankfurt a. M.  
 Schönberg, Prof., Tübingen.  
 Seiffhardt, Landtagsabgeordn., Crefeld.  
 Sombari, Rittergutsbesitzer, Berlin.  
 Sonnenmann, Leopold, Bankier, Frankfurt a. M.  
 Spier, S., Segniz bei Würzburg.  
 Stockmayer, A., Decon., Frankfurt a. M.  
 v. Studniček, Arthur, Assessor, Dresden.  
 Barrentrepp, Ad., Dr., Stadt-Secr., Frankfurt a. M.  
 Barrentrepp, Dr., Geh. Sanitätsrath, Frankfurt a. M.  
 Walder, Carl, Dr., Privat-Docent, Leipzig.  
 Weinstein, Carl, Kaufm., Berlin,  
 Ziegler, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Hanau.

## Abwesend waren:

|                                                          |                                                  |
|----------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| Baist, Ludw., Fabrikant, Frankfurt a. M.                 | Jung, Gustav, Fabrikant, Amalienhütte.           |
| Bertelsmann, Conr., Fabrikant, Bielefeld.                | Knauer, F., Rittergutsbesitzer, Gröbers.         |
| Blum, W., Dr., Heidelberg.                               | Lautenslager, Dir., Frankfurt a. M.              |
| Dittmar, Gustav, Secretär, Mainz.                        | Lucius, Eugen, Dr., Fabrikant, Frankfurt a. M.   |
| Epstein, J. S., Frankfurt a. M.                          | Meister, Wilhelm, Fabrikant, Frankfurt a. M.     |
| Faulenbach, W., Fabrikant, Offenbach a. M.               | Merton, Albert, Kaufm., Frankf. a. M.            |
| Goldschmidt, Friedrich, Dir., Berlin.                    | Morsbach, Dr., Bonn.                             |
| v. Guaita, Max, Kaufm., Frankf. a. M.                    | Mühlen, W. D., Baumwollsp., Rheydt.              |
| Görz, Obergerichtsrath, Mainz.                           | v. Mumm, Herm., Kaufm., Frankf. a. M.            |
| Häas, Friedrich, Neuhoffnungshütte bei Sinn.             | v. Derßen, Herausgeber der „Reichspost“, Altona. |
| Henrich, Carl Friedr., Brauereibesitzer, Frankfurt a. M. | Schäfer, J. G., Mühlensbez., Dauborn.            |
| Hohenemser, Wilhelm, Kaufm., Frankfurt a. M.             | Schäum, Reinhard, Gutsbes., Herrnhag.            |
| v. Hößlin, Oscar, Procurist, Augsburg.                   | Schulz, Conrad, Wetzlar.                         |
| Kanzen, Dr., Fabrikbesitzer, Dülken.                     | Torwart, Director, Frankfurt a. M.               |
|                                                          | Ulrich, Justus, Brauereibes., Püngstadt.         |
|                                                          | Wagner, K., Dr., Frankfurt a. M.                 |

## Der Antrag v. Miaskowski:

1) in dem Antrage Schmoller hinzuzufügen:

„Mit Auschluß jedoch der Einführung von Getreide-, Vieh- und Holzzöllen“

wird nach Probe und Gegenprobe abgelehnt. Hierauf zieht der Antragsteller Miaskowski den zweiten Theil seines Antrages zurück.

## Der Antrag Dr. Barth:

hinter den Worten des Antrages Schmoller:

„für eine maßvolle Tarifreform in finanzpolitischem und schutzzöllnerischem Sinne“ einzuschlieben:

„welche jedoch Getreide-, Holz- und Viehzölle nicht ausschließt“, wird abgelehnt, das Amendement Hiltrop zu dem Antrage Schmoller wird angenommen und mit diesem Amendement wird der Antrag Schmoller in folgender Fassung angenommen:

In Anbetracht, daß die Bemühung um Handelsverträge, die der deutschen Industrie neue Märkte erschließen, im Augenblitke bei der gegenwärtigen handelspolitischen Weltlage aussichtslos ist,

in Anbetracht, daß in sämtlichen Culturstaaten, mit Ausnahme von England, eine Erhöhung der Zölle entweder schon stattgefunden hat oder in Aussicht steht,

in Anbetracht endlich, daß die Erhöhung einer Anzahl finanziell wichtiger Zölle doch jedenfalls nötig ist, um die Finanzen des Reiches auf selbstständige Grundlage zu stellen:

erklärt sich der Verein für Socialpolitik für eine maßvolle Tarifreform in finanzpolitischem und schutzzöllnerischem Sinne und für eine Ermächtigung, die Zollsätze gegenüber den die deutschen Waaren besonders benachtheiligenden Staaten noch um einen gewissen Betrag zu erhöhen, und erwartet, daß dadurch zugleich Mittel geboten werden, in allen einzelnen Gewerben den Schutz der Arbeiter

gegen die natürlichen Nothstände des Lebens durch Kranken- und Pensionsklassen möglichst zu erweitern.

Der Antrag des Herrn Dr. Möller:

1. „Wenn die Fabricationsmaterialien durch Zölle vertheuert werden, so ist beim Export der daraus hergestellten Waaren ein der Vertheuerung entsprechender Rückzoll zu gewähren“  
wird mittelst Bählung mit 75 gegen 67 Stimmen angenommen; dagegen wird der zweite Theil:

„Die Rückgewähr des Zolles erfolgt auf Grund von Einfuhrzöllquittungen, welche durch Indossament übertragbar sind und binnen 12 Monaten verjähren; der Exporteur hat Art und Maß des für die exportirte Waare verwendeten Fabricationsmaterials glaubhaft nachzuweisen, wenn er Rückzoll beansprucht“,  
abgelehnt.

(Gegenüber einem von Herrn von Studnič gestellten Geschäftsordnungsantrage:

Der Vorstand und Ausschuß des Vereins für Socialpolitik wollen in Erwägung ziehen, ob es räthlich und möglich ist, vor der nächsten Generalversammlung die Referate über die zu verhandelnden Gegenstände gedruckt zur Vertheilung zu bringen,  
bemerkte der)

Präsident Prof. Dr. Massé:

Ich bitte, den Antrag dem Ausschuß einreichen zu wollen, er wird ihn in Erwägung ziehen, aber hier können wir ihn jetzt nicht mehr discutiren.

Wir würden nun zu den

### Eisenzöllen

übergehen. Ich frage die Versammlung, ob sie noch in die Berathung derselben einzutreten wünscht.

Philipsson (Berlin) (zur Geschäftsordnung):

Meine Herren, da von der Gegenseite der Wunsch gehegt wird, daß diese Frage recht gründlich behandelt werden möchte — ein Wunsch, den ich vollkommentheile — so bin ich nicht der Ansicht, daß wir diese Frage heute noch gründlich behandeln können. Nach mehr als siebenstündiger Debatte ist das wohl nicht gut möglich, ich für meinen Theil wenigstens würde das Referat nicht mehr übernehmen können. Ich beantrage daher, die Debatte hierüber von der Tagesordnung abzusetzen.

(Der Gegenstand wird von der Tagesordnung abgesetzt.)

Präsident Prof. Dr. Massé:

Wenn Niemand weiter das Wort verlangt, so danke ich Ihnen für die Theilnahme, welche Sie unseren Verhandlungen gewidmet haben.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Haßler das Wort:

Th. Haßler (Augsburg):

Meine Herren, ich bin in der Lage, weder ein „altes“ noch ein „neues“ Mitglied des Vereins für Socialpolitik zu sein, sondern ich bin hier als Gast, als Mitglied des volkswirthschaftlichen Kongresses. Als solchem werden Sie es mir gestatten, in Ihrem Namen dem verehrten Herrn Präsidenten und dem Aus-

schuß, sowie dem Bureau unseres lebhaftesten Dank darzubringen für die außerordentlich unparteiische, taktvolle und glückliche Leitung der ganzen Verhandlungen.

Meine Herren, es liegt mir noch etwas auf dem Herzen. Herr Prof. Schmoller hat vorhin angeführt, daß unser verehrter Präsident sich gekränkt fühlt, weil er nicht mehr zum Worte kam. Ich weiß nicht, in wie weit das der Fall ist, aber dem möge sein, wie ihm wolle, so glaube ich in Ihrer Aller Sinne zu sprechen und namentlich im Sinne der Herren auf dieser Seite (rechts), wenn ich unserem verehrten Herrn Präsidenten versichere, daß dieser Beschluß sicherlich nicht gefasst worden wäre, wenn das die Mehrzahl von uns gehört hätte, daß Herr Prof. Nasse der Rücksicht am Worte war. Ich wenigstens habe das bei dem allgemeinen Geräusch nicht gehört.

Wenn ich Sie, meine Herren, also ersuche, sich zu erheben und dadurch dem Präsidium den Dank der Versammlung für die umsichtige Leitung der Geschäfte darzubringen, so bitte ich Sie, damit auch zugleich den Wunsch zu verbinden, Herrn Prof. Nasse möge uns dieses Uebersehen verzeihen und möge auch ferner, gestärkt durch unser allgemeines Vertrauen, die Geschäfte des Vereins für Socialpolitik führen.

(Lebhafte Zustimmung. Sämtliche Mitglieder erheben sich von den Plätzen.)

Präsident Prof. Dr. Nasse: Meine Herren, es ist mir im hohen Grade peinlich, daß eine Neuersetzung, die ich im Privatgespräche vielleicht unvorsichtiger Weise, ich hoffe aber verzeihlicher Weise gemacht, Gegenstand öffentlicher Discussion geworden ist. Jedenfalls aber danke ich für Ihre Freundlichkeit, die Sie mir in so beschämender Weise jetzt ausgesprochen haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Theilnahme an der Versammlung, danke den Herren Referenten für die Mühe, die sie sich gegeben haben, und allen Rednern, daß sie der Bitte, die ich zum Eingang der Verhandlungen ausgesprochen, sich in Bezug auf den Ausdruck ihrer Ueberzeugung maßvolle Beschränkung aufzulegen, in so hohem Maße entsprochen haben.

Ich danke den Mitgliedern des Bureaus für ihre Unterstützung sowie auch den Mitgliedern des Localcomités für die Verdienste, die sie sich um das Zustandekommen dieser Versammlung erworben, und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 40 Minuten.)

(Stenographisch aufgenommen und für den Druck hergestellt von Dr. Eduard Engel, Stenograph des Reichstags, Berlin.)

## Verzeichniß der Redner.

---

- Baare 129.  
Barth 29. 41.  
Beutner 95.  
Brüning 70.  
Bueck 31.  
Dael v. Koeth 50.  
Dannenberg 60. 127.  
Gensel 4 (Referat). 67. 112. 133.  
Godeffroy 124.  
Grad 103.  
Häfler 36. 131. 140.  
Hecht 93.  
Held 39.  
Henrich 56.  
Hoffmeister 92.  
Kalle 74.  
Knauer 58.  
Langsdorff, v., 67.  
May 81.  
Möller 84.  
Nasse 1. 42. 64. 141.  
Philippson 34. 131.  
Pütz 89.  
Reiß 118.  
Schmoller 19 (Correferat). 13. 32. 136  
Seyffardt 98.  
Sombart 42.  
Sonnenmann 41. 131.  
Weimann 62.

## Liste der Theilnehmer an der sechsten Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik.

---

### I. Alte Mitglieder.

1. Baare, Commercierrath, Bochum.
2. Bernhardi, Ernst, Handelskammer-Secr., Dortmund.
3. Beutner, G. F., Regierungsrath a. D., Berlin.
4. Blum, W., Dr., Heidelberg.
5. Bojanowsky, v., Dr., Weimar.
6. Bued, H., General-Secr., Düsseldorf.
7. Bücher, R., Dr., Frankfurt a. M.
8. Dannenberg, Redacteur, Hamburg.
9. Geibel, jun., C., Verlagsbuchhändler, Leipzig.
10. Genzel, Dr., Handelskammer-Secr., Leipzig.
11. Gütschow, Dr., Handelskammer-Secr., Hamburg.
12. Hecht, Bankdirector, Mannheim.
13. Held, Adolf, Prof., Bonn.
14. Hiltrop, Oberbergamts-Assessor, Dortmund.
15. Kalle, Fritz, Fabrikant, Biebrich.
16. Knapp, Prof., Straßburg i. E.
17. Leo, Carl, Dr., Hamburg.
18. Ludwig-Wolf, Stadtrath, Leipzig.
19. Miaslawski, Prof. Dr. v., Basel.
20. Möller, Carl, Dr., Kupferhammer bei Brackwede.
21. Nasse, Prof., Bonn.
22. Oelsner, Ludwig, Dr., Frankfurt a. M.
23. Roggenbach, v., Staatsminister a. D., Bonn.
24. Schmoller, Prof. Dr., Straßburg i. E.
25. Schönberg, Prof., Tübingen.
26. Seyffardt, Landtagsabgeordneter, Crefeld.
27. Sombart, Rittergutsbesitzer, Berlin.
28. Thiel, Dr., Geh. Reg.-Rath, Berlin.
29. Thorwart, Director, Frankfurt a. M.

## II. Neue Mitglieder.

30. **Bächer**, Rechtsanwalt, Stuttgart.
31. **Baist**, Ludwig, Fabrikant, Frankfurt a. M.
32. **Bauer**, Moritz, Kaufmann, Frankfurt a. M.
33. **Beck**, Carl, Kaufmann, Frankfurt a. M.
34. **Beger**, Albert, Gerebereibesitzer, Heidelberg.
35. **Bertelsmann**, Cour., Fabrikant, Bielefeld.
36. **Bippen**, v., Fabrikdirector, Kolbermoos.
37. **Brand**, Julius, Kaufmann, Dortmund.
38. **Brüning**, Ad., Dr., Fabrikant, Frankfurt a. M.
39. **Buderus**, Carl, Hüttenbesitzer.
40. **Buderus**, Georg, Hüttenbesitzer, Lollar.
41. **Buderus**, Hugo, Hüttenbesitzer, Hirzenhain.
42. **Dael** v. **Koeth**, Frhr., Gutsbesitzer, Mainz.
43. **Dietel**, Franz, Fabrikant, Willau i. S.
44. **Dittmar**, Gustav, Secretär, Mainz.
45. **Eheberg**, Carl, Dr., Straßburg i. E.
46. **Eichroth**, Kaufmann, Bremen.
47. **Epstein**, J. H., Frankfurt a. M.
48. **Faulenbach**, W., Fabrikant, Offenbach a. M.
49. **Fechenbach-Lauderbach**, Frhr., Gutsbesitzer, Laudenbach.
50. **Firnhaber**, Friedrich, Augsburg.
51. **Frommel**, Albert, Fabrikdirector, Augsburg.
52. **Fulda**, S., Kaufmann, Frankfurt a. M.
53. **Gail**, August, Mühlens- u. Grubenbesitzer, Dillenburg.
54. **Gimpel**, J., Fabrikdirector, Ettlingen.
55. **Gmelin**, J. W., Kaufmann, Frankfurt a. M.
56. **Godeffroy**, Gustav, Senator, Hamburg.
57. **Gödel**, Director, Frankfurt a. M.
58. **Goldschmidt**, Friedrich, Director, Berlin.
59. **Goldschmidt**, S. B., Kaufmann, Mainz.
60. **Gordan**, Dr., Frankfurt a. M.
61. **Götz-Nigaud**, Albert, Kaufmann, Frankfurt a. M.
62. **Grad**, Mitglied des Reichstags, Colmar i. E.
63. **Groß**, Adolf, Bankier, Bayreuth.
64. **Grün**, J. C., Vorsitzender d. Handelskammer, Dillenburg.
65. **Guaita**, Max v., Kaufmann, Frankfurt a. M.
66. **Haager**, Ernst, Fabrikdirector, Offenburg.
67. **Haager**, Otto, Fabrikant, Waldkirch.
68. **Haas**, Friedrich, Neuhoffnungshütte bei Sinn.
69. **Haas**, Rudolph, Fabrikant, Sinn.
70. **Haniel**, M. B., Fabrikant, Gutehoffnungshütte, wohnhaft in Darmstadt.
71. **Hané**, Eugen, Kaufmann, Frankfurt a. M.
72. **Hartmann**, Albert, Fabrikant, Heidenheim.
73. **Haußer**, Rudolph, Kaufmann, Frankfurt a. M.

74. **Henrich**, Carl Friedr., Brauereibesitzer, Frankfurt a. M.  
 75. **Herwig**, Robert, Fabrikant, Dillenburg.  
 76. **Herz**, Otto, Fabrikant, Frankfurt a. M.  
 77. **Hiller**, A., Secretär des Vereins süddeutscher Baumwoll-Industrieller, Kuchen.  
 78. **Höglin**, Oscar v., Procurist, Augsburg.  
 79. **Hoffmeister**, Heinrich, Gerbereibesitzer, Heidelberg.  
 80. **Hohenemser**, Wilhelm, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 81. **Jhm**, Ferdinand, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 82. **Jansen**, Dr., Fabrikbesitzer, Dülken.  
 83. **Jooß**, Richard, Fabrikant, Heidenheim.  
 84. **Jung**, Gustav, Fabrikant, Amalienhütte.  
 85. **Jung**, H., Fabrikant, Dillenburg.  
 86. **Jung**, Julius, Fabrikant, Wiesbaden.  
 87. **Kaehnlein**, Wilh., Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 88. **Kienlein**, Albert, Eglingen.  
 89. **Kissel**, Georg, Rentier, Frankfurt a. M.  
 90. **Klein**, Carl, Fabrikant, Carlshütte.  
 91. **Klein**, Ernst, Fabrikant, Dahlbruch.  
 92. **Klingspor**, Carl, Fabrikant, Gießen.  
 93. **Knauer**, F., Rittergutsbesitzer, Gröbers.  
 94. **Kollmann**, Friedrich, Hüttendirector, Dillenburg.  
 95. **Kopfer**, Wilh., Kaufmann, Mannheim.  
 96. **Ladenburg**, Dr., Mannheim.  
 97. **Landgraf**, Dr., Rechtsanwalt, Stuttgart.  
 98. **Lautenschläger**, Director, Frankfurt a. M.  
 99. **Lehr**, Prof., Carlsruhe.  
 100. **Lippert**, L., Kaufmann, Hamburg.  
 101. **Lotichius**, A., Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 102. **Lucius**, Eugen, Dr., Fabrikant, Frankfurt a. M.  
 103. **Manskopf**, Alexander, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 104. **Manskopf**, Nicolaus, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 105. **Marburg**, Adolf, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 106. **Marburg**, Carl, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 107. **Marburg**, Franz, Rentier, Wiesbaden.  
 108. **Marburg**, Heinrich, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 109. **May**, Martin, Gerbermeister, Frankfurt a. M.  
 110. **Mayer**, W., Bankdirector, Frankfurt a. M.  
 111. **Meister**, Wilhelm, Fabrikant, Frankfurt a. M.  
 112. **Merton**, Albert, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 113. **Miller**, Friedrich, Ingenieur, Bockenheim.  
 114. **Morsbach**, Dr., Bonn.  
 115. **Mühlen**, W. D., Baumwollspinner, Rheydt.  
 116. **Müller**, Reinb., Fabrikant, Hornberg.  
 117. **Mumm**, Herm. v., Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 118. **Neuhöffer**, Paul, Fabrikant, Heidenheim.  
 119. **Werken**, v., Herausgeber der „Reichspost“, Altona.

120. Ottermann, Moritz, Director, Dortmund.
121. Otto, Heinrich, Fabrikant, Nürtingen.
122. Passavant, Hermann, Kaufmann, Frankfurt a. M.
123. Petsch-Göll, J. Ph., Commercierrath, Frankfurt a. M.
124. Pfefferkorn, Dr., Advocat, Frankfurt a. M.
125. Büch, Ingenieur, Gießen.
126. Rauch, Jean, Kaufmann, Frankfurt a. M.
127. Reinhardt, W., Beamter, Gebweiler.
128. Reiß, J. H., Kaufmann, Chemnitz.
129. Rickler, Heinrich, Kaufmann, Offenburg.
130. Römhild, Julius, Fabrikant, Mainz.
131. Rößler, Heinr., Dr., Frankfurt a. M.
132. Roth, Ludwig, Berg-Ingenieur, Weßlar.
133. Russell, Emil, Bürgermeister a. D., Berlin.
134. Schäfer, J. G., Mühlensitzer, Dauborn.
135. Scharrer, Johannes, Kaufmann, Nürnberg.
136. Schaum, Reinhard, Gutsbesitzer, Herrnhag.
137. Schiele, Fritz, Ingenieur, Gießen.
138. Schulmberger, Paul, Fabrikant, Gebweiler.
139. Schnapper, Gottlieb, Privatier, Frankfurt a. M.
140. Schramm, Julius, Gerbereibesitzer, Dillenburg.
141. Schulz, Conrad, Weßlar.
142. Schulz, Gustav, Fabrikant, Hattingen a. d. Ruhr.
143. Solivo, Heinrich, Fabrikant, Stuttgart.
144. Sonnemann, Leopold, Bankier, Frankfurt a. M.
145. Spier, S., Segnitz bei Würzburg.
146. Stänglen, Gottlieb, Kaufmann, Stuttgart.
147. Staub, A., Fabrikant, Euchen.
148. Steinfeld, Hermann, Assessor a. D., Frankfurt a. M.
149. Stiefel, Carl, Kaufmann, Frankfurt a. M.
150. Stocker, G., Fabrikant, Ulm.
151. Stockmayer, A., Deconom, Frankfurt a. M.
152. Studnič, Arthur v., Assessor, Dresden.
153. Ulrich, Justus, Brauereibesitzer, Pfungstadt.
154. Barrentrapp, Ad., Dr., Stadtsecretär, Frankfurt a. M.
155. Barrentrapp, Dr., Geh. Sanitätsrath, Frankfurt a. M.
156. Wagner, K., Dr., Frankfurt a. M.
157. Walder, Carl, Dr., Privat-Docent, Leipzig.
158. Wehner, August, General-Consul a. D., Dresden.
159. Weimann, Al., Geschäftsführer des liberalen Partei-Bureaus, Frankfurt a. M.
160. Weinstein, Carl, Kaufmann, Berlin.
161. Weismüller, Emmerich, Fabrikant, Bockenheim.
162. Weis-Bornand, Fabrikant, Hüttenheim.
163. Westhofen, J., Kaufmann, Mainz.
164. Wittgenstein, v., Laasphe.
165. Wolff, Baron, Dr., Stuttgart.

166. Wurmback, Julius, Fabrikant, Bockenheim.
167. Zimmer, Dr., Chemnitz.

### III. Anwesende Mitglieder des volkswirthschaftlichen Congresses zu Posen.

168. Barth, Theod., Syndicus der Handelskammer, Bremen.
  169. Diezel, Prof., Marburg.
  170. Görz, Obergerichtsrath, Mainz.
  171. Hässler, Fabrikdirector, Augsburg.
  172. Langsdorff, v., Dresden.
  173. Philippson, F. C., Kaufmann, Berlin.
  174. Ritschl, Ferd., Handelskammer-Secr., Halberstadt.
  175. Ziegler, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Hanau.
-

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.